

FORSCHUNGSBERICHT 1997

**Ausgewählte Befunde aus der
Forschungsarbeit an WiSo-Lehrstühlen**

Nürnberg, April 1998

**Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg**

Lange Gasse 20
90403 Nürnberg
Postfach 3931
90020 Nürnberg

Dekanat:
Findelgasse 7/9
90402 Nürnberg
Tel.: 5302-650
Fax.: 5302-621

Vorwort

Die WiSo Nürnberg verfügt schon aufgrund der Vielfalt ihrer Lehrstühle und der dort arbeitenden Professoren und Wissenschaftlichen Mitarbeiter über ein enormes forschendes Potential. Permanent werden zahlreiche Forschungsprojekte durchgeführt, deren Ergebnisse zwar regelmäßig innerhalb, aber oft nur unzureichend außerhalb der Fachwelt kommuniziert werden. Eine regelmäßige Zusammenstellung aktueller Forschungsberichte der verschiedenen Lehrstühle in einer auch für Nicht-Fachwissenschaftler der jeweiligen Disziplin verständlichen Form soll hier seit 1997 Abhilfe schaffen.

Der vorliegende zweite Report dokumentiert die Berichte aller WiSo-Lehrstühle über das Forschungsjahr 1997. Die Anordnung dieser Berichte erfolgt zunächst nach den vier Instituten der Fakultät, also Betriebswirtschaftliches, Volkswirtschaftliches und Sozialwissenschaftliches Institut sowie Institut für Wirtschaftsrecht, und innerhalb der Institute in alphabetischer Abfolge der Lehrstuhlinhaber.

Aufgeführt sind jeweils

- eine Übersicht über die **Forschungsschwerpunkte**,
- die im Jahre 1997 **abgeschlossenen Forschungsarbeiten**
- ein **Kurzbericht** über ein ausgewähltes Forschungsprojekt.
- sowie eine Übersicht über **Veröffentlichungen** des Lehrstuhls im Jahre 1997.

Daneben existieren naturgemäß zahlreiche mehrjährig angelegte und noch laufende Forschungsprojekte, über die nach deren Abschluß berichtet werden wird. Insofern erbringt der vorliegende Bericht mit Sicherheit kein vollständiges, aber doch ein exemplarisches Bild von der Forschungsleistung der Fakultät. Wer sich genauer informieren möchte, kann dies an Hand der jeweils genannten Literaturquellen und der sonstigen Angaben tun.

Mit der intensiveren Kommunikation über die Forschungsaktivitäten will sich die WiSo bei ihren Interessengruppen in der Öffentlichkeit besser als wissenschaftliche Institution bekannt machen und damit dazu beitragen, die Vernetzung mit allen Interessenten an dieser Forschung zu befördern.

Die zeitraubende Koordination und EDV-technische Fertigstellung dieses Berichtes lagen in den Händen von Herrn Dipl.-Kfm. K. Schober, dem ich dafür sehr herzlich danke. Besonders dankbar sind wir auch für die umfangreiche finanzielle und technische Hilfestellung bei der Drucklegung dieses Berichtes durch Herrn Gunther Oschmann und Frau Annett Hänel vom Telefonbuch Verlag Hans Müller, Nürnberg. Damit all dieser Aufwand und Einsatz lohnen, hoffen wir auf ein breites Interesse und eine rege Anteilnahme aller angesprochenen Kreise der Öffentlichkeit, insb. der regionalen Wirtschaft. Falls Fragen oder Kritik auftreten sollten, scheuen Sie sich bitte nicht, mit den Lehrstuhlinhabern oder dem Dekanat Kontakt aufzunehmen. Uns liegt sehr an einem intensiveren Dialog mit allen Interessenten an unserer renommierten und traditionsreichen, aber auch in vielfacher Hinsicht innovativen Fakultät.

Nürnberg, den 9. April 1998

Prof. Dr. H. Diller

Dekan

Übersicht

A. Betriebswirtschaftliches Institut

1

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftsinformatik II (Prof. Dr. F. Bodendorf)	3
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Marketing (Prof. Dr. H. Diller)	11
Lehrstuhl für Pädagogik, insb. Wirtschaftspädagogik (Prof. Euler)	19
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Bank- und Börsenwesen (Prof. Dr. W. Gerke)	25
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Logistik (Prof. Dr. P. Klaus)	31
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Internationales Management (Prof. Dr. B. N. Kumar)	37
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Rechnungswesen und Öffentliche Betriebe (Prof. Dr. W. Männel)	43
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftsinformatik I (Prof. Dr. Dr. h.c. P. Mertens)	49

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Operations Research (Prof. Dr. M. Meyer)	59
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Prüfungswesen (Prof. Dr. V. Peemöller)	63
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Industriebetriebslehre (Prof. Dr. W. Pfeiffer)	71
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Steuerlehre (Prof. Dr. W. Scheffler)	77
Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmens- führung (Prof. Dr. Dr. h.c. H. Steinmann)	85

B. Volkswirtschaftliches Institut**93**

Lehrstuhl für Statistik und Empirische Wirtschaftsforschung 95
(Prof. Dr. G. Buttler)

Lehrstuhl für VWL, insb. Finanzwissenschaft 103
(Prof. Dr. K.-D. Grüske)

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. internationale Wirtschaftsbeziehungen 111
(Prof. Dr. W. Harbrecht)

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik 115
(Prof. Dr. J. Klaus)

Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie 117
(Prof. Dr. I. Klein)

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschafts- und Entwicklungs-
politik 123
(Prof. W. Lachmann, PhD.)

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftstheorie 127
(Prof. Dr. M. Neumann)

C. Sozialwissenschaftliches Institut***133**

Lehrstuhl für Soziologie (derzeit vertr. durch Prof. Dr. J. Bacher) 135

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Romanischspr. Kulturen) 143

(Prof. Dr. W.L. Bernecker)

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Englischspr. Kulturen) 151

(Prof. Dr. R. Doerries)

Lehrstuhl für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte 155

(Prof. Dr. W. Feldenkirchen)

Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie 161

(Prof. Dr. H. Kreutz)

Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie 167

(Prof. Dr. W. Ritter)

Professur für Sozialpolitik 173

(Prof. Dr. H. Scherl)

Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft 177

(Prof. Dr. W. Schulz)

D. Institut für Wirtschaftsrecht

185

Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht

187

(Prof. Dr. H. Herrmann)

Lehrstuhl für Deutsches und Internationales Steuerrecht, Finanz- und Haushaltsrecht

193

(Prof. Dr. W. Reiß)

Lehrstuhl für Öffentliches Recht

197

(Prof. Dr. iur. K.-A. Schachtschneider)

* Der Lehrstuhl für Psychologie, insb. Wirtschafts- und Sozialpsychologie, wurde im Jahr 1997 von Frau Prof. Dr. Spieß vertreten und wird nun neu besetzt.

A. Betriebswirtschaftliches Institut

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsinformatik II

Prof. Dr. Freimut Bodendorf

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-450

Fax.: 0911 / 5302-379

E-mail: bodendorf@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wi2.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Anwendungssysteme im nicht-industriellen Bereich
 - im Finanzsektor (Banken, Versicherungen etc.)
 - im Transport, Personenverkehr und in der Touristik
 - in der Aus- und Weiterbildung
 - in der Unternehmensberatung
 - im Gesundheitswesen
 - im Bereich des öffentlichen Dienstes und der öffentlichen Verwaltungen
- Electronic Commerce
 - Elektronische Märkte
 - Koordinations- und Kooperationssysteme in der Dienstleistungswirtschaft
 - Software-Agenten für Electronic Commerce
- Distance Education
 - Multimediales Teleteaching und Telelearning
 - Internet- und Intranet-basierte Lehr-/Lernumgebungen
- Telekooperation
 - Teamarbeit und Workgroup-Systeme
 - Telearbeit und virtuelles Büro
- Wissensmanagement
 - Wissensorganisation im Unternehmen
 - Wissensbasierte Systeme

- Geschäftsprozeßgestaltung
 - Geschäftsprozeß- und Informations-Modellierung
 - Workflow-Management-Systeme
 - Qualitätsmanagement-Systeme

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Ein integriertes Konzept zur Entwicklung und Anwendung von Referenzprozeßbausteinen für die Geschäftsprozeßgestaltung

Kooperationspartner: Siemens Business Services GmbH & Co OHG, München (ehemals: SIETEC Consulting)

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Klaus Lang

Projektstart und -ende: Mai 1993 / Januar 1997

Charakterisierung: In einem neuen Ansatz des Business Process Engineering werden Geschäftsprozesse mit wiederverwendbaren Prozeßbausteinen, die betriebswirtschaftliches und IV-technisches Prozeß-Know-how mit Referenzcharakter abbilden, konstruiert und modelliert. Diese Referenzprozeßbausteine werden in Bibliotheken („Baukästen“) systematisch abgelegt.

3.2 Konzeption und Realisierung eines Systems zur Prognose der Medienverwendung in der externen Unternehmenskommunikation

Kooperationspartner: Deutsche Post AG, Bonn

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Susanne Robra-Bissantz

Projektstart und -ende: März 1993 / Oktober 1997

Charakterisierung: Es wurde ein interaktives System zur Prognose und Simulation der zukünftigen Medienverwendung im Bereich der externen Unternehmenskommunikation entwickelt. Im Mittelpunkt steht dabei die Gegenüberstellung von papiergebundener (z.B. Brief) und elektronischer (z.B. E-Mail) Kommunikation mit What-If-Analysen von Substitutionseffekten.

3.3 Softwareagentenbasierte Koordination von Luftfrachtsendungen im Internet

Kooperationspartner: Lufthansa Cargo AG, Geis cargo IM International GmbH, M&M air cargo service GmbH, MSAS Cargo International GmbH, Siemens AG

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Stefan Reinheimer

Projektstart und -ende: Januar 94 / April 1997

Charakterisierung: Kommunikations- als auch Koordinationsaufgaben werden über alle Phasen einer Luftfrachttransaktion hinweg internetbasiert durch intelligente Softwareagenten unterstützt. Ein Preisfindungsmechanismus wurde entwickelt, der die gehandelten Dienstleistungen homogenisiert und per Auktion für eine marktgerechte Zusammenführung von Angebot und Nachfrage sorgt.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:**Gestaltung von Geschäftsprozessen mit Referenzprozeßbausteinen**

Projektbezeichnung: Gestaltung von Geschäftsprozessen mit Referenzprozeßbausteinen
Projektdauer: 05/93 – 01/97
Ansprechpartner: Dr. Klaus Lang, Prof. Dr. Freimut Bodendorf
Kooperationspartner: Sietec Consulting, München
Siemens Business Services, Bereich Consulting, München

Motivation

In Theorie und Praxis etabliert sich zunehmend die Prozeßorientierung als zentrales Gestaltungsprinzip von Unternehmensstrukturen. Eine Vielzahl von (modischen) Konzepten und Vorgehensmodellen zur Prozeßgestaltung (z.B. Business Process Reengineering), Modellierungsnotationen (z.B. Ereignisgesteuerte Prozeßketten) und Softwarewerkzeugen (z.B. ARIS-Toolset) wurden in jüngerer Vergangenheit hierzu entwickelt und prägen die Diskussion um die Umsetzung der Prozeßorientierung.

Trotz einer inflationären Vielfalt an Vorgehensmodellen, Modellierungsnotationen und Softwarewerkzeugen leidet die Gestaltung von Geschäftsprozessen in der Praxis unter dem Problem, bei der Entwicklung von Soll-Modellen für Geschäftsprozesse „das Rad immer wieder neu erfinden zu müssen“, da wieder-verwendbares Prozeß-Know-how nicht oder nur unzureichend zur Verfügung steht. Nach wie vor ist ein Prozeßgestalter - neben allgemeinen und wenig direkt umsetzbaren Optimierungsprinzipien und Handlungsanweisungen - hauptsächlich auf die eigene Intuition angewiesen. Bestehende Referenzmodellansätze können hier nur bedingt Unterstützung leisten. Während in vielen Disziplinen nicht zuletzt aus wirtschaftlichen Gründen die Notwendigkeit zur Wiederholteileverwendung besteht (z.B. im industriellen Produktentwurf die modularen Baukastensysteme und in der Anwendungsentwicklung die Programmierung von Softwarebausteinen) stellt die Prozeßgestaltung in der Praxis nach wie vor handwerkliche Einzelfertigung dar. Ein weiteres Problem bei der Prozeßgestaltung liegt in den Modellierungsnotationen begründet. Sie bilden vorwiegend die zeitlich-logische Abfolge von Aktivitäten ab. Die ganzheitliche Gestaltung von Geschäftsprozessen erfordert jedoch ebenso die Modellierung der „Prozeßlösung“, die sich u.a. in der IV-Unterstützung, in Methoden und in der Zuordnung von Organisationseinheiten ausdrückt.

Forschungsgegenstand und Zielsetzung

Gegenstand des Projektes war die Verfolgung des Ansatzes, die Gestaltung von Geschäftsprozessen mit wiederverwendbaren Prozeßbausteinen, die gestaltungsrelevantes betriebswirtschaftliches und IV-technisches Prozeß-Know-how mit Referenzcharakter abbilden, zu unterstützen. Geschäftsprozesse werden aus sog. *Referenzprozeßbausteinen* (RPB), die in Bibliotheken („Baukästen“) systematisch

gesammelt sind, zusammengesetzt und in einem weiteren Schritt mit Hilfe von Customizing-Mechanismen an die Unternehmensbedürfnisse angepaßt.

Die mit diesem Ansatz verfolgte Zielsetzung bestand darin, einen Beitrag zu der Fragestellung zu leisten, inwieweit wiederverwendbares Prozeß-Know-how in Form von Prozeßbausteinen die Prozeßgestaltung unterstützen kann und damit die Lösungsqualität und die Produktivität bei der Prozeßgestaltung erhöht.

Vorgehen

Im Mittelpunkt des Projektes stand die Entwicklung von methodischen Grundlagen und einer adäquaten Software-Unterstützung zur Prozeßgestaltung mit Referenzprozeßbausteinen. Hierzu wurde ein Rahmenkonzept zur Modellierung von RPB entwickelt, das die Wiederverwendbarkeit sowohl ermöglicht als auch fördert (Teil A). Auf Basis des Rahmenkonzeptes wurde ein Architekturkonzept und ein Vorgehensmodell zum Aufbau von RPB-Bibliotheken erarbeitet (Teil B). Mit Hilfe dieser Erkenntnisse erfolgte der Aufbau mehrerer RPB-Bibliotheken (Teil C). Zur Anwendung der RPB für die Prozeßgestaltung war die Entwicklung eines Vorgehensmodells zur Prozeßgestaltung erforderlich. Die Anwendung des Prozeßbausteinansatzes wurde überprüft anhand von Fallstudien (Teil D).

Ergebnisse

Im Rahmen dieses Projektes wurden folgende Ergebnisse erzielt:

- *Rahmenkonzept zur Modellierung von Referenzprozeßbausteinen (Teil A)*

Den Schwerpunkt der Arbeit bildet die Entwicklung eines Rahmenkonzeptes zur Modellierung von RPB, das die Wiederverwendbarkeit fördert. Das Rahmenkonzept beinhaltet die RPB-Modellierungsnotation, objektorientierte Ansätze zur Erhöhung der Wiederverwendbarkeit, Methoden und Mechanismen zur Kopplung und Koordination der RPB unter Berücksichtigung koordinationstheoretischer Erkenntnisse, Modellierungsregeln zur Reduktion der Variantenanzahl, ein Konzept zur Modellierung auf variierenden Abstraktionsebenen und Methoden zum strukturierten Aufbau von Bibliotheken. Für die Modellierung von RPB und die strukturierte Ablage von RPB in RPB-Bibliotheken wurde eine Software-Unterstützung realisiert.

- *Vorgehensmodelle zur Entwicklung von RPB-Bibliotheken (Teil B)*

Gegenstand von Teil B ist die Entwicklung zweier Vorgehensmodelle, mit denen systematisch sowohl generische RPB (z.B. „Daten erfassen“) als auch domänen spezifische RPB (z.B. „Auftragsdaten erfassen mit elektronischer Dateneingabe“) modelliert und strukturiert in RPB-Bibliotheken abgelegt werden können. Hierbei steht das Vorgehensmodell für die generische RPB-Bibliothek im Mittelpunkt, da generische RPB - neben der höheren Wiederverwendbarkeit - zur Entwicklung von domänen spezifischen RPB genutzt werden können.

- *Aufbau von RPB-Bibliotheken (Teil C)*

Das Rahmenkonzept und die Vorgehensmodelle bilden die Basis zur Entwicklung von RPB-Bibliotheken. Es wurden die domänen spezifische RPB-Bibliothek „Auftrag abwickeln“ und eine generische RPB-Bibliothek aufgebaut.

- *Vorgehensmodell zur Prozeßgestaltung mit RPB (Teil D)*

Zur Anwendung der Referenzprozeßbausteine im Rahmen der Prozeßgestaltung wurde ein spezifisches Vorgehensmodell erarbeitet. Im Mittelpunkt stehen hierbei Methoden und Lösungsansätze zur Auswahl, zum Customizing, zur Kopplung und zur Koordination der RPB.

Zur Bewertung des RPB-Ansatzes wurde eine Reihe von Prozeßgestaltungsaufgaben aus dem Bereich der Auftragsabwicklung ausgewählt und mit Hilfe der zur Verfügung stehenden RPB modelliert. In dieser begrenzten „Testumgebung“ entstanden nachfolgend beschriebene Erfahrungen. Es zeigte sich, daß die Gestaltung von Geschäftsprozessen mit Hilfe des entwickelten Methodenpaketes und der Software-Unterstützung die Transparenz über Prozeßlösungen und damit die Möglichkeit erhöht, *auf den ersten Blick nicht bekannte oder erkennbare Lösungsansätze zu nutzen* und auf den betrachteten Fall zu übertragen. Mit zunehmendem Abstraktionsgrad der RPB weitet sich das Lösungsspektrum aus, und es werden Lösungsansätze erkennbar, die bei phänomenologischer Betrachtungsweise verborgen bleiben würden. Neuartige Einblicke in das Lösungsspektrum ergaben sich insbesondere beim Einsatz der *generischen RPB-Bibliothek*. Sie eröffnet einen systematischen „Blick über den Tellerrand“ und ermöglicht damit die Nutzung von vermeintlich ungeeigneten oder von naheliegenden, aber nicht erkennbaren Lösungsansätzen. Da die RPB-Bibliotheken unternehmensunabhängige RPB bereitstellen, die sich in verschiedenen Unternehmen bewährt haben und durch theoretische Erkenntnisse ergänzt wurden, ist die Menge an einbezogenem Fachwissen im Vergleich zum traditionellen Vorgehen größer. „Betriebsblindheit“ wird auf diese Weise reduziert. Zudem fördert der RPB-Ansatz ein Denken in Lösungsalternativen. Dies wird erreicht durch die nach Leistungen gruppierten RPB, die alternative RPB direkt erkennen lassen.

Großes Potential birgt die RPB-Methodik in der Aufdeckung von Prozeßlösungen, die in isolierten Branchen und Disziplinen (z.B. Medizin) als Best Practice gelten, jedoch aufgrund der abgeschotteten Branchen und Disziplinen und damit bedingter geringer Lösungstransparenz nicht übergreifend in anderen Branchen und Disziplinen (z.B. Hotelbereich) genutzt werden können. Eine Herausforderung für die Betriebswirtschaftslehre und die Wirtschaftsinformatik wird daher zukünftig in der Bereitstellung von interdisziplinärem und branchenunabhängigem Prozeß-Know-how in Form von RPB gesehen, das gleichzeitig den zeitlich-logischen Prozeßablauf und die IV-Unterstützung betrachtet.

Anmerkung:

Die Ergebnisse sind veröffentlicht in: Lang, K., Gestaltung von Geschäftsprozessen mit Referenzprozeßbausteinen, Gabler Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden 1997.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

1. Beiträge in Sammelwerken:

Bodendorf, F., Radermacher, F.J.: Benutzermodell, in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 100 f.

- Bodendorf, F.**: Client-Server Architektur, in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 148.
- Bodendorf, F.**: Computer Supported Cooperative Work (CSCW) in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 168.
- Bodendorf, F.**: Groupware in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 372.
- Bodendorf, F.**: Workflow-Management-System, in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 970.
- Bodendorf, F.**: Workgroup Computing, in: Schneider, H.-J (Hrsg.): Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, 4. Aufl., München-Wien (Oldenbourg V.) 1997, S. 970.
- Bodendorf, F.**: Anwendungen im Personenverkehr, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. neu bearb. u. erw. Auflage, Berlin u.a. (Springer) 1997, S. 19ff.
- Bodendorf, F.**: Ausbildungssystem, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. neu bearb. u. erw. Auflage, Berlin u.a. (Springer) 1997, S. 45 f.
- Bodendorf, F.**: Autorensystem, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. neu bearb. u. erw. Auflage, Berlin u.a. (Springer) 1997, S. 46.
- Bodendorf, F.**: Methodenbanksystem, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. neu bearb. u. erw. Auflage, Berlin u.a. (Springer) 1997, S. 262 f.
- Bodendorf, F.; Langer, K.**: Hypermedia Navigation Support by Fuzzy Logic and Neural Networks, in: IEEE (Hrsg.): Proceedings of the 1997 IEEE International Conference on Intelligent Processing Systems, Beijing / China 1997, S. 180 - 184.
- Bodendorf, F.; Grebner, R.; Langenbach, C.**: Multimedia Environment for Teleteaching and Telelearning, in: Kangning, S., Xin, W., Jingde Z., Yansheng, Y., Kampiu, C., Yukying, L. (Hrsg.): Modern Industrial Training Towards the 21st Century, 5th International Conference on Modern Industrial Training, Jinan / China 1997, S. 156 - 161.
- Bodendorf, F.; Lang, K.; Taumann, W.**: Process Design with Reference Process Building Blocks, in: Callaos, N., Khoong, C.M., Cohen, E. (Hrsg.): SCI'97, World Conference on Systemics, Cybernetics and Informatics, Volume 2, International Institute of Informatics and Systemics, Caracas 1997, S. 78-83.
- Bodendorf, F.; Bui, T.X.; Reinheimer, S.**: A Software-Agent-based DSS for Supporting Electronic Air Cargo Market, in: Pigneur, Y. (Hrsg.): Proceedings of the Fourth Conference of the International Society for Decision Support Systems, Lausanne 1997, S. 181-194.
- Bodendorf, F.**: Decision Training in Industrial Logistics By Multimedia Teachware and Simulation, in: Nahavandi, S., Saadat, M. (Hrsg.): World Manufacturing Congress WMC'97, International Symposium on Manufacturing Management, ICSC Academic Press Canada / Switzerland 1997, S. 70 - 74.

- Grebner, R.**: Use of Instructional Material in Universal Teleteaching Environments, in: Lubich, H., Ren-dek, P. (Hrsg.): Proceedings of the 8th Joint European Networking Conference, Edinburgh, 1997, S. 421-1 bis 421-8.
- Langenbach, C.; Bodendorf, F.**: A Framework for WWW-Based Learning with Flexible Navigational Guidance, in: Lobodzinski, S., Tomek, I. (Hrsg.): World Conference of the WWW, Internet and Intranet, Proceedings, Charlottesville 1997, S. 337-343.
- Langenbach, C.; Bodendorf, F.**: Ein multimediales Teachwarepaket zu Präsentationstechniken im World Wide Web, in: Balderjahn, I. (Hrsg.): Datenautobahnen und Informationsflut als Herausforderungen an Klassifikation und Datenanalyse, Book of Abstracts, Gesellschaft für Klassifikation, Potsdam 1997, S. 62.
- Langenbach, C.; Bodendorf, F.**: Learner Support in a Distributed Learning Environment - The Use of WWW-Based Teachware Packages, in: 2nd International Symposium on Networked Learner Support, Proceedings, Sheffield 1997.
- Langenbach, C.; Grebner, R.**: Multimediales Teleteaching - Erfahrungen und Perspektiven für Hochschulen, die Wirtschaft und private Anbieter, in: Zentralstelle für Weiterbildung (Hrsg.): Mediengestützte wissenschaftliche Weiterbildung, Technische Universität Braunschweig, Braunschweig, 1997, S. 45-67.
- Langenbach, C.; Stadelmann, M.**: Flexible Navigationsunterstützung in WWW-basierten Teachware-paketen, in: CAW '97 - Beiträge zum Workshop 'Cognition & Web', Freiburg 1997, S. 105-118.
- Reinheimer, S.; Bodendorf, F.**: Offer Evaluation in an Electronic Air Cargo Market, in: Galliers, R., Murphy, C., Hansen, H.R., O'Callaghan, R., Carlsson, S., Loebbecke, C. (Hrsg.): 5th. European Conference on Information Systems (ECIS), Cork/Ireland 1997, S. 868 - 881.
- Robra-Bissantz, S.; Bodendorf, F.**: A Fuzzy Based System to Predict the Application of Communication Media, in: Steele, N. (Hrsg.): Fuzzy Logic and Applications, ICSC Academic Press, Canada/Switzerland 1997, S. 140-145.
- Robra-Bissantz, S.; Bodendorf, F.**: Ein auf Fuzzy-Logik basierendes System zur Prognose von Entwicklungen der externen Unternehmenskommunikation, in: Biethahn, J. u. a. (Hrsg.): Fuzzy-Set-Theorie in betriebswirtschaftlichen Anwendungen, München 1997, S. 287-301.
- Robra-Bissantz, S.; Bodendorf, F.**: Predicting the Future of External Business Communications, in: Forcht, K. (Hrsg.): Expanding Information Horizons in a Global Society, 1997 IACIS Refereed Proceedings, St. Louis/USA 1997, S. 195-202.
- Robra-Bissantz, S.**: Ein Fuzzy-System zur Prognose der externen Unternehmenskommunikation, in: Biethahn, J. u. a. (Hrsg.): Softcomputing-Anwendungen im Dienstleistungsbereich, Tagungsband zum 3. Göttinger Symposium Softcomputing am 27.2.1997 an der Universität Göttingen, Göttingen 1997, S. 159-171.

Saueressig, G.: Internet- und chipkartenbasierter Self-Service-Zugang zu kommunalen Dienstleistungen, Workshop in: Kahler, H., Mambrey, P., Wulf, V. (Hrsg.): Kooperation mit der Fachtagung Verwaltungsinformatik '97 'Computerunterstützte Gruppenarbeit und Verwaltungsreform - Aufgaben, Arbeitsplätze und Beteiligung im Wandel', Tagungsband, Hamburg 1997.

2. Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Bodendorf, F.; Grebner, R.; Langenbach, C.: Telelearning in the Virtual Lecture Theatre, in: Displays 17 (1997) 3-4, S. 147-151.

Bodendorf, F.; Langenbach, C.: Electronic Education Mall - Ein virtueller Marktplatz für mediengestützte Aus- und Weiterbildung, in: Wirtschaftsinformatik 39 (1997) 6, S. 589-599.

Grebner, R.: Use of Instructional Material in Universal Teleteaching Environments, in: Computer Networks and ISDN Systems (Elsevier), 29 (1997), S. 1787-1797.

Grebner, R.; Bodendorf, F.: Workflow-Agenten als Aufgabenträger der Zukunft, In: Office Management 7 (1997), S. 60-64.

Lang, K.; Glunde, J; Bodendorf, F.: Framework for Reusable Reference Process Building Blocks, SIGGROUP Bulletin, ACM Press, Special Issue Enterprise Modelling: Case Studies and Business Process Re-Engineering, 18 (1997) 1, S. 68 - 70.

Lang, K.; Bodendorf, F.: Gestaltung von Geschäftsprozessen auf der Basis von Prozeßbausteinbibliotheken, Theorie und Praxis der Wirtschaftsinformatik (HMD) 34 (1997) 198, S. 83 - 93.

3. Arbeitspapiere:

Bahlinger, Th.: Ermittlung von Umweltkosten im Rahmen von IV-gestützten Umweltmanagementsystemen, Arbeitspapier 6/1997, Nürnberg 1997.

Bodendorf, F.: Computergestützte Self-Service-Ansätze in der Universität, Arbeitspapier 1/1997, Nürnberg 1997.

Grebner, R.: Framework for Flexible Teleteaching Environments, Arbeitspapier 4/1997, Nürnberg 1997.

Grebner, R.; Langenbach, C.; Bodendorf, F.: Kurzbericht zum Vorhaben 'ISDN-basiertes Teleteaching/Telelearning', Arbeitspapier 3/1997, Nürnberg 1997.

Langenbach, C.; Grebner, R.; Bodendorf, F.: Multimediales Teleteaching/Telelearning in der Hochschulausbildung - Ein Pilotprojekt an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Arbeitspapier 5/1997, Nürnberg 1997.

Reinheimer, S.: Computergestützte Marktmechanismen für die Luftfrachtlogistik, Arbeitspapier 7/1997, Nürnberg 1997.

Saueressig, G.: Die Multifunktionale Universitätschipkarte - Ein universeller Zugangsschlüssel zu Serviceleistungen an der Universität, Arbeitspapier 2/1997, Nürnberg 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Marketing

Prof. Dr. Hermann Diller

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-214

Fax: 0911 / 5302-210

E-Mail: wsma01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/Mark/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Beziehungs-Marketing
 - Kundenbindungsprogramme
 - Kundenwertanalyse
- Preis-Management
 - Preiszufriedenheit
 - Preisbündelung
 - Euro-Pricing
- Handels-Marketing
 - Kundenpolitik im Großhandel
 - Category Management im Versandhandel
 - Multimedia im Großhandel
- Organisation und Vertrieb
 - Key Account Management
 - Reorganisation von Marketingprozessen
- Internationales Marketing
 - Internationale Geschäftsbeziehungen
 - Euro-Markenführung
 - Euro-Key-Account-Management
- Multimedia und Marketing
- Hochschul-Marketing

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Imageanalyse der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät Nürnberg (WiSo)

Kooperationspartner: u.a. Guttmann-Stiftung, Müller-Verlag, WiSo-Fakultätsbund

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Kai-Stefan Schober

Projektstart und -ende: Januar 1997 / August 1997

Charakterisierung: Ergründung der Einstellungen wichtiger Interessengruppen gegenüber der W-
So als Basis zur Erarbeitung eines strategischen Marketingkonzeptes für die
WiSo

3.2 Kundenwertanalyse

Kooperationspartner: GfK AG

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Jens Cornelsen

Projektstart und -ende: November 1995 / Dezember 1997

Charakterisierung: Entwicklung und Operationalisierung eines Modells zur Bestimmung kurz-
bzw. langfristiger Kundenwerte unter besonderer Rücksicht auf die Referenz-
werte von Kunden bei Weiterempfehlungen.

3.3 Marken- und Einkaufsstättentreue

Kooperationspartner: GfK Panel Services GmbH

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Thomas Goerdt

Projektstart und -ende: Juli 1996 / Juni 1997

Charakterisierung: Ermittlung und Vergleich der Marken- und Einkaufsstättentreue von Verbrau-
chern in acht Konsumgüter-Warengruppen auf Basis von Haushaltspaneldaten
der GfK.

3.4 Marken- und Einkaufsstättenwahl

Kooperationspartner: Schwarzkopf & Henkel Cosmetics GmbH

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Thomas Goerdt

Projektstart und -ende: Januar 1997 / August 1997

Charakterisierung: Ermittlung des relativen Einflusses von Marken- und Einkaufsstättenkriterien
bei der Präferenzbildung im Kaufentscheidungsprozeß bei Haarcolorationen
mit Hilfe eines Conjoint-Measurement-Verfahrens.

3.5 Key Account Zufriedenheitsanalyse

Kooperationspartner: Nord Feder, Stuttgart

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Markus Müllner

Projektstart und -ende: März 1997 / Mai 1997

Charakterisierung: Ermittlung der Kundenzufriedenheit von Key Accounts auf Basis des KAMQUAL-Konzepts.

3.6 Markenwertanalyse

Kooperationspartner: Bosch-Siemens Hausgeräte GmbH
Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Wilfried Tietz
Projektstart und -ende: März 1997 / Juni 1997
Charakterisierung: Analyse der Wettbewerbsstärke einer Hausgerätemarke bei Kunden und potentiellen Kunden zur Unterstützung der Markenportfolio-Politik.

3.7 Auswirkungen von Multimedia auf Print-Produkte

Kooperationspartner: Hans-Frisch-Stiftung/ U.E. Sebald
Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller, Dipl.-Kfm. Steffen Gömann
Projektstart- unbd ende: Januar 1997 / November 1997
Charakterisierung: Ermittlung der Substitutionsgefährdung von Print-Katalogen durch Multimedia auf Grundlage der Akzeptanzforschung und eigener empirischer Analysen bei Katalogversendern.

3.8 Preismanagement im Beziehungsmarketing

Kooperationspartner: Volkswagen AG
Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller
Projektstart und -ende: Oktober 1996 / August 1997
Charakterisierung: Erarbeitung eines innovativen Konzeptes für die Preispolitik im Hinblick auf größere Preiszufriedenheit der Kunden.

3.9 Das Handwerk als Zielgruppe des Großhandels

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Diller / Dipl.-Kfm. Wilfried Tietz
Projektstart und -ende: Mitte 1996 / März 1997
Charakterisierung: Analyse des Einkaufsverhaltens von Handwerksbetrieben beim Elektrogroßhandel.

3.10 Kommunikationsprobleme und Kommunikationskonzepte im Großhandel

Betreuer: Dipl.-Kfm. Wilfried Tietz
Projektstart und -ende: Dezember 1996 / August 1997
Charakterisierung: Erfassung großhandelsspezifischer Kommunikationsprobleme und Ableitung geeigneter Kommunikationskonzepte.

3.11 Neue Medien in der Großhandels-Kommunikation

Betreuer: Dipl.-Kfm. Wilfried Tietz

Projektstart und -ende: Februar 1997 / September 1997

Charakterisierung: Aufdeckung von Möglichkeiten, Chancen und Risiken beim Einsatz sog. Neuer Medien (Internet etc.) im Großhandel.

3.12 Dissertation "Euro Key-Account-Management", Dipl.-Kfm. Andreas Brielmaier

Die Dissertation von Andreas Brielmaier widmet sich der spezifischen Problematik des internationalen Key-Account-Management am Beispiel des europäischen Konsumgütergeschäfts. Dabei erfolgt eine detaillierte Analyse des Problemdrucks, der für die Hersteller aufgrund der Internationalisierung ihrer Handelskunden besteht, sowie der aktuellen konzeptionellen Gestaltung der Kundenbearbeitung in verschiedenen Konsumgüterbranchen.

Als inhaltlichen Schwerpunkt behandelt die Arbeit ferner die Frage, wie die Koordination der Vertriebsaktivitäten zwischen Euro-Zentrale und Ländergesellschaften des Herstellers organisatorisch verankert werden kann. Zu diesem Zweck wird neben einer Analyse der aktuellen organisatorischen Gestaltung ein Modell von Einflußfaktoren auf Basis verschiedener organisationstheoretischer Ansätze erarbeitet und empirisch geprüft. Die Arbeit schließt mit der Herleitung von theoretisch wie auch empirisch fundierten Gestaltungsempfehlungen für die Organisation des Euro Key Account Management in der Praxis. Die Veröffentlichung erfolgt im GIM-Verlag Nürnberg (Frühjahr 1998).

3.13 Dissertation "Internationales Brand-Management", Dipl.-Kfm. Imaan Bukhari

Die Dissertation behandelt die Implementationsprobleme eines europaweit koordinierten Marketing von Konsumgüterproduzenten. Auf der Basis von 45 Expertengesprächen wird gezeigt, wie durch hinreichende Marktorientierung im Planungsprozeß einerseits und eine ausgewogene Prozeßgerechtigkeit beim Einbezug der Auslandsgesellschaften andererseits die Internationale Markenführung erfolgreich angelegt werden kann. Darüber hinaus wird eine gründliche Diskussion der Koordinationsinstrumente im Euro-Marketing geführt. Veröffentlichung in Vorbereitung.

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Preisimage und Kundenbindung - die kausalanalytische Validierung eines komplexen Konstrukturts am Beispiel des Elektrogroßhandels

Wenngleich die (kauf-)verhaltenssteuernde Wirkung von Einstellungen und Images in der Marketingwissenschaft seit vielen Jahren als gesichert gelten kann, fällt bei einer Analyse der einschlägigen Fachliteratur auf, daß eine empirische Absicherung (Validierung) des sog. **Preisimage** bis dato nicht erfolgt ist. Dieser Umstand erscheint verwunderlich, weil man dem Preisimage - einem auf die Leistungskomponente Preis beschränkten Teilimage - in der Literatur eine zentrale Bedeutung bei der Marken- oder Einkaufsstättenwahl und damit bei Kauf- und Beschaffungsentscheidungen unterstellt. Erschwerend für die angestrebte empirische Validierung wirkt sich die Tatsache aus, daß es sich beim Preisimage um ein sog. **hypothetisches Konstrukt** handelt, welches sich einer direkten Meßbarkeit durch den Marketingforscher entzieht. Im Gegensatz zu einem direkt und fehlerfrei beobachtbaren Preis, bspw. in Form einer an der Ware angebrachten Preisauszeichnung (z.B. DM 1,59), läßt sich die subjektive Wahrnehmung des Konsumenten eben nicht direkt beobachten oder messen. Als Ausweg aus dem scheinbaren D-

lemma bietet es sich daher an, das Konstrukt über empirisch meßbare **Indikatoren** zu operationalisieren. Diese Indikatoren stellen dann quasi **beobachtbare „Stellvertreter“** eines **nicht beobachtbaren Konstrukts** dar.

Der **kausalanalytischen Validierung** des Konstrukts Preisimage widmete sich eine Studie des Lehrstuhls für Marketing. In deren Verlauf wurden insgesamt 300 telefonische Interviews mit verschiedenen Handwerksbetrieben durchgeführt, woraus letztlich rund 900 differenzierte Urteile (jeweils über 40 Teilzufriedenheitsurteile) hinsichtlich einer Vielzahl von Lieferanten aus dem Elektrogroßhandel gewonnen werden konnten. Betreut wurde das Projekt von Dipl.-Kfm. Wilfried Tietz.

Hintergrund der durchgeführten Studie ist die zentrale Hypothese, daß ein gutes (i.S. von: subjektiv so vom Kunden wahrgenommenes) Preisimage sich positiv auf die Bindung eines Kunden (hier: Handwerksbetrieb) an einen Lieferanten (hier: Elektrogroßhändler) auswirken wird. Dabei wird unter **Kundenbindung** das tatsächlich realisierte Einkaufsverhalten eines Betriebes bei einem Anbieter verstanden. Operationalisiert wurde die Kundenbindung durch die sog. **Kundendurchdringungsrate**, also demjenigen Anteil am Beschaffungsvolumen eines Betriebes, den ein einzelner Lieferant abdeckt.

Nicht zuletzt die Tatsache, daß der finanzielle Erfolg eines Handwerksbetriebes maßgeblich von seiner Fähigkeit zum preisgünstigen Materialeinkauf bei dessen Lieferanten beeinflußt wird („im Einkauf liegt der Gewinn“), zeigt, welche Bedeutung dem Preisimage bei der Beschaffungsentscheidung im business to business-Bereich zu ermessen ist.

Der einschlägigen Theorie läßt sich entnehmen, daß das Preisimage durch drei Wahrnehmungsdimensionen geprägt wird: dem **Leistungsniveau**, der **Preispotenz** und der **Preisfairneß** eines Handelsbetriebes. Diese drei Faktoren, die ihrerseits über meßbare Indikatoren operationalisiert werden (vgl. dazu die eckigen Kästchen auf den linken Seite in der untenstehenden Abbildung), lassen sich als Ansatzpunkte für eine zielgerichtete Beeinflussung des Preisimage durch marketingpolitische Maßnahmen ansehen.

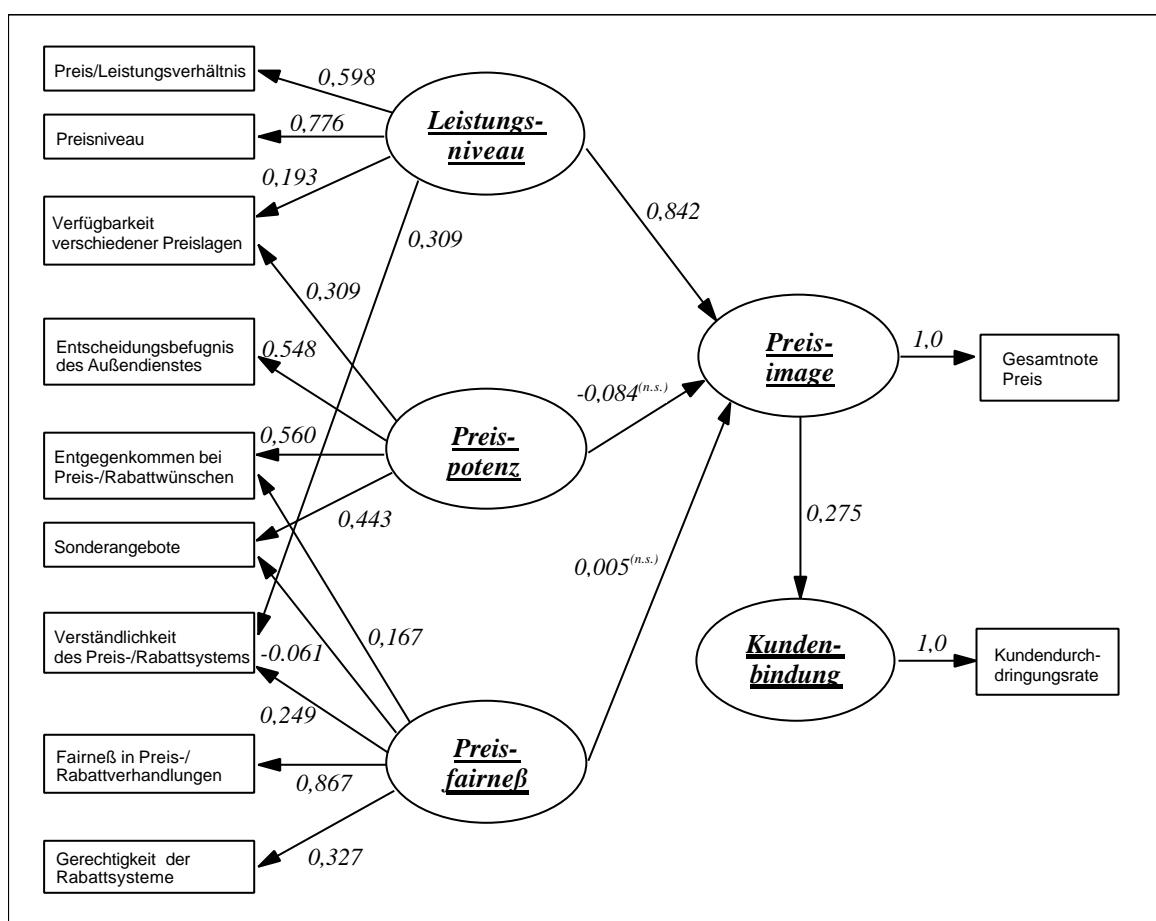
Zur Analyse des empirischen Sachverhaltes bietet sich der Einsatz der **Kausalanalyse** an. Bei diesem Analyseverfahren, dessen bekanntester Vertreter der sog. **LISREL**-Ansatz ist, handelt es sich um ein multivariates Analyseverfahren, das in der Marketingforschung während der letzten Jahre zunehmend an Bedeutung gewonnen hat. Auf Basis des zuvor theoretisch abgeleiteten Hypothesensystems erfolgt dabei eine **konfirmatorische** (hypotesenprüfende) Analyse der Kovarianz- oder Korrelationsstrukturen der beobachtbaren Indikatorenbündel. Letztlich dient das Verfahren damit der Prüfung, ob und inwieweit die zuvor theoretisch abgeleiteten Beziehungen dem empirischen Datenmaterial entsprechen. Methodisch gesehen stellt der LISREL-Ansatz ein iteratives Schätzverfahren dar, das auf faktoren- und regressionsanalytischen Teilstrukturen aufbaut.

Folgende Abbildung zeigt dasjenige Preisimage-Modell, welches sich nach Überprüfung der oben beschriebenen Hypothesen für den konkreten Anwendungsfall als Resultat der Kausalanalyse ergab.

Auf der linken Seite der Abbildung sind (in eckigen Kästchen) die Indikatoren der jeweiligen Faktoren des Preisimage dargestellt. Die Werte entlang der Pfeile (z.B. zwischen Leistungs- und Preisniveau) stellen sog. **Faktorladungen** dar und zeigen an, inwieweit der jeweilige Faktor mit den einzelnen Indikatoren korreliert. Entsprechend dem Definitionsbereich für Korrelationen können sich Werte zwischen -1 und +1 ergeben, wobei negative Werte auf einen gegenläufigen Zusammenhang hindeuten. Im Beispiel ergibt

sich beispielsweise eine relativ hohe positive Korrelation zwischen dem Indikator „Fairneß in Preis- und Rabattverhandlungen“ und dem Konstrukt Preisfairneß (0,867) - beide hängen (hypothesenkonform) offensichtlich eindeutig zusammen.

Entscheidend bei der Prüfung der eigentlichen Hypothesen sind aber die sog. **Pfadkoeffizienten**, also jene Werte, die entlang der Pfeile zwischen den Konstrukten (ovale Kästchen) abgebildet sind. Bei deren Betrachtung ist zu erkennen, daß das Preisimage einen positiven Einfluß auf die Kundenbindung der Handwerksbetriebe ausübt; die entsprechende Basishypothese kann somit als gesichert gelten. Auf der anderen Seite deutet die vergleichsweise geringe Höhe des zugehörigen Wertes (+0.275) an, daß die in der Praxis relativ häufig gehörte These „Letztlich entscheidet doch nur der Preis“ zu hinterfragen ist. Offensichtlich existieren in bestehenden Geschäftsbeziehungen, und lediglich diese wurden in der Studie untersucht, erhebliche Spielräume für erfolgversprechende Kundenbindungsmaßnahmen.



Aus den weiteren Koeffizienten wird ersichtlich, daß das wahrgenommene Leistungsniveau mit einem Wert von +0.842 offenbar den stärksten und zugleich einzigen statistisch nachweisbaren Einfluß auf das Preisimage ausübt, während sowohl für die Preispotenz (-0.084) als auch die Preisfairneß (+0.005) kein Einfluß nachgewiesen werden kann. Letztere beiden Resultate widersprechen den zuvor abgeleiteten Hypothesen (und den entsprechenden Erwartungen) und werfen die interessante Frage auf, warum sich ein preisfaires Verhalten offensichtlich **nicht** auf das Preisimage und damit die Kundenbindung auszuwirken scheint. Im Umkehrschluß bedeutet dieses zunächst verblüffend erscheinende Ergebnis dabei ja, daß unfaires Preisverhalten von Kunden offensichtlich nicht sanktioniert wird. Bei der Interpretation des Ergebnisses ist aber zu berücksichtigen, daß in der Studie **bestehende** Geschäftsbeziehungen untersucht wurden. Diese Einschränkung führt zu einer vollkommen anderen Interpretation des untersuchten

Sachverhalts: Geschäftsbeziehungen, in denen sich Partner unfair behandelt fühlen, werden (wurden zuvor) abgebrochen und sind somit nicht mehr in der untersuchten Stichprobe enthalten. Ein preisfaires Verhalten stellt demnach eine zwingend notwendige Voraussetzung für eine erfolgreiche Geschäftsbeziehung dar.

In der Gesamtbetrachtung führt die Untersuchung zu folgenden Ergebnissen: Jeder Betrieb verfügt über ein Bündel (Set) relevanter Lieferanten. Solche Lieferanten, die sich unfair verhalten und/oder über eine zu geringe Preispotenz verfügen, scheiden (mittelfristig) aus diesem Set aus. Die Entscheidung über die Verteilung des Bestellvolumens auf die verbleibenden Lieferanten nimmt der Kunde ausschließlich in Abhängigkeit vom wahrgenommenen Leistungs niveau der jeweiligen Geschäftspartner vor. Ein positives Preisimage wirkt sich dabei, wie zuvor postuliert, nachweislich positiv auf die Höhe der Kundenbindung aus, bietet daneben aber einen relativ großen Spielraum für kundenbindende Maßnahmen.

Ein Arbeitspapier mit den Ergebnissen der Studie ist in Vorbereitung.

5. Ausgewählte Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Beiträge in Sammelwerken:

- Diller, H.:** Yield Management, in: Mertens et al. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl. Berlin u.a. 1997, S. 449.
- Diller, H.:** Veränderungen im Marketing durch Online-Medien, in: Bruhn, M.; Steffenhagen, H. (Hrsg.): Marktorientierte Unternehmensführung: Reflexionen – Denkanstöße – Perspektiven, Wiesbaden 1997, S. 513 – 537.
- Diller, H.:** Kundenzufriedenheitsmessung im Key-Account-Management: Das KAMQUAL-Konzept, in: Simon, H.; Homburg, Ch. (Hrsg.): Kundenzufriedenheit: Konzepte – Methoden – Erfahrungen, 2. Aufl., Wiesbaden 1997, S. 345 – 371.
- Diller, H.:** What do Customers Clubs achieve?, in: Pelton, L. (Ed.): Proceedings to 1997 Relationship Marketing Special Conference (AMA/Univ. of Dublin), Dublin 1997.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

- Diller, H.:** Preismanagement im Zeichen des Beziehungsmarketing, in: DBW-Die Betriebswirtschaft, 57. Jg., H.6, S. 749-763.
- Diller, H.; Haas, A.; Hauruckinger, G.:** Discounting – erfolgreich nicht nur im Handel, in: Harvard Business Manager, 19. Jg., H. 4 (1997), S. 19-28.
- Diller, H.:** Beziehungsmanagement, in: Die Betriebswirtschaft (DBW), 57. Jg., H. 4 (1997), S. 572-575.
- Diller, H.:** Preisehrlichkeit – eine neue Zielgröße im Preismanagement des Einzelhandels, in: THEXIS, Fachzeitschrift für Marketing, 14. Jg. (1997), H. 2, S. 16 - 21.
- Diller, H.:** Was leisten Kundenclubs?, in: Marketing-ZFP, 19. Jg. (1997), H. 1, S. 33 - 41.

- Diller, H.; Gömann, S.**: Vergleichende Buchbesprechung "Marketing mit Multimedia, in: Wirtschaftsinformatik, 39. Jg., H.5 (1997), S. 524-528.
- Diller, H.**: Hin zum individuellen Dialog, in: Markenartikel, H. 3 (1997), S. 37-38.
- Diller, H.**: Wege aus der Glaubwürdigkeitsfalle, in: Einzelhandelsberater, Juni 1997, S. 22 – 24.
- Diller, H.**: Das Eisberg-Syndrom, in: impulse, H. 6 (1997), S. 68 - 71.
- Diller, H.**: Markenführung und Preis-Management: Schlummernde Chancen, in: Markenartikel, Zeitschrift für Markenführung, H. 2 (1997), S. 36 - 37.

Arbeitspapiere:

- Nr. 48: **Cornelsen, J.; Schober, K.S.**: Mundwerbung – Begriffsbestimmung und Ergebnisse einer empirischen Studie, Nürnberg 1997.
- Nr. 52: **Diller, H.**: Preismanagement im Zeichen des Beziehungsmarketing, Nürnberg 1997.
- Nr. 53: **Tietz, W.**: Das Handwerk als Zielgruppe des Großhandels, Nürnberg 1997.
- Nr. 54: **Diller, H.; Müllner, M.**: Kundenbindungsmanagement bei Dienstleistungen, Nürnberg 1997.
- Nr. 55: **Ivens, B.S.**: Aktuelle Forschungsergebnisse im internationalen Marketing, Nürnberg 1997.
- Nr. 56: **Schober, K.-S.**: Grundlagen des Fakultätsmarketing, Nürnberg 1997
- Nr. 57: **Ivens, B.S.**: Der Euro – Ein Marketingthema?, Nürnberg 1997.
- Nr. 58: **Diller, H.; Goerdt, T.; Geis, G.**: Marken- und Einkaufsstättentreue bei Konsumgütern, Nürnberg 1997.
- Nr. 60: **Gömann, S.; Lamprecht, Ch.**: Erfolgsfaktoren der Marketingkommunikation in Online-Medien, Nürnberg 1997.
- Nr. 61: **Diller, H.; Cornelsen, J.; Ambrosius, T.**: Kundenerfolgsrechnungen in der Investitionsgüterindustrie, Nürnberg 1997.
- Nr. 62: **Diller, H.; Cornelsen, J.; Ambrosius, T.**: Kundenerfolgsrechnungen in der Konsumgüterindustrie, Nürnberg 1997.
- Nr. 63: **Diller, H.; Gömann, S.**: Auswirkungen von Multimedia auf Print-Produkte, Nürnberg 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Pädagogik, insbesondere Wirtschaftspädagogik

Prof. Dr. Dieter Euler

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-322

Fax.: 0911 / 5302-354

Email: euler@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/wiso/bwi/wipd>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Das aktuelle Forschungsprofil des Lehrstuhls bestimmt sich aus derzeit vier öffentlich geförderten Forschungs- und Entwicklungsprojekten mit einer ein- bis dreieinhalbjährigen Laufzeit. Um diese Projekte herum sind spezifische Dissertations- und Habilitationsprojekte gruppiert, die Einzelfragen in vertiefender Form aufnehmen und theoretisch bearbeiten. Im einzelnen:

- Förderung von kunden- und teamorientierten Sozialkompetenzen in der kaufmännischen Berufsbildung (Wirtschaftsmodellversuch in Zusammenarbeit mit der IHK Nürnberg)**

Der Modellversuch zielt darauf, über die Präzisierung und praxisbezogene Umsetzung des bislang als schwierig bewerteten und daher unzulänglich berücksichtigten Bereichs der Sozialkompetenzen einen Beitrag zur Modernisierung und Differenzierung der dualen Berufsbildung zu leisten. Es sollen modular aufgebaute, praxisnahe Bildungsangebote entwickelt, erprobt und evaluiert werden, die sowohl als Zusatzqualifikationen in der kaufmännischen Berufsausbildung als auch im Rahmen von kammerzertifizierten Weiterbildungsangeboten wahrgenommen werden können. Als fachlich-inhaltlicher Bezugspunkt der Förderung von Sozialkompetenzen soll die *Gestaltung der Kunden- und Teamorientierung* im Rahmen kaufmännischer Berufsfelder dienen.

- Förderung sozial-kommunikativer Handlungskompetenzen durch spezifische Ausprägungen des Lehrgesprächs (DFG-Projekt)**

Das Forschungsprojekt verfolgt als erkenntnisleitende Problemstellung die Frage: Inwieweit können über die Methodenkonzeption des 'Lehrgesprächs' (als die empirische Normalform des wirtschaftsberuflichen Unterrichts) Sozialkompetenzen gefördert werden? Die noch grob bezeichnete Methodenkonzeption des Lehrgesprächs soll zunächst über eine Systematik von Lehrgesprächshandlungen präzisiert werden. Diese Gesprächshandlungen sollen dann daraufhin befragt werden, inwieweit ihre Anwendung den Aufbau von sozial-kommunikativen Handlungskompetenzen bei einem Lernenden fördern kann. Weitergehend sollen Hypothesen generiert werden, die einen Zusammenhang zwischen

Ausprägungsformen der Zielebene (sozial-kommunikative Teilkompetenzen) und der Methodenebene (Gesprächshandlungen im Rahmen des dialogorientierten Lehrgesprächs) strukturieren.

- **Multimedia und Telekommunikation an beruflichen Schulen (Wissenschaftliche Begleitung eines bayerischen Schulmodellversuchs)**

In dem Modellversuch sollen in der Kooperation zwischen ausgewählten bayerischen Schulen, dem Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung sowie der Wissenschaftlichen Begleitung Nutzungsformen einer Integration von Multimedia und Telekommunikation in den Berufsschulunterricht entwickelt, erprobt und evaluiert werden. Über die Homepage mit der URL <http://www.lrz-muenchen.de/mut/> findet eine ständige Aktualisierung der Modellversuchsaktivitäten statt.

- **Evaluation der Modellversuche zur „Kooperation der Lernorte im dualen System der Berufsausbildung“ (Forschungsauftrag des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie)**

Gegenstand dieses Projekts ist die Evaluation der BLK-Modellversuche zum Schwerpunkt „Lernortkooperation im dualen System der Berufsausbildung“. Grundlage der Evaluation bilden ein Erhebungsbogen, die verfügbaren Modellversuchsveröffentlichungen sowie vertiefende Interviews von Modellversuchsverantwortlichen.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Habilitation: „Didaktik der Moralerziehung - Zur Fundierung einer wissenschaftsorientierten Didaktik auf der Grundlage von Pädagogischer Anthropologie und Ethik“

Im Wintersemester 1997 / 98 schloß der Akademische Oberrat am Lehrstuhl, Herr Dr. Manfred Horlebein, sein Habilitationsprojekt ab. Die Habilitationsschrift trägt den oben genannten Titel. Die vorgelegte Untersuchung leistet für ein in der wirtschaftspädagogischen Praxis zunehmend bedeutsameres Handlungsfeld wie das der Moralerziehung - ein Feld, das unter didaktischen Kriterien in Dilettantismus, Popularisierung und Theorielosigkeit abzugleiten droht -, eine Rückbesinnung auf grundlegende theoretische Grundlagen und bietet damit zugleich eine konzeptionelle Fundierung praktischer Didaktikansätze an. Unmittelbar nach der Verleihung der venia legendi hat Herr Horlebein einen Ruf auf die C3 - Professur für Wirtschaftspädagogik an der Universität Frankfurt erhalten und angenommen.

3.2 „Moralisches Urteilen und Handeln im Fokus der Wirtschaftspädagogik“

Im Dezember 1997 reichte Frau Monika Reemtsma-Theis, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl, ihre Dissertationsschrift zum Thema „Moralisches Urteilen und Handeln im Fokus der Wirtschaftspädagogik“ zur Begutachtung ein. Ihre Untersuchung verfolgt das Ziel, die Kategorien des „moralischen Urteilens und Handelns“ in den Rahmen des wirtschaftspädagogischen Theoriegebäudes zu integrieren und auf diese Weise eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für praktisches moralpädagogisches Handeln zu schaffen.

3.3 Wirtschaftsdidaktik in der Perspektive zeitgenössischer Wissenschaftspositionen: Lothar Reetz und Jürgen Zabeck

Gemeinsam mit dem Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialpädagogik der Ludwig-Maximilians-Universität München wurde im Sommersemester 1997 ein Forschungsseminar zum Thema „Wirtschaftsdidaktik in der Perspektive zeitgenössischer Wissenschaftspositionen: Lothar Reetz und Jürgen Zabeck“ durchgeführt. In dem Forschungsseminar wurden ausgewählte Quellen einer Analyse unterzogen, welche zentralen Erkenntnisse die beiden einflußreichen Wirtschaftspädagogen im Laufe ihres wissenschaftlichen Wirkens entwickeln konnten, inwieweit sich ihre Positionen im Laufe der Zeit verschoben haben, welches Wissenschaftsverständnis ihren Theorien unterlegt werden kann u.a.m. In das Forschungsseminar waren auch Studierende beider Universitäten einbezogen.

3.4 Berufliches Lernen im Wandel - Konsequenzen für die Lernorte?

Am 23. / 24. September 1997 richtete der Lehrstuhl in Nürnberg das 3. Forum zur Berufsbildungsforschung aus. Mit dem Rahmenthema „Berufliches Lernen im Wandel - Konsequenzen für die Lernorte?“ wurde eine Fragestellung aufgenommen, die in ihrer vordergründigen Betrachtung eine hohe Tagesaktuallität besitzt (Stichworte: Ausbildungsstellenknappheit; Krise des dualen Systems der Berufsausbildung; Zukunft der Berufe innerhalb einer mobilen, global ausgerichteten Ökonomie), zugleich jedoch auf zahlreiche grundlegende Probleme verweist, die derzeit im Rahmen laufender Forschungsaktivitäten bearbeitet werden. Das Forum steckt mit seinen Vorträgen, Workshops und Diskussionskreisen die Mehrdimensionalität des Themas ab und konzentrierte sich darauf, Forschungsergebnisse zu präsentieren und kritisch zu diskutieren, neue Kooperationen anzubahnen und Perspektiven künftiger Forschung zu formulieren.

3.5 Modernisierung des dualen Systems - Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien

Im August 1997 wurde die im Auftrag der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) erstellte Studie „Modernisierung des dualen Systems - Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien“ abgeschlossen und der BLK übergeben. Fragestellungen und Ergebnisse der Studie werden unter 4. ausführlicher skizziert.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Modernisierung des dualen Systems - Problembereiche, Reformvorschläge, Konsens- und Dissenslinien“

Das Projekt wurde von der Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung (BLK) im November 1996 in Auftrag gegeben und hatte eine Laufzeit von 9 Monaten. Die Ergebnisse wurden auf einer internationalen Tagung in Berlin vorgestellt und in einem Bericht zusammengefaßt, der zwischenzeitlich in Buchform veröffentlicht worden ist (Euler, D.: Modernisierung des dualen Systems, Bonn 1998).

Ausgehend von einer Auswertung der aktuellen wissenschaftlichen Literatur über die Reformdebatte des dualen Systems der beruflichen Erstausbildung sollten die zentralen Problemperspektiven identifiziert

und im Hinblick auf mögliche Lösungsansätze untersucht werden. Weiter sollten die berufsbildungspolitischen Positionen der Bundesregierung, der Landesregierungen und der Sozialpartner aufgenommen und im Hinblick auf ihre zentralen Zielsetzungen dargestellt werden. Schließlich sollten durch einen Abgleich der deskriptiv dargestellten Konsens- und Dissenspunkte Aussagen über mögliche Reformschritte in der Bundesrepublik Deutschland getroffen werden, die als Grundlage zur Profilierung zukünftiger Innovationsprogramme dienen können.

Im einzelnen verfolgt die Untersuchung die folgenden Fragestellungen:

- Welche zentralen Problembereiche lassen sich in der aktuellen Modernisierungsdiskussion über das duale System der Berufsausbildung in Deutschland identifizieren?
- Welche Lösungsvorschläge werden hinsichtlich dieser Probleme vorgetragen?
- Inwieweit lassen sich hinsichtlich der Lösungsvorschläge Konsens- und Dissenspositionen erkennen? Wo sind Ansatzpunkte für Modernisierungsaktivitäten zu erkennen, die eine breite politische Unterstützung erwarten lassen?

Spätestens ab 1992, seit das Angebot an Ausbildungsplätzen schrittweise abbröckelte, um in 1996 auch rechnerisch unter die Nachfrage zu fallen, hat das duale System der Berufsausbildung seinen Heiligschein verloren und steht auf der politischen Tagesordnung. Mittlerweile liegen eine solche Fülle von politischen Positionen, wissenschaftlichen Analysen, empirischen Untersuchungen und Modernisierungsvorschlägen vor, daß es gelegentlich schwerfällt, Grundlegendes und Zufälliges, Zentrales und Marginales noch voneinander zu unterscheiden. Die Studie erfaßt das Spektrum der Kritik in neun Schwerpunkten. Jedem der Schwerpunkte wird dabei eine Leithypothese vorangestellt, die auf die grundsätzliche Ausrichtung der Kritik einstimmt. Anschließend werden die zentralen Argumente vorgetragen, die zur Stützung, Relativierung oder Widerlegung der These angeführt werden. Die Argumente sind teilweise theoretischer Art, teilweise stützen sie sich auf empirische Befunde. Im Anschluß an die Argumentationen werden die Lösungsvorschläge skizziert, die sich im Hinblick auf den jeweiligen Kritikpunkt in der Diskussion befinden. Die Schwerpunktbelehrungen umfassen folgende Bereiche:

- Grundsatzkritik: Zur Fragwürdigkeit des Berufsprinzips
- Gesamtwirtschaftlicher Qualifikationsbedarf: Beschäftigungs- und Berufsausbildungssystem ohne Abstimmung?
- Rückgang des Ausbildungsstellenangebots: Ausbildungsbereitschaft der Betriebe als 'Achillesferse' des dualen Systems?
- Finanzierung der betrieblichen Ausbildung: Zwischenbetriebliche Kosten-Nutzenverteilung als Einflußfaktor für das Ausbildungsstellenangebot?
- Lehre und Karriere: Attraktivitätsverlust der dualen Ausbildung bei den Jugendlichen?
- Heterogenität der Auszubildenden: Differenzierung durch Modularisierung?
- Betriebliche Ausbildungsqualität: Ein Dauerthema ohne Aktualität?
- Zusammenhang der Lernorte: Miteinander - nebeneinander - gegeneinander?
- Schulische Ausbildungsqualität: Berufliche Schulen als Ergänzung oder Alternative zum dualen System?

Ausgehend von den analysierten Kritikfeldern des dualen Systems werden die Interessenstandpunkte der vier politischen Hauptakteure (Bund, Länder, Arbeitgebervertreter, Arbeitnehmervertreter) dargestellt und verglichen, um auf dieser Grundlage die bestehenden Konsens- und Dissensbereiche auszuloten und diejenigen Modernisierungsansätze zu identifizieren, die kurz- und mittelfristig eine gewisse Realisierungschance versprechen. Wo sind Ansatzpunkte für Modernisierungsaktivitäten zu erkennen, die eine

breite politische Unterstützung erwarten lassen? Es geht um die Unterscheidung des Wichtigen von dem Dringenden, der Vorschläge mit breitem Rückhalt von denen mit Vorbehalt, der umsetzungsfähigen Maßnahmen von den Ansätzen mit weiterem Klärungsbedarf. Oder bildhaft ausgedrückt: Für die weitere Modernisierungsdiskussion werden unterschieden die Früchte, die niedrig hängen und daher leicht zu pflücken sind, und jene Früchte, die noch hoch hängen und deren Erreichbarkeit weitergehende Überlegungen erfordern. Entsprechend werden vier Klassen von Modernisierungsaktivitäten unterschieden:

- Maßnahmen, die sich auf einen breiten Konsens stützen können und deren Umsetzung bereits eingeleitet ist („Konsens + erste Erfahrungen“).
- Maßnahmen, die sich in der Zielsetzung auf einen prinzipiellen Konsens stützen können, deren praktische Umsetzung aber noch weitgehend offen ist („Konsens + offene Umsetzung“).
- Maßnahmen, die von einzelnen Interessengruppen forciert werden, aber auf Vorbehalte bei anderen Gruppen treffen („Teilkonsens + Vorbehalte“).
- Maßnahmen, die auf gegensätzliche Grundsatzpositionen einzelner Interessengruppen treffen („Verhärteter Dissens“).

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Euler, D.; Sloane, P.F.E. (Hrsg.): Duales System im Umbruch - eine Bestandsaufnahme der Modernisierungsdebatte, Pfaffenweiler 1997.

Euler, D.: Lernortkooperation als Mittel zur Förderung von Transferkompetenz - Ansichten, Absichten, Aussichten, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Lernortkooperation und Abgrenzung der Funktionen von Betrieb und Berufsschule, Tagungen und Expertengespräche zur beruflichen Bildung, Heft 25, Bielefeld 1997, S. 183 - 205.

Euler, D.: Sozialkompetenz als didaktische Kategorie - vom 'didaktischen Impressionsmanagement' zu einem Forschungsprogramm, in: Dubs, R.; Luzi, R. (Hrsg.): 25 Jahre Institut für Wirtschaftspädagogik Universität St. Gallen - Schule in Wissenschaft, Politik und Praxis, St. Gallen 1997, S. 279 - 317.

Euler, D.: Sozialkompetenz - eine „Ungefährqualifikation“ oder Kernelement einer zukunftsorientierten Bildung?, in: Drees, G.; Ilse, F. (Hrsg.): Arbeit und Lernen 2000, Band 1, Bielefeld 1997, S. 105 - 142.

Euler, D.: Pädagogische Konzepte des multimedialen Lernens, in: Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.): Berufliche Bildung - Kontinuität und Innovation, Dokumentation des 3. BIBB-Fachkongresses vom 16. - 18. Oktober 1996 in Berlin, Berlin 1997, S. 628 - 635.

Euler, D.: Förderung von Sozialkompetenzen - eine Überforderung für das duale System?, in: Euler, D.; Sloane, P.F.E. (Hrsg.): Duales System im Umbruch - eine Bestandsaufnahme der Modernisierungsdebatte, Pfaffenweiler 1997, S. 263 - 288.

Hahn, A.: Vollzeitschulen und duales System - Alte Konkurrenzdebatte oder gemeinsame Antworten auf dringende Fragen?, Euler, D.; Sloane, P.F.E. (Hrsg.): Duales System im Umbruch - eine Bestandsaufnahme der Modernisierungsdebatte, Pfaffenweiler 1997, S. 27 - 52.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bank- und Börsenwesen

Prof. Dr. Wolfgang Gerke

Postfach 11 91 40

Josephsplatz 1

90101 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-403

Fax.: 0911 / 5302-466

e-mail: wolfgang.gerke@rzmail.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/BuB/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Empirische Kapitalmarktforschung
- Experimentelle Kapitalmarktforschung
- Institutionelle Rahmenbedingungen von Börsen
- Insiderproblematik
- Marktstrukturtheorie
- Einsatz neuer Medien im Börsenwesen
- Börsenpsychologie und Anlegerverhalten
- Theorie der Finanzintermediation
- Probleme mittelständischer Unternehmen beim Zugang zum Kapitalmarkt
- Venture Capital Finanzierung
- Empirische Unternehmensforschung
- Preismanagement in Kreditinstituten
- Konziliationismus

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Informationsverhalten von Anlegern

Kooperationspartner: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH, Institut für Demoskopie Allensbach

Bearbeiter: Prof. Dr. W. Gerke, Dipl.-Kfm.-Marc Oerke, Dipl.-Kff. Karin Stüfe

Projektstart und -ende: 1.1. 1996 / 1.4. 1997

Charakterisierung: Ziel des Forschungsprojekts war die Beurteilung des Informationsverhaltens vor dem Hintergrund der Veränderungen der Finanzmärkte und der zunehmenden

Bedeutung elektronischer Medien. Auf der Basis einer Expertenbefragung, einer Repräsentativumfrage sowie verschiedener Experimente wurde das Informationsverhalten von Privatanlegern untersucht.

3.2 Preispolitik im Privatgiroverkehr

Kooperationspartner: Bayerischer Sparkassen und Giroverband, Deutscher Sparkassen und Giroverband, GfK (Gesellschaft für Konsumforschung), Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Gerke, Dipl.-Kff. Gabriele Pfeufer-Kinnel,
Dipl.-Kfm. Joachim Hein

Projektstart und -ende: 1.1.1995 / 30.5.1997

Charakterisierung: Es handelt sich um eine auf der Methodik der Conjoint-Analyse basierende empirische Untersuchung mit dem Ziel, Hilfestellungen für zukünftige Preisstrategien zu entwerfen. Hierzu erfolgte eine Befragung von über 1500 Bankkunden aus vier Regionen Deutschlands. Um Preisentscheidungen unterstützen zu können, wurden abschließend die Ergebnisse der Kostenrechnung und der Conjoint Analyse integriert. Durch die Integration der in der Conjoint Analyse gewonnenen quantitativen Kundenpräferenzen können aus Kunden- und Bankensicht optimale Preismodelle konstruiert werden.

3.3 Dissertation: Die Gestaltung von Finanzierungskontrakten und die Rolle von Finanzintermediären zur Lösung von Informationsproblemen bei der Kapitalüberlassung, Dr. Matthias Bank

Herr Bank analysiert die notwendigen institutionellen Regelungen, die eine optimale Mobilisierung von Sparkapital zur Finanzierung des Kapitalbedarfs von Unternehmen gewährleisten. In der Arbeit werden dabei die relative Vorteilhaftigkeit unterschiedlicher Intermediationsformen - wie z. B. Kreditinstitute und Börsen - bei der Lösung von Informationsasymmetrien untersucht. Im Zentrum der Diskussion steht die Ausgestaltung der Aktionsparameter Diversifikation und Liquidität bei der Gestaltung von Finanzierungskontrakten.

Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, gestiftet von der Hermann-Gutmann-Stiftung und mit dem allgemeinen Förderpreis 1998 der Bayerischen Landesbank ausgezeichnet.

3.4 Dissertation: Preismanagement in Kreditinstituten - Ein integrierter, qualitativer Ansatz unter Berücksichtigung von Kosten-, Kunden- und Konkurrenzinformationen, Dr. Gabriele Pfeufer-Kinnel

Frau Pfeufer-Kinnel entwickelt auf der Grundlage einer umfassenden Diskussion theoretischer Konzepte und praktischer Anforderungen einen Ansatz zur Fundierung von Preisentscheidungen in Kreditinstituten. Die vorgestellte Methodik erlaubt die Bewertung der relativen Vorteilhaftigkeit verschiedener Angebotsalternativen auf der Basis quantitativer Erkenntnisse zu Produktrentabilität und Kundennutzen. Die Disser-

tation schließt damit die bestehende Lücke in der bisher isoliert erfolgten Betrachtung der Einflußfaktoren von Preisentscheidungen.

Die Arbeit wurde mit dem Promotionspreis der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, gestiftet von der Hermann-Gutmann-Stiftung ausgezeichnet.

3.5 Dissertation: Entscheidungs- und Lernverhalten an Wertpapiermärkten - Psychologische Aspekte von Börsenentscheidungen, Dr. Uwe Schroeder-Wildberg

Der Entscheider an der Börse sieht sich mit einer Vielzahl von Informationen konfrontiert, die er mit seiner begrenzten Informationsverarbeitungskapazität interpretieren und bewerten muß. In theoretischen Modellen der Kapitalmarkttheorie wird hingegen in der Regel von streng rationalem Verhalten der Marktteilnehmer ausgegangen. Herr Schroeder-Wildberg untersucht an einer experimentellen Wertpapierbörsen das Verhalten der Marktteilnehmern unter realitätsnahen Bedingungen. Dabei analysiert er individuelle Entscheidungsmuster und Lernprozesse der Marktteilnehmer.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Die Rolle von Privilegien für Marktteilnehmer bei der Gestaltung von Börsen

Kooperationspartner: Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG)

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Gerke, Dipl.-Kfm. Stefan Arneth,
Dipl.-Wirt.-Ing. Robert Bosch und Dipl.-Kff. Dipl.-Hdl. Christine Syha.

Projektstart und -ende: 1.6.1995 / 30.5.1997

Das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) unterstützte Projekt „*Die Rolle von Privilegien für Marktteilnehmer bei der Gestaltung von Börsen*“ läuft seit Juni 1995 und ist in den DFG-Schwerpunkt „Effiziente Gestaltung von Finanzmärkten und Finanzinstitutionen“ eingebettet. Der erste Projektab schnitt umfaßt die experimentelle Analyse des sogenannten *Orderbuchprivilegs*. Dieses Teilprojekt wurde im Jahr 1997 beendet.

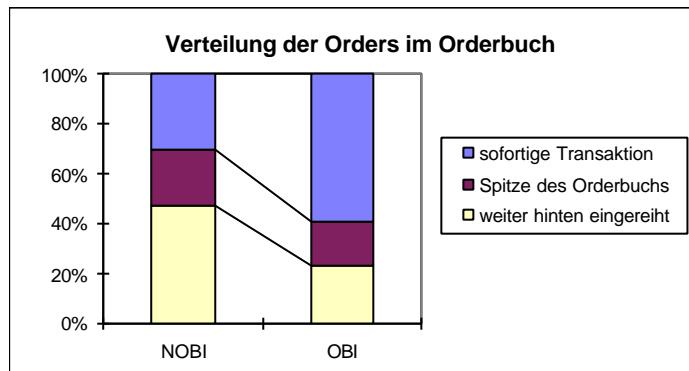
Ziel des Gesamtprojektes ist die Untersuchung von potentiellen geldwerten Vorteilen, die Marktteilnehmern an Wertpapierbörsen in Form von Vorrechten oder Vergünstigungen aus der Gestaltung der Marktorganisation entstehen. Das Orderbuchprivileg besteht in dem alleinigen Zugriffsrecht auf das Auftragsbuch, in dem alle bisher unausgeführten Kauf- und Verkaufsaufträge an der Börse gesammelt werden. Die amtlichen Kursmakler an der Frankfurter Wertpapierbörsen im Parkett handel besitzen beispielsweise dieses Privileg.

Mit Hilfe der am Lehrstuhl für Bank- und Börsenwesen entwickelten Software für die Computerbörsen CAT (Computerized Asset Trading) wurden umfangreiche experimentelle Studien zu den Wirkungsweisen des Orderbuchprivilegs durchgeführt. Die Computerbörsen CAT bietet ca. 10 Teilnehmern die Möglichkeit, an vernetzten PC-Terminals Aktien von bis zu 4 verschiedenen fiktiven Unternehmen untereinander zu handeln. Dazu erteilen sie limitierte Orders per Eingabe in ihr Handelsterminal. Unter einer limitierten Order versteht man einen Kauf- oder Verkaufsauftrag, der mit der gewünschten Stückzahl und einer Preisober-

grenze (Kauf) bzw. Preisuntergrenze (Verkauf) versehen ist. Zusätzlich besteht die Möglichkeit, risikolos in Festgeld zu investieren. In den durchgeföhrten Experimenten erhält jeweils ein Privilegierter (*Orderbuchinsider*) exklusiven Einblick in das Orderbuch für ein Wertpapier. Die übrigen Marktteilnehmer erhalten keinerlei Informationen über den Orderfluß, sie sind auf die Beobachtung von Transaktionskursen zur Einschätzung der Marktlage angewiesen. Die erhobenen experimentellen Daten sollen Aufschluß bringen, in welcher Weise privilegierte Marktteilnehmer die Orderbuchinformationen nutzen und wie sich dies auf den Marktprozeß auswirkt.

Die Orderbuchinsider (OBI) besitzen durch ihr Privileg die Möglichkeit, im Markt befindliche Gegenorders gezielt anzunehmen. Dies können die nichtprivilegierten Marktteilnehmer (NOBI) nicht tun, da sie keine Informationen darüber besitzen, welche unausgeführten Kauf- oder Verkaufsaufträge gerade im Börsensystem vorhanden sind. Des weiteren bietet sich den Orderbuchinsidern die Chance, die bisher günstigste Order eines anderen Marktteilnehmers gezielt zu überbieten, d.h. ihre Order an der Spitze des Orderbuchs zu plazieren, um bei Ankunft einer entsprechenden Gegenorder Ausführungsriorität zu erhalten.

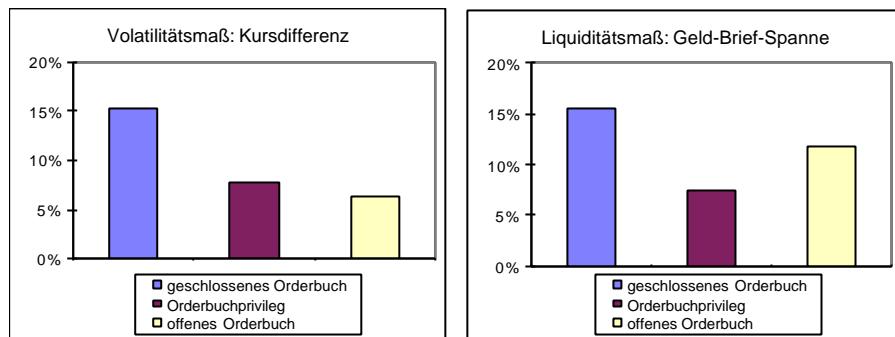
Die experimentellen Daten zeigen, daß die OBI ihre zusätzliche Information nutzen, um gezielt Gegenorders direkt anzunehmen (vgl. Abbildung).



Ist nur eine Seite des Orderbuchs besetzt (beispielsweise nur die Käuferseite), bevorzugen die Orderbuchinsider die Plazierung ihres Auftrags auf die bisher unbesetzte Marktseite. Insofern werden die Orderinformationen genutzt, um sich als Liquiditätsanbieter zu betätigen, wenn ein Orderungleichgewicht besteht. Obwohl ihre Situation sich ausschließlich durch eine *zusätzliche* Information von der anderen Teilnehmer unterscheidet, erzielen die Orderbuchinsider keine systematisch höheren Handelsgewinne.

Im Marktprozeß trägt der Orderbuchinsider dazu bei, die Kurse zu glätten, die *Volatilität* (nicht informationsinduzierte Preisschwankungen) ist deutlich niedriger als in einem Markt, in dem kein Händler das Orderbuch einsehen kann. Die Geld-Brief-Spanne, die Differenz zwischen den jeweils günstigsten Limitierungen der Kauf- und Verkaufseite, gilt als Maßgröße für die Liquidität von Börsenmärkten. Sie repräsentiert die durchschnittlichen impliziten Transaktionskosten (ohne Berücksichtigung von Börsengebühren). Das Orderbuchprivileg wirkt sich in den untersuchten Marktexperimenten spannenverengend aus, erhöht also im Vergleich zu einem völlig intransparenten Markt die Liquidität. Eine ähnliche liquiditätserhöhende Wirkung geht von der vollständigen Öffnung des Orderbuchs für alle Marktteilnehmer aus. Die folgende Abbildung verdeutlicht die Marktwirkungen des Privilegs. Als Indikator für die Volatilität wird die

Differenz zwischen höchstem und niedrigstem Transaktionskurs in Prozent vom Durchschnittskurs innerhalb einer Handelsrunde gemessen.



In einer weiteren Experimentserie wurde den Teilnehmern die Wahl gelassen, ob sie in einem Markt mit Orderbuchinsider oder einem Markt mit für alle geschlossenem Orderbuch handeln möchten. Hier wurde keine Präferenz für eine der beiden Möglichkeiten festgestellt.

Das Projekt ermöglicht einen Einblick in das strategische Verhalten eines Marktteilnehmers mit monopolistischer Orderbucheinsicht. Auf Marktebene wurden positive Effekte, die von der Vergabe des Privilegs ausgehen, gemessen. Der Orderbuchinsider erhöht die Marktliquidität, ohne selbst signifikant von seinem Vorrang zu profitieren.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Gerke, W. (Hrsg.): Die Börse der Zukunft - Märkte, Plätze, Netze, Stuttgart 1997

Gerke, W.: Risikomanagement, in: P. Mertens et al. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, Berlin 1997, S. 349 - 350.

Gerke, W.: Herrschaft der Androiden? Konsequenzen der Kapitalmarkttheorie für das Anlegerverhalten, in: Jünemann, B.; Schellenberger, D. (Hrsg.): Psychologie für Börsenprofis, Stuttgart, 1997.

Gerke, W.; Arneth, S.: Die Wirkung von Insiderinformationen an Börsenmärkten, in: Gerke, W., (Hrsg.), Die Börse der Zukunft. Märkte - Plätze - Netze, Stuttgart 1997, S. 165-185.

Gerke, W.; Arneth, S.; Bosch, R.; Syha, C.: Open and Closed Orderbook and Its Effects on Liquidity and Volatility - Market Microstructure of Stock Exchanges in Experiments and in the 'Neuer Markt', in: Deutsche Börse AG (Hrsg.), Symposium on Equity Market Structure for Large- and Mid-Cap Stocks 1997.

Gerke, W.; Arneth, S.; Syha, C.: The Impact of the Order Book-Privilege on Traders' Behavior and the Market Process - an Experimental Investigation, Working Paper, Universität Erlangen-Nürnberg 1997.

Gerke, W.; Bank, M.: Unternehmensfinanzierung auf einem integrierten europäischen Kapitalmarkt, in: Stein (Hrsg.): Sammelband zur Europäischen Währungsunion, erscheint demnächst.

Gerke, W.; Bank, M.: Die Entscheidung zum Going Public unter besonderer Berücksichtigung der Marktmikrostruktur und Informationsquerwirkungen, in: Hummel, D.; Bühler, W.; Schuster, L. (Hrsg.): Banken in globalen und regionalen Umbruchsituationen, Stuttgart 1997, S. 553-577.

Gerke, W.; Oerke, M.: Marktbeeinflussung durch Analystenempfehlungen - eine empirische Studie, Arbeitspapier, Universität Erlangen-Nürnberg, Oktober 1997.

Gerke, W.; Oerke, M.; Sentner, A.: Der Informationsgehalt von Dividendenänderungen auf dem deutschen Aktienmarkt, in: Die Betriebswirtschaft, Heft 6/1997, S. 810 - 822.

Gerke, W.; Pfeufer-Kinnel, G.: Kosten und Rentabilität des Privatgiroverkehrs der Kreditinstitute, Stuttgart, 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Logistik

Prof. Peter Klaus, D.B.A./Boston University

Theodorstraße 1

90489 Nürnberg

Tel.: 0911/ 5302-444

Fax: 0911/ 5 88 79-33

E-mail: info@logistik.uni-erlangen.de

URL: <http://www.logistik.uni-erlangen.de>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Verkehr und Umwelt-„Makrologistik“

Anwendung modernen Logistik Know Hows im Personen und Güterverkehr wie beispielsweise GVZ-Planung und Prognose der verkehrlichen Wirkungen; Konzeption, Implementierung und Durchführung des City-Logistik und City-Marketing Projekts ISOLDE; alternative Gestaltung von Pendlerverkehren am Beispiel BürgerMobil Erlangen; Entscheidungsunterstützung für kommunale Abfallentsorger bezüglich der einzusetzenden Logistiksysteme in Sammlung und Verwertung.

Zielgruppen sind hier in erster Linie Kommunen und sonstige Gebietskörperschaften sowie private und öffentliche Verkehrsbetriebe.

- Netzkonfiguration und Standortplanung

Bewertung alternativer Speditions- und Distributionsnetze mit speziell entwickelten EDV-Werkzeugen; Optimierung von Gebietsgrenzen und Zuordnung von Depots/ Transshipment-Punkten zu Regional- bzw. Zentrallägern, Frage der Stufigkeit von Systemen und des operativen Routings von Transportströmen in bestehenden Netzen.

Zielgruppen sind hier Industrie-, Handels- und Dienstleistungsbetriebe, die auf ein Beschaffungs- bzw. Distributionsnetzwerk zurückgreifen müssen.

- Branchenlogistik und Kontextinformation

Erarbeitung von Grundlagen zu Mengendaten, Marktverhältnissen und Logistikstrukturen in ausgewählten Branchen der deutschen Wirtschaft; Ziel ist die Ableitung von strategischen Ansatzpunkten für Dienstleistungs-, Handels- und Industrieunternehmen.

- Prozeßmanagement und –controlling für Verkehr und Logistik

Strukturierte Moderation mittels selbstentwickelter Prozeß-Mapping-Tools; Diffusion des „Prozeßdenkens“ in Seminaren und Schulungen; Analyse und Bewertung der Wirtschaftlichkeit von Prozessen und Prozeßveränderungen; Anwendung auf physische, administrative und nichtmaterielle Prozesse, Prozeß-

kostenrechnung und Prozeßoptimierung. Die hier entwickelte Methodik lässt sich auf alle Unternehmen mit regelmäßig wiederkehrenden Aufgaben anwenden.

- Supply Chain Management und Integration

Anwendung des modernen Konzepts ECR – Efficient Consumer Response; Moderation von Workshops zur Identifikation von Verbesserungspotentialen entlang der logistischen Kette; Bewertung der Nutzen durch Prozeßkostenrechnung; Make-or-Buy-Entscheidungen; Optimierung von Schnittstellen entlang der Kette; Evaluierung und Verbesserung der Beziehungsqualitäten als neutrale Coach; Moderation von Kooperationen entlang der Kette, Reengineering der Abläufe mittels Benchmarking und Prozeßmanagement; Einsatz von EDI und EDIFACT; Ansatz der Daten- und Kommunikationstechnik zur Prozeßkostenreduktion („untouched Orders“) bei Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen.

- Anwendung von Kommunikations- und Übertragungstechnik im Verkehr

Test der Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologie für Leistungserstellung und Administration; Güter- und Fahrzeugidentifikation; Flottenmanagement; Anwendung auf Logistik-Dienstleister, interne Dienste, öffentliche Betriebe und Krankenhäuser.

- Management von Logistik-Dienstleistungsbetrieben

Qualitätsmanagement und Produktivitätssteigerung; Überprüfung von Organisationsstrukturen und Abläufen; Diskussion strategischer Alternativen für die Positionierung von Unternehmen; Potentialabschätzungen branchenspezifischer Lösungen.

Kommunikations- und Übertragungstechnik im Verkehr sowie das Feld Management von Logistik-Dienstleistungsbetrieben sprechen vor allem Unternehmen des Güterverkehrs und Logistik-Dienstleister wie Speditionen, Paketdienste, Post und Bahn sowie Kontraktlogistik-Anbieter an.

- Aus- und Weiterbildung in der Logistik

Angebot von Basis-Seminaren zum modernen Logistikverständnis, Schulungen in Prozeßmanagement und Netzkonfiguration; Einführung in computerbasierte Entscheidungsunterstützungstools; Spezialseminare zu aktuellen Fragestellungen der Logistik, wie beispielsweise Benchmarking, Sendungsverfolgungssysteme oder Kontraktlogistik.

Die Zielgruppen verändern sich mit den Inhalten der angebotenen Veranstaltungen.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Potentialabschätzung von Transport- und Wirtschaftsverkehrsaufkommen in Industrie- und Gewerbegebieten

Kooperationspartner: LUB Consulting GmbH Dresden

Bearbeiter: Dipl.-Kffr. Nicole Lubecki, Dipl.-Kfm. Andreas Stein

Projektstart und –ende: April 1995 / Januar 1997

Charakterisierung: Den Gewerbegebieten als spezialisierte Standorte der verladenden und dienstleistenden Wirtschaft wird in der Öffentlichkeit eine geringerer Aufmerk-

samkeitswert zu teil. Im Vordergrund stand deshalb die starke Orientierung an den Anforderungen einer sofortigen praktischen Anwendbarkeit der Ergebnisse durch einen breiten mit verkehrsplanerischen Entscheidungen befaßten Nutzerkreis. Für diese Gewerbegebiete wurde das typische Verkehrsaufkommen als Basis für zukünftige Verkehrsplanungen ermittelt.

3.2 Dissertation: Wege zur lernenden Organisation. Eine Literaturstudie auf der Basis der Grounded Theory

Bearbeiterin: Dipl.-Kffr. Irene Teich

Projektstart und –ende: 1993 / 1997

Charakterisierung: Die Vision von der „lernenden Organisation“ hat seit Anfang der 1990-er Jahre in ganz außerordentlichem Maße das Interesse der Management-Praktiker auf sich gezogen. Vor diesem, für modische Managementkonzepte typischen Hintergrund einer sehr rasch wachsenden Literatur bemüht sich die Dissertation, einen spezifischen eigenen Zugang zur Thematik zu finden.

3.3 Dissertation: Die Optimierung von Fließsystemen. Formulierung und Systematisierung von Gestaltungsideen für die Logistik in disziplinärer und interdisziplinärer Umschau

Bearbeiter: Diplom-Handelslehrer Christian Ferger

Projektstart und –ende: 1994 / 1997

Charakterisierung: Die vorliegende Arbeit übernimmt die Aufgabe, im Rahmen einer breiten Umschau innerhalb der Disziplin der Betriebswirtschaftslehre und in ausgewählten anderen Wissenschaftsfeldern nach Gestaltungs- und Handlungsideen zu suchen, die potentiell als Hypothesen, handlungsleitende Prinzipien oder Empfehlungen für das Management von Fließsystemen dienen können.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Das Güterverkehrszentrum Staatshafen Nürnberg – zwischen Nachbarschaftskooperation und Kommunikationstechnik

Kooperationspartner: Interessengemeinschaft Güterverkehrszentrum Hafen (IGVZ) und zwölf mittelständische, im Hafen ansässige, Unternehmen

Betreuer: Dipl.-Kfm. Andreas Stein

Projektstart: seit Juli 1997

Bereits seit einigen Jahren wird in Nürnberg der Gedanke des Ausbaus zum Verkehrskompetenzzentrum forciert. Neben der relativ jungen Initiative „Neuer Adler“, die sich die Stärkung der Verkehrstechnikanbieter in den Bereichen Straße und Schiene auf die Fahnen geschrieben hat, ist auch die Optimierung der Logistik-Dienstleistungsangebote seit Jahren im Gespräch. Nürnberg verfügt dabei über einen entscheidenden Standortvorteil gegenüber vergleichbaren Zentren: Etwa 50 bis 70% des in Dienstleisterhand befindlichen Transportvolumens der Region wird bereits über den ehemaligen Staatshafen abgewickelt. Zusätzlich wurden dort vor allem logistik- und verkehrsintensive Industrie und Handelsbetriebe angesiedelt.

Die Stadt Nürnberg und die ansässigen Unternehmen bemühen sich deshalb seit Jahren um die Verlegung des Kombiverkehrsbahnhofs der Bahn vom Stadtgebiet in den Hafen, um einerseits die Verkehrsbelastung in der Stadt zu reduzieren und andererseits die Nutzung der Bahn im Fernverkehr zu erhöhen.

Das „Transportgewerbegebiet“ soll so zu einem echten Schnittpunkt der Verkehrsträger Wasser, Schiene und Straße werden.

Kooperation als Baustein des Kompetenzzentrums Verkehr

Gemäß dem Vorbild des bisher einzigen funktionierenden Güterverkehrszentrums in Bremen, soll nun eine inhaltliche Ausgestaltung des vorgegebenen Rahmens erfolgen. Dabei ist in erster Linie an eine intensivere Zusammenarbeit der ansässigen Unternehmen in Rand- aber auch Kernbereichen ihrer Aktivitäten gedacht, um zum einen eine Reduzierung der Verkehrsbelastung zu ermöglichen und zum anderen Synergien als Standortvorteil auszubauen. Neben den erarbeiteten Feldern der Vermarktung und der Imagebildung für den Standort, der Integration der Bedürfnisse der Ansiedler in alle weiteren Planungsprozesse am Standort, der Verbesserung der ÖPNV-Anbindung wurden vor allem Ansätze der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen, Bündelung der Einkaufsaktivitäten, aber auch die gemeinsame Optimierung der Aus- und Weiterbildung sowie erste Ansätze für gemeinsame Produktentwicklungen diskutiert.

Gemeinsame Stadtbelieferung

Aber auch bisher bestehende Ansätze gelten als vielversprechend: Die bereits im Pilotprojekt ISOLDE begonnene gemeinsame Belieferung der Innenstadt durch einige im GVZ ansässige Speditionen soll ausgebaut werden. Durch die Nutzung eines Depots zur Vorkonsolidierung sollen die Ladezeiten verkürzt und dadurch eine Öffnung für weitere Teilnehmer ermöglicht werden. Langfristig ist die Verknüpfung der Speditionsabwicklungs- und Sendungsverfolgungssysteme angedacht.

Fokus Kommunikationstechnik – Verknüpfung zum GVZ-Service-Center

Das Forschungsprojekt IGN Integriertes Güterverkehrsmanagement Nordbayern gibt weiter Ansatzpunkte zum Ausbaus des Güterverkehrszentrums: Im Rahmen des GVZ-Service-Centers sollen vor allem kommunikationsbasierte Dienstleistungen entwickelt und angeboten werden. Der Aufbau und Betrieb eines Web-Servers „GVZ.DE“ ist dabei nur die Grundlage für eine regionale Frachten- und Sonderfahrtenbörsen sowie der Präsentation der Kompetenz der einzelnen Unternehmen. Schließlich sollen auch moderne Systeme des Fuhrpark- und Flotten-management sowie der Objektverfolgung sollen den Anrainern vermittelt und – auch leihweise – zugänglich gemacht werden. Das GVZ-Service-Center wirkt so als Innovator und Vermittler modernen Know Hows aus der Kommunikationstechnik in den Verkehr.

Kooperative Entwicklungskapazität als Voraussetzung

Die bisherigen Diskussionen wurden vom Fraunhofer Anwendungszentrum für Verkehrslogistik und Kommunikationstechnik moderiert. Konzepte und Know How aus anderen Bereichen der Logistik fließen dadurch in das GVZ zurück. Man ist sich einig, daß eine solche kooperative Entwicklungskompetenz für den weiteren Ausbau des Staatshafens notwendig ist. Deshalb soll eine GVZ-Entwicklungsgesellschaft mit den betroffenen Unternehmen gegründet werden.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls 1997

Bücher:

Klaus, P.; von Tucher, F.; Lubecki, N.: Benchmarkingstudie Distributionslager

Nürnberger Benchmarking-Reihe Band I, Fraunhofer Anwendungszentrum für Verkehrslogistik und Kommunikationstechnik (Hrsg.), Nürnberg, 1996.

Klaus, P; Müller-Steinfahrt, U.: Die „TOP 100“ der Logistik. Eine GVB-Studie zu Marktsegmenten, Marktgrößen und Marktführern in der deutschen Logistik-Dienstleistungswirtschaft 1997, hrsg. von der Gesellschaft für Verkehrsbetriebswirtschaft und Logistik (GVB) e.V., Nürnberg, Hamburg, 1997.

Beiträge in Sammelwerken:

- Klaus, P.:** Marketing für Transportdienstleistungen in: Meyer, A. (Hrsg.) (1997): Handbuch des Dienstleistungsmarketing, in Druck.
- Klaus, P.:** Fuhrparkmanagement, Fuhrpark, in: Vahlens großes Logistiklexikon, München 1997, S. 320-322.
- Klaus, P.:** Lager: Funktionen und Arten, in: Handwörterbuch der Produktionswirtschaft, 2. Auflage, München 1997, S. 1014-1024.
- Klaus, P.:** Zukunft der Gütermobilität – Neue Entwicklungen im Bereich logistischer Dienstleistungen in den USA, in: Tagungsband zu den 15. Dortmunder Gesprächen September 1997, Verlag Praxiswissen 1997.
- Klaus, P.; Sheffi, Y.:** Logistics at Large: Jumping the Barriers of the Logistics function, in: Proceedings of the twenty-sixth Annual transportation and logistics educators conference, Chicago/ USA 1997.
- Klaus, P.:** Efficient Consumer Response und die Anforderungen an die Logistikkette, Wissenschaftssymposium, Deutsche Logistik Akademie, 1997.
- Klaus, P.:** Benchmarking in der Güterverkehrswirtschaft – kurzlebige Managementmode oder dauerhafter Fortschritt für die Unternehmensführungspraxis?, in: Jahrbuch der Güterverkehrswirtschaft 1997, Frankfurt am Main 1997, S. 60-65.
- Müller-Steinfahrt, U.:** Der Logistiker der Zukunft - Manager ohne funktionale Identität: Berufsbild im Wandel, in: Jahrbuch der Logistik 1997, Düsseldorf, 1997, S. 198-208.
- Pflaum, A.; Heuberger, A.:** Tagging – Eine Innovation für die Sendungsverfolgung, in: Logistik Jahrbuch 1997, Verlagsgruppe Handelsblatt / Fachverlag.
- Pflaum, A.; Klaus, P.:** Technological Advances in Supply Chain Integration: Innovative Uses of mobile Data Storage Devices and Transponder Technology in less-than-truckload Systems, in: Proceedings of the 3rd International Symposium on Logistics, Padua / Italy 1997.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

- Eisele, A.:** Fachtagung zum Thema Citylogistik, in: Distribution, 1-2 1997, Seite LS 15 bis LS 16.
- Heuberger, A.; Merklinger, A.; Pflaum, A.:** Drahtlose Kommunikation in der Produktionstechnik, Teil IV: Kleinräumige Navigation in der Fertigungstechnik, in: Elektronik 5/1997.
- Müller-Steinfahrt, U.:** Japanische und Europäische Einsichten, in: Logistik heute, 1/2 1997, S. 67-71.
- Müller-Steinfahrt, U.:** Virtuelle Fabrik: Neues Schlagwort oder die Zukunft des Produktionsmanagement?, in: GfPMagazin 1/97 S. 5-6.

Pflaum, A.; Heuberger, A.: Drahtlose Kommunikation in der Produktionstechnik, Teil V: Multimedia in der Produktionstechnik, in: Elektronik 6/97.

von Tucher, F.; Lubecki, N.: Die Benchmarking-Idee setzt sich auch in Logistik, Verkehr und Transport immer stärker durch - Offenheit und Mut zum Vergleich gefordert, in: Deutsche Verkehrszeitung, Nr. 68, 7. Juni 1997, S. 67f..

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Internationales Management

Prof. Dr. B. N. Kumar

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-452

Fax: 0911 / 5302-470

E-mail: Brij.Kumar@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/IM/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Globalisierung und Gesellschaft
- Interkultureller Konflikt und interkulturelles Verstehen im internationalen Management
- Multinationale Unternehmen und globale Verantwortung
- Managementstrategien deutscher Unternehmen in Asien
- Human Resource Management in MNU
- Rolle der multinationalen Unternehmen beim Strukturwandel in Asien
- Transformationsmanagement in Osteuropa: Rolle der Direktinvestitionen und des Managements MNU in der Entwicklung postkommunistischer Länder
- Russische Kulturstandards und multinationales Management
- Interkulturelles Qualitätsmanagement in Global Airlines

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Managementstrategien deutscher Unternehmen in Asien:

(1) *Partnerbezogene Erfolgsstrategien in deutsch-indischen Joint Ventures*

Bearbeiter: Dipl.-Kff. Susanne Eßlinger

Projektstart und -ende 1995 / 1997

Charakterisierung Der Erfolg in internationalen Joint Ventures hängt vor allem auch von den Beziehungen zwischen den Partnern ab. Das Beziehungsgeflecht wird analysiert und der Zusammenhang zum Erfolg empirisch untersucht.

(2) *Entscheidungsprozeß in Tochtergesellschaften deutscher Unternehmen in Asien: Entscheidungsbefugnisse in chinesischen und japanischen Niederlassungen*

Bearbeiter: Dipl.-Kff. Susanne Eßlinger

Projektstart und -ende 1995 / 1997

Charakterisierung: Es wird das Problem der Entscheidungsautonomie untersucht. Welche Entscheidungen werden den Töchtern delegiert, welche im Stammhaus gefällt? Von welchen Faktoren (z.B. Strategie, Unternehmensgröße, Kultur etc.) hängt die Autonomie ab und welche Praxis verspricht mehr Erfolg?

(3) Internationalisierungsprozeß deutscher mittelständischer Unternehmen in Japan und China im Vergleich

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Karen Hoffmann

Projektstart und -ende: 1994 / 1997

Charakterisierung: Das Ziel der Studie besteht darin, die Einflußfaktoren zu untersuchen, die Direktinvestitionen deutscher Unternehmen in China und Japan bedingen. Es gilt, den Unterschied empirisch herauszuarbeiten, der im Umfeld und in den Unternehmensmerkmalen begründet ist. Von welchen Faktoren hängt das erfolgreichere Vorgehen ab? Ist es vergleichbar?

3.2 Transformationsmanagement in Osteuropa: Die Rolle von internationalen Joint Ventures in der Tschechischen Republik

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Libor Studnicka

Projektstart und -ende : 1996 / 1997

Charakterisierung: Auf der Grundlage einer Befragung in deutsch-tschechischen und U.S.-tschechischen Unternehmen werden die Vor- und Nachteile von Joint Ventures in der Tschechischen Republik herausgearbeitet. Aus deutscher Sicht wird insbes. auch der Frage nachgegangen: Was kann man von den U.S.-Firmen lernen?

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Multinationale Unternehmen und globale Verantwortung: Rolle bei der Verwirklichung von Sustainable Development

Betreuer: Dipl.-Kfm. Ina Graf

Projektstart und -ende: 1996 / 1997

• *Problemstellung und Ziel*

Die multinationalen Unternehmen (MNU) sind die Hauptakteure des Globalisierungsprozesses, der auf der einen Seite als Motor des weltwirtschaftlichen Wachstums, auf der anderen Seite aber auch als die Ursache für viele Probleme angesehen wird. Das Forschungsprojekt befaßt sich mit der Rolle der MNU bei der Lösung globaler Konflikte, insbes. in Verbindung mit den Zielen von Sustainable Development. Im ersten Teil geht es darum, zu folgenden Fragen Vorüberlegungen anzustellen und Thesen zu entwickeln,

die Gegenstand eines im zweiten Teil des Projektes durchzuführenden empirischen Forschungsprogramms darstellen:

- (1) Welches sind die Konflikte, die in Verbindung mit der Globalisierung entstehen, werden Aspekte von Sustainable Development berührt?
- (2) Inwiefern kann das Konzept des Sustainable Development einen normativen Handlungsrahmen der globalen unternehmerischen Verantwortung darstellen?
- (3) Welche unternehmerischen Strategien und Politiken dienen multinationalen Unternehmen zur Anbindung an Sustainable Development?

- *Ergebnisse*

(1) Zusammenfassend konnte festgestellt werden, daß MNU anstelle von staatlichen Institutionen freiwillig und selbstverpflichtend die moralische Verantwortung für die Minderung und Lösung von Problemen, die die Globalisierung mit sich bringt, übernehmen müssen; dadurch leisten sie gleichzeitig auch einen aktiven Beitrag zur Erhaltung der ökonomischen, ökologischen und sozio-kulturellen Grundlagen menschlichen Lebens. Sustainable Development wird so zur normativen und strategischen Grundlage, die die Existenz der MNU legitimiert, insbesondere dadurch, daß die Kluft zwischen faktischer und methodischer Legitimität, die auf lange Sicht die Stabilität der globalen Zivilisation zu erschüttern droht, überbrückt wird (Orts 1995: 258). Mit anderen Worten kann das Legitimitätsdefizit eine reale Gefahr für den Weltfrieden darstellen; zum Zwecke ihrer eigenen Existenz und zur Sicherung des Weltfriedens muß die MNU die moralische Verantwortung eines *citoyen mondiale* und *Genius universalis* übernehmen.

(2) Als Ausgangspunkt für die Konzeptionalisierung des Sustainable Development als normativer Handlungsgrundlage für verantwortliches multinationales Management wurden folgende mit der Globalisierung verbundene Konfliktbereiche identifiziert, die die wesentlichen Grundlagen menschlichen Lebens berühren:

Ökonomische Konflikte

Die mit der weltweiten Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung einhergehende zunehmende internationale Mobilität der Unternehmen kann tendentiell zu einer Verschärfung wirtschaftlicher Ungleichheit und Ungerechtigkeit - sowohl zwischen als auch innerhalb der Länder - führen.

Ökologische Konflikte

Globalisierung führt zur Zunahme ökologischer Interaktion und Belastung und stellt somit den Ursprung erheblicher globaler Probleme dar.

Soziokulturelle Konflikte

Es ist davon auszugehen, daß die Globalisierung durch weltweite Integration von Produktion und Konsumtion die interkulturelle Interaktion intensiviert und zu einer kulturellen Fragmentation - und damit zu gesellschaftlichen Konflikten - führen kann.

(3) Das Konzept des Sustainable Development wurde als universeller normativer Handlungsrahmen anerkannt, dem sich jegliche wirtschaftliche Aktivität verpflichten soll. Um die Aktivität der MNU als nachhaltig betrachten zu können, muß sie zudem auch alle drei Dimensionen - wirtschaftliche, ökologische und sozio-kulturelle - umfassen. Multinationale Unternehmen finden in der Weltordnung dann faktische und methodische Legitimierung, wenn sie freiwillig die Verantwortung für Sustainable Development übernehmen. Ihre Politiken und Strategien sollten daher negative Auswirkungen auf Sustainable Development vermeiden und vielmehr aktiv dazu beitragen, dessen Ziele zu erreichen. Als konkrete Beschränkungen der Strategieformulierung wurden folgende Merkmale des Sustainable Development identifiziert, die es in die Unternehmenspolitik und -strategie zu integrieren gilt: *Einschließlichkeit, Verbundenheit, Gleichheit, Besonnenheit, Sicherheit*.

(4) Unter Rückgriff auf den strategischen Managementprozeß konnten die entwickelten normativen Handlungsrichtlinien schließlich in den modus operandi multinationaler Unternehmen integriert werden. Die vorgeschlagene multinationale Strategie für Sustainable Development und ihre Probleme seien hier themenartig skizziert:

Planung der Zielfunktion

Gemeinsame Aktionen der Wettbewerber stellen einen geeigneten Ansatz dar, die Notwendigkeit der Internalisierung von Zielen der Nachhaltigkeit ohne Gefahr von Wettbewerbsnachteilen zu verdeutlichen.

Insbesondere internationale Unternehmen haben aufgrund ihrer unterschiedlichen Standorte beträchtliche Möglichkeiten, ihre Unternehmensziele den Anforderungen des Sustainable Development anzugeleichen.

Strategische Analyse

Es gilt, für das Sustainable Development relevante Punkte in die strategische Analyse der Umwelt und des Unternehmens zu integrieren. Bei der Umweltanalyse sind Aspekte, wie das Bewußtsein und die Macht der Verbraucher im Hinblick auf Fragen des Sustainable Development oder Nachhaltigkeit beeinflussende nationalstaatliche Regelungen, zu beachten; die Unternehmensanalyse muß zusätzlich beispielsweise das Verantwortungsgefühl des Managementpersonals für Sustainable Development oder das technologische Potential für die ökologischen Ziele einer nachhaltigen Entwicklung berücksichtigen.

Strategieformulierung

Aus Sicht des Sustainable Development sind bei der Strategie des Ressourcentransfers internationale strategische Allianzen und Joint Ventures hundertprozentigen Tochtergesellschaften vorzuziehen.

Zudem ist die Standortstrategie der Regionalisierung aus der Sicht des Sustainable Development gegenüber der globalen Ausbreitung von Investitionen zu präferieren.

Auf der Funktionsebene gilt es den Zusammenhang zwischen dem Transfer von Managementstrategie und den Zielen des Sustainable Development zu untersuchen. So kann z.B. die übliche Unternehmenspraxis, untrainiertes und kulturell unsensibles Personal aus dem Stammhaus in Auslandsniederlassungen zu entsenden, oftmals zu soziokulturellen Konflikten führen.

Bei der Formulierung der internationalen Managementstrategie ist davon auszugehen, daß die globale Integration die Möglichkeit von Unternehmen erhöht, die Ziele des Sustainable Development in bezug auf ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit zu verfolgen. Das Element der lokalen Anpassung hat das größere Potential, die soziale Gerechtigkeit und die Erhaltung kultureller Identitäten zu fördern. Eine diesbezügliche Berücksichtigung im Rahmen der Unternehmensstrategie kann der sozialen Dimension des Sustainable Development Rechnung tragen.

Strategieimplementation

Die Bestimmung von Erfolgsfaktoren in Verbindung mit relevanten operativen Funktionen kann die Spezifizierung tatsächlicher Handlungen zur Realisierung der formulierten Strategie erleichtern.

Instrumente, wie Incentives für den vernünftigen Umgang mit Energie auf Betriebsebene, tragen dazu bei, die strategische Formel umzusetzen und die Verbindung der Operationen aller Funktionen mit der Strategie zu schaffen.

Trainingsprogramme, wie Seminare über globale Nachhaltigkeit oder Arbeitsmethoden zum Sparen von Energie und Rohstoffen, können helfen, Widerstände gegen Veränderungen und mentale Barrieren zu überwinden.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

- Kumar, B.N.; Steinmann, H.:** Shandong. Standort für betriebliche Kooperationen, München 1997.
- Kumar, B.N.; Epple, P.:** Exporte, Kooperationen und Auslandsgesellschaften als Stationen des Lernens im Internationalisierungsprozeß, in: Macharzina, K.; Oesterle, M. (Hrsg.): Handbuch Internationales Management, Wiesbaden 1997, S. 309-324.
- Kumar, B.N.; Studnicka, L.:** Eigentumsstrategie deutscher und amerikanischer Unternehmen in der Tschechischen Republik im Vergleich: Einige Vorüberlegungen zu den ökonomischen und kulturellen Einflußfaktoren, in: Engelhard, J. (Hrsg.): Interkulturelles Management, Theoretische Fundierung und funktionsbereichsspezifische Konzepte, Wiesbaden 1997, S. 135-152.
- Kumar, B.N.; Steinmann, H.:** Technology Transfer by German Small and Medium-sized companies, in: Buckley; Mirza, H.; White, E (Eds.) International Technology Transfer by Small and Medium sized enterprises, New York 1997, S. 139-175.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

**Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Rechnungswesen
und Öffentliche Betriebe**

Prof. Dr. rer. pol. Wolfgang Männel

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-213

Fax: 0911 / 5302-445

E-mail: wsrw01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/RW/>

4. 2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Gesamtlösungen des Finanz- und Rechnungswesens
- Industrielles Rechnungswesen
- Produktions- und Kostentheorie
- Betriebswirtschaftliche Konzepte, Methoden und Softwaresysteme für die Kostenrechnung
- Kostencontrolling und Kostenmanagement
- Leistungs-, Erlös- und Ergebnissesteuerung
- Bilanzlehre, Bilanzpolitik und Bilanzanalyse

5. 3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Zinsen im betrieblichen Rechnungswesen

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Männel

In den Lehrbüchern zur Kostenrechnung wird zur Ermittlung von kalkulatorischen Zinsen in der Regel eine pauschale Methodik mit einem gesamtkapitalbezogenen Ansatz vorgeschlagen. Häufig findet man die Empfehlung, zwecks Substanzerhaltung zur Bemessung der Abschreibungen und Zinsen von den Wiederbeschaffungswerten der Anlagen auszugehen. In einer umfassenden Analyse wird eine kritische Bestandsaufnahme der verbreiteten Aussagen zu den kalkulatorischen Zinsen vorgenommen. Vor allem wird für eine differenzierte Handhabung von Fremdkapitalzinsen als Kosten und Eigenkapitalzinsen als Gewinnelemente argumentiert. Aufbauend auf der Analyse werden Vorschläge für eine zielgerechte Vorgehensweise unter Berücksichtigung dieser Grenzen der Zurechenbarkeit von Kapitalbindungen entwickelt. Ein erstes Manuskript wurde 1997 abgeschlossen und wird im April 1998 publiziert. Für 1998 ist vorgesehen, diese Ergebnisse in ein umfassendes Aussagensystem über kalkulatorische Abschreibun-

gen und Zinsen einzuarbeiten. Weiterhin wird 1998 eine Broschüre veröffentlicht, die das Meinungsspektrum anderer Wissenschaftler zu dieser Thematik enthält.

3.2 Methodenpotential des Investitionscontrolling

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Männel

Das Investitionscontrolling zielt auf die rentabilitätsorientierte Planung, Kontrolle, Steuerung und Koordination der strategischen und operativen Investitionstätigkeit eines Unternehmens ab. Ziel des Projektes war die Herausarbeitung von Methodik, Einsatzgebieten und Problembereichen ausgewählter Instrumente des Investitionscontrollings unter der Berücksichtigung von Steuerwirkungen in einem geschlossenen Lehrmaterial für Studenten. Als qualitative Instrumente werden Stärken-Schwächen-Analysen und Nutzwertanalysen thematisiert. Bei den quantitativen Verfahren bilden Kosten-, Gewinn- und Rentabilitätsvergleichsrechnungen, Nutzschwellenanalysen, Amortisationsrechnungen, Kapitalwertmethode, Annuitätenmethode, Endwertmethode, Interne Zinsfußmethode, vollständige Finanzpläne, Methoden zur Optimierung von Investitionsprogrammen sowie DCF-Methoden den Gegenstand der Untersuchung. Das die Ergebnisse beinhaltende Lehrmaterial erscheint im Februar 1998.

3.3 Habilitationsprojekt: Konzepte und Instrumente für das ressourcenorientierte Management, Dipl.-Kfm. Dr. Jochen R. Pampel

Ressourcen verfügen über ein spezifisches Nutzenpotential, dessen Nichtbeachtung häufig bei der Anwendung von Target Costing oder des geschäftsprozeßorientierten Reengineering zu unnötigem, nur kurzfristig ergebnissteigerndem Downsizing führt. Strategische Wachstumschancen werden übersehen. Der „resource-based view“ des strategischen Managements bietet zwar eine neue Denkweise hinsichtlich des Wertes von Ressourcen, doch fehlt es bisher an der notwendigen Operationalisierung. Ressourcenmanagement auf der taktisch-operativen Ebene gilt der effizienteren Ressourcennutzung durch Verbesserungen der Produktionsfunktion im Rahmen vorbestimmter Verwendungsbestimmung von Ressourcen (=Kapazitäten). Eine konsequente Unterscheidung der Betrachtungsebenen Ressourcen und Kapazitäten bietet eine Möglichkeit, die Inputseite jeglicher Leistungserstellung besser zu verstehen und die Einflußgrößen der Ressourcenproduktivität einerseits und der Kapazitätsproduktivität andererseits gezielt zu steuern. Diese Steuerung beruht auf einem entsprechenden Ausbau der Leistungsrechnung (in Mengen, Zeiten und Qualitäten) sowie der stärkeren Integration unterschiedlicher Kostenrechnungskonzepte und Investitionsrechnungen (vor allem der DCF-Methode). Im Rahmen des Forschungsprojektes wurde bereits ein von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderter halbjähriger Aufenthalt an der Harvard Business School, Boston MA. absolviert. Das Manuskript ist im Herbst 1997 erstellt worden, das Habilitationsverfahren wird im Sommersemester 1998 abgeschlossen.

6. 4. Bericht eines ausgewählten Forschungsprojektes:

Entwicklung eines Aussagesystems zur Bestimmung der kalkulatorischen Kostenpositionen, Abschreibungen und Zinsen und des kalkulatorischen Gewinns in der Kostenrechnung von öffentlichen und erwerbswirtschaftlichen Unternehmen mit dem Ziel der Substanzerhaltung.

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfgang Männel

Problemdarstellung und Aufbau der Untersuchung

Ziel war die Beurteilung von Substanzerhaltungskonzeptionen ausgehend von Vorschriften, Regelungen und Richtlinien maßgebender Institutionen verschiedener Wirtschaftszweige. Ausgangspunkt für die Erarbeitung eines geschlossenen Aussagesystems war eine Untersuchung und Beurteilung von Meinungen und Vorschlägen hinsichtlich der Behandlung der für die Kostenrechnung bedeutsamen Kostenpositionen kalkulatorische Abschreibungen, kalkulatorische Zinsen und kalkulatorische Gewinne vor dem Hintergrund des Ziels der Unternehmenserhaltung.

Zusätzlich wurde der Tatsache Rechnung getragen, daß die wissenschaftliche Diskussion parallel für verschiedene Wirtschaftszweige geführt wird. Zum einen erfolgt eine Auseinandersetzung mit diesen Problemkreisen generell für erwerbswirtschaftliche Unternehmen. In der gängigen Kostenrechnungsliteratur wird hierfür beispielsweise für die Bestimmung der kalkulatorischen Abschreibungen in der Regel undifferenziert eine Ableitung von den jeweiligen Wiederbeschaffungskosten einer Anlage empfohlen, um inflationsbedingte Preissteigerungen durch entsprechende Innenfinanzierungsbeiträge ausgleichen zu können. Dies entspricht einem sehr weitgehenden Substanzerhaltungsverständnis im Sinne der Brutto-substanzerhaltungskonzeption. In die gleiche Richtung gehen auch die Empfehlungen zum Aufbau der Kosten- und Leistungsrechnung der Wirtschaftsverbände.

Im öffentlichen Preisrecht wurde die Diskussion in den zurückliegenden Jahren durch einige Neuerungen der LSP verstärkt geführt. Durch die Verordnungen PR 1/86 und PR 1/89 wurde die Möglichkeit der Ableitung der kalkulatorischen Zinsen und kalkulatorischen Abschreibungen von den Wiederbeschaffungskosten der Vermögensgegenstände aufgehoben. Maßgebend sind seitdem nur noch die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Ein Ausgleich der Preisentwertung soll über den entsprechenden Ansatz kalkulatorischer Gewinne erfolgen, wobei jedoch deren Bemessung - abgesehen von Aufträgen, die für das Bundesverteidigungsministerium durchgeführt werden (Bonner Formel) - nicht näher spezifiziert ist.

Für die Energiewirtschaft werden im Rahmen der Strompreiskalkulation administrierte, d.h. staatlich genehmigte Preise, festgelegt. Die Bestimmungen hierfür ergeben sich aus den Arbeitsanleitungen der jeweiligen Bundesländer, die trotz ihrer generellen Ausrichtung an den LSP erheblich voneinander abweichen. Dies betrifft insbesondere die Kostenpositionen kalkulatorische Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen, wo je nach Bundesland unterschiedliche Bemessungsbasisen zur Anwendung kommen. Im Zuge der LSP-Änderungen wird auch im Bereich der Energiewirtschaft kontrovers über diese Problematik diskutiert. Dies hat zu mehreren Entwürfen einer bundeseinheitlichen Arbeitsanleitung geführt.

Eine außerordentlich wichtige Rolle spielen kalkulatorische Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen auch im Bereich der Gebührenkalkulation. In der Literatur wird vor dem Hintergrund der Substanzerhal-

tung und der Finanzmittelknappheit der Haushalte teilweise eine Bemessung der kalkulatorischen Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen auf Basis der Wiederbeschaffungskosten befürwortet. Von anderer Seite wird gerade diese Vorgehensweise im Hinblick auf die ständig steigenden Benutzungsbühren scharf kritisiert und als Instrument der Sanierung defizitärer städtischer Kassen angeprangert. Die Diskussion wurde zusätzlich entfacht durch ein richtungsweisendes Urteil des OVG Münster, das für die Gebührenkalkulation eine Abschreibungsbemessung von den Wiederbeschaffungskosten als zulässig erachtet, dies für die Bemessung der kalkulatorischen Zinsen aber ablehnt.

Für die genannten Kalkulationspositionen werden somit unterschiedliche Bestimmungsgrößen in verschiedenen Bereichen der Wirtschaft diskutiert. Eine intensive Literaturoauswertung sollte hierüber Klarheit schaffen und gewisse Richtlinien und Trends in der wirtschaftswissenschaftlichen Forschung aufzeigen.

Zusammenfassung zentraler Thesen

- Grundsätzlich besteht keine Notwendigkeit über die Kalkulation einzelner Kosten eine Substanzerhaltung der Unternehmen zu gewährleisten. Die Notwendigkeit einer derartigen substanzerhaltungsortierten Kostenkalkulation ergibt sich auch nicht aus den grundlegenden Erkenntnissen der Betriebswirtschaftslehre. Terminologisch korrekt sind der Substanzerhaltung dienende Beträge vielmehr als Gewinnbestandteile anzusehen. Dies steht auch in Einklang mit den im externen Rechnungswesen geltenden Regelungen und vermeidet insofern Divergenzen zwischen den Rechenkreisen. Dies bewirkt auch, daß die Ertragsteuerbelastung aller Gewinnbestandteile nicht länger im Unklaren bleibt. Die Definition des Ertragsteueranteils auf den Gewinn als Kostenbestandteil ist nicht länger erforderlich.
- Allerdings lässt sich die Notwendigkeit der Substanzerhaltung nicht leugnen. Eine Deckung von im Rahmen von Reinvestitionsmaßnahmen auftretenden Finanzierungslücken durch zusätzliches Fremdkapital ist allerdings nur dann möglich, wenn die Unternehmen eine adäquate Eigenkapitalquote aufweisen. Das dafür notwendige zusätzliche Kapital könnte durch zusätzliches Eigenkapital der Anteilseigner von außen bereitgestellt werden. Es ist allerdings nicht sinnvoll, den Eigenkapitalgebern allein schon zur Kompensation inflationärer Preisentwicklungen zusätzliches Haftungskapital abzuverlangen. Eine begrenzte innenfinanzierte Kapitalstruktursicherung durch anteilig zur Substanzerhaltung beitragende Erlösbestandteile ist deshalb durchaus zu präferieren. Notwendige Substanzerhaltungsrücklagen sind allerdings in die Gewinnkalkulation miteinzubeziehen.
- Durch systematische Nutzung von Kapitalfreisetzungseffekten und Kapazitätserweiterungseffekten und unter der Voraussetzung einer kontinuierlichen Reinvestition der über den Umsatzprozeß zurückfließenden liquiden Mittel im Unternehmen ist es möglich, bei der Ableitung der die Investitionsfähigkeit sichernden Preisstellung nur von den Tagesneuwerten der verzehrten und wiederzubeschaffenden Vermögensgegenstände auszugehen und nicht von den jeweiligen Wiederbeschaffungswerten.
- Die Kapitalstruktursicherung wird dabei bereits durch eine Nettosubstanzerhaltung erreicht. Die teilweise in der Literatur propagierte Bruttosubstanzerhaltung bewirkt in inflationären Zeiten eine ständige Substitution von Fremdkapital durch Eigenkapital. Dies ist betriebswirtschaftlich nicht geboten, da Eigenfinanzierung in der Regel steuerlich schlechter gestellt ist als Fremdfinanzierung. Insbesondere in

der Strompreiskalkulation verstößt das Bruttosubstanzerhaltungsdenken gegen das Prinzip der Ermittlung möglichst günstiger Preise. Dem Substanzerhaltungsziel wird bereits Rechnung getragen, wenn durch entsprechende Kalkulation eine Aufrechterhaltung der bestehenden Eigenkapital-Fremdkapital-Relation erreicht wird.

- Es stellt sich die Frage, ob bei der Substanzerhaltung von der unternehmensspezifischen Eigenkapitalquote ausgegangen werden muß oder ob es möglich ist, normativ eine Eigenkapitalquote vorzugeben, die eine ausreichende Eigenkapitalausstattung des Unternehmens gewährleistet. Eine Begrenzung der Eigenkapitalquote würde auch der Ermittlung möglichst günstiger Preise Rechnung tragen. Dies gilt insbesondere für Unternehmen der Energiewirtschaft, die zur möglichst preisgünstigen Versorgung der Stromabnehmer verpflichtet sind. Aber auch für andere erwerbswirtschaftliche Unternehmen, die ihre Preise am Markt durchsetzen müssen, ist die Bestimmung möglichst niedriger Preise für die Kontrolle der Preisauskommlichkeit zwingend geboten. Es ist daher nicht zwingend geboten, daß über die kalkulierten Preise dauerhaft eine besonders hohe Eigenkapitalquote bei bestimmten Unternehmen aufrechterhalten werden muß. Man sollte sich vielmehr an der Eigenkapitalquote orientieren, die nach dem Grundsatz der rationellen Betriebsführung geboten erscheint. Dabei ist auf das Finanzierungspotential der jeweiligen Unternehmen abzustellen. So weisen beispielsweise zahlreiche Energieversorgungsunternehmen hohe Rückstellungsbeträge (insbesondere Wiederaufbereitungsrückstellungen und Entsorgungsrückstellungen) auf. Diese stehen den Unternehmen in der Regel langfristig zur Finanzierung zur Verfügung und mindern daher die als notwendig anzusehende Eigenkapitalquote.
- Die LSP haben auch die Ermittlung kalkulatorischer Zinsen in der Kostenrechnung stark beeinflußt. Demnach kommt in der Regel ein einheitlicher Zinssatz auf das gesamte betriebsnotwendige Kapital zur Anwendung. Dadurch wird den unterschiedlichen Kapitalstrukturen der Betriebe nicht Rechnung getragen. Zudem bewirkt diese pauschale kalkulatorische Verzinsung des Gesamtkapitals, daß die tatsächliche Eigenkapitalverzinsung von der effektiven Höhe der pagatorischen Fremdkapitalzinsen und von der Eigenkapitalquote abhängig ist. Zu fordern wäre deshalb, daß für das verzinsliche Fremdkapital die tatsächlich anfallenden Zinsaufwendungen verrechnet werden und zusätzlich und separat hiervon eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals in die Gewinnkalkulation mit einbezogen wird. Dieser Forderung wurde beispielsweise in der neuen Arbeitsanleitung zur Darstellung der Kosten- und Erlöslage in der Strompreiskalkulation Rechnung getragen.
- Richtigerweise wurde allerdings durch die Verordnung PR 1/86 die Möglichkeit der Verzinsung auf Basis der Wiederbeschaffungswerte aufgehoben. Dies ist deshalb betriebswirtschaftlich zu begrüßen, da stets auf das gebundene Kapital abzustellen ist, das aber nur auf der Basis von Anschaffungswerten ermittelt werden kann. Dies sollte generell gelten.
- Den Anteilseignern der Unternehmen muß eine marktgerechte Verzinsung des von ihnen eingesetzten Kapitals geboten werden. Eine kapitalmarkt- und wertorientierte Unternehmensführung schafft die Voraussetzungen zur Aufnahme zusätzlicher Mittel am Kapitalmarkt für die Vornahme von zur langfristigen Erhaltung eines Unternehmens notwendigen Wachstumsinvestitionen. Die zu kalkulierende Eigenkapitalverzinsung kann von der langfristig durchschnittlichen Umlaufrendite inländischer festverzinslicher Papiere abgeleitet werden. Zusätzlich zu dieser Mindestrentabilität müssen die Unterneh-

men den Eigenkapitalgebern einen Ausgleich für die Risikoübernahme bieten. Dies muß durch Kalkulation eines entsprechenden kalkulatorischen Gewinns ermöglicht werden. Dabei sollte das jeweilige spezifische Risiko des Unternehmens berücksichtigt werden.

7. 5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher und Lehrmaterialien:

Männel, W.: Buchführung und Grundlagen der Bilanzierung, 9. Aufl., Lauf a.d. Pegnitz 1997.

Männel, W.: Entwicklungsperspektiven der Kostenrechnung, 3. Aufl., Lauf a.d. Pegnitz 1997.

Männel, W.: Grundlagen der Kostenrechnung, 8. Aufl., Lauf a.d. Pegnitz 1997.

Männel, W.: Ergebniscontrolling, Lauf a.d. Pegnitz 1997.

Beiträge in Sammelwerken:

Männel, W.: Frühzeitige Produktkostenkalkulationen für das Kostenmanagement, in: Die Kunst des Controlling, Prof. Dr. Péter Horváth zum 60. Geburtstag, hrsg. von R. Gleich und W. Seidenscharz, München 1997.

Männel, W.: Aufgaben, Schwerpunkte und Instrumente des Kostenmanagements, in: Das Rechnungswesen im Spannungsfeld zwischen strategischem und operativem Management, Prof. Marcell Schweitzer zum 65. Geburtstag, hrsg. von H.-U. Küpper und E. Troßmann, Berlin 1997.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Männel, W.: Reorganisation des führungsorientierten Rechnungswesens durch Integration der Rechenkreise, in Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), H. 1, S. 9-19.

Männel, W.: Prozeßorientiertes Ressourcencontrolling, in Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), H. 2, S. 113-115.

Männel, W.: Bedeutung und Aufgaben des Ergebniscontrollings, in Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), H. 5, S. 291-294.

Männel, W.: Make-or-Buy-Entscheidungen, in Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), H. 6, S. 307-311.

Männel, W.: Zur Problematik des Rechnens mit kalkulatorischen Kosten, in: Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), Sonderheft 1, S. 5-12.

Männel, W.: Zinsen im innerbetrieblichen Rechnungswesen, erscheint in Kostenrechnungspraxis, 42. Jg. (1998), H. 2.

Männel, W.; Distler, H.: Substanzerhaltung durch kalkulatorische Abschreibungen und kalkulatorische Gewinnbestandteile, in: Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), Sonderheft 1, S. 43-54.

Pampel, J.R.; Viertelhaus, M.: Substanzerhaltung und kalkulatorische Abschreibung in der Praxis - Eine Auswertung von Verbandsempfehlungen, in: Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), Sonderheft 1, S. 14-23.

Reiners, F.: Teilprobleme bei der Ermittlung kalkulatorischer Zinsen, in: Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), Sonderheft 1, S. 55-62.

Sasse, A.; Hartmann, M.; Mild, T.: Technologiekostenanalyse als Instrument des Innovationskostenmanagements, in: Kostenrechnungspraxis, 41. Jg. (1997), H. 6, S. 312-318.

8. 1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftsinformatik I

Prof. Dr. Dr. h.c. mult. P. Mertens

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-284

Fax.: 0911 / 536634

E-Mail: mertens@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wi1.wiso.uni-erlangen.de>

9. 2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Projekte

IV-Anwendungssysteme im Controlling

- Management-Informationen aus dem Internet (Marco Meier)
- Data Mining im Controlling (Nicolas Bissantz)
- Integration von Daten aus Marktforschung und Controlling (Klemen Cas)
- Rechnerunterstützung umfangreicher Präsentationen der Marktentwicklung vor Führungs-gremien (Volko Christ)
- Nutzen und Schaden der Informationstechnologie (Ingo Potthof)

IV-Anwendungssysteme im Marketing

- Generalisierungsmöglichkeiten der Elektronischen Produktberatung (Martin Rosewitz, Ulf Timm)
- Produktberatungssysteme für Software-Häuser (Michael Höhl)
- Elektronischer Branchenkatalog (Marc Rössel)
- Event Shopping im Internet (Petra Schumann)
- Freizeit- und Tourismusberatung im Internet (Heidi Meyer)
- One-to-One-Marketing (Ralph Horstmann)
- Maschinelle Vorkalkulation und Preisfindung (Gerald Butterwegge, Heinz Raufer)
- Rechnergestützte Methoden zur Kundenbindung (Michael Hau)

IV-Anwendungssysteme in der Produktionslogistik

- Simulation der Parameterwirkungen in PPS-Systemen (Jörg Dittrich)
- Branchenabhängige Parametereinstellung bei SAP R/3 (Tilmann Gebhardt)
- PPS mit ComponentWare (Sybille Möhle, Marc Braun)
- Vergleich von XPS-Ansätzen mit alternativen Methoden der Werkstattsteuerung (Jens Schultz)

Informations- und Softwarelogistik

- Branchensoftware für kleinere Unternehmen (Andrea Engelhardt)
- Kooperative Entwicklung von branchen- und betriebstyporientierten Anwendungsarchitek-turen (Jochen Holzner, Thomas Kaufmann, Harald Ließmann)
- Datenbank zu branchen- und betriebstypischen IV-Anforderungen (Petra Ludwig)
- IV-Unterstützung für Virtuelle Unternehmen (Wolfgang Faisst)
- Integration von Produktentwurf und -präsentation (CADCAS) (Momme Stürken)
- Benutzerindividuelle Informationslogistik im Internet (Stefan Morschheuser)
- Adaptive Workflow-Management-Systeme (Christoph Wargitsch)
- Zwischenbetriebliche Workflow-Management-Systeme (Thorsten Wewers)

Methodenbezogene Arbeitsgebiete

- 1) Künstliche Intelligenz, vor allem Expertensysteme
- 2) Expertisesysteme (Zusammenfassung umfangreicher Zahlen-Daten)
- 3) Data Mining (Datenmustererkennung)
- 4) Benutzermodelle
- 5) Management-Informationssysteme (MIS)
- 6) Dokumenten- und Workflow-Management
- 7) Branchensoftware-Entwicklung
- 8) Integrationsmodelle
- 9) Steuerungsalgorithmen
- 10) Multimediatechnik
- 11) Arbeiten im Internet
- 12) Teachware

10. 3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997**10.1 3.1 *Informations- und Kommunikationssysteme als Gestaltungselement Virtueller Unternehmen***

Kooperationspartner: Deutsche Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. D. Ehrenberg, Universität Leipzig, Prof. Dr. J. Giese, Universität Bern, Prof. Kanet, Clemson University (USA)

Bearbeiter: Wolfgang Faisst

Projektstart und -ende: März 1995 / Mai 1997

Charakterisierung: Das Projekt hatte das Ziel, Theorie und Praxis der Virtuellen Unternehmen (VU) zu untersuchen. Daher führten wir auf Basis einer umfangreichen Literaturstudie empirische Felduntersuchungen durch. Anhand eines Lebenszyklusmodells ließen sich Aussagen über die Unterstützung von VU hinsichtlich Soll- und Istzustand bzw. Lücken treffen. Um diese zu schließen, modifizierten wir einerseits bestehende Lösungen aus dem „nicht-virtuellen“ Bereich und schufen andererseits einige innovative Anwendungssysteme.

10.2 3.2 *Simulationsgestützte Analyse und Konfiguration von PPS-Stellgrößen am Beispiel ausgewählter Dispositionssparameter des Systems SAP R/3-PP*

Kooperationspartner: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Bearbeiter: Jörg Dittrich

Projektstart und -ende: Februar 1994 - Februar 1997

Charakterisierung: Durch die Ankopplung eines Simulationssystems an das Produktionsplanungs-Modul PP der betriebswirtschaftlichen Standardsoftware SAP R/3 wurde ein sog. Probetrieb ermöglicht. Dessen Ziel war es, die Auswirkungen alternativer Parametereinstellungen des PPS-Systems auf den Materialfluß und verschiedene betriebswirtschaftliche Kennzahlen zu untersuchen.

10.3 3.3 *Management-Informationen aus dem Internet (MINT)*

Kooperationspartner: SAP AG, Walldorf

Bearbeiter: Marco Meier

Projektstart und -ende: Dezember 1996 / November 1997¹

Charakterisierung: In dem Projekt wurden Möglichkeiten gesucht, die Datenbasis des SAP R/3 Executive Information Systems (SAP-EIS) um externe Informationen aus dem Internet anzureichern. Auf der Basis einer Vorstudie wurde ein „Redaktions-

¹ Der Kooperationpartner finanziert eine Fortsetzung des Projekts.

Leitstand“ konzipiert und prototypisch realisiert. Dieser unterstützt die Erstellung von Informationsprofilen, die Steuerung von Recherchen im Internet sowie eine redaktionelle Aufbereitung der Suchergebnisse für die Integration in das SAP-EIS.

10.4 3.4 Vergleich des Expertensystem-Ansatzes mit alternativen Methoden am Beispiel der Werkstattsteuerung; gleichzeitig Pflege einer Materialsammlung

Kooperationspartner: Deutsche Forschungsgemeinschaft

Bearbeiter: Jens Schultz

Projektstart und -ende: 12/93 - 11/97

Charakterisierung: Schwerpunkt dieses Projektes war es, Wissensbasierte Systeme mit alternativen Entscheidungsunterstützungs-Techniken im Bereich der Produktionsfeinplanung zu vergleichen. Als Alternativen kamen Genetische Algorithmen, Künstliche Neuronale Netze und Prioritätsregeln zum Einsatz. Neben dem Vergleich wurde eine Materialsammlung über betriebliche Expertensystem-Anwendungen weitergepflegt.

10.5 3.5 Computergestütztes Softwaremarketing

Kooperationspartner: DATEV eG, Nürnberg

Bearbeiter: Michael Höhl

Projektstart und -ende: Januar 1997 / Juni 1997

Charakterisierung: Im Rahmen des Projektes wurde das System SCOUT (Software Consultant) entwickelt, das über das World Wide Web zugänglich ist. Computergestützte Informations- und Beratungsmodule sollen es Kunden erleichtern, geeignete Software-Lösungen für ihre Problembereiche zu finden und ihr vorhandenes Spektrum an Programmen sinnvoll zu erweitern.

10.6 3.6 Möglichkeiten und Grenzen der Generalisierung von Produktberatungskomponenten in Angebotssystemen für mittelständische Unternehmen

Kooperationspartner: Stiftung Industrieforschung, Köln

Bearbeiter: Martin Rosewitz, Ulf Timm

Projektstart und -ende: April 1995 / März 1997

Charakterisierung: Elektronische Produktkataloge (EPK) können den Anwender häufig nicht voll zufriedenstellen, da ein „Elektronischer Verkäufer“ fehlt und potentielle Käufer nicht ihr Ziel erreichen, ein ihren Bedürfnissen entsprechendes Produkt zu finden. Um die Akzeptanz für EPK zu sichern und neue Käuferschichten zu erschließen, wurde in dem Projekt ein Tool entwickelt, mit dem Produktberatungskomponenten erstellt werden können, die den Kunden online oder offline beraten.

10.7 3.7 *Lernende Workflow-Management-Systeme*

Kooperationspartner: INA Wälzlager Schaeffler oHG, Herzogenaurach,
COI GmbH, Herzogenaurach

Bearbeiter: Christoph Wargitsch

Projektaufzeit: August 1995 / Dezember 1997²

Charakterisierung: Kernstück lernender Workflow-Management-Systeme ist ein „Organizational Memory“, das sich aus einer Sammlung von Workflow-Fällen und generellem Wissen (Geschäftsregeln, Organisationsstruktur usw.) zusammensetzt. In periodischen Abständen werden abgeschlossene Workflows mit Unterstützung des Systems analysiert und auf strukturelle sowie prozeßbezogene Schwachstellen untersucht. Die einzelnen Komponenten wurden in eine vorhandene prototypische Anwendung zur Abwicklung von Anfrage-/ Angebotsprozessen beim Projektpartner integriert.

10.8 3.8 *Branchensoftware für kleine Unternehmen*

Kooperationspartner: DATEV eG, Nürnberg

Bearbeiter: Andrea Engelhardt

Projektaufzeit: April 1996 / März 1997³

Charakterisierung: In diesem Projekt wurde ein Branchensoftware-Konzept für kleine Unternehmen erarbeitet. Ziel war es, einen einheitlichen Zugang zu den Paketen in der Rechnungswesenproduktlinie zu schaffen. Bei einem Wechsel von einer Rechnungswesensoftware zur nächsten erfolgen keine Änderungen bei den branchen- bzw. betriebstyporientierten Komponenten unabhängiger Softwarehäuser, die zusammen mit dem Rechnungswesenkern integrierte Gesamtlösungen bilden. Mit einem konkreten Produkt wurden prototypisch die technischen Möglichkeiten exploriert.

² Der Kooperationspartner finanziert eine Fortsetzung des Projekts.

³ Der Kooperationspartner finanziert eine Fortsetzung des Projekts.

11. 4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

12. Die Integration von internen und externen Daten in Führungsinformationssystemen

12.1 4.1 Projektdaten

Das Thema wird in zwei eng verbundenen Teilprojekten bearbeitet: INTEX (Integration von Controlling- und Marktforschungsdaten in einem Expertisesystem) und MINT (Management-Informationen aus dem Internet).

Projekt	INTEX	MINT
Kooperationspartner	Deutsche Forschungsgemeinschaft, Prof. Dr. W. Uhr, TU Dresden	SAP AG, Walldorf
Bearbeiter	Klemen Cas	Marco Meier
Laufzeit	05/96 - 05/98	12/96 - 11/97 ⁴

12.2 4.2 Forschungskontext

In der Praxis beinhalten Führungsinformationssysteme überwiegend Kennzahlen aus internen Datenbeständen, wie z. B. Auftragseingang, Umsatz oder Deckungsbeitrag. Diese entfalten ihre volle Aussagekraft häufig erst in bezug auf die Unternehmensumwelt. Somit tritt die Überwachung externer Sachverhalte, wie etwa Marktforschungsdaten oder Pressemeldungen über Kunden und Wettbewerber, mindestens gleichberechtigt neben die Analyse interner Daten.

Führungskräfte, die sich Einblick in eine Entscheidungssituation verschaffen möchten, stehen häufig vor dem Problem, daß relevante Fakten mit hohem Aufwand aus verschiedenen Auskunftssystemen zusammengetragen und anschließend zu einem stimmigen Gesamtbild integriert werden müssen.

Neben diesem „Bedarfssog“ motiviert ein „Technologiedruck“ zur weiteren Forschung auf dem Gebiet der Führungsinformationssysteme. Dieser ergibt sich beispielsweise durch Data-Warehouse-Konzepte, Data-Mining-Verfahren sowie die dynamische Entwicklung des Informationsangebots und der Recherchemöglichkeiten im Internet.

Das Hauptziel unserer Forschungsaktivitäten besteht darin, in diesem Umfeld Möglichkeiten zur Integration interner und externer Führungsinformationen zu untersuchen; insbesondere wie sich Routinetätigkeiten bei der Datenbeschaffung und –analyse automatisieren lassen. Dazu werden ein elektronischer Entscheidungsassistent (INTEX) und ein Redaktions-Leitstand für Management-Informationen aus dem Internet (MINT) entwickelt. Beide Systeme ergänzen sich und basieren auf einem gemeinsamen Datenmodell.

⁴ Der Kooperationpartner finanziert eine Fortsetzung des Projekts.

12.3 4.3 Ergebnisse

Abbildung 4.3-1 zeigt den Zusammenhang der im folgenden beschriebenen Komponenten.

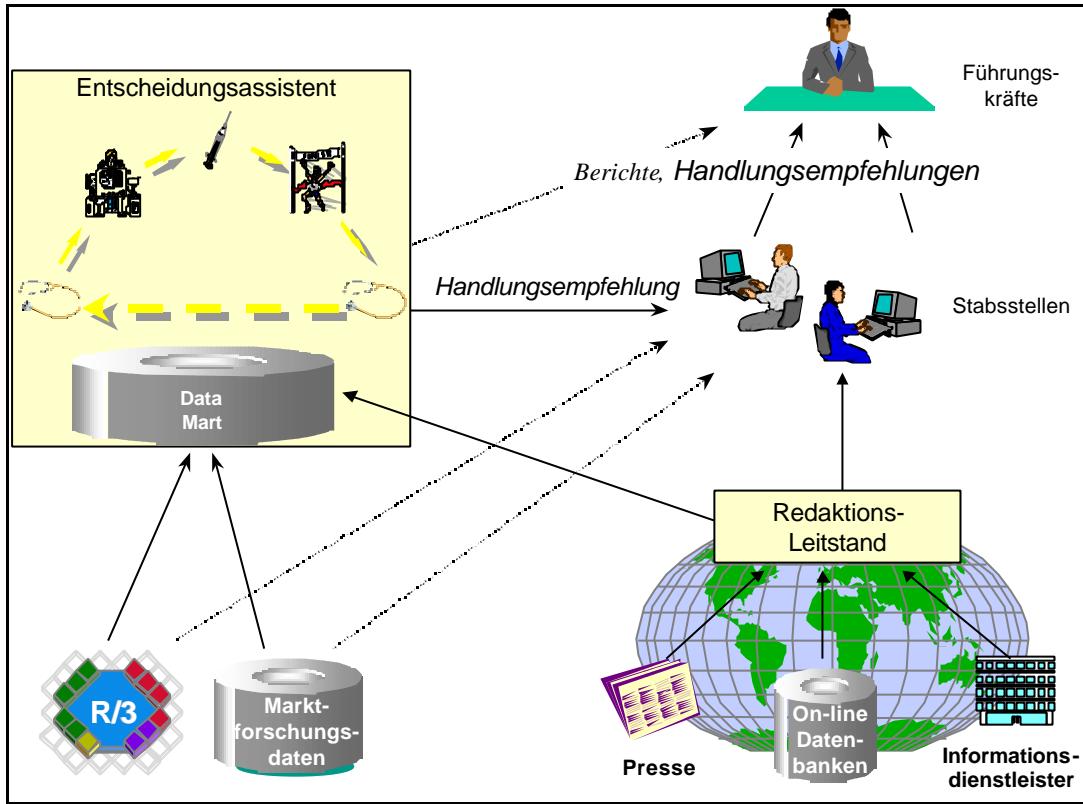


Abbildung 4.3-1 Entscheidungsassistent und Redaktions-Leitstand

12.3.1 4.3.1 Entscheidungsassistent

Der Entscheidungsassistent ist ein Expertisesystem, in dem der Entscheidungsprozeß in Analogie zur Medizin in mehrere Phasen unterteilt wird: Symptomerkennung, Diagnose, Therapie, Prognose und Kontrolle.

Das System versucht, die Vorgehensweise eines qualifizierten Beraters nachzuahmen. Dieser erhält eine Problembeschreibung des Kunden (Symptom) und analysiert anschließend die verfügbaren Informationen, um sich „Klarheit“ zu verschaffen (Diagnose). Die Erfahrung, welche Daten er sammeln und wie er sie analysieren soll, wird in dem System abgebildet und beim Übergang von der Symptomerkennung zur Diagnose abgerufen. Der Diagnose steht eine Menge von Handlungsalternativen zur Verfügung, aus der die sinnvollen herausgesucht und an die Therapie übergeben werden. Diese enthält für jeden Lösungsvorschlag ein Modell, das sowohl Berechnungsvorschriften als auch Informationsbedarfsanforderungen beschreibt. Damit wird jede ausgewählte Alternative simuliert und anhand des zu erwartenden ROI bewertet. Die Führungskraft erhält im Rahmen der Prognose zusätzlich zu einer Hitliste Informationen über die Entwicklung der wichtigsten Kennzahlen und Risiken jeder Handlungsoption.

Bei INTEX arbeitet man zur Zeit an Referenzmodellen für die Entscheidungsunterstützung, die sowohl Regeln für den Übergang als auch für die Arbeitsschritte innerhalb der einzelnen Phasen beinhalten. Teile daraus wurden bereits prototypisch realisiert.

12.3.2 4.3.2 Redaktions-Leitstand

Eine Vorstudie ergab, daß sich das Internet zu einer ernstzunehmenden Quelle für managementrelevante Informationen entwickelt. Viele professionelle Informationsanbieter, wie beispielsweise Hoppenstedt, Reuters, Genios oder GBI, nutzen es mittlerweile als Distributionskanal. Neben diesen kostenpflichtigen Angeboten bietet das Internet auch freie Zugänge zu aktuellen Wirtschaftsnachrichten und Finanzdaten.

Durch die prototypische Entwicklung eines sog. „Redaktions-Leitstands“ sollen Möglichkeiten erforscht werden, wie führungsrelevante Informationen aus dem Internet herausgefiltert und in ein Führungsinformationssystem, am Beispiel des SAP-EIS, integriert werden können.

Der Redaktions-Leitstand unterstützt die Ermittlung des Bedarfs an externen Informationen, die Steuerung der Datenbeschaffung aus dem Internet und eine redaktionelle Aufbereitung der Suchergebnisse für die Integration in die Datenbasis. Die so gewonnenen Informationen lassen sich bei der Symptomerkennung, Diagnose und Therapie verwenden.

Bisher wurde ein erster Prototyp entwickelt. Gemeinsam mit dem Softwarehersteller SAP beabsichtigt man, mit den bisherigen Ergebnissen an ausgewählte Kunden heranzutreten, um Funktionen des Systems schrittweise zur Produktreife zu bringen.

13. 5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bissantz, N.; Hagedorn, J.: Data Mining, in: Mertens, P. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 104-105.

Bissantz, N.; Hagedorn, J.; Mertens, P.: Data-Mining als Komponente eines Data-Warehouse, in: Mucksch, H., Behme, W. (Hrsg.), Das Data-Warehouse-Konzept, Architektur - Datenmodelle - Anwendungen, 2. Aufl., Wiesbaden 1997, S. 437-466.

Dittrich, J.; Mertens, P.: ILOS - Ein dezentrales PPS-System der 4. Generation für post-tayloristische Unternehmen - Grundlagen und Anwendungsbeispiele aus der SKF Betriebsmittelfertigung Schweinfurt, in: Wildemann H. (Hrsg.), Managementseminar „PPS-Sanierung oder -Ablösung“, München 1997.

Engelhardt, A.: A Fresh Look at Integrated Business Applications - Neither Package nor Custom-Made, in: Sutton, D. (Hrsg.), Proceedings of the 8th Australasian Conference on Information Systems, Adelaide 1997, S. 517-528.

Faisst, W.; Birg, O.: Die Rolle des Brokers im Virtuellen Unternehmen und seine Unterstützung durch die Informationsverarbeitung, Arbeitspapier der Reihe „Informations- und Kommunikationssysteme als Gestaltungselement Virtueller Unternehmen“, Nr. 17/1997.

Faisst, W.: Information Technology as an Enabler of Virtual Enterprises: A Life-cycle-oriented Description, IT Vision'97, The European Conference on Virtual Enterprises and Networked Solutions, CD-ROM, Paderborn 1997.

Faisst, W.: Mass Customization, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 253-254.

Faisst, W.; Mertens, P.: Auf dem Wege zum Virtuellen Unternehmen - Interviewskizzen, Arbeitspapier der Reihe „Informations- und Kommunikationssysteme als Gestaltungselement Virtueller Unternehmen“, Nr. 19/1997.

Faisst, W.; Stürken, M.: Daten-, Funktions- und Prozeß-Standards für Virtuelle Unternehmen - strategische Überlegungen, Arbeitspapier der Reihe „Informations- und Kommunikationssysteme als Gestaltungselement Virtueller Unternehmen“, Nr. 12/1997.

Faisst, W.: Virtuelles Unternehmen, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 430-431.

Faisst, W.; Will, S.: Konzeption und prototypische Realisierung eines Tools zur Visualisierung von Schnittstellen betriebswirtschaftlicher Anwendungssysteme: Dokumentation zum System „VUWizard“, Arbeitspapier der Reihe „Informations- und Kommunikationssysteme als Gestaltungselement Virtueller Unternehmen“, Nr. 18/1997.

Faisst, W.: Wissensmanagement, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 441-442.

Hagedorn, J.; Bissantz, N.; Mertens, P.: Data Mining (Datenmustererkennung): Stand der Forschung und Entwicklung, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 39 (1997) 6, S. 601-612.

Höhl, M.: Knowledge-Based Marketing - Produktberatung im WWW, in: Popp, H., Mertens, P. (Hrsg.), Beiträge zum 4. FORWISS-Workshop „Elektronische Verkäufer“, FORWISS-Report FR-1997-003, Erlangen 1997, S. 93-102.

Höhl, M.; Ponader, M.: Knowledge Based Marketing - Individuelles Softwaremarketing über das World Wide Web, in: Link, J. u.a. (Hrsg.), Handbuch Database Marketing, Ettlingen 1997, S. 583-598.

Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997.

Mertens, P.: Argumente gegen die Europäische Währungsunion Datenverarbeitung - Steuer - Wirtschaft - Recht 26 (1997) 7, S. 184-189.

Mertens, P.: Best practice, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 39 (1997) 6, S. 641.

Mertens, P.; Bissantz, N.: Bislang unbekanntes Wissen finden - Mit Data Mining aus dem „Data Jailhouse“, Client/Server magazin (1997) 3-4, S. 14-18.

Mertens, P.; Bissantz, N.; Hagedorn, J.: Data Mining im Controlling - Überblick und erste Praxiserfahrungen, Zeitschrift für Betriebswirtschaft 67 (1997) 2, S. 179-201.

Mertens, P.; Braun, M.; Engelhardt, A.; Holzner, J.; Kaufmann, T.; Ließmann, H.; Ludwig, P.; Möhle, S.: Formen integrierter betrieblicher Anwendungssysteme zwischen Individual- und Standardsoftware - Erfahrungen und Zwischenergebnisse bei Experimenten mit branchen- und betriebstyporientierten Anwendungsarchitekturen, 2. Auflage, FORWISS-Report FR-1997-005, Erlangen 1997.

- Mertens, P.; Cas, K.; Meier, M.**: Die Integration von internen und externen Informationen als Herausforderung für das Controlling, in: Becker, W., Weber, J., Kostenrechnung - Stand und Entwicklungsperspektiven, Wiesbaden 1997, S. 367-382.
- Mertens, P.; Faisst, W.**: Virtuelle Unternehmen, Einführung und Überblick, in: Hahn, D., Taylor, B., Strategische Unternehmensplanung - Strategische Unternehmensführung, 7. Aufl., Heidelberg 1997, S. 953-968.
- Mertens, P.; Falk, J.**: Bedarfsermittlung, in: Bloech, J., Ihde, G. B. (Hrsg.), Vahlens Großes Logistik Lexikon, München 1997, S. 56.
- Mertens, P.; Falk, J.**: Prognoseverfahren, in: Bloech, J., Ihde, G. B. (Hrsg.), Vahlens Großes Logistik Lexikon, München 1997, S. 843.
- Mertens, P.**: Für Sie gelesen: Kühn, O., Abecker, A., Building a Corporate Memory: Experiences From Three Case Studies, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 39 (1997) 2, S. 177-180.
- Mertens, P.; Holzner, J.; Ludwig, P.**: Mittelwege zwischen Individual- und Standardsoftware, in: Abramowicz, W., Business Information Systems '97, Posen 1997, S. 13-44.
- Mertens, P.; Ludwig, P.; Engelhardt, A.; Möhle, S.; Ließmann, H.; Kaufmann, Th.**: Mittelwege zwischen Individual- und Standardsoftware - Überblick zu ausgewählten Experimenten, in: Becker, J., Rosemann, M., Schütte, R. (Hrsg.), Entwicklungsstand und Entwicklungsperspektiven der Referenzmodellierung (Proceedings zur Veranstaltung vom 10. März 1997), Arbeitsbericht 52 des Instituts für Wirtschaftsinformatik der Westfälischen Wilhelms-Universität, Münster 1997, S. 66-80.
- Mertens, P.; Möhle, S.**: PPS mit Componentware, in: CIM GmbH und Forschungsinstitut für Rationalisierung (FIR) (Hrsg.), Vorwärts mit innovativen Lösungen „vom Praktiker für den Praktiker“, Aachener PPS-Tage, Aachen 1997, P2.
- Mertens, P.**: Perspektiven der Prozeßorientierung, CONTROLLING 9 (1997) 2, S. 110-111.
- Mertens, P.; Schumann, P.**: Electronic Shopping - Entwicklungsstand und Trends, in: Popp, H., Mertens, P. (Hrsg.), Beiträge zum 4. FORWISS-Workshop „Elektronische Verkäufer“, FORWISS-Report FR-1997-003, Erlangen 1997, S. 1-12.
- Mertens, P.**: Virtuelle Unternehmen - Idee, Informationsverarbeitung, Illusion, in: Scheer, A.-W. (Hrsg.), Organisationsstrukturen und Informationssysteme auf dem Prüfstand, 18. Saarbrücker Arbeitstagung 1997, Heidelberg 1997, S. 101-135.
- Mertens, P.; Voss, H. (Hrsg.)**: Expertensysteme 97, 4. Deutsche Tagung Wissensbasierte Systeme (XPS-97), Bad Honnef 1997.
- Mertens, P.**: Wirtschaftsinformatik, in: Schneider, H.-J. (Hrsg.), Lexikon der Informatik und Datenverarbeitung, München-Wien 1997, S. 960.
- Potthof, I. u.a.**: Dokumenten-Management-Systeme - mehr Kosten als Nutzen?, Datenverarbeitung - Steuer - Wirtschaft - Recht 26 (1997) 4, S. 113-116.
- Potthof, I.**: Chancen und Risiken des IV-Outsourcing, Industrie Management 13 (1997) 5, S. 32-36.
- Potthof, I.; Gründig, St.**: Nutzen und Wirtschaftlichkeit des Data Warehouse - Praxisbeispiele und eine Fallstudie, Arbeitspapier Nürnberg 1/1997.

- Rosewitz, M.**: Angebotssysteme, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 9.
- Rosewitz, M.; Timm, U.**: Editor für Elektronische Produktberatung, in: Popp, H., Mertens, P., (Hrsg.), Beiträge zum 4. FORWISS-Workshop „Elektronische Verkäufer“, FORWISS-Report FR-1997-003, Erlangen 1997, S. 83-92.
- Rosewitz, M., Timm, U.**: Elektronische Produktberatung, in: NIK (Hrsg.), 3. Nürnberger Symposium für die Kommunikationswirtschaft, Nürnberg 1997, S. 237-248.
- Schultz, J.; Mertens, P.**: A Comparison Between an Expert System, a Genetic Algorithm and Priority Rules for Production Scheduling, in: ICOQM (Hrsg.), Proceedings of the 1st International Conference on Operations and Quantitative Management, Jaipur 1997, S. 506-513.
- Schumann, P.**: Electronic Shopping, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 138-139.
- Stürken, M.**: Qualität und Durchsetzung von Standards - diskutiert am Beispiel von STEP, WIRTSCHAFTSINFORMATIK 39 (1997) 1, S. 83-84.
- Timm, U.**: Computer Aided Selling, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Auflage, Berlin u.a. 1997, S. 87-88.
- Wewers, T.**: Intranet, in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.), Lexikon der Wirtschaftsinformatik, 3. Aufl., Berlin u.a. 1997, S. 214-215.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Operations Research

Prof. Dr. M. Meyer

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-313

Fax.: 0911 / 5302-285

E-mail: wsor01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/OR/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Forschungsprojekte des **Lehrstuhls für Operations Research des Betriebswirtschaftlichen Instituts** bewegen sich im Rahmen der kontroversen sozialpolitischen Diskussion um sparsames Wirtschaften im Gesundheitswesen ohne Qualitätseinbußen. Ein 1997 abgeschlossenes Projekt geht der Frage nach, ob es im Gesundheitswesen möglich ist, **Effizienz** als Verhältnis von Versorgungsqualität zu Versorgungskosten zu messen und dadurch Versorgungseinrichtungen zur Verdeutlichung eigener Stärken und Schwächen in eine Rangreihe zu bringen. Anhand von Rechnungen mit Daten von Einrichtungen des Gesundheitswesens des Nürnberger Raums zeigt sich, daß eine neue computergestützte Methode dies tatsächlich leisten kann. Sie ist insbesondere dazu geeignet, den verschiedenen gesundheitspolitischen Interessengruppen eine konsensfähige Basis für Krankenhausbetriebsvergleiche zu liefern. Ein weiteres Forschungsprojekt des Lehrstuhls für Operations Research befaßt sich in Kooperation mit Krankenhäusern der Region mit der **Ausgliederung von Leistungsbereichen** aus der (traditionellen) Krankenhausorganisation, wiederum unter Berücksichtigung von Qualitäts- und Kostengesichtspunkten. Es geht dabei vor allem um die Frage, wie optimale Lösungen aussehen und begründet werden können. Gegstand solcher Überlegungen ist erstens die eher unkritische Ausgliederung von peripheren Bereichen wie z.B. Wäscherei und Reinigungsdiensten bei voller Aufrechterhaltung der Kernaktivitäten eines Krankenhauses. Aufgrund der neuen Seehoferschen Formen der Krankenhausfinanzierung wird zweitens nun aber auch die Überführung von Häusern der Vollversorgung in Spezialkrankenhäuser mit Versorgung weniger Diagnosegruppen attraktiv, also eine Einschränkung von Kernaktivitäten. Das wiederum wirft Fragen nach der **Versorgungssicherheit einer ganzen Region** auf. Forschungsmäßig weitergeführt werden auch die langjährigen Aktivitäten des Lehrstuhls, **computergestützte Unternehmensplanspiele** für die Aus- und Weiterbildung von Studierenden und Beschäftigten des Gesundheitswesens zu entwickeln und einzusetzen. Diese Planspiele werden in Planspielseminaren zahlreicher deutschsprachiger Hochschulen verwendet, so z.B. an der Medizinischen Hochschule Hannover und der Universität Bern. In Kooperation mit kirchlichen Einrichtungen Tansanias und unterstützt durch die evangelisch-lutherische Kirche Deutschlands läuft am Lehrstuhl schließlich ein umfangreiches Forschungsprojekt zur **Situation**

der kirchlichen Krankenhäuser Tansanias, insbesondere im Hinblick auf die Sicherstellung ihrer zukünftigen Finanzierung.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Dissertation: Effizienzmessung im Gesundheitswesen

Kooperationspartner: Krankenhäuser der Nürnberger Region

Bearbeiterin: Dr. B. Bürkle

Projektstart: 1992

3.2 Untersuchung: "Kosten des Gesundheitswesens in Tansania"

Kooperationspartner: Evang. Luth. Kirche in Tansania

Bearbeiter: Dr. S. Fleßa

Projektstart: 1996

4. Bericht über ein ausgewähltes Forschungsprojekt:

Grundzüge einer nachhaltigen Gesundheitspolitik in Entwicklungsländern - Ergebnisse einer quantitativen Analyse

Kooperationspartner: Evang. Luth. Kirche in Tansania, Missionswerk der Evang. Luth. Kirche in Bayern, Evang. Missionswerk Hamburg, Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GtZ)

Bearbeiter: Dr. St. Fleßa

Projektstart: Juni 1996

Gepl. Projektende: Juli 2001

Das Gesundheitswesen in einer größeren Zahl von Entwicklungsländern steht vor dem Zusammenbruch: AIDS, Malaria und TBC erhöhen den Bedarf an Gesundheitsdienstleistungen. Gleichzeitig geht die Finanzierungsfähigkeit aus eigenen Mitteln immer mehr zurück. Hierzu tragen die niedrigen Verkaufspreise für Agrarprodukte, aber auch ineffiziente Staatsverwaltungen in vielen dieser Länder bei. Die Abhängigkeit von Zuschüssen aus dem Ausland ist hoch, jedoch sinkt von Seiten der Spenderorganisationen die Bereitschaft, die laufenden Ausgaben der Gesundheitsdienste zu tragen. Damit ist die langfristige Überlebens- und Funktionsfähigkeit des Gesundheitswesens insbesondere in ländlichen Regionen der Entwicklungsländer massiv gefährdet.

Ziel der Arbeit ist es, einen **Beitrag zur Nachhaltigkeit der Basisgrundversorgung mit Gesundheitsdiensten** zu leisten. Hierzu werden drei Hauptprobleme bearbeitet:

Diskussion der Nachhaltigkeit des derzeitigen Gesundheitswesens in Entwicklungsländern.

Hierzu gehört einerseits eine Erörterung des Begriffs der Nachhaltigkeit selbst, als auch eine eingehende Untersuchung inwieweit die hauptsächlich Krankenhaus-orientierten Gesundheitssysteme überhaupt nachhaltig sein können. Hierzu kann auf breite Erfahrungen und Datenmaterial aus Tansania zurückgegriffen werden. Anschließend werden einige Konzepte zur Erhöhung der technischen und allokativen Effizienz diskutiert.

Ermittlung einer Strategie der nachhaltigen Gesundheitspolitik in Entwicklungsländern. Hierzu dienen mehrere quantitative Modelle: Mit Hilfe einer **Simulation der epidemiologischen Transition** (System Dynamics Modell) wird aufgezeigt, daß Lösungen, die für Europa geeignet sind, nicht unbedingt auf Entwicklungsländer übertragbar sind. Darauf aufbauend werden **Modelle der Linearen Programmierung entwickelt, welche die optimale Allokation der Gesundheitsressourcen auf die verschiedenen Ebenen des Gesundheitswesens in Abhängigkeit von Gesamtbudget, Zielsystem und Altersstruktur ermitteln.** Erste Berechnungen zeigen bereits, daß eine Umverteilung zu Primärdiensten hin nötig ist, wobei die von der Weltgesundheitsorganisation empfohlene Distrikt-Methodik zugrunde gelegt wird. Ziel ist es auch, die Abhängigkeit der Ressourcenallokation hin zu Primary Health Care von der kulturell bedingten Zeitpräferenzrate quantitativ aufzuzeigen. Anhand zweier konkreter Beispiele (Malaria, AIDS) wird das integrative Element des Gesundheitswesens herausgearbeitet. Hierzu dienen **epidemiologische System Dynamics Modelle.**

Schon seit 20 Jahren wird die Umsetzung von Primary Health Care gefordert, die Realität zeigt jedoch, daß bislang kaum Schritte in diese Richtung unternommen wurden. **Das letzte Kapitel der Arbeit wird deshalb analysieren, wieso die Primary Health Care Innovation nicht adoptiert wurde.** Dabei kann auf die Theorie dissipativer Systeme, auf die Innovationstheorie und die evolutorische Ökonomik zurückgegriffen werden. Da die Gesundheitssystemforschung fast ausschließlich von Medizinern dominiert wird, ist die Anwendung dieses betriebswirtschaftlichen Instrumentariums auf Probleme des Primary Health Care bisher noch nicht versucht worden. Wenn es gelingt, die wichtigsten Einflußfaktoren auf das Adoptionsverhalten der Entscheidungsträger in Gesundheitswesen der Länder der Dritten Welt herauszuarbeiten, bieten sich lohnende Ansätze zur Überwindung dieser Innovationshemmnisse.

Das Instrumentarium des Operations Research, das insbesondere im zweiten Hauptteil zum Einsatz kommt, ermöglicht eine analytische, vom Fallbeispiel losgelöste Vorgehensweise, so daß eine Verallgemeinerung auf viele Entwicklungsländer möglich wird. Da die Arbeit in Zusammenarbeit mit Trägern der Entwicklungshilfe konzipiert und durchgeführt wird, ist eine spätere Implementierung der Ergebnisse abzusehen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Beiträge zu Sammelwerken:

Meyer, M.: Bearbeitung aller Stichworte zum Fachgebiet "Operations Research" in Brockhaus Enzyklopädie in 24 Bänden, z. Zt. 20. Auflage

Meyer, M.: Operations Research und Wirtschaftsinformatik. in: Mertens, P. u.a. (Hrsg.): Lexikon der Wirtschaftsinformatik, Berlin, Heidelberg usw. 1997, S. 297 ff

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Schwandt, M.: Planspiel KLIMA^{Forte} zum fallorientierten Krankenhausmanagement. Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, Band 20, Heft 4 (1997), S. 472-476.

Arbeitspapiere:

- Bürkle, B.:** Effizienzmessung im Gesundheitswesen - Möglichkeiten und Grenzen der Data Envelopment Analysis, dargestellt anhand von Anwendungen aus dem Krankenhausbereich. Arbeitsbericht der Forschungsgruppe MEDIZINÖKONOMIE am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Operations Research.
- Fleßa, S.:** The costs of church hospital services in Tanzania. Arbeitsbericht der Forschungsgruppe MEDIZINÖKONOMIE am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Operations Research.
- Meyer, M.:** Spielanleitung für das Planspiel KLIMA (Klinikmanagement) - überarbeitete 8. Auflage. Arbeitsbericht der Forschungsgruppe MEDIZINÖKONOMIE am Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insb. Operations Research.
- Fleßa, S.:** Costing of Health Services of the Evangelical Lutheran Church in Tanzania - Methodology and Results. Arbeitsbericht der Evang. Luth. Kirche in Tanzania 1997.
- Fleßa, S.:** Costing of Health Services of the Evangelical Lutheran Church in Tanzania - Appendices. Arbeitsbericht der Evang. Luth. Kirche in Tanzania 1997.
- Fleßa, S.:** Reconciling the Irreconcilable: Some proposals and recommandations on how to achieve sustainable health care affordable for the local poor. Arbeitsbericht der Evang. Luth. Kirche in Tanzania 1997.

14. 1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Prüfungswesen

Prof. Dr. Volker H. Peemöller

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-437

Fax: 0911 / 5302-401

E-mail: Peemoeller@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni.erlangen.de/WiSo/BWI/PW/>

15. 2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Erstellung und Prüfung des Einzel- und Konzernabschlusses
- Ausgestaltung einer effizienten Internen Revision
- Unternehmensbewertung
- Ausgewählte Fragestellungen des Controlling
- Nationale und internationale Bilanzanalyse
- Fragen des Genossenschaftswesens
- Auswirkung der Einführung des EURO auf die Rechnungslegung

16. 3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls im Jahr 1997

3.1 Outsourcing und Teiloutsourcing der Internen Revision im Mittelbetrieb - ein Aufgabenfeld für den Steuerberater

Bearbeiter: Prof. Dr. Volker H. Peemöller

Projektstart und -ende: Mai 1996 / April 1997

Literatur: DStR 36/96, S. 1420 - 1424.

Charakterisierung: Outsourcing der Internen Revision gehört zu den Themen, die von der Internen Revision, der Geschäftsführung und den externen Prüfern und Beratern sehr kontrovers diskutiert werden.

Ergebnis des Projekts zeigt für den Mittelbetrieb Möglichkeiten auf, die Funktion „Interne Revision“ an den Steuerberater zu delegieren, um bestehende Kontrolldefizite dieser Betriebe zu beheben. Gleichzeitig werden dem Steuerberater Hinweise gegeben, auf welche Gebiete sich seine Beratungsleistungen beziehen können.

3.2 Unternehmensbewertung im Konzern - Rahmenbedingungen und Konzeption einer entscheidungsorientierten konzerndimensionalen Unternehmensbewertung

Bearbeiter: Dr. Andrea Meichelbeck

Projektstart und -ende: Januar 1994 / April 1997

Literatur: VVF-Verlag, München 1997, ISBN 3-89481-285-0

Charakterisierung: Der Konzern als wirtschaftliche Einheit als Bewertungsobjekt im Rahmen der Unternehmensbewertung.
Berücksichtigung konzernspezifischer Interdependenzen und Verbundwirkungen, die sich zwischen Konzernunternehmen ergeben können.
Darstellung bestimmter Probleme und Determinanten sowie Ansatzpunkte zur Entwicklung einer Konzeption zur Bewertung von Gesamtkonzernen und Unternehmen.

16.1 3.3 PC-gestützte Unternehmensbewertung nach Ertragswert- und DCF-Verfahren für die praxisorientierte Anwendung

Bearbeiter: Prof. Dr. Volker H. Peemöller; Dr. Bernd Keller

Projektstart und -ende: Dezember 1996 / September 1997

Charakterisierung: Gegenüberstellung der deutschen Ertragswertmethode und der DCF-Methode zum Zwecke der Unternehmensbewertung.
Untersuchung der wertbestimmenden Determinanten der Verfahren und Verdeutlichung der Ursachen für unterschiedliche Werte.
Einbezug der persönlichen Steuerlast in die Berechnungskalküle und Erstellung eines praxisorientierten Programms zur Unternehmensbewertung nach beiden Verfahren.

16.2 3.4 Gewinnrealisierung im industriellen Anlagengeschäft

Bearbeiter: Dr. Stefan Bischof

Projektstart und -ende: Januar 1994 / Oktober 1997

Literatur: VVF-Verlag, München 1997, ISBN 3-89481-279-6

Charakterisierung: Darstellung und Diskussion des Umfangs der Aktivierung der Herstellungskosten und des Zeitpunktes der Gewinnrealisierung bei der langfristigen Fertigung.
Diskussion der unterschiedlichen Realisationszeitpunkte und kritische Würdigung der percentage of completion-Methode.

16.3 3.5 Computergestützte Abschlußüberwachung im Rahmen des Abschlußberstellungsprozesses durch den steuerberatenden Berufsstand - beispielhafte Realisierung eines kontenrahmenbasierten Überwachungsunterstützungssystem

Bearbeiter: Dr. Lars Meyer-Pries

Projektstart und -ende: Juni 1993 / September 1997

- Literatur: VVF-Verlag, München 1997, ISBN 3-89481-289-3
- Charakterisierung: Aufzeigen von Grundlagen, Rahmen und Konzept eines Überwachungsunterstützungssystems für den steuerberatenden Berufsstand in Form einer Standardanwendungssoftware, die Überwachungsaktivitäten im Rahmen des Abschlußerstellungsprozesses übernehmen kann.
Praxisorientierte Ausführungen zur Systemanalyse, zu Überwachungsansätzen, zur Systemkonzeption und -realisation sowie Darstellung der Erfahrungen mit dem System nach der Gesamtimplementierung.

3.6 Bewertung ertragssteuerlicher Verlustvorträge im Rahmen der entscheidungsorientierten Unternehmensbewertungslehre

- Bearbeiter: Dr. Matthias Popp
- Projektstart und -ende September 1994 / Januar 1997
- Literatur: VVF-Verlag, München 1997, ISBN 3-89481-257-5
- Charakterisierung: Der Ansatz zielt auf eine simultane Integration der Verlustvorträge in den Prozeß der Unternehmensbewertung. Ausgangspunkt ist eine Analyse der Verlustursachen in der Vergangenheit, die Untersuchung der Finanzierung dieser Altverluste und die Zuordnung der Altverluste auf die Steuerarten.
Die abgeleiteten Rahmenbedingungen werden in einem simultanen Integrationsmodell eingebracht, dessen Wirkungsweise an einem praxisorientierten Beispiel verdeutlicht wird.

3.7 Analyse der wirtschaftlichen Lage des Konzerns im Rahmen der Konzernabschlußprüfung

- Bearbeiter: Dr. Rainer Husmann
- Projektstart: Juli 1994 / Januar 1997
- Literatur: VVF-Verlag, München 1997, ISBN 3-89481-259-1
- Charakterisierung: Die Arbeit verdeutlicht konzernbilanzanalytische Probleme und zeigt Möglichkeiten zur Aufbereitung des Konzernabschlusses zum Zwecke der Konzernbilanzanalyse im Rahmen der Konzernabschlußprüfung auf.
Der wesentliche Ansatz zur Analyse der wirtschaftlichen Lage des Konzerns wird in der konzernspezifischen Segmentbildung gesehen. Dazu wird eine Konzeption zur partiellen Zuordnung von Positionen der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung auf die Segmente entwickelt und mit der Kennzahlenanalyse verbunden.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Auswirkungen des Euro auf das Rechnungswesen der Betriebe

Bearbeiter: Prof. Dr. Volker H. Peemöller

Projektstart und -ende: Oktober 1996 / Dezember 1997

Literatur: Vgl. BuW 15/97, S. 561 -566

Die Diskussion über die Einführung bzw. Verschiebung der Einführung des Euro lebt in regelmäßigen Abständen wieder auf. Dies mag mit ein Grund dafür sein, daß ein Großteil der Unternehmen in Deutschland sich noch nicht ausreichend mit den Konsequenzen der Einführung beschäftigt hat. Bislang sind alle Termine der Einführung des Euro eingehalten worden. In den Großunternehmen und speziell bei den Banken und Versicherungen sind bereits erhebliche Aufwendungen für die Umstellung angefallen, so daß auch diese Unternehmen ein starkes Interesse an der fristgerechten Einführung haben. Von daher sollten die Unternehmen rechtzeitig für die Umstellung auf den Euro gerüstet sein. Gegenstand der Diskussion ist häufig nur die technische Durchführung der Umstellung. Im folgenden sollen deshalb strategische Überlegungen angesprochen werden, die als Basis dienen können.

Strategische Überlegungen zur Einführung des Euro

Die strategischen Überlegungen zur Einführung des Euro sind mit drei Fragestellungen verbunden:

- (1) Soll die Umstellung am Anfang oder am Ende der Phase B erfolgen?
- (2) Soll eine einheitliche Umstellung des internen und externen Rechnungswesens erfolgen?
- (3) Soll die Umstellung am Ende oder im Laufe eines Geschäftsjahres vorgenommen werden?

Zu (1)

Zeitpunkt der Umstellung

Kriterien für die Frage nach dem Zeitpunkt der Umstellung sind die Unternehmensgröße, das Branchenverhalten, die EDV-Ausstattung und die Lieferanten- und Kundenstruktur.

Großbetriebe werden sich durch die komplexe Verzahnung eher frühzeitig umstellen und die Vorteile des Euro von Anfang an nutzen. Mittlere und kleinere Unternehmen werden u. U. auf die Erfahrung anderer Unternehmen bei der Umstellung zurückgreifen wollen.

Durch das Branchenverhalten kann eine Sogwirkung entstehen, die auch die Klein- und Mittelunternehmen mit einbezieht, wenn z. B. von den Zulieferanten europaweit Angebote in Euro verlangt werden. Bei der EDV-Ausstattung ist zu fragen, ob die Voraussetzungen für eine Anpassung gegeben sind. Vielfach wird mit der Umstellung auf den Euro auch eine Analyse der bestehenden Ausstattung mit dem Ziel einer umfassenden Anpassung erfolgen, um die sonstigen Anforderungen, die im Laufe der Zeit gewachsen sind, zu erfüllen. Auf die EDV kommen so zwei große Herausforderungen zu: Erstens die Umstellung auf den Euro und zweitens die Umstellung auf das Jahr 2000. Hier kann unterstellt werden, daß es einigen Betrieben nicht gelingt, diese Umstellung aus eigener Kraft zu meistern.

Für eine frühzeitige Umstellung spricht auch eine überwiegend europäische Lieferanten- und Kundenstruktur.

Zu (2)

Einheitliche oder sukzessive Umstellung

Ob eine einheitliche oder gegliederte Umstellung erfolgt, ist von der Größe und Struktur der Unternehmung abhängig. Bei Klein- und Mittelunternehmen wird bei einer einzigen Euro-Arbeitsgruppe eher eine sukzessive Umstellung, beginnend mit der EDV, zu unterstellen sein. Bei Großbetrieben mit unterschiedlichen Euro-Arbeitsgruppen dagegen wäre eine einheitliche und geschlossene Umstellung auf einen Zieltermin hin denkbar. Das setzt bei zeitlichen Abhängigkeiten und unterschiedlichem Zeitbedarf für die Vorbereitungsarbeiten in den einzelnen Bereichen einen abgestimmten Projektplan voraus.

Zu (3)

Umstellung am Ende oder im Laufe eines Geschäftsjahres

Die Bilanz in Euro muß nicht aus einer Euro-Buchhaltung gewonnen werden, sondern kann aus der DM-Bilanz in Euro umgerechnet werden. Deshalb ist eine Umstellung auch nicht an den Termin der Bilanzerstellung geknüpft. Sinnvoll erscheint allerdings eine derartige Umstellung, um aufwendige Anpassungen und zweigleisiges Vorgehen zu vermeiden.

Meilenstein der Umstellung ist die EDV. Es wird vermutet, daß mehr als 50 % der Umstellungskosten auf die EDV entfallen, gefolgt vom Marketing und der Mitarbeiterschulung. Deshalb sollte die Frage nach dem Zeitpunkt der Umstellung ganz wesentlich von der EDV beantwortet werden. Dabei ist insbesondere die Schnittstellenproblematik der Programme zu berücksichtigen. Auch sollte die Einführung des Euro auch mit den externen Partnern, Kunden, Lieferanten, Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Rechenzentren abgestimmt werden.

Zeitpunkt der Umstellung	
Gründe für eine frühzeitige Umstellung	Gründe für eine späte Umstellung

<ul style="list-style-type: none"> • Die Umsätze werden überwiegend in Euro abgewickelt, weil die Kunden in den EU-Ländern beheimatet sind. • Die Tätigkeit des Unternehmens ist insgesamt auf die Währungsunion ausgerichtet. Durch die einheitliche Verwendung des Euro wird die Abwicklung vereinfacht. • Im Konzern führt die Verwendung einer einheitlichen Währung zu einer Vereinfachung des betrieblichen Rechnungs- und Betriebswesen. • Projekte mit einem Zeithorizont nach 2002 müssen einer Anpassung und Neuberechnung unterzogen werden, wenn nicht gleich die Verträge in Euro aufgestellt werden. • Nur die frühzeitige Umstellung gewährleistet eine rechtzeitige Anpassung, wenn an die Vielzahl von Umstellungsarbeiten gedacht wird. Es wird sonst zu erheblichen Engpässen kommen können. • Für Unternehmen mit grenznahem Standort in länderübergreifenden Branchen mit europäischen Abnehmern können sich aus der frühzeitigen Umstellung Wettbewerbsvorteile und Imagegewinne ergeben. 	<ul style="list-style-type: none"> • Die frühzeitige Umstellung erfordert besonderes Engagement, Initiative und Kreativität. Am Ende der Übergangsphase wird die Erfahrung bei den betroffenen Unternehmen - gerade auch bei den Beratungsfirmen - als Standardleistung vorliegen. • Der Handel wird bis zum Jahr 2002 die Nationalwährung verwenden. So ist es zu fragen, ob Unternehmen, die mit dem Handel intensiv Leistungsbeziehungen haben, vorher umstellen sollten. • Unternehmen, die sich frühzeitig umstellen, müssen in der Übergangszeit auf beide Währungen ausgerichtet sein, was eine Erfassung in der Ursprungswährung, in der die Transaktion erfolgte, erforderlich macht und einen Konverter zur Umrechnung. Für Unternehmen, die erst nach der Übergangszeit umstellen, entfällt dieser Aufwand. • Die Steuererklärung wird nach derzeitigem Stand während des gesamten Übergangszeitraumes ausschließlich in DM eingereicht werden können. Der gesamte öffentliche Sektor wird voraussichtlich erst am Ende der Übergangsphase auf den Euro umstellen, bis der Euro auch in Bargeld vorliegt.
---	--

Mit der Einführung des Euro sind eine Fülle von Fragestellungen verbunden. Dabei zeigt sich, daß die Schwierigkeiten im Detail stecken. Viele Fragen sind vom Gesetzgeber noch nicht beantwortet. Für eine endgültige Anpassung wird man hier auf den Wortlaut der Vorschriften achten müssen. Um aber den Zeitplan einzuhalten, sollte man sich heute schon auf diese Fragestellungen vorbereiten.

17. 5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

17.1 Bücher:

Peemöller, V. H.: Controlling, Grundlagen und Einsatzgebiete, 3. Aufl., Herne/Berlin 1997.

17.2 Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Peemöller, V.H.; Popp, M.: Unternehmensbewertung bei ertragsteuerlichen Verlustvorträgen, in: BB, 6/1997, S. 303-309.

Peemöller, V.H.; Husmann, R.: Erste Erfahrungen mit der Zertifizierung von Steuerberatungskanzleien nach DIN ISO 9000 ff., in: BBK Nr. 2 vom 17.1.1997, S. 61-64.

Peemöller, V.H.; Schaffer, H.; Husmann, R.: Fallstudie zur Zertifizierung von Steuerberatungskanzleien nach DIN ISO 9000 ff., in: WiB 6/1997, S. 332-336.

- Peemöller, V.H.:** Prüfungsansätze in der Personalwirtschaft, in: ZIR 6/1997, S. 289-300.
- Peemöller, V.H.; Keller, B.:** Einheitsbewertung des Betriebsguthabens ausscheidender Genossenschaftsmitglieder sowie aus gekündigten Geschäftsanteilen ab 1.1.93 -, in: ZfgG 1/1997, S. 76-78.
- Peemöller, V.H.; Lengerer, B.:** Referentenentwurf eines Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG), in: BBK 4/97, S. 177-182.
- Peemöller, V.H.; Lengerer, B.:** Der Referentenentwurf eines Gesetzes zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) in: Blick durch die Wirtschaft vom 17.02.1997, Nr. 33, S. 11.
- Peemöller, V.H.; Keller, B.:** Bestandsaufnahme zum EU-Grünbuch über Rolle, Stellung und Haftung des Abschlußprüfers in der Europäischen Union, in: DStR 22-23/97, S. 895-896.
- Peemöller, V.H.; Rüchardt, F.:** Risiko-Qualitätsportfolio als Instrumentarium eines systemorientierten Qualitätsmanagements von Abschlußprüfungen, in: DB 34/1997, S. 1677-1682.
- Peemöller V.H.; Seeberger, U.; Keller, B.:** Möglichkeiten zur Bewertung junger Technologieunternehmen, in: Blick durch die Wirtschaft vom 05.09.1997, Nr. 171, S. 5.
- Reinecke, B.; Peemöller, V.H.; Keller, B.:** Certified Internal Auditor (CIA) - auch bald in Deutschland!, in: ZIR 4/97, S. 193-197.
- Peemöller, V.H.; Finsterer, H.:** Kompatibilität von gleichzeitiger Jahresabschlußprüfung und Steuerberatung, in: BBK Nr. 17/97, S. 885-888.
- Peemöller, V.H.:** Auswirkungen des Euro auf das Rechnungswesen der Betriebe, in: BuW 15/97, S. 561-566.
- Peemöller, V.H.; Kunowski, S.:** Entwicklungsperspektiven der Internen Revision, in: BBK 24/1997, S. 1053-1060.
- Husmann, R.:** Die Prüfung der wirtschaftlichen Lage im Rahmen der Jahresabschlußprüfung - Einordnung und Vorgehensweise, in: Betrieb und Wirtschaft 13/97, S. 481-486.
- Husmann, R.:** Betriebswirtschaftliche Abgrenzung des Konsolidierungskreises zur konzernbilanzanalytischen Untersuchung, in: BB 40/97, S. 2043-2049.
- Husmann, R.:** Defizite der handelsrechtlichen Konzernrechnungslegung aus der Sicht des Bilanzanalysten, in: DStR 42/97, S. 1659-1664.
- Husmann, R.:** Segmentierung des Konzernabschlusses zur bilanzanalytischen Untersuchung der wirtschaftlichen Lage des Konzerns, in: WPg, 11/97, S. 349-359.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Industriebetriebslehre

Prof. Dr. Werner Pfeiffer

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-244

Fax.: 0911 / 5302-238

E-mail wsih00@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/IBL/>

2. Forschungsschwerpunkte

- Langfristig strategisch orientierte Unternehmensentwicklungsplanung
- Rationalisierung und Organisation von Fertigung und Verwaltung
- Methodenentwicklung zur integrierten Systemanalyse und -diagnose sowie zum Innovations- und Technologiemanagement
- Technologie-/Know-how-Bilanzen
- Technologieprognostik
- Know-how-Management
- Industrielle Informationswirtschaft
- Produktionssysteme
- Informationssysteme in der lernenden Organisation
- Organisation der Lean-Unternehmung
- Interorganisationale Abwarteblockaden
- Technologische Systeminnovationen
- Systemwirtschaftliches Variantenmanagement
- Führung und Organisation von Unternehmensnetzwerken
- Technologie- und Innovationsmanagement
- Innovation und Organisation
- Lean-Management
- Systemrationalisierung

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Prozeßbeschleunigung in einem mittelständischen Industriebetrieb

Kooperationspartner: Geiger Maschinenbau GmbH, Pretzfeld

Bearbeiter: Prof. Dr. Werner Pfeiffer; Dr. Ulrich Dörrie; cand.rer.pol. Holger Billerbeck

Projektstart und -ende: März 1997 - September 1997

Charakterisierung: Optimierung des Materialflusses und -einsatzes; Verkürzung der Liegezeiten zwischen den einzelnen Bearbeitungsschritten, rollierende Maschinenbelegungsplanung, Rüstzeitverkürzung; Maßnahmen: Teamarbeit, gesteigerte Maschinenzuverlässigkeit, Umwandlung von internem zu externem Rüsten, Werkzeugs- und Vorrichtungsorganisation, Layoutgestaltung, Investitionsplanung, Arbeitszeitmodell, Leitstand.

3.2 Dissertation „Technologie-Bilanzierung, Ansatzpunkte zur Entwicklung einer Technologie-Bilanz als Instrument einer zukunftsorientierten Unternehmensbeurteilung“

Bearbeiter: Matthias Hartmann

Literatur: Band 26 der Schriftenreihe „Innovative Unternehmensführung. Planung, Durchführung und Kontrolle von Innovationen.“ Hrsg. von W. Pfeiffer im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997

Projektstart und -ende: Februar 1992 / April 1997

3.3 Dissertation „Management ergänzender Dienstleistungen für Sachgüter,- Der schwierige Weg vom Sachgüter-Hersteller zum Problemlöser“

Bearbeiter: Thomas Volz

Literatur: Band 27 der Schriftenreihe „Innovative Unternehmensführung. Planung, Durchführung und Kontrolle von Innovationen.“ Hrsg. von W. Pfeiffer im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997

Projektstart und -ende: November 1993 / März 1997

4. Ausführlicher Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Funktionalmarkt-Konzept zum strategischen Management prinzipieller technologischer Innovationen

Kooperationspartner: Siemens AG, Unternehmensbereich Antriebs-, Schalt- und Installationstechnik, Nürnberg;
Robert Bosch GmbH, Geschäftsbereich Kraftfahrzeugausrüstung, Schieberdingen.
Fortech HTS GmbH, Regensburg

Förderer: Hans-Frisch-Stiftung, Nürnberg
Hermann-Gutmann-Stiftung, Nürnberg

Bearbeiter: Prof. Dr. Werner Pfeiffer; PD Dr. Dr. habil Enno Weiß,
Dipl.-Kfm. Thomas Volz, Dipl.-Kfm. Steffen Wetengl

Projektstart und -ende: 1992 / 1997

• *Forschungskontext, Vorgehen und Ziel des Projekts, Erkenntnisse:*

Prinzipiell neue Technologien sind die Ursache für den Niedergang vieler Unternehmen, die vormals Marktführer waren (siehe I.). Ein wesentlicher Grund hierfür liegt in der zu späten Identifizierung und falschen Bewertung insbesondere prinzipiell neuer Technologien, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer Substitutionswirkung als auch ihrer Marktchancen. Das hier vorgestellte Funktionalmarkt-Konzept bietet deshalb eine Anleitung für die systematische und damit unternehmensspezifisch anpaßbare Erkennung und Bewertung der Chancen und Bedrohungen durch prinzipielle technologische Innovationen (siehe II.).

I. Prinzipielle technologische Innovationen – also der Übergang auf ein völlig neues technisches Funktionsprinzip – bewirken, daß selbst erfolgreiche Unternehmen in erhebliche Schieflage geraten, wenn bestimmte Gefahren und ‘Kurzsichtigkeiten’ bei der Identifikation und strategischen Bewertung nicht überwunden werden. Gleichermaßen droht prinzipiellen technologischen Innovationen ein zu frühes ‘Aus’, wenn es nicht gelingt, die mit ihnen erreichbaren technisch-funktionalen und ökonomischen Nutzenwirkungen und ihre maximale Anwendungsbreite in verschiedenen Märkten mit einer langfristigen Perspektive zu bestimmen.

Teilziel des Forschungsprojektes Funktionalmarkt-Konzept war und ist deshalb die Ermittlung kritischer und in der industriellen Praxis vielfach nicht gemeisterter Probleme des Managements prinzipieller Innovationen.

(1) So werden Substitutionsgefahren durch prinzipiell neue Technologien oder mögliche Anwendungen vielfach aufgrund einer zu oberflächlichen Beschreibung von Technologien und Bedarfen nicht erkannt, die an Strukturmerkmalen bestehender Produkte (z.B. Geometrie, Material) oder tradierten Branchendefinitionen anknüpft. So versperrt die Beschreibung des eigenen Marktes als ‘Radartechnologie zur Landeunterstützung von Flugzeugen’ die Sicht auf neuartige Satelliten-Navigationstechnik. Ebenso sieht man mit der Charakterisierung als Substitutionstechnologie für sog. Minicomputer, von denen Anfang der 70er Jahre weltweit nur wenige Tausend Stück installiert waren, die Marktchancen des Mikroprozessors nur zu einem marginalen Bruchteil, wie dies dem Intel-Marketing zu Beginn der rasanten Diffusion des Mikroprozessors passierte.

(2) Bei vielen Technologieübergängen war für etablierte Marktführer das totale Ignorieren zahlreicher Indizien und Hinweise im Laufe der meist sehr langen ‘Inkubationszeit’ der prinzipiell neuen Technologie tödlich. So wurden die drohenden radikalen Marktveränderungen eines Wechsels von mechanischen zu Quarzuhrn trotz der allgemein beobachtbaren Entdeckungen und prototypischen Erstanwendungen (Quarzuhr mit Röhrenelektronik, Transistoreffekt, integrierte Schaltkreise) von den Herstellern mechanischer Uhren über Jahrzehnte schlachtweg ignoriert. Ähnliche Beharrungstendenzen etablierter Unternehmen zeigen sich aktuell im Bereich von Brems- und Lenktechnik im Kfz, wo sich langfristig ein Übergang

von mechanisch-hydraulischen auf elektronisch-elektrische Systeme (Brake- bzw. Steer-by-Wire) abzeichnet.

II. Aus den skizzierten Unzulänglichkeiten bestehender Planungsmethoden folgt die Notwendigkeit eines integrierten Planungsinstruments zum rechtzeitigen und strategischen Management prinzipieller Innovationen. Das Funktionalmarkt-Konzept schließt hier eine Lücke im 'Dschungel' der existierenden, zu meist für eine strategisch-langfristig Analyse unzureichenden Planungstools.

(1) Exploration: Charakteristisches Merkmal der Explorationsphase zu Beginn einer Funktionalmarkt-Analyse ist die funktional-abstrakte Beschreibung von Technologien und Bedarfen. Diese Sichtweise setzt anders als eine sog. phänomenologische Beschreibung nicht an den äußeren Merkmalen von Produkten oder tradierten Branchenbeschreibungen, sondern an den zugrundeliegenden technologischen Funktionsprinzipien an und versucht, die durch konkurrierende Technologien befriedigten Bedarfe möglichst abstrakt zu beschreiben.

So wird einerseits eine branchenübergreifende Ermittlung möglicher Substitutionstechnologien ermöglicht. Durch eine funktionale Technologiebeschreibung gelingt es, auch sog. nichttraditionelle Konkurrenz und prinzipiell neue technische Potential rechtzeitig zu identifizieren. Ein 'klassisches' Beispiel ist die Bedrohung mechanischer Schlüssel durch Identifikationssysteme aus Basis der Mikroelektronik (z.B. Chipkarte) oder Biometrie (z.B. Spracherkennung). Diese Technologien sind zueinander – obwohl in bezug auf die Struktur der jeweiligen technischen Systeme sehr verschieden – funktional-äquivalent, d.h. zur Erfüllung der nachgefragten Funktion 'Identifikation im Rahmen eines Zugangskontrollsystens' prinzipiell geeignet. Der gesamte Möglichkeitsraum funktional-äquivalenter Technologien lässt sich auch als Funktionalmarkt bezeichnen. So umfasst z.B. der Funktionalmarkt für die Speicherung von Standbildern ('Fotos') nicht allein die chemischen Filmsysteme auf Silberhalogenidbasis, sondern auch die prinzipiell neue Technologie der digitalelektronischen Fotografie.

Zum anderen wird durch einer funktionale Perspektive die Ermittlung des potentiellen Gesamtmarktes einer neuen Technologie unterstützt. Mit Hilfe funktional-abstrakter Potentialbeschreibung konnte u.a. in einem Kooperationsprojekt mit einer technologieorientierten Unternehmensgründung aufgezeigt werden, daß sich der physikalische Effekt der sog. Atomlagen-Thermosäule nicht allein für zur Detektion von Laserlicht, sondern auch zur ultraschnellen Temperaturmessung und weiteren Anwendungen in zusätzlichen Funktionalmärkten eignet.

(2) Bewertung: Die anschließende Bewertungsphase ist vor allem durch eine konsequente Zukunftsorientierung gekennzeichnet. Dies gilt zum einen für die Beurteilung der technischen Leistungsmerkmale und möglicher ökonomischer Nutzen- und Kostenreduktionspotentiale einer neuen Technologie (Dynamisierung der Potentialseite) wie für die technischen, marktlichen und gesellschaftlichen Um systeme einer Technologie (Dynamisierung der Bedarfsseite).

Am Beispiel der digitalelektronischen Fotografie wird die Notwendigkeit dieser 'doppelten Dynamisierung' im Zuge der Technologiebewertung deutlich. Die relativ junge digitalelektronische Fotografie bietet z.B. ein erhebliches Weiterentwicklungspotential noch ein erhebliches technisches Weiterentwicklungspotential, das in den kommenden Jahren durch ein zunehmendes Engagement traditioneller Fotounternehmen wie Kodak und vor allem durch Newcomer aus der 'Welt der Digitalelektronik' zunehmend erschlossen

wird. Gleichermaßen gilt für die Verbesserung der anfallenden Kosten für elektronische Fotosysteme. Hier ist bereits die typische Erosion der Herstellkosten zu beobachten, die durch kumulierte Erfahrungseffekte mit einer ständigen Zunahme der produzierten Einheiten einhergeht.

Zugleich ist eine sorgfältige Analyse der jeweiligen technischen Umsysteme konkurrierender Filmsysteme und der zukünftigen Verwender dieser Technologien in Form eines zukunftsorientierten Referenzsystems notwendig. Betrachtet man etwa das Anforderungsprofil 'zeitorientierter' Fotografen, für die der Zeitraum eine sehr hohe Bedeutung hat, der zwischen Fotografieren und der Verfügbarkeit weiterverwendbarer optischer Informationen (Time-to Visualize) vergeht, wird ein weiterer elementarer Vorteil der digitalelektronischen Fotografie deutlich. Die Bildinformationen lassen sich unmittelbar weiterversenden und -verwenden. Anders als bei der chemischen fügt sich die elektronische Fotografie durch ihre Möglichkeit zur Weiterbearbeitung am PC direkt in ein multimediales Umfeld ein, das in Zukunft noch stärker auch private Haushalte durchdringt.

(3) Strategieformulierung: Die Gesamtheit der Informationen, die im Rahmen der Bewertung in bezug auf die technisch-funktionale, sog. integrale und ökonomische Kriterien ermittelt wurden, ist schließlich zu einem zukunftsorientierten Wert für die Technologieattraktivität der verglichenen Technologien zu verdichten und den technologiespezifischen Ressourcen des eigenen und konkurrierender Unternehmen gegenüberzustellen. Grundsätzlich sind zukünftig attraktive Technologien zu fördern, bei denen die Möglichkeit besteht, die eigene – momentan möglicherweise noch geringe – Ressourcenstärke durch gezielte Investitionen in Human- und Sachkapital sowie strategische Kooperationen und Akquisitionen zu einer wettbewerbsüberlegenen Position auszubauen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Hartmann, M.: Technologie-Bilanzierung. Ansatzpunkte zur Entwicklung einer Technologie-Bilanz als Instrument einer zukunftsorientierten Unternehmensbeurteilung, in: Pfeiffer, W. (Hrsg.): Innovative Unternehmensführung. Planung, Durchführung und Kontrolle von Innovationen, Band 26, Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997.

Volz, T.: Management ergänzender Dienstleistungen für Sachgüter. Der schwierige Weg vom Sachgüter-Hersteller zum Problemlöser, in: Pfeiffer, W. (Hrsg.): Innovative Unternehmensführung. Planung, Durchführung und Kontrolle von Innovationen, Band 27, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997.

Pfeiffer, W.; Weiß, E.; Volz, T.; Wettengl, S.: Funktionalmarkt-Konzept zum strategischen Management prinzipieller technologischer Innovationen, in: Pfeiffer, W. (Hrsg.): Innovative Unternehmensführung. Planung, Durchführung und Kontrolle von Innovationen, Band 28, Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerlehre

Prof. Dr. Wolfram Scheffler

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-346

Fax: 0911 / 5302-428

E-mail: wsst01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/SL/>

2. Forschungsschwerpunkte

Bei den Forschungsvorhaben des Lehrstuhls werden Probleme aus dem Bereich der Allgemeinen Betriebswirtschaftslehre und des Steuerrechts mit den speziellen Fragestellungen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre verknüpft. Wesentliches Merkmal der Forschungsarbeiten bildet die Verbindung von methodischen Fragen mit praktisch relevanten Problemen. Im Mittelpunkt stehen EDV-gestützte Steuerwirkungsanalysen zum Einfluß der nationalen und der internationalen Besteuerungsnormen auf betriebliche Entscheidungen. Durch den Einsatz von (zum Teil selbsterstellten) EDV-Programmen können die Wirkungen der steuerlichen und der nichtsteuerlichen Einflußfaktoren sowie die zwischen ihnen bestehenden Wechselwirkungen analysiert werden.

Die Forschungstätigkeiten lassen sich schwerpunktmaßig folgenden Bereichen zuordnen:

- Rechnungslegung und Besteuerung

(Bilanzierungs- und Bewertungsfragen im Zusammenhang mit der Steuerbilanz und Vermögensaufstellung, Steuerbilanzpolitik)

- Einfluß der Besteuerung auf die Rechtsformwahl, insbesondere bei mittelständischen Unternehmen (Steuerbelastungsrechnungen, Bedeutung der Besteuerung im Verhältnis zu den weiteren, für die Rechtsformwahl relevanten Kriterien, Belastungsdifferenzen im Rahmen der laufenden Besteuerung, der Gründung, bei Umstrukturierungen und bei Beendigung der unternehmerischen Tätigkeit, Beteiligung von Familienangehörigen einschließlich der Übertragung des Betriebs auf die nachfolgende Generation)

- Besteuerung von verbundenen Unternehmen (Besteuerung von nationalen und internationalen Konzernen)

- Einfluß der Besteuerung auf Finanzierungsentscheidungen (Finanzierungsalternativen und Besteuerung, Vorteilhaftigkeitsanalysen für Leasing, Finanzierungseffekt der betrieblichen Altersversorgung)

- Internationale Unternehmensbesteuerung (Belastungsdifferenzen zwischen den verschiedenen Formen des Auslandsengagements, Steuerplanung von international tätigen Unternehmen, Einfluß des Rechts der EU einschließlich der Harmonisierung der direkten und indirekten Steuern)
- Nutzung der EDV und der neueren Kommunikationsmittel durch Steuerberater und in der Lehre (Kommunikation über das Internet: Digitale Signaturen nach dem Signaturgesetz, Verschlüsselung mit Public-Key-Verfahren, Werbung des Steuerberaters im Internet, computergestützte Lehr- und Lernverfahren zum inner- und interuniversitaren Einsatz)

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Mobilienleasing innerhalb eines internationalen Konzerns

Bearbeiter: Dipl.-Ok. Dr. Dirk Kiso

Projektstart und -ende: 1992 / 1997

Charakterisierung: Die „klassischen“ Instrumente zur Finanzierung einer Tochterkapitalgesellschaft durch ihren Gesellschafter sind Kapitalerhungen und Gesellschafterdarlehen. In der Dissertation wird analysiert, ob bzw. in welchen Fällen sich das Leasing für die Finanzierung eines inländischen Tochterunternehmens durch ihren ausländischen Anteilseigner als vorteilhaft erweist. Die zahlreichen Einflußfaktoren werden systematisiert und entsprechend ihrer Bedeutung gewichtet.

3.2 Kaferbezogene Unternehmensbewertung

Bearbeiterin: Dipl.-Kffr. Dr. Luise Hölscher

Projektstart und -ende: 1995 / 1997

Charakterisierung: Die Dissertation zeigt anhand des Beispiels eines potentiellen Käufers, daß - im Gegensatz zu der in der Literatur vertretenen Meinung - ein einzelnes Verfahren die verschiedenen Anforderungen, die an die Unternehmensbewertung gestellt werden, nicht erfüllen kann. Es wird gezeigt, wie die parallele Verwendung von mehreren Verfahren den Informationsbedarf besser befriedigen kann (methodenpluralistische Unternehmensbewertung).

3.3 Gewinnrealisierung bei langfristiger Fertigung

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Dr. Reinhard Wenk

Projektstart und -ende: 1993 / 1997

Charakterisierung: Unter Berücksichtigung der in Deutschland und im internationalen Bereich für den handelsrechtlichen Jahresabschluß geltenden Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze wird herausgearbeitet, wie die langfristige Fertigung in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, im Anhang sowie im Lagebericht zu

erfassen ist, um die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens angemessen darzustellen.

3.4 Steuerbilanzpolitik

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfram Scheffler

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Eine Analyse der wichtigsten Modelle der Steuerbilanzpolitik zeigt, daß diese entweder nicht notwendig sind oder sich aus methodischen Gründen nicht umsetzen lassen. Dies gilt sowohl für die qualitativ orientierten Ansätze als auch für die quantitativen Modellansätze. Es wird ein Vorschlag erarbeitet, welche Möglichkeiten unter diesen Rahmenbedingungen für die Steuerbilanzpolitik in der Praxis bestehen.

3.5 Maßnahmen zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung

Bearbeiter: Prof. Dr. Wolfram Scheffler

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Es werden Berechnungsformeln entwickelt, mit deren Hilfe Anhaltspunkte gewonnen werden, in welcher Weise die im Rahmen der inländischen Besteuerung bestehenden Wahlrechte zur Vermeidung einer internationalen Doppelbesteuerung auszuüben sind. Bei den Auswirkungen der drei Methoden (Anrechnung, Abzug oder Pauschalierung) auf die Höhe der inländischen Steuerbelastung wird zwischen Einzelunternehmen und Kapitalgesellschaften differenziert.

3.6 Verrechnungspreise im internationalen Konzern

Kooperationspartner: Arthur Andersen (Stuttgart)

Bearbeiterin: Dipl.-Kffr. Dr. Luise Hölscher

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Im Rahmen eines Lektürekurses „Erfolgs- und Vermögenszuordnung im internationalen Unternehmen - Betriebsstätten und Tochterkapitalgesellschaften im Vergleich -“ wurden die Hintergründe der Verrechnungspreisermittlung erarbeitet. Ausgehend von den deutschen Rechtsnormen wurden die Standardmethoden sowie die Gewinnaufteilungsmethoden beurteilt und mit den Methoden der innerbetrieblichen Bildung von Verrechnungspreisen verglichen.

3.7 Lernsystem „Ertrag-, Substanz- und Verkehrsteuern“

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Stefan Mense

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Im Rahmen eines Workshops „Internet und Steuern“ wurde ein Lernsystem mit über 150 Fragen zum Thema „Grundlagen der Betriebswirtschaftlichen Steuerlehre“ mittels Internet-Technologie erstellt. Im Zuge der Konstruktion dieses Hypermediaangebots wurden zum einen fachliche Probleme aus dem Gebiet der Steuerlehre gelöst und zum anderen aufgezeigt, wie die neueren Kommunikationstechniken für die Lehre genutzt werden können.

3.8 Virtuelle Kanzlei

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Stefan Mense

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Im Rahmen eines Workshops „Internet und Steuern“ wurde der Internet-Einsatz in der steuerberatenden Praxis untersucht. Schwerpunkte bildeten Möglichkeiten, Risiken und Sicherheitsmaßnahmen für die aktive Kommunikation des Steuerberaters im Internet, Marketingpotentiale des Internet für den Steuerberater sowie Möglichkeiten der Internet-Recherche zu steuerlichen Sachverhalten. Die Ergebnisse des Projektes sind im Internet abrufbar.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Einfluß der Besteuerung auf die Rechtsformwahl bei mittelständischen Unternehmen

Kooperationspartner: Prof. Dr. Dr.h.c. mult. Otto H. Jacobs (Universität Mannheim)

Betreuer: Prof. Dr. Wolfram Scheffler, Dipl.-Kfm. Stefan Mense

Projektstart und -ende: 1997

Forschungskontext

Im Rahmen der Überarbeitung des gemeinsam mit O.H. Jacobs konzipierten Handbuches „Unternehmensbesteuerung und Rechtsform“, München (Beck-Verlag), waren vom Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Steuerlehre, zum einen die Kapitel zur Besteuerung der aperiodischen Geschäftsvorgänge sowie zum anderen die Ausführungen zu den Auswirkungen der Besteuerung auf die Rechtsformentscheidung zu überarbeiten und an die zwischenzeitlich eingetretenen Rechtsänderungen (z.B. Tarifänderungen im Rahmen der Einkommen- und Körperschaftsteuer, Nichterhebung der Vermögensteuer, Abschaffung der Gewerbesteuer vom Kapital, Neufassung des Umwandlungssteuerrechts) anzupassen.

Zu den aperiodischen Geschäftsvorgängen zählen die Gründung eines Unternehmens, die Beendigung der unternehmerischen Betätigung durch Auflösung (Liquidation) oder Verkauf des Unternehmens, eine Änderung der Beteiligungsverhältnisse (z.B. Gesellschafterwechsel durch Verkauf eines Gesellschaftsanteils), die Änderung der Rechtsform (z.B. Übertragung des Vermögens eines Unternehmens auf einen anderen Rechtsträger, Formwechsel, Verschmelzung, Spaltung) sowie die unentgeltliche Übertragung eines Unternehmens oder eines Gesellschaftsanteils durch Erbschaft oder Schenkung.

Bei der Überarbeitung waren insbesondere die Konsequenzen des 1995 in Kraft getretenen handelsrechtlichen Umwandlungsgesetzes (UmwG) und des steuerrechtlichen Umwandlungssteuergesetzes (UmwStG) zu berücksichtigen. Daneben hat der Lehrstuhl die das Handbuch ergänzende Fallstudie „REFO“ aktualisiert, in der mittels eines EDV-Programms die Konsequenzen einer Rechtsformentscheidung auf die Steuerbelastung des Unternehmens und seiner Inhaber quantifiziert werden können. Die auf aktuellem Rechtsstand (1.1.1998) beruhenden Ergebnisse und die sich für die Steuerberatung ableitbaren Empfehlungen wurden in das Handbuch übernommen. Der Bereich der laufenden Besteuerung sowie des Übergangs eines Betriebes auf die nachfolgende Generation wurde von dem Kooperationspartner Prof. Dr. Dr.h.c. Otto H. Jacobs bearbeitet.

Dieses Projekt wurde für den Forschungsbericht ausgewählt, weil es für mittelständische Unternehmen von hohem praktischen Nutzen ist. Die Ergebnisse werden 1998 im Beck-Verlag veröffentlicht. (Zur Fallstudie mit dem Rechtsstand 1.1.1996 siehe Jacobs, O.H./Scheffler, W., Steueroptimale Rechtsform, Ein Rechtsformvergleich mittelständischer Unternehmen, 2. Auflage, München (Verlag Franz Vahlen) 1996).

Vorgehen und Zielsetzung

Mittels einer ausführlichen verbalen und quantitativen Analyse der Besteuerung der laufenden Geschäftsvorgänge und der aperiodischen Geschäftsvorgänge werden Einflußfaktoren herausgearbeitet, die für die Höhe der Besteuerung von mittelständischen Unternehmen in Abhängigkeit von der Rechtsform relevant sind. Die Einflußfaktoren, die die laufende Besteuerung beeinflussen, werden mit Hilfe der Fallstudie „REFO“ erarbeitet. Bei den aperiodischen Geschäftsvorgängen werden insbesondere die Auswirkungen der Besteuerung auf Umwandlungen und Umstrukturierungen vorgestellt. Die Zielsetzung der Untersuchung besteht darin, möglichst allgemeingültige Aussagen (Thesen) über die steuerliche Belastung im Vergleich der bei mittelständischen Unternehmen am weitesten verbreiteten Rechtsformen (Einzelunternehmen, Kapitalgesellschaft, Personengesellschaft, GmbH & Co. KG sowie Betriebsaufspaltung) zu treffen.

Ergbnisse

Welche Rechtsform sich unter dem Gesichtspunkt des Strebens nach Steuerminimierung anbietet, kann nicht in einer allgemein gültigen Vorteilhaftigkeitsaussage ausgedrückt werden. Zum Beispiel weisen Personengesellschaften im Ausschüttungsfall, in Verlustperioden sowie im Bereich der Erbschaft- und Schenkungsteuer Vorteile auf, während Kapitalgesellschaften sich im Thesaurierungsfall und bei der Besteuerung von schuldrechtlichen Leistungsbeziehungen (Gesellschaft-Gesellschafter-Verträge) günstiger darstellen. Wenn schon zwischen den beiden Grundformen keine eindeutige Reihenfolge besteht, ist es nicht verwunderlich, wenn auch für die Mischformen nur bei Kenntnis der konkreten wirtschaftlichen Verhältnisse eine verbindliche Empfehlung gegeben werden kann. Bei der GmbH & Co. KG und der Betriebsaufspaltung kommen die für Personen- und Kapitalgesellschaften geltenden Grundsätze nebeneinander zur Anwendung, ergänzend sind einige Sonderregelungen zu beachten. In allgemeiner Form lässt sich nur festhalten, daß eine GmbH & Co. KG (Betriebsaufspaltung) um so eher mit einer „reinen“ Personengesellschaft vergleichbar ist, je geringer der Gewinnanteil der Komplementär-GmbH (Betriebskapitalgesellschaft) ist, bzw. umgekehrt, daß die Steuerbelastung einer GmbH & Co. KG (Betriebsaufspaltung) um so näher an der einer „reinen“ Kapitalgesellschaft liegt, je größer das wirtschaftliche Gewicht der Komplementär-GmbH (Betriebskapitalgesellschaft) ist. Ohne nähere Informationen über die spezielle Datenkonstellation muß jedoch das Vorzeichen der Abweichung zwischen den Mischformen und den Grundformen offen bleiben.

Bei einer Beschränkung auf die **laufende Besteuerung** wurde aufgezeigt, daß die Rechtsformentscheidung insbesondere durch die Erfolgssituation, die Gewinnverwendungspolitik und den Umfang der schuldrechtlichen Leistungsbeziehungen beeinflußt wird. Bei entsprechender Ausgestaltung der Vertragsverhältnisse ist dann, wenn die erzielten **Gewinne ausgeschüttet** werden, häufig die Personengesellschaft vor der Betriebsaufspaltung und der Kapitalgesellschaft die steuerlich günstigste Rechtsform. Werden die **Gewinne thesauriert**, wird sich dagegen in vielen Situationen die Reihenfolge Kapitalgesellschaft, Betriebsaufspaltung und Personengesellschaft einstellen. In den Jahren, in denen **Verluste** entstehen, sind Personengesellschaften und die GmbH & Co. KG gegenüber Kapitalgesellschaften und insbesondere der Betriebsaufspaltung eindeutig von Vorteil. Diese grundsätzlichen Empfehlungen zur Rechtsformwahl sind um die steuerlichen Effekte zu ergänzen, die bei einer Beteiligung von Familienangehörigen sowie bei den aperiodischen Geschäftsvorgängen auftreten.

Folgende Tendenzaussagen konnten getroffen werden:

- a) Die Summe der Steuerzahlungen ist bei Personengesellschaften häufig geringer als bei Kapitalgesellschaften.
- b) Die Steuerbelastung einer GmbH & Co. KG stimmt nicht nur im Gewinnfall, sondern auch unter Einbezug von Verlusten und aperiodischen Geschäftsvorgängen weitgehend mit der bei anderen Personengesellschaften überein.
- c) Die Betriebsaufspaltung hat aus steuerlicher Sicht an Bedeutung verloren. Gegenüber einer Personengesellschaft ergeben sich dann keine gravierenden Belastungsdifferenzen, wenn die auf die Betriebskapitalgesellschaft entfallenden Erfolge gering sind.

Faßt man die für den Gewinn- und den Verlustfall angestellten Überlegungen zusammen, sprechen mehrere Argumente zugunsten von **Personengesellschaften**: In Verlustsituationen sind **Kapitalgesellschaften** gegenüber Personengesellschaften eindeutig im Nachteil. Entstehen Gewinne, die in erheblichem Umfang an die Gesellschafter ausgeschüttet werden, sind Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften aufgrund des Steuersatzvorteiles bei der Einkommensteuer (Tarifbegrenzung nach § 32c EStG) gleichfalls vorzuziehen. Eine Kapitalgesellschaft führt im Regelfall lediglich dann zu einer geringeren Steuerzahllast, wenn die Gewinne auf Unternehmensebene thesauriert werden und zahlreiche Gesellschaft-Gesellschafter-Verträge bestehen (eine Minderung der Summe der Steuerzahlungen läßt sich insbesondere über Geschäftsführungsverträge erreichen). Bei Abwägung sämtlicher Einflußgrößen ist zusätzlich zu bedenken, daß die steuerlichen Vorteile einer Kapitalgesellschaft bei Einbehaltung der Gewinne zum einen häufig geringer sind als die Mehrbelastungen im Ausschüttungsfall und zum anderen die Entlastungen nur solange wirksam sind, wie die Gewinne auf Ebene der Kapitalgesellschaft verbleiben.

Die **aperiodischen Geschäftsvorgänge** sind für die Rechtsformwahl grundsätzlich von untergeordneter Bedeutung. Diese Aussage gilt insbesondere für die steuerliche Behandlung der Gründung und für den Wechsel der Rechtsform. Bei den sich beim Verkauf oder bei Liquidation des Unternehmens ergebenden Belastungsunterschieden kann nicht in allgemeiner Form angegeben werden, welche Rechtsform steuerlich günstiger ist. Eine eindeutige Aussage gilt jedoch bei der unentgeltlichen Übertragung eines Unternehmens durch Erbschaft oder Schenkung: Bei der Übertragung des Unternehmens im Erbfall oder im Wege der vorweggenommenen Erbfolge auf die nachfolgende Generation werden Personengesellschaften regelmäßig geringer mit Erbschaft- und Schenkungsteuer belastet als Kapitalgesellschaften. Diese steuerlichen Vorteile von Personengesellschaften gegenüber Kapitalgesellschaften verstärken die im Rahmen der laufenden Besteuerung abgeleitete Empfehlung zugunsten von Personengesellschaften.

Die Steuersatznachteile einer **GmbH & Co. KG** gegenüber den Grundtypen einer Personengesellschaft (OHG, KG) bei der Besteuerung von Gewinnanteilen, die auf die Komplementär-GmbH entfallen und von dieser an die Kommanditisten ausgeschüttet werden, werden im Verlustfall durch die Verlustausgleichsbeschränkung auf Ebene der Komplementär-GmbH sowie die Beschränkungen nach § 15a EStG für die Kommanditisten verstärkt. Die daraus entstehenden Mehrbelastungen sind in vielen Fällen jedoch nicht so gravierend, daß die GmbH & Co. KG gegenüber den anderen Personengesellschaftsformen entscheidend benachteiligt wäre: Die in Teilbereichen auftretenden Steuersatznachteile lassen sich weitgehend vermeiden, wenn die Komplementär-GmbH nur in geringem Umfang am Erfolg der (GmbH & Co.) KG beteiligt wird. Die Nachteile aus den Beschränkungen des Verlustausgleichs lassen sich zumindest abschwächen, wenn durch entsprechende vertragliche Gestaltungen die Verluste in das Sonderbetriebsvermögen der Kommanditisten verlagert werden. Da die Summe der Steuerzahlungen bei einer GmbH & Co. KG im Regelfall sowohl in Gewinnjahren als auch in Verlustperioden nur unwesentlich von den Steuerbelastungen abweicht, die bei den im Gesetz vorgesehenen Grundformen der Personengesellschaft anfallen, empfiehlt es sich, insbesondere dann die GmbH & Co. KG zu wählen, wenn Haftungsrisiken bestehen.

Im Rahmen der laufenden Besteuerung von gewinnerzielenden Unternehmen ergeben sich zwischen einer **Betriebsaufspaltung** und einer Personengesellschaft dann keine gravierenden Belastungsdifferenzen, wenn die auf die Betriebskapitalgesellschaft entfallenden Erfolge gering sind. Die Betonung des wirtschaftlichen Schwergewichts beim Besitzpersonenunternehmen deckt sich häufig mit der Zielsetzung der beteiligten natürlichen Personen, den Umfang der Haftung so weit wie möglich zu reduzieren. Eine Betriebsaufspaltung ist insoweit einer GmbH & Co. KG vorzuziehen, als bei ihr eine Trennung von Geschäftsleitung und Vermögensverwaltung leichter zu erreichen ist und sich die Nachfolgeregelungen flexibler gestalten lassen. Die Betriebsaufspaltung ist insbesondere dann von Vorteil, wenn bislang eine Personengesellschaft mit großem Betriebsvermögen (Gesamthands- und/oder Sonderbetriebsvermögen) bestanden hat. In diesen Fällen lassen sich mit geringen organisatorischen Umstrukturierungen und ohne Auflösung der stillen Reserven durch Auslagerung einer Betriebskapitalgesellschaft und über den Abschluß von Gesellschaft-Gesellschafter-Verträgen (insbesondere Dienstverträge einschließlich Versorgungszusagen) die gewerbesteuerlichen Vorteile von Kapitalgesellschaften nutzen. Bei der Konkretisierung der Vertragsverhältnisse ist allerdings darauf zu achten, daß es bei einer Verschlechterung der Erfolgssituation auf Ebene der Betriebskapitalgesellschaft nicht zum Ausweis von Verlusten kommt, während die Besitzpersonengesellschaft weiterhin Gewinne erzielt.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Kiso, D.: Ein Entwurfkonzept für Modelle der internationalen Steuerplanung, Hamburg 1997.

Mense, S.: Zurechnung von gemischt-genutzten Wirtschaftsgütern: Eine quantitative Analyse für privat genutzte Betriebs-Pkw, Betriebswirtschaftliches Institut, Universität Erlangen-Nürnberg, 1997, Nürnberger Materialien für interaktive Lehre, Nr. 12 (Handbuch) und Nr. T12 (Diskette mit Excel-Anwendung)

Mense, S.: Lernsystem „Ertrag-, Substanz- und Verkehrsteuern“, <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/SL/lernsys/eingang.htm>

Mense, S.: Virtuelle Kanzlei: Der Internet-Einsatz in der steuerberatenden Praxis, <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/SL/virtuell/1-st.htm>

Wenk, R.: Bilanzierung bei langfristiger Fertigung nach deutschem Handelsrecht unter Berücksichtigung US-amerikanischer Rechnungslegungsgrundsätze, Frankfurt am Main u.a. 1997

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung

Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Steinmann

Lange Gasse 20,

90403 Nürnberg

Tel. 0911/5302-314,

Fax: 0911/5302-474,

E-mail: wsuf01@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

steinmann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/BWI/UF/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Personalmanagement

Aufgabe dieses Bereiches ist es, die Praxis der Personalarbeit in Unternehmen vor dem Hintergrund eines theoretischen Bezugsrahmens kritisch zu reflektieren. Dabei sollen schwerpunktmaßig folgende Teilbereiche bearbeitet werden: Personalplanung unter besonderer Berücksichtigung eines strategisch orientierten Human-Ressourcen-Managements, Entlohnungs- und Leistungsbeurteilungssysteme, betriebliche Aus- und Weiterbildung und Personalentwicklung sowie personalpolitische Konflikte und Fragen institutioneller Konfliktregelungen (BetrVG, TVG, etc.). Schließlich nehmen Aspekte der Gestaltung von Arbeitsbeziehungen unter ökonomischen und sozialen Kriterien einen zentralen Stellenwert in der Forschung ein.

- Organisation und Führungstheorie

Zweck dieses Bereiches ist die Untersuchung von Problemen, die sich bei der Gestaltung und Führung von Organisationen ergeben. Dabei werden sowohl Fragen der formalen Ordnung und Möglichkeiten ihrer Weiterentwicklung (z.B. Umwelt und Organisationsstruktur, Dezentralisierung, Organisationsentwicklung) untersucht, als auch stärker prozeßorientierte Aspekte, die das Verhalten von Organisationsmitgliedern und Führungskräften betreffen (z.B. Motivation, Gruppenverhalten, Führungsstile und -modelle, Kommunikation, Entlohnung).

- Unternehmensstrategie und strategisches Management

Arbeiten zur Theorie der Unternehmensstrategie und Untersuchungen über den sinnvollen Einsatz einzelner strategischer Maßnahmen (z.B. Diversifikation, Integration, Informationspolitik oder Kooperation) bilden einen Schwerpunkt der Forschung. Einen zweiten Forschungskomplex stellen empirische Analysen von Branchenstrukturen dar (anhand des Konzeptes von Porter), bei denen einzelne strategische Aspekte besonders berücksichtigt werden (z.B. strategisches Management von Dienstleistungsunternehmen). Hinzu kommen Arbeiten, welche die prozessuale Gestaltung des strategischen Managements

zum Thema haben. Weiterhin widmet sich die Forschung in diesem Bereich auf der Basis eines am Lehrstuhl entwickelten Managementkonzeptes den Schnittstellenproblemen zwischen strategischem Management einerseits und operativen Fragen sowie Problemen der Unternehmensethik andererseits.

- Fragen der (Unternehmens-)Verfassung in modernen Industriegesellschaften

Dieser Bereich befaßt sich mit Legitimationsfragen ökonomischen Handelns in modernen Industriegesellschaften. Unsere Forschungsbemühungen beziehen sich auf drei Ebenen:

1. Die gesamtwirtschaftliche Ebene. Hier muß die Frage nach den Legitimationsgrundlagen unternehmerischen Handelns in einer globalisierten Wirtschaft geklärt werden.
2. Die einzelwirtschaftliche Ebene. Hier geht es um Fragen der Konzeption und Implementierung einer (kommunikativen) Unternehmensethik, welche durch eine "freiwillige" ethische Selbstbindung die unerwünschten Nebenwirkungen des Gewinnstrebens zu begrenzen versucht.
3. Drittens schließlich werden unsere Diskussionen um zwei weitere Aspekte erweitert, die im internationalen Vergleich zunehmende Bedeutung erlangen: die rechtlichen Vorregelungen des einzelwirtschaftlichen Handelns in anderen Staaten und entsprechende Harmonisierungsbestrebungen sowie Fragen der Weiterentwicklung der industriellen Beziehungen zwischen Staat, Arbeitnehmern und Arbeitgebern.

- Unternehmensethik

Zahlreiche Problemfälle in der Wirtschaftspraxis haben in den letzten Jahren nachhaltig die Frage nach der ethischen Vereinbarkeit unternehmerischer Entscheidungen und Handlungen in der Marktwirtschaft aufgeworfen. Insbesondere wird auch die Forderung nach einer Unternehmensethik erhoben. In diesem Zusammenhang wird vor allem untersucht, unter welchen Voraussetzungen man die Forderung nach einer Unternehmensethik überhaupt erheben kann (z.B. Fundierungsprobleme einer Unternehmensethik, Handlungsspielräume in der Wettbewerbswirtschaft, Steuerungsdefizite des Rechts, etc.); desweiteren, welche begrifflichen Vorstellungen man mit einer Unternehmensethik zweckmäßigerweise in Verbindung bringen sollte (z.B. im Gegensatz zu Unternehmensverfassung, Unternehmenskultur, Unternehmenspolitik etc.); schließlich, ob und inwieweit eine Unternehmensethik in der aktuellen Unternehmenspraxis implementiert werden könnte (z.B. bei den Mitarbeitern und in den Strukturen der Organisation).

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Strategisches Management von produktbegleitenden technischen Dienstleistungen

Kooperationspartner: Siemens AG, Erlangen

Projektleiter: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Steinmann, Dr. Andreas Georg Scherer

Teilprojekte: Baumeister, Eveline:

Kernkompetenzen und strategische Erfolgsfaktoren in der Dienstleistungsbranche

Schumann, Kristin:

Wettbewerbsvorteile durch Kooperationen im Dienstleistungsgeschäft

Groenen, Tobias:

Strategische Erfolgsfaktoren eines technischen Dienstleisters am Beispiel der kundennahen Dienstleistung

3.2 Zum strategischen Wettbewerb zwischen Markenartiklern und Handelsmarkenunternehmen

Kooperationspartner: Procter & Gamble, Schwalbach

Projektleiter: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Steinmann, Dr. Andreas Georg Scherer

Teilprojekt: Mühlfriedel, Bernd

Der strategische Wettbewerb zwischen Procter & Gamble und Aldi im deutschen Wasch- und Reinigungsmittelmarkt

3.3 Sozialverträgliche Organisationsentwicklung

Kooperationspartner: Siemens AG, Erlangen

Projektleiter: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Steinmann, Dr. Carola Hennemann

Teilprojekt: Fink, Gundolf

Das Führungsgespräch bei der Siemens AG. Ein effizientes Instrument zur Erreichung des Führungswandels?

3.4 Ethik im Bankenwesen

Kooperationspartner: Bayerische Hypo-Bank, München

Projektleiter: Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Steinmann, Dipl.-Kfm. Gunter Haueisen

Teilprojekt: Kuttler, Hans-Jörg

Möglichkeiten und Grenzen des Compliance-Ansatzes am Beispiel der Hypo-Bank. Eine empirische Studie über die Rolle der Mitarbeiter

3.5 Dissertation: Organisationales Lernen und die lernende Organisation

Bearbeiter: Carola Hennemann

Literatur: Hampp Verlag, München und Mering 1997.

3.6 Dissertation: Unternehmenssteuerung zwischen Akteur, System und Umwelt,

Bearbeiter: Klaus-Jürgen Popp

Literatur: Deutscher Universitäts Verlag, Wiesbaden 1997.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Verantwortung und Steuerung von Unternehmen in der Marktwirtschaft. Können die U.S.-Sentencing Commission Guidelines ein Muster für deutsche Regelungsbemühungen abgeben?

Kooperationspartner: Prof. Dr. Heiner Alwart, Lehrstuhl für Strafrecht und Strafprozeßrecht, Universität Jena.

Prof. Dr. Rolf Gröschner, Lehrstuhl für Verfassungsrecht und Rechtsphilosophie, Universität Jena

Prof. Dr. Josef Wieland, Fachhochschule Konstanz

Deutsches Netzwerk Wirtschaftsethik (DNWE)

Fördernde Institutionen: Hanns-Lilje-Stiftung, Hannover, Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Projektstart: Sommer 1996, derzeit laufend.

Die von der sog. Sentencing-Commission des US-Senats 1991 erlassenen Richtlinien zur Vereinheitlichung der strafrechtlichen Urteilspraxis sind in anderen Ländern und Rechtskreisen auf große Aufmerksamkeit gestoßen. Diese Aufmerksamkeit verdankt sich zwei Eigenarten dieser Richtlinien. Einmal werden hier Organisationen im weitesten Sinne, also auch Unternehmen bzw. juristische Personen, als Adressaten des Strafrechts, das die Bestrafung juristischer Personen nicht kennt und allein auf die Individualstrafe abstellt, angesehen.

Noch wichtiger ist aber das zweite Merkmal, eine – auch für US-amerikanische Verhältnisse – grundlegende Innovation in der Steuerungslogik des Strafrechts. Die Strafzumessungsrichtlinien der Senatskommission, die für die Rechtssprechung eine verbindliche Handlungsgrundlage darstellen, wenden sich an die Unternehmung nicht nur in ihrer Eigenschaft als – möglicher – Straftäter; sie binden vielmehr die Unternehmung in den Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität direkt mit ein. Das geschieht dadurch, daß die Richtlinien das Ausmaß der Strafe auch abhängig machen von vorbeugenden Maßnahmen in der Unternehmung, wenn und soweit diese als ausreichend effizient erachtet werden können zur Verhinderung von Wirtschaftskriminalität. Dieser Ansatzpunkt macht es erforderlich, genauer zu spezifizieren, wann das Management die nötige Sorgfalt bei der Bekämpfung von Wirtschaftskriminalität in seinem Einzugsbereich hat walten lassen.

Die US-Sentencing-Guidelines formulieren hier sieben Anforderungen, angefangen bei der Ernennung eines hochrangigen Ethikbeauftragten über die Verabschiedung von Ethik-Kodizes bis hin zu Informations- und Schulungsmaßnahmen für die Mitarbeiter und geeignete Sanktionen im Falle strafbaren Fehlverhaltens. Die Richter sind gehalten, die von der Unternehmung getroffenen Maßnahmen daraufhin zu prüfen, ob sie eine im Sinne der Richtlinien hinreichende Sorgfalt bei ihrer Entwicklung und Durchsetzung erkennen lassen. Ist das der Fall, muß der Strafrichter im Rahmen seines Ermessens und auf der Grundlage der Regelungen der Sentencing-Guidelines einen – u.U. sehr beachtlichen – finanziellen Strafnachlaß gewähren.

Mit derartigen Anreizen hat sich das Strafrecht auf die Steuerungslogik der ökonomischen Institution "Unternehmung" eingelassen: Wer den Gewinn maximiert, wird auch ein Kosten-Nutzen-Kalkül über die wirtschaftliche Zweckmäßigkeit der geforderten Maßnahmen anstellen. In dieses Kalkül werden natürlich nicht nur materielle, sondern auch immaterielle Größen eingehen, wie z.B. die Reputation der Unternehmung. Das ökonomische Kalkül wird auf diese Weise in den Dienst des öffentlichen Interesses an der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität gestellt. Die Beziehungen zwischen Staat und Unternehmung erhalten insoweit eine neue Qualität: beide sitzen bei der Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität "in einem Boot" und stehen sich nicht nur als mögliche "Verfahrensgegner" im Strafprozeß gegenüber.

Es versteht sich von selbst, daß weder die Regelungen als solche noch die empirischen Befunde schlicht in andere Kulturkreise übertragbar sind. Die Steuerungseffizienz des Rechts hängt ja nicht nur von der Steuerungslogik der angewandten Maßnahmen ab, sondern auch von den Eigenarten, Rahmenbedingungen und Wertvorstellungen einer Rechtskultur, in die solche Maßnahmen eingebettet werden. Gleichwohl ist die Information über das, was in anderen Rechtskreisen geschieht, für die eigene Strafrechtspolitik von großer Bedeutung. Es könnte ja sein, daß hinter den Sentencing Guidelines Zurechnungsprinzipien stehen, die durchaus, nur eben in abgewandelter Form, auf unsere Rechtsverhältnisse anwendbar sind. Man denke etwa an Regelungsmöglichkeiten im Kontext der Unternehmensgeldbuße nach dem Ordnungswidrigkeitengesetz.

Aber auch das Management tut gut daran, sich über derartige neue Entwicklungen rechtzeitig zu informieren, sei es, daß es – wie die Töchter US-amerikanischer Unternehmen – auch im Ausland von den Sentencing-Guidelines tangiert wird oder sei es, daß es von sich aus darüber nachdenkt, wie das Ethik-Management im eigenen Hause verbessert werden kann.

Ein Symposium des Deutschen Netzwerks Wirtschaftsethik – DNWE –, das dankenswerterweise von der Hanns-Lilje-Stiftung, Hannover, gefördert wird, widmete sich im Sommer 1997 dieser Problematik in Zusammenhang mit einem größeren Forschungsvorhaben am Nürnberger Lehrstuhl für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung zur Unternehmensethik und Multinationalen Unternehmen, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft, Bonn, unterstützt wird. Zur Zeit wird die Veröffentlichung der Vorträge und Diskussionspapiere vorbereitet. Eine Nachfolgetagung zur vertiefenden Diskussion ist geplant.

Literatur:

Alwart, H. (Hrsg.): Verantwortung und Steuerung von Unternehmen in der Marktwirtschaft, München und Mering 1998 (in Vorbereitung).

Steinherr, Ch.; Steinmann, H.; Olbrich, Th.: Die US-Sentencing Commission Guidelines. Diskussionsbeitrag Nr. 90 des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 1997. Wiederabdruck in: Alwart, H. (Hrsg.), a.a.O.

Steinmann, H.; Olbrich, Th.; Kustermann, B.: Unternehmensethik und Unternehmensführung. Überlegungen zur Implementationseffizienz der U.S.-Sentencing Guidelines, in: Alwart, H. (Hrsg.), a.a.O.

Scherer, A. G.: Zur rechtlichen Verantwortung von Unternehmen. Organisationsverschulden nun auch in der EU kodifiziert, in: Forum Wirtschaftsethik, 6. Jg. (1998) Nr. 1, S. 12-13.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

- Lange, H.; Löhr, A.; Steinmann, H. (eds.):** Working Across Cultures. Ethical Perspectives for Intercultural Management, Dordrecht et al. 1997.
- Steinmann, H.; Schreyögg, G.:** Management, 4. überarbeitete und erweiterte Auflage, Wiesbaden 1997.

Beiträge in Sammelwerken:

- Scherer, A. G.:** Zum Theorienpluralismus im Strategischen Management. Das Inkommensurabilitätsproblem und Perspektiven zu seiner Überwindung, in: Kahle, E. (Hrsg.): Betriebswirtschaftslehre und Managementlehre. Selbstverständnis – Herausforderungen – Konsequenzen, Wiesbaden: Gabler 1997, S. 55-97.
- Scherer, A. G.:** Diversity, Pluralism, and Incommensurability as Problems in Intercultural Management Research and Practice, in: Proceedings of the EIASM-conference "Organizing in a Multi-Voiced World. Social Construction, Innovation and Organizational Change", Leuven, Belgium, June 4-6, 1997, Vol. II., o.S.
- Steinmann, H.:** Freiheit und Verantwortung in einer globalisierten Wirtschaft, in: Meffert, H. (Hrsg.): Unternehmung, Gesellschaft und Ethik, Öffentliche Ringvorlesung 1996/97, Handelshochschule Leipzig, S. 86-106.
- Steinmann, H.:** Ethik-Management: Die Umsetzung unternehmensexistischer Grundsätze im Führungsprozeß (Etyka w Zarzadzaniu Przedsiębiorstwem Zastosowanie Zasad Etyki Przedsiębiorstwa w Procesie Zarządzania), in: Nowoczesne tendencje w nauce i praktyce zarządzania przedsiębiorstwem, S. 31-48; Tagung: "Moderne Tendenzen in der Unternehmensführung und der Unternehmensführungslehre", 22-26.09.1997 in Łódź/Polen.
- Steinmann, H.; Kumar, N.B.:** The Case of Germany, in: Buckley, P.J./Campos, J./Mirza, H./White, E.: International Technology Transfer by Small and Medium-Sized Enterprises, New York 1997, S. 139-175.
- Steinmann, H.; Löhr, A.:** The Ethical Dimension of Cross-cultural Business Activities, in: Lange, H./Löhr, A./Steinmann, H. (Hrsg.): Working Across Cultures, Dordrecht 1997, S. 7-19.
- Steinmann, H.; Löhr, A.:** Begründungsprobleme der Unternehmensexistik, in: Geißler, H. (Hrsg.): Unternehmensexistik, Managementverantwortung und Weiterbildung, Neuwied et al. 1997, S. 9-38.
- Steinmann, H.; Scherer, A. G.:** Die multinationale Unternehmung als moralischer Aktor. Bemerkungen zu einigen normativen Grundlagenproblemen des interkulturellen Managements, in: Engelhard, J. (Hrsg.): Interkulturelles Management, Theoretische Fundierung und funktionsbereichsspezifische Konzepte, Wiesbaden: Gabler 1997, S. 23-53.

Steinmann, H.; Scherer, A. G.: Intercultural Management Between Universalism and Relativism – Fundamental Problems in International Business Ethics and the Contribution of Recent German Philosophical Approaches, in: Urban, S. (Ed.): Europe in the Global Competition, Wiesbaden: Gabler 1997, S. 77-143.

Beiträge in Zeitschriften:

Löhr, A.: Rezension von Lohmann, K.R./Schmidt, Th. (Hrsg.): Werte und Entscheidungen im Management, in: Management Revue, Jg. 8 (1997), S. 108-113.

Löhr, A.: A Vision for EBEN. A message from the new EBEN Chairman, in: European Business Ethics Newsletter, Vol. 11 (1997), pp. 1-2.

Pampel, J. R.; Viertelhaus, M.: Substanzerhaltung und kalkulatorische Abschreibung in der Praxis – Eine Auswertung, in: Kostenrechnungspraxis, Sonderheft 1/1997, S. 14-23.

Scherer, A. G.: Spirale nach unten? Zur Verantwortung multinationaler Unternehmen bei der Etablierung weltweiter Sozial- und Umweltstandards?, in: Forum Wirtschaftsethik 5 (1997), Nr. 3, S. 11-13.

Scherer, A. G.: Argumentationsrationalität und das Management unstrukturierter Probleme – Kritische Anmerkungen zur Unternehmensführungskonzeption von Axel von Werder, in: Journal für Betriebswirtschaft 47 (1997), S. 266-281.

Steinmann, H.: Unternehmen müssen Reformen anmahnen, in: Die Unternehmerin, hrsg. v. Verband deutscher Unternehmerinnen e.V., Köln 3/1997, S. 10-11.

Steinmann, H.: Zwei Anmerkungen zu den motivationalen Grundlagen der Unternehmensführung – zu Bruno S. Frey und Margit Osterloh "Sanktionen oder Seelenmassage?", in: DBW 57 (1997) 4, S. 587-590.

Steinmann, H.; Kustermann, B.: Zu grundlegenden Fragen einer Theorie der Unternehmenssteuerung – Eine Replik auf U. Schneider, in: Journal für Betriebswirtschaft, 47 (1997), S. 107-113.

Steinmann, H.; Kustermann, B.: W poszukiwaniu nowego modelu zarządzania, in: Organizacja i Kierowanie, Nr. 2 (88), Warszawa 1997, S. 5-28.

Arbeitspapiere:

Scherer, A. G.; Beyer, R.: Zur Entwicklung des Konfigurationsansatzes in der Managementlehre. Theoretische Kritik und praktische Implikationen. Diskussionsbeitrag Nr. 91 des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 1997.

Steinherr, C.; Steinmann, H.; Olbrich, T.: Die U.S.-Sentencing Commission Guidelines, Diskussionsbeitrag Nr. 90 des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg, 1997.

Steinmann, H.: Unternehmensexistenz: Freiheit und Verantwortung in einer globalisierten Wirtschaft, Diskussionsbeitrag Nr. 92 des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg, 1997

Zerfaß, A.; Fietkau, K.: Interaktive Öffentlichkeitsarbeit. Der Einsatz von Internet und Online-Diensten im PR-Management. Diskussionsbeitrag Nr. 89 des Lehrstuhls für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Unternehmensführung der Universität Erlangen-Nürnberg, Nürnberg 1997.

B. Volkswirtschaftliches Institut

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung

Prof. Dr. G. Buttler

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-268

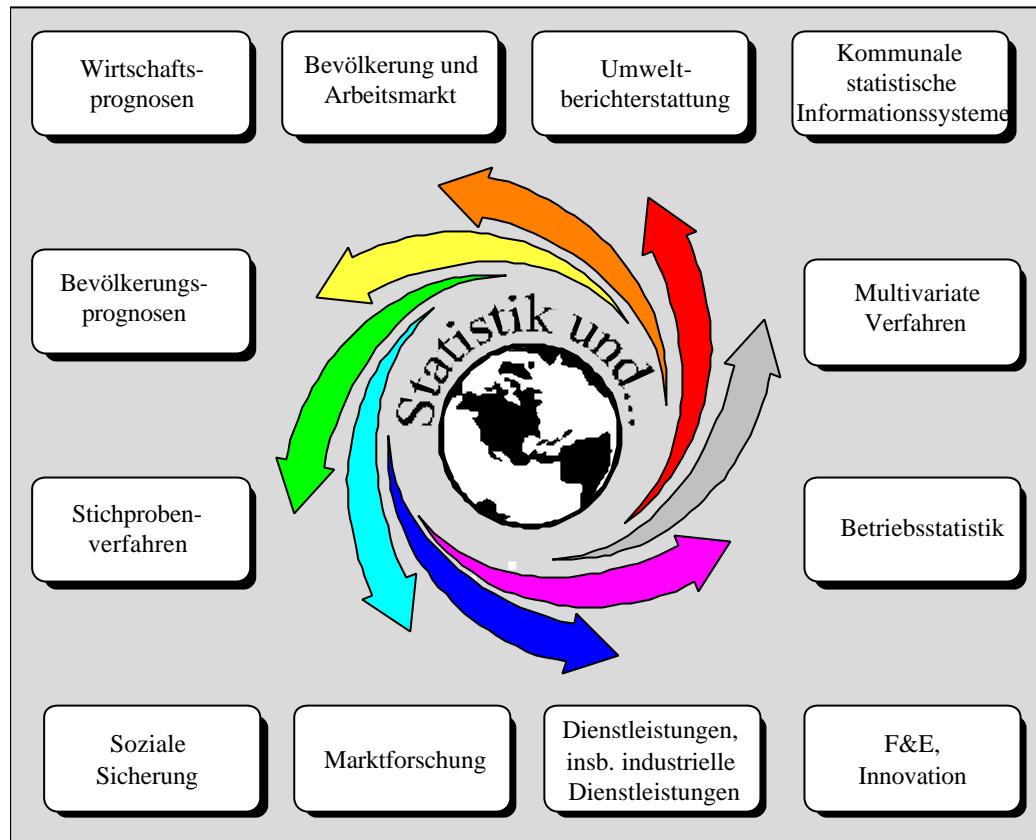
Fax.: 0911 / 5302-178

E-mail: sachse@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/s1/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Statistik ist für viele Bereiche eine wichtige Hilfswissenschaft. Doch auch in sich ist diese Disziplin sehr facettenreich. Wir haben uns für die unten dargestellten Schwerpunkte entschieden. Dabei ist uns vor allem die Herstellung eines Praxisbezuges ein wichtiges Anliegen, so daß viele Diplom- und Doktorarbeiten sowie andere Projekte mit einem Partner aus der Praxis durchgeführt werden (siehe dazu Punkt 3.). Die enge Verbindung zwischen Wissenschaft und Praxis kommt nicht nur uns und unseren Praxispartnern zugute, auch unsere Studierenden profitieren in ihrem Studium und im Hinblick auf ihre spätere Bewerbung davon. Daß bei allem Praxisbezug auch die Methoden fundiert sein müssen, ist klar. Daher beschäftigen wir uns in Forschung und Lehre intensiv beispielsweise mit multivariaten oder Stichprobenverfahren.



3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Konzeption eines Modells zur Prognose von Einnahmen und Ausgaben in der gesetzlichen Rentenversicherung

Kooperationspartner: Institut der deutschen Wirtschaft, Köln
Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft, Berlin

Bearbeiter: Prof. Dr. G. Buttler, Dr. N. Fickel

Projektstart und -ende: 06/96-06/97

Charakterisierung: Um die gesetzliche Rentenversicherung besser auf die zu erwartenden demographischen Belastungen vorzubereiten, wurden in jüngster Zeit mehrere Reformen bereits beschlossen oder werden noch diskutiert, z.B. die Heraufsetzung des Rentenzugangsalters oder die Herabsetzung des Rentenniveaus. Der finanzielle Effekt dieser Maßnahmen ist jedoch umstritten, z.T. sogar völlig unbekannt. Um hier Abhilfe zu schaffen, wurde ein Simulationsmodell konzipiert, mit dessen Hilfe die Auswirkungen von Reformmaßnahmen einzeln oder in Kombination berechnet werden können.

3.2 Risikoanalyse und Tarifierung in der Kraftfahrt-Versicherung mit Hilfe von binären Logit-Analysen - Dissertationsprojekt

Kooperationspartner: Quelle Versicherungen, Nürnberg

Bearbeiterin: Dr. Franziska Bönte

Projektstart und -ende: 07/95-07/97

Charakterisierung: Mit der EU-bedingten Deregulierung der Tarife in der Kfz-Versicherung erhielten die Versicherungsunternehmen die Möglichkeit, statt der bis dahin landesweit einheitlichen Tarifierung individuelle Tarifierungen vorzunehmen. Mithilfe einer Logit-Analyse werden die Versichertenstruktur und die Schadensfälle eines Kfz-Versicherers multivariat analysiert, um das individuelle Risiko eines Kfz-Versicherungsvertrages abschätzen und in den Tarifen berücksichtigen zu können.

3.3 Determinanten der Verkehrsmittelwahl - Dissertationsprojekt

Kooperationspartner: GfK AG, Nürnberg
Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Logistik,
Prof. Dr. P. Klaus
Fraunhofer Anwendungszentrum für Verkehrslogistik und Kommunikationstechnik, Nürnberg

Bearbeiter: Dr. Frank Knapp

Projektstart und -ende: 09/95-05/97

Charakterisierung: Im Rahmen eines gemeinschaftlichen Forschungsprojektes mit dem Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Logistik, sowie dem Fraunhofer Anwendungszentrum für Verkehrslogistik und Kommunikationstechnik wurde die Akzeptanz eines neuartigen Verkehrssystems, des sogenannten BÜRGER-mobils, untersucht. Auf Basis der vielfältigen Theorien und Erklärungsansätze der Verkehrsmittelwahl wurde die dazu notwendige empirische Untersuchung konzipiert und analysiert.

3.4 Möglichkeiten und Grenzen eines indikatorgestützten Planungsinformationssystems für technische Dienstleistungen - Dissertationsprojekt

Kooperationspartner: Siemens AG, Geschäftsbereich Anlagenbau und technische Dienstleistungen (ATD)

Bearbeiter: Dipl.-Kfm. Joachim Link

Projektstart und -ende: 11/94-10/97

Charakterisierung: Diese Dissertation diente als Kern eines größeren Forschungsprojektes mit den technischen Dienstleistern der Siemens AG (siehe die nähere Erläuterung unter 4.) dazu, die Möglichkeiten und Grenzen genauer zu untersuchen, die die Planung und Steuerung des Geschäfts mit technischen Dienstleistungen durch die vorhandene Informationsbasis erhält, die zusätzlich durch eigene Erhebungen und Prognosen erweitert wurde.

3.5 Betriebliche Einflußfaktoren des Krankenstandes. Eine empirische Untersuchung beim nichtwissenschaftlichen Personal der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Kooperationspartner: Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg

Bearbeiterin: Frau Dipl.-Sozialw. Carola Burkert

Projektstart und -ende: 06/96-02/97

Charakterisierung: Die Arbeit beschäftigt sich mit dem Einfluß der Arbeitsbedingungen auf die Gesundheit der Arbeitnehmer. Der Krankenstand hängt grundsätzlich von der tatsächlichen oder subjektiv empfundenen Gesundheit der Arbeitnehmer ab. Zur Ermittlung der wahrgenommenen Arbeitsbedingungen an der Universität Erlangen-Nürnberg und deren mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit wurde das nichtwissenschaftliche Personal mittels eines standardisierten Fragebogens befragt.

3.6 Qualitätsmanagement bei Banken

Kooperationspartner: UmweltBank AG, Nürnberg

Bearbeiter: Herr Torsten Rübensaal

Projektstart und -ende: 05/97-12/97

Charakterisierung: Die Notwendigkeit eines systematischen Qualitätsmanagements für den Erfolg nicht nur eines Dienstleistungsunternehmens ist mittlerweile sowohl in Theorie

als auch in Praxis unbestritten. Die Arbeit behandelt die theoretischen Grundlagen des Total Quality Managements sowie dessen Anwendung auf das Dienstleistungsunternehmen „Bank“ im allgemeinen sowie die UmweltBank AG, Nürnberg, im besonderen.

3.7 Ermittlung und Projektion des Erwerbspersonenpotentials

Kooperationspartner: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg

Bearbeiter: Herr Detlef Schmidt

Projektstart und -ende: 04/97-11/97

Charakterisierung: Dargestellt wird die Methode des IAB zur Ermittlung und Projektion des Erwerbspersonenpotentials und die mögliche Übertragung auf andere Länder. Die potentialerzeugende sogenannte „stille Reserve“ ist ein in anderen Ländern nahezu unbekanntes Konzept. Mögliche Probleme bei der Übertragung ergeben sich aus der Verfügbarkeit entsprechender Daten und der Notwendigkeit zur länderspezifischen Adaption von Schätzansätzen für einzelne Komponenten.

3.8 Einflußfaktoren der Arbeitslosigkeit - Eine Untersuchung anhand der Daten des ALLBUS 1994

Bearbeiterin: Frau Petra Zang

Projektstart und -ende: 12/96-06/97

Charakterisierung: In einer Zeit des Strukturwandels erweist sich Arbeitslosigkeit als besonders gravierendes Problem. Entsprechende strukturelle Maßnahmen wie Qualifizierung oder Erhöhung von Flexibilität und Transparenz des Arbeitsmarktes erfordern ein Wissen um konkrete Ansatzpunkte. Inhalt der Arbeit ist daher die Messung des Einflusses demographischer und sozioökonomischer Merkmale der Arbeitnehmer mit Hilfe multivariater Verfahren.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Marktforschung Technische Dienstleistungen“

Kooperationspartner: Siemens AG, Geschäftsbereich Anlagenbau und technische Dienstleistungen (ATD)

Bearbeiter: Prof. Dr. G. Buttler, Dipl.-Kfm. Joachim Link, Diplomanden

Projektstart und -ende: 11/94-10/97

Zur Relevanz des Themas:

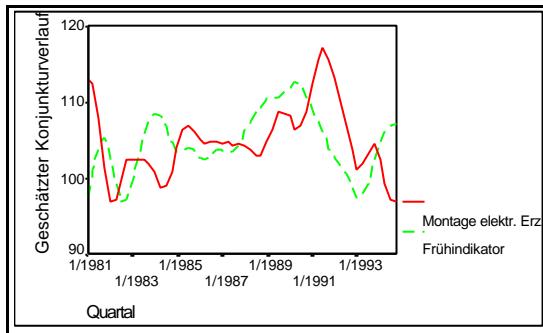
Dienstleistungen gewinnen seit Jahrzehnten gesamtwirtschaftlich kontinuierlich an Bedeutung und sind inzwischen zum Hoffnungsträger für Wachstum und Beschäftigung avanciert. Bereits seit einigen Jahren beschäftigt sich der Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung mit technischen Dienstleistungen, die im Rahmen eines Anlagengeschäftes erbracht werden, wie Engineering, Montage, Inbetriebsetzung oder Anlagenservice. Für einige dieser Dienstleistungen zeichnet sich in letzter Zeit das Entstehen eines eigenständigen Marktes ab, infolge zunehmender Bereitschaft der Anlagenbezieher, Dienstleistungsaufträge auch unabhängig von der Hardware zu vergeben.

Von entscheidender Bedeutung für eine erfolgreiche Bearbeitung dieser Märkte für technische Dienstleistungen ist eine solide Informationsbasis, was sich angesichts der lückenhaften amtlichen und nichtamtlichen Statistik in diesem Bereich als ausgesprochen problematisch erweist. Vor diesem Hintergrund entstand 1994 ein längerfristiges Forschungsprojekt zwischen dem Lehrstuhl für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung und dem Geschäftsbereich Anlagenbau und technische Dienstleistungen (ATD) der Siemens AG. Ziel dieser Kooperation ist es, durch eine enge Verbindung von Wissenschaft und Praxis für eine Verbesserung der Informationsbasis über die Märkte für technische Dienstleistungen zu sorgen. Einige der im Rahmen dieses Projektes in den letzten Jahren in verschiedenen Teilprojekten gewonnenen Erkenntnisse sind im folgenden kurz dargestellt.

- Möglichkeiten und Grenzen eines indikatorgestützten Planungsinformationssystems für technische Dienstleistungen**

Diese Dissertation (siehe Punkt 3.4) dient als Kern der Kooperation dazu, die Möglichkeiten und Grenzen genauer zu untersuchen, die die Planung und Steuerung des Geschäfts mit technischen Dienstleistungen durch die vorhandene Informationsbasis erhält. Dazu wurden zunächst ausgewählte Informationsquellen anhand verschiedener Kriterien auf ihre Eignung überprüft, als Informationslieferant für ein Planungsinformationssystem für technische Dienstleistungen dienen zu können.

Darüber hinaus wurden systematisch **Indikatoren** zusammengetragen und zum Teil selbst entwickelt, die für die **Analyse** und insbesondere die **Prognose** der Entwicklung der Märkte technischer Dienstleistungen herangezogen werden können. Auf Basis der gewonnenen Erkenntnisse werden Empfehlungen für die inhaltliche Ausgestaltung eines betrieblichen Planungsinformationssystems für technische Dienstleistungen gegeben.



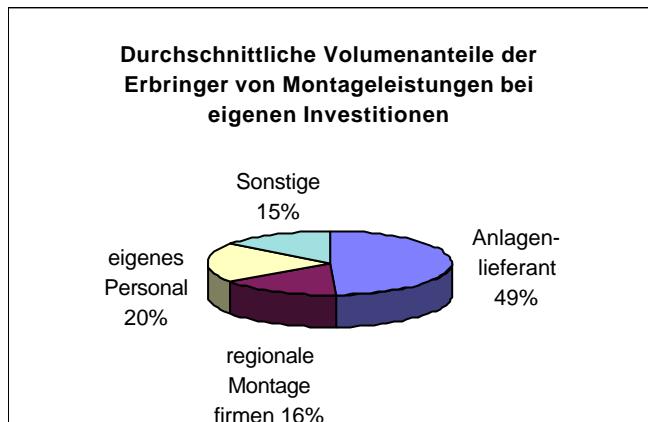
Konjunktureller Verlauf eines selbst entwickelten Frühindikators und der Montage elektrotechnischer Erzeugnisse

- Erfassung technischer Dienstleistungen im Maschinenbau und in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie**

Die Erfassbarkeit technischer Dienstleistungen wurde in zwei Primärerhebungen in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie und im Maschinenbau untersucht, in denen insgesamt knapp 200 Unternehmen schriftlich nach dem Stellenwert technischer Dienstleistungen bei der Beschaffung vor allem elektrotechnischer Anlagen befragt wurden.

Ein wichtiges Ziel der Erhebung bestand insbesondere im Maschinenbau darin, durchschnittliche Wert schöpfungsanteile einzelner technischer Dienstleistungen an einem Anlagengeschäft zu ermitteln. Dabei

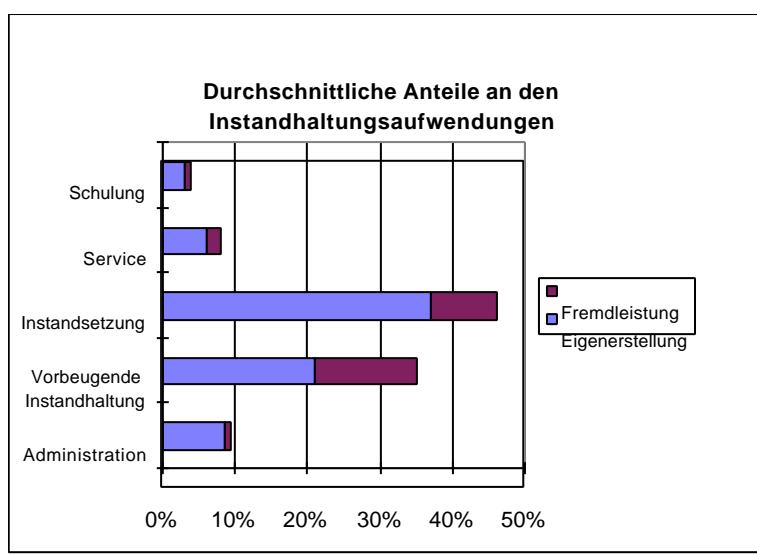
zeigte sich, daß im Rahmen eines Anlagengeschäfts auf diese begleitenden Dienstleistungen ein durchschnittlicher Wertschöpfungsanteil von etwa 50% entfiel mit offensichtlich steigender Tendenz.



Als die bedeutendsten Erbringer dieser Dienstleistungen erwiesen sich der **Anlagenlieferant** sowie das eigene Dienstleistungspersonal der befragten Unternehmen. Zunehmend scheinen aber auch externe Anbieter wie Ingenieurbüros mit Engineeringleistungen sowie kleine regionale Montagefirmen mit Montage- und Serviceleistungen betraut zu werden. Im Hinblick auf das **Outsourcing**, d.h. die verstärkte externe Vergabe bisher selbst erstellter technischer Dienstleistungen, äußerten die Unternehmen insgesamt eine mit der Unternehmensgröße zunehmende vorsichtige Bereitschaft.

- **Outsourcing von Instandhaltungsleistungen - untersucht am Beispiel der Automobilindustrie**

Möglichkeiten und Grenzen des Outsourcing von Instandhaltungsleistungen wurden in der Automobilbranche auf Basis des bisherigen theoretischen Erkenntnisstandes anhand von Expertengesprächen näher untersucht. Grundsätzlich war die Tendenz zu erkennen, daß die befragten Unternehmen in Zukunft mehr Gewicht auf die **vorbeugende Instandhaltung** zu Lasten der eigentlichen Instandsetzungstätigkeiten legen wollen. Aufgrund der guten Planbarkeit wurden für die vorbeugende Instandhaltung verstärkt externe Unternehmen in die Überlegungen miteinbezogen.



Hemmisse für das Outsourcing von Instandhaltungsleistungen wurden vor allem in der **Notwendigkeit ständiger Anlagenverfügbarkeit** und den besonderen Qualitätserfordernissen im Instandhaltungsbereich gesehen. Darüber hinaus scheint ein Trend zu bestehen, Leistungen der vorbeugenden Instandhaltung und einfache Instandsetzungstätigkeiten **verstärkt in den Produktionsbereich zu integrieren**, was ein Outsourcing ebenfalls erschwert.

- **Benchmarking als Instrument der Unternehmenssteuerung - untersucht am Beispiel der Montage von Industrieanlagen**

Mit dem Benchmarking wurde am Beispiel der Montagebranche ein Konzept aufgegriffen, das seit einigen Jahren in Theorie und Praxis auf große Resonanz stößt. Dabei soll durch die Orientierung an den besten Unternehmen innerhalb der eigenen oder auch fremder Branchen die Leistungsfähigkeit des eigenen Unternehmens gesteigert werden. Ziel dieser Untersuchung war es, durch die Ermittlung aussagekräftiger Kennzahlen die Verbreitung des Benchmarking-Konzeptes in der Montagebranche zu unterstützen.

Dazu wurden insgesamt 27 Unternehmen der Montagebranche mit Hilfe eines standardisierten Fragebogens in persönlichen Interviews zu ihrer strategischen Ausrichtung sowie zur Personal- und Kostenstruktur befragt. In Verbindung mit Strukturmerkmalen wie Umsatz und Beschäftigtenzahl konnte eine Vielzahl von Kennzahlen gebildet werden, die einen **Vergleich des einzelnen Unternehmens mit anderen Unternehmen der Branche** ermöglichen. Besonders aufschlußreich für die beteiligten Unternehmen war dabei der Umstand, daß für die einzelnen Kennzahlen nicht nur Durchschnittswerte, sondern auch **Bestwerte** ausgewiesen werden konnten, die zudem nach verschiedenen Kriterien wie Unternehmensgröße, regionalem Standort sowie strategischer Ausrichtung differenziert wurden.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

- Buttler, G.:** Alterssicherung im Umlageverfahren und im Kapitaldeckungsverfahren, in: Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.), Reform des Sozialstaats. Vorschläge, Argumente, Modellrechnungen zur Alterssicherung, Köln 1997, S. 84-108.
- Buttler, G.:** Der Generationenvertrag im demographischen Wandel, in: Liebau, E. (Hrsg.), Das Generationenverhältnis. Über das Zusammenleben in Familie und Gesellschaft. Weinheim und München 1997, S. 89-105.
- Fickel, N.:** Visualization of volatility in interpolating time series, in: Advances in Statistical Software 6 (1997), S. 21-29.
- Fickel, N.:** Clusteranalyse mit gemischt-skalierten Merkmalen, Abstrahierung vom Skalenniveau, in: Allgemeines Statistisches Archiv, 81. Band, 1997, S. 249-265.
- Fickel, N.; Reichel, R.:** Die private Krankenversicherung - Probleme und Perspektiven, List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik 23 (1997), S. 168-191.
- Knapp, F.:** Kosten und Nutzen der Mobilität - Probleme bei der Messung der Wirkungen von Errichtung und Nutzung der Verkehrsinfrastruktur, Diskussionspapier Nr. 17/1997 des Lehrstuhls für Statistik und empirische Wirtschaftsforschung.
- Maaß, S.:** Konzeption eines VGR-Satellitensystems für Forschung, Entwicklung und Innovation, in: Hermann Schnabel (Hrsg.), Innovation und Arbeit, Tübingen 1997, S. 25-48.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers**Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft****Prof. Dr. Karl-Dieter Grüske**

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-200

Fax.: 0911 / 5302-396

E-mail: wsv201@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/v2/>**2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls**

- Verteilungstheorie und Umverteilung durch öffentliche Einnahmen und Ausgaben
- Effektivität und Effizienz im öffentlichen Sektor
- Wirtschaftlichkeitsanalysen
- Reform der öffentlichen Verwaltung
- Theorie und Politik der öffentlichen Einnahmen
- Geschichte der ökonomischen Analyse
- Familienleistungs- und -lastenausgleich
- Bildungsökonomik
- Gesundheitsökonomik
- Public Choice-Theorie
- Theorie und Politik der Regulierung und der öffentlichen Unternehmen

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997**3.1 Evaluierung eines Langzeitfortbildungsprogramms für Volkswirte und Finanzwissenschaftler aus asiatischen Transformationsländern**

Kooperationspartner: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung DSE/ZWS, Berlin,
Professor Chu Xiangyin, University of International Business and Economics,
Beijing

Bearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske, Mitwirkung von Dipl.-Volksw. Alexander Ring

Projektstart und -ende: 04/1996 - 03/1997

Charakterisierung: Mit Hilfe des nutzen-kosten-analytischen Instrumentariums wurden die direkten und indirekten Wirkungen eines Fortbildungsprogrammes für asiatische Führungskräfte beurteilt. Dieses kostspielige Programm wird für jeweils 15 Teilnehmer seit 1988 durchgeführt und umfaßt neben einer deutschen Sprachausbildung ein zweisemestriges Studium (derzeit an der Universität Gießen), ein zwei-monatiges Praktikum sowie Fächerkursionen und Seminare. Die umfangreiche Untersuchung ermittelte anhand theoriegeleiteter Interviews mit Teilnehmern und Institutionen in Deutschland und in China/Kambodscha die kurzfristigen Effekte des Prozesses und die langfristigen Auswirkungen im Heimatland. Die Studie kam zu zahlreichen differenzierten Empfehlungen zu Fortsetzung des insgesamt positiv beurteilten Programms. Sie bezogen sich vor allem auf den Auswahlprozeß für die Teilnehmer, den Ablauf und Inhalt des Programms, die Aktivitäten nach Beendigung der Programmdurchläufe sowie die Koordination der beteiligten Institutionen und Partnerländer. Es bestehen gute Chancen, daß dieses Programm in abgewandelter Form demnächst im Rahmen des Aufbaustudiums zur Entwicklungspolitik in Nürnberg durchgeführt wird.

3.2 Staatsverschuldung in der Demokratie

Bearbeiterin: Dr. Inge Stalder
Projektaufzeit: 11/1993 - 02/1997
Charakterisierung: Anhand von ökonometrischen Untersuchungen konnten fünf Faktoren für die Tendenz indirekter Demokratien zur ständigen Neuverschuldung nachgewiesen werden: der finanzpolitische Richtungswechsel in den 60er Jahren, die Kurzsichtigkeit der politischen Akteure, die Anreize regelmäßiger Wahlen für Politiker zu finanzpolitischen Interventionen, die Schuldenillusion der Wähler sowie das Anspruchsdenken im Leistungsstaat. Dabei konnten zudem erstmals wissenschaftlich fundierte Anzeichen für die Existenz eines Schuldenzyklus parallel zu den Wahlterminen ökonometrisch abgeleitet werden. Aus den empirischen Einsichten konnten institutionelle und verfassungsrechtliche Regeln zur Begrenzung der Staatsverschuldung abgeleitet werden. Die Arbeit wurde mit dem hochdotierten Wolfgang Ritter-Preis (Bremen) ausgezeichnet.

3.3 Die Postdienste aus Sicht der Institutionenökonomik

Kooperationspartner Deutsche Post AG
Bearbeiter: Dr. Klaus Müller
Projektaufzeit: 12/1993 - 03/1997
Charakterisierung: Ziel des Projekts war es, mit Hilfe der Institutionenökonomik effizienzorientierte Vorschläge für eine neue Koordination im Postwesen zu erarbeiten. Im Ergebnis konnten zahlreiche Empfehlungen abgegeben werden, darunter u.a. (in Stichworten): Fondsmodell mit Besteuerung bzw. Subventionierung unter-

schiedlich rentabler Sendungsströme, einheitliche Gewichtsgrenze für Briefe und Infopost, Deregulierung auf der Basis von Anreizmechanismen statt Regulierung durch Anordnungen, Price Cap-Verfahren bei der Preisregulierung, Privatisierungserlöse zur Altlastentilgung, Anpassung der Organisationsstruktur an Lean Management-Erfordernisse mit Niederlassungen als Profit-Center.

3.4 Evaluation technischer Dienstleistungen eines Versicherungsunternehmens

Kooperationspartner: Ein Anbieter technischer Versicherungen N.N.

Projektbearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske, Dr. Udo H. Raab, Jobst Leikeb, M.A.

Projektaufzeit: 04/1997 - 11/1997

Charakterisierung: Ziel des Projektes war es, das für öffentliche Projekte entwickelte nutzenkosten-analytische Instrumentarium für die Evaluation der technisch ausgerichteten Unternehmenseinheit eines privatwirtschaftlichen Anbieters technischer Versicherungen einzusetzen. Diese Unternehmenseinheit ist auf die Erstellung von Gutachter- und Beraterleistungen spezialisiert. Sie verursacht einerseits Kosten, bringt aber andererseits dem Versicherer selbst Nutzen vornehmlich im Sinne von eingesparten Versicherungsleistungen durch Prävention und die Abwehr unberechtigter Ansprüche. Für die Volkswirtschaft entstehen Nutzen in Form vermiedener Schäden. Die Nutzen wurden ihrer Art nach spezifiziert und - soweit möglich - auf Basis einer Stichprobe von Aufträgen quantifiziert. Aus den Ergebnissen konnten strategische Empfehlungen für den Versicherer hinsichtlich des zukünftigen Einsatzes der Unternehmenseinheit entwickelt werden.

3.5 Neuordnung des Familienleistungs- und -lastenausgleichs in Deutschland

Kooperationspartner: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Bearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske

Projektzeitraum: 01/1997 - 12/1997

Charakterisierung: Ziel des Projektes war es, die theoretischen Grundlagen eines Familienleistungsausgleichs im Sinne eines Entgelts für Leistungen von Familien für die Gesellschaft (positive externe Effekte) zu entwickeln sowie den Bedarf für einen darüber hinausgehenden redistributiv motivierten Familienlastenausgleich - auch auf Basis der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum von Familien - zu ermitteln. Das Projekt dient als Vorarbeit für ein Gutachten, das im Jahr 1998 vom Wissenschaftlichen Beirat für Familienfragen vorgelegt werden soll.

3.6 Demographische Entwicklung und Ausgaben für Gesundheit

Bearbeiter: Michael Maier, Dr. Udo H. Raab

Projektaufzeit: 08/1996 - 12/1997

Charakterisierung: Datengrundlage des Projekts bildet einerseits die „Achte Koordinierte Bevölkerungsvorausschätzung“ des Statistischen Bundesamtes, andererseits die bestehenden Prognosen der Gesundheitsausgaben in Deutschland. Auf diesen beiden Grundlagen wurden neue Projektionen für die Entwicklung der Ausgaben für Gesundheit errechnet. Dabei gelang es zudem, die auftretenden Effek-

te in einen Bevölkerungsstruktur- und einen Bevölkerungsmengeneffekt zu trennen.

3.7 Klassiker der Nationalökonomie

Kooperationspartner: Verlag Wirtschaft und Finanzen (Verlagsgruppe Handelsblatt), Professor Dr. Bertram Schefold, JWG-Universität Frankfurt a.M.

Bearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske, Dr. Udo H. Raab, Dipl.-Volksw. Thomas Hart, Dipl.-Volksw. Alexander Ring

Projektlaufzeit: laufend seit 1986 im zweimonatigen Turnus

Charakterisierung: Zu den Faksimile-Ausgaben klassischer Werke der Nationalökonomie werden Begleitbände erstellt, in denen neben Kommentaren international renommierter Wissenschaftler (darunter acht Nobelpreisträger) zu dem faksimilierten Werk und seinem Autor ein wissenschaftlicher Apparat beigelegt wird. Dieser wissenschaftliche Apparat, bestehend aus Epigrammatischem, Lebenslauf, Werkverzeichnis, Bibliographie und einer Zeittafel, wird am Lehrstuhl erstellt. Im Jahr 1997 erschienen Kommentarbände zu Knut Wicksell, Philipp Wilhelm von Hörmigk, Johan Henrik Åkerman, Thomas Tooke, Paul A. Samuelson und John R. Hicks.

3.8 Reform der öffentlichen Verwaltung

Teilprojekt I: Umsetzung von Reformen für den öffentlichen Sektor in einer Landesverwaltung

Kooperationspartner: Finanzministerium des Landes Hessen, ARF GmbH, Nürnberg

Bearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske

Projektlaufzeit: 07/1996 - 12/1997

Charakterisierung: Ziel dieses Teilprojektes war die Implementierung von Elementen des Neuen Steuerungsmodells (NSM) in einer Landesverwaltung, das zunächst für die kommunale Ebene entwickelt wurde. Dabei zeichnete sich schon frühzeitig die zunehmende Relevanz verwandter Fragestellungen für Länderverwaltungen ab. So wurden etwa im Stadtstaat Berlin Verwaltungsreformen im Sinne des NSM wesentlich vorangetrieben. Zugleich arbeitete das Bundesinnenministerium an Empfehlungen zur Reform der Bundesverwaltung, die indes stärker auf dem herkömmlichen Rechnungslegungssystem der Kameralistik beruhen, das in seiner Eignung als Steuerungsgrundlage sehr begrenzt erscheint. Gerade deshalb sehen viele kommunale Reformmodelle einen Übergang zur doppelten Buchführung als Grundlage von Kostenrechnung und Controlling für eine wirksame Steuerung der Verwaltung an. In dieser Situation stellt sich für Flächenstaaten nun die Frage, auf welchem Weg sie die auch bei ihnen erforderlichen Reformen am sinnvollsten einführen können. Hieraus entstand das Teilprojekt, in dessen Zuge der Lehrstuhlinhaber 1996 in einen neu gebildeten Wissenschaftlichen Beirat (zusammen mit den Kollegen Lüder/Speyer und Rürup/Darmstadt) berufen wurde und in dieser Funktion mit der ARF GmbH und dem Hessischen Finanzministerium eng zu-

sammenarbeitete, um Steuerungselemente in die hessische Landesverwaltung einführen zu können.

In intensiven Gesprächen und in insgesamt drei Workshops unter Beteiligung des Finanzministers, seines Staatssekretärs, der Abteilungsleiter und Koordinierungsgruppen der Länderministerien und des Rechnungshofes wurden die Voraussetzungen hinsichtlich der erforderlichen Rechnungslegung geprüft und dem Land Hessen eine Einführung der doppelten Buchführung sowie Ansatzpunkte für ein Verwaltungscontrolling empfohlen. Derzeit laufen in zahlreichen Ministerien und einzelnen Abteilungen Pilotprojekte, um die Empfehlungen direkt in die Praxis umzusetzen.

Der (vorläufige) Abschluß dieses Teilprojektes gegen Jahresende 1997 bedeutet indes nur einen Zwischenschritt für das Gesamtprojekt zur Reform der öffentlichen Verwaltung: ein weiteres Teilprojekt, das auf Basis des Software-Moduls „Öffentliche Verwaltung“ der Firma SAP AG auf die geeignete informationstechnische Umsetzung der Reformvorschläge zielt, wird zur Zeit auf seine Durchführbarkeit geprüft.

Teilprojekt II: Effektivität und Effizienz der örtlichen Rechnungsprüfung

Kooperationspartner: Rechnungsprüfungsamt der Stadt Nürnberg

Bearbeiter: Professor Dr. Karl-Dieter Grüske, Dr. Klaus Gohlke

Projektlaufzeit: 01/1993 - 07/1997

Vgl. dazu die ausführliche Darstellung im folgenden Punkt 4.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Reform der öffentlichen Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung sieht sich in den neunziger Jahren angesichts knapper werdender Haushaltssittel einem wachsenden Reformdruck ausgesetzt. Vorreiter einer Reformbewegung waren die Städte und Gemeinden, bei denen das Thema „Haushaltskonsolidierung und Verwaltungsmodernisierung“ die Rangliste der aktuellen Probleme anführt. Von der Kommunalen Gemeinschaftsstelle (KGSt) wurde aus den dezentralen Reformansätzen ein „Neues Steuerungsmodell“ (NSM) entwickelt, das sich diesen Problemen durch aufeinander abgestimmte Maßnahmen zur effizienzorientierten Führung von kommunalen Verwaltungen widmet. Ausgangspunkt des Lehrstuhl-Forschungsprojektes zur „Reform der öffentlichen Verwaltung“ waren Diskussionen mit führenden Mitarbeitern der Stadt Nürnberg und anderer Kommunen über die Reformen des NSM, aus denen die Frage nach dem Beitrag der örtlichen Rechnungsprüfung zum Reformprozeß hervorging. Hieraus entwickelte sich auch dieses Teilprojekt, das zentral von Herrn Dr. Gohlke in seiner Dissertation bearbeitet und schließlich in der ersten Jahreshälfte 1997 mit Überlegungen zum Strategischen Controlling als Instrument zur Führungsunterstützung des Rates abgeschlossen wurde.

Ausgehend von der Frage nach der Funktion der örtlichen Rechnungsprüfung konnten Gemeinsamkeiten und Unterschiede zur Internen Revision in privatwirtschaftlichen Unternehmen und zum Controlling erarbeitet werden. Darauf aufbauend wurden die Probleme einer Messung des Revisionserfolgs untersucht und die Bestimmungsgrößen einer effektiven und effizienten örtlichen Rechnungsprüfung abgeleitet. Mit Hilfe einer Umfrage unter den Rechnungsprüfungsämtern von Gemeinden in den westdeutschen Flächenstaaten konnte ein sehr differenziertes Bild von der Interessenlage der Prüfer, der Geprüften und der Adressaten der Prüfung gewonnen werden. Weitergehende Fragen zur Urteilsfähigkeit, zur Urteilsfreiheit und zur sachgerechten Urteilsbildung erbrachten empirische Befunde, die es ermöglichen, die Effizienz und Effektivität der Rechnungsprüfung in der Praxis zu beurteilen.

So wirkt gerade die angespannte Haushaltslage anregend auf das Überwachungsinteresse der Gemeindevertreter, jedoch stimmen geringe Intensität, fehlende Zeitnähe und Öffentlichkeit ähnlich skeptisch hinsichtlich der Wirksamkeit der Prüfung wie die vornehmlich auf Ordnungsmäßigkeit ausgerichtete Überwachung und die schwach ausgeprägten Sanktionsmöglichkeiten. Auch das noch immer dominierende bürokratische Organisationsprinzip verhindert in Verbindung mit fehlender Zielbestimmung und Leistungsmessung eine wirtschaftliche Verwaltungsführung. Erschwerend kommt hinzu, daß die überwiegend verwaltungswissenschaftlich ausgebildeten Mitarbeiter in den Prüfungsämtern aufgrund geringer ökonomischer und informationstechnischer Kenntnisse nur eingeschränkt urteilsfähig sind und in Motivation und Qualifikation durch unterentwickelte Karriereperspektiven und fehlende Anreizsysteme nicht gefördert werden. Auch die Urteilsfreiheit der Prüfungsämter ist trotz der funktionalen Unabhängigkeit eingeschränkt, wenn Gemeindevorstände die Aktivitäten direkt oder indirekt beeinflussen oder eine Einbindung in Verwaltungsabläufe zu Interessenkonflikten führt, die die Objektivität des Urteils gefährden können. Unter dem Aspekt einer sachgerechten Urteilsbildung wies die Studie auf deutliche qualitative Unterschiede zwischen großen und kleineren Kommunen hin, was Prüfungsplanung, -durchführung und Berichterstattung angeht. Neben einer höheren Zeitnähe und Intensität bilden Forderungen des NSM, etwa nach abgegrenzten Verantwortlichkeiten zwischen Rat und Verwaltung sowie innerhalb der Verwaltung via Kontraktmanagement, die Produktorientierung und die Neugestaltung des Rechnungswesens mit Einrichtung von Controlling-Systemen sinnvolle Ansatzpunkte zu einer erfolgreicherem Rechnungsprüfung und damit auch zu Effizienzverbesserungen in den Kommunen. Im Zuge der Verwaltungsreformen müssen sich aber auch Rechnungsprüfungsämter etwa durch die Erstellung von Revisionsstandards, durch eine flexiblere Organisationsstruktur und eine grundlegende Kritik ihrer Aufgabenschwerpunkte weiterentwickeln. Die örtliche Prüfung kann einen wesentlichen Beitrag zu kommunalen Reformen leisten, wenn sie durch ihren Sachverstand von der Vorteilhaftigkeit einer Umsetzung ihrer Prüfungsergebnisse überzeugt und den Reformprozeß hinsichtlich der Überwachungsziele beratend begleitet.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Gohlke, K.: Die örtliche Rechnungsprüfung. Funktion, Effektivität und Effizienz in kritischer Analyse, Erlangen, Berlin: Loewen-Verlag, 1997.

Gohlke, K.; Meyer, H.: „Strategisches Controlling als Instrument zur Führungsunterstützung des Rates“, in: Verwaltungsrundschau 6/97, S. 189-193.

Grüske, K.-D.: „Tragen Akademiker die Kosten ihrer Ausbildung? Sind Studiengebühren unsozial?“, in: Böttcher, Wolfgang; Weishaupt, Horst; Weiß, Manfred (Hrsg.), *Wege zu einer neuen Bildungsökonomie - Pädagogik und Ökonomie auf der Suche nach Ressourcen und Finanzierungskonzepten*, Weinheim; München: Juventa-Verlag, 1997.

Grüske, K.-D.: „Gerechtere Verteilung der Entwicklungschancen unter Einsatz struktur- und finanzpolitischer Instrumente“, in: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung - DSE (Hrsg.), *Abfederung sozial unerwünschter Konsequenzen des wirtschaftlichen Umbruchs*, Dokumentation eines Seminars mit Teilnehmern aus Kasachstan, Berlin: DSE, 1997, S. 111-131, ins Russische übersetzt auf S.260 ff.

Grüske, K.-D.; Raab, U. H.; Leikeb J.: Kosten- und Leistungsbewertung ..., Endbericht, Nürnberg: GFF - Gesellschaft für finanzwissenschaftliche Forschung e.V., 1997.

Grüske, K.-D.: unter Mitwirkung von Ring, Alexander, Evaluierung des Langzeitfortbildungsprogramms für Volkswirte und Finanzwissenschaftler aus asiatischen Transformationsländern, Nürnberg, Berlin 1997, 140 Seiten plus Anhang.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Knut Wicksell, „Geldzins und Güterpreise“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Philipp Wilhelm von Hörnigk, „Oesterreich über alles“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Johan Åkerman, „Das Problem der sozial-ökonomischen Synthese“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Thomas Tooke, „An Inquiry into the Currency Principle“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von Paul A. Samuelson, „Foundations of Economic Analysis“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Grüske, K.-D.; Hax, H.; Heertje, A.; Schefold, B. (Hrsg.): Edition „Klassiker der Nationalökonomie“, Kommentarband zum Faksimile-Nachdruck von John R. Hicks, „Value and Capital“, Düsseldorf: Verlag Wirtschaft und Finanzen, 1997.

Holtzmann, H.-D.: Regionalpolitik der Europäischen Union. Eine Erfolgskontrolle in theoretischer und empirischer Sicht, Berlin: Duncker&Humblot, 1997.

Lutz, H.: Harmonisierung der Umsatzsteuer in Europa. Analyse wohlfahrtsökonomischer Implikationen, Forum Finanzwissenschaft, Band 13, Nürnberg: GFF - Gesellschaft für finanzwissenschaftliche Forschung e.V., 1997.

- Maier, M.:** Demographische Effekte auf die Ausgaben für Gesundheit. Bestandsaufnahme, Prognose, Kritik, Forum Finanzwissenschaft, Band 14, Nürnberg: GFF - Gesellschaft für finanzwissenschaftliche Forschung e.V., 1997.
- Müller, K.:** Die Postdienste aus der Sicht der Institutionenökonomik, Frankfurt a.M. u.a.: Lang, 1997.
- Raab, U.H.; Maier, M.:** Demographische Effekte auf die Behandlungsausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung, Diskussionsbeitrag Nr. 01-97 des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft, Nürnberg 1997.
- Stalder, I.:** Staatsverschuldung in der Demokratie. Eine polit-ökonomische Analyse, Frankfurt a.M. u.a.: Lang, 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere internationale Wirtschaftsbeziehungen

Prof. Dr. Wolfgang Harbrecht

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-337

Fax.: 0911 / 5302-323

E-mail: WSIW20@WSRZ2.WISO.UNI-ERLANGEN.DE

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/iw/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Auswirkungen der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion auf Geldwertstabilität, Beschäftigung und Finanztransfers sowie auf den europäischen Integrationsprozeß
- Auswirkungen der Osterweiterung der Europäischen Union auf Deutschland und die europäische Integration
- Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung
- Preisanpassungsverhalten von Unternehmen auf Auslandsmärkten bei flexiblen Wechselkursen
- Entwicklungspotentiale vietnamesischer Dörfer - ein interdisziplinäres FORAREA-Gemeinschaftsprojekt mit Vertretern der Universitäten Passau, München und Würzburg
- Die Wirkung von Direktinvestitionen im Ausland auf den Güterexport
- Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
- Informationseffizienz und -bewertung auf Terminmärkten

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

Bearbeiter: Persönliches Forschungsprojekt unter Mitarbeit von Herrn Dr. Richard Reichel

Projektstart und -ende: Sommer 1996 bis Sommer 1997

Charakterisierung: Das Projekt wird unter Punkt 4 ausführlich erläutert

3.2 Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Angleichung der Lebensverhältnisse in der Europäischen Union

Bearbeiter: Thomas Wellenhofer, wiss. Assistent

Projektstart und -ende: 1993 - 1997

Charakterisierung: Untersucht wurde, welchen Beitrag die EG-Regionalpolitik zur regionalen Einkommensangleichung in der EU in der Vergangenheit geleistet hat. Gefunden wurde, daß zwar eine schwache Angleichung der Nominaleinkommen zu verzeichnen ist, daß aber eine (in Kaufkrafteinheiten gemessene) reale Einkommensabgleichung nicht erzielt werden konnte.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung

Gegenstand des Forschungsprojektes ist die Fragestellung, ob durch die zunehmende Globalisierung der Weltwirtschaft die Wirtschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft in-folge der zunehmenden Arbeitslosigkeit durch den sich ständig verschärfenden weltweiten Wettbewerb und von Sozialdumping durch das Ausland sowie der zunehmenden Finanzierungsgrenzen unseres Systems der sozialen Sicherung langfristig aufrecht erhalten werden kann und damit noch eine Zukunft hat. Herausgearbeitet wurden in dem Forschungsprojekt sowohl aufgrund volkswirtschaftstheoretischer Überlegungen als auch durch empirische Untersuchungen mit Hilfe ökonometrischer Methoden

1. daß das Bedürfnis nach sozialer Sicherung sowohl in Deutschland als auch in anderen Ländern mit steigendem Einkommen überproportional zunimmt und dadurch an Finanzierungsgrenzen stößt sowie
2. daß die Bereitstellung der Güter "soziale Sicherheit" und "soziale Gerechtigkeit" in einer Sozialen Marktwirtschaft ab einer bestimmten Grenze das Wirtschaftswachstum einer Volkswirtschaft nicht mehr fördert, sondern sogar dämpft. Nachgewiesen wurde dieses Ergebnis durch die Entwicklung eines "Social-Market-Economy-Index" zur Messung des Grades der Verwirklichung des Konzepts der Sozialen Marktwirtschaft in einem Land und durch Ermittlung des Zusammenhangs zwischen diesem Index und dem Wirtschaftswachstum in einer internationalen Querschnittsanalyse mit 42 ausgewählten Industrie- und Entwicklungsländern.

Als Ergebnis folgt daraus, daß die Soziale Marktwirtschaft in hochentwickelten Industrieländern im internationalen Wettbewerb der Wirtschaftsordnungen zu einer schlechteren "Wachstumsperformance" führt als in Ländern mit geringerem Pro-Kopf-Einkommen und in Ländern, die weniger sozial eingestellt sind als die europäischen Länder einschließlich Deutschlands. Zusammen mit den systemimmanenten Finanzierungsgrenzen kann dadurch das System der Sozialen Marktwirtschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft durchaus gefährdet sein.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Wellenhofer, T.: Der Beitrag der EG-Regionalpolitik zur Verringerung der Einkommensdisparitäten in der Europäischen Union - eine empirische Analyse -, Berlin 1997.

Beiträge in Sammelwerken:

Harbrecht, W.: Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft im Zeitalter der Globalisierung, in: Berthold N./Speyer, B. (Hrsg.), *Vergessene Dimensionen der Außenwirtschaft: Raum, Technischer Fortschritt und Entwicklung*, Berlin 1997, S. 190-208.

Reichel, R.: Zurück zum Wohlstand? Entwicklungsperspektiven Argentiniens im 21. Jahrhundert, in: Pries, R./Reichel, R./Zoller, R., *Lateinamerikas Wirtschaftliche Öffnung - Versuche einer Zwischenbilanz*, Erlangen, 1997, S. 27-45.

Beiträge in Zeitschriften:

Harbrecht, W.: Regierungskonferenz '96 und Europäische Währungsunion, in: DSWR, Datenverarbeitung - Steuer - Wirtschaft - Recht, 7/1997, S. 170-171.

Reichel, R.: Internationaler Handel, Tauschgerechtigkeit und die globale Rohstoffdividende, in: Analyse & Kritik - Zeitschrift für Sozialwissenschaften, Heft 2, 1997, S. 229-241.

Reichel, R. (zusammen mit Norman Fickel): Die private Krankenversicherung - Probleme und Perspektiven, in: List-Forum für Wirtschafts- und Finanzpolitik, Band 23, Heft 2, 1997, S. 168-191.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Sozialpolitik

Prof. Dr. Joachim Klaus

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-330

Fax.: 0911 / 5302-721

E-mail: wsvs10@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/vs/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Umweltökonomische Gesamtrechnung;
- Ökonomie des Naturschutzes;
- Umwelt und Entwicklung;
- Entscheidungshilfen für Infrastrukturprojekte;
- Bewertungsmethodik für wasserwirtschaftliche Planungen, z. B. Wasserversorgung, Gewässergüte, Hochwasserschutz und raumbezogene Entwicklungsvorhaben.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

Grundwasserbewirtschaftungsplan Hessisches Ried

Bearbeiter: Prof. Dr. Joachim Klaus, PD Dr. Klaus Georg Binder

Abschluß: 1997

Literatur: Die Forschungsergebnisse werden im Laufe des Jahres 1998 in verschiedenen Fachzeitschriften publiziert.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Ökonomische Perspektiven des Naturschutzes - Analyse naturschutzpolitischer Ansätze im Hinblick auf das Zusammenwirken von ökologischen Begrenzungen, institutionellen Strukturen und ökonomischen Erfordernissen

Bearbeiter: Dr. Michael Rothgang

Beschreibung des Forschungsprojektes: Im Bereich der Umweltökonomik bildete sich in den letzten Jahren das Forschungsfeld der Ökologischen Ökonomie heraus, welches sich in einem zentralen Themenbereich mit dem ökonomischen Nutzen der Biodiversität bzw. mit Maßnahmen zu deren Schutz auseinandersetzt. Diese Entwicklung befruchtete die Auseinandersetzung mit Fragen des Naturschutzes innerhalb der ökonomischen Gesamtdisziplin, wodurch die Verknüpfungen zwischen wirtschaftlichen Aktivitäten und Natur zuletzt eine gesteigerte Aufmerksamkeit fanden.

Die beschriebenen Entwicklungslinien bilden den Ausgangspunkt für die vorliegende Arbeit, in der auf der Grundlage einer Skizzierung verschiedener theoretischer Ansatzpunkte einer ökonomischen Analyse des Naturschutzes alternative institutionelle Ausgestaltungsformen der Naturschutzpolitik einander gegenübergestellt und bewertet werden. Zunächst wird ein theoretischer Rahmen entworfen, der neben Elementen der traditionellen ökonomischen Sichtweise, die die Naturzerstörung unter die Rubrik des Marktversagens einordnet, ökologische Konzepte aus dem Bereich der Ökologischen Ökonomie und Analyseansätze aus der Institutionenökonomie umfaßt. Darauf aufbauend werden dann Einflußfaktoren von Entscheidungsprozessen des Naturschutzes, Informationserfordernisse, sowie alternative instrumentelle Ausgestaltungsmöglichkeiten einer Naturschutzpolitik diskutiert. Als Resultat ergibt sich ein vielgestaltiges Bild unterschiedlicher möglicher konzeptioneller Herangehensweisen an die Naturschutzproblematik, welche auf verschiedene zugrunde liegende weltanschauliche Ausrichtungen zurückzuführen sind.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Rothgang, M.: Ökonomische Perspektiven des Naturschutzes, Duncker & Humblot, Berlin 1997

Beiträge in Sammelwerken:

Binder, K. G.: Política del medio ambiente, in: Ernst Dürr / Monica Escher (Hrsg.), Política Económica, Madrid 1997, S. 293 ff.

Klaus, J.: Ökonomische Bewertung von Projektalternativen für eine umweltgerechte Grundwasserbe- wirtschaftung, in: Hessische Landesanstalt für Umwelt (Hrsg.), Umweltgerechte Wasser- wirtschaft. Qualitativer und quantitativer Grundwasserschutz, Wiesbaden 1997, S. 147 ff.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Binder, K. G.: Minimalkostenplanung in der Wasserversorgung, in: WasserAbwasserPraxis 6 1997, S. 47 ff.

Arbeitspapiere:

Binder, K. G.; Walthes, F.: Umweltföderalismus in der Europäischen Union, Nürnberg 1997.

Klaus, J.; Rothgang, M.: Umweltindikatorensysteme - Charakteristik, Darstellungsbereiche und Beur- teilungskriterien, Nürnberg 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Statistik und Ökonometrie

Prof. Dr. Ingo Klein

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-290

Fax: 0911 / 5302-277

E-mail: ingo.klein@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.statistik.wiso.uni-erlangen.de/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Grundlagen der Statistik, insb. Theorie des Messens (2 Teilprojekte)
- Stichprobentheorie und Nonresponse-Probleme (2 Teilprojekte)
- Computational Statistics, insb. die Berechnung der Verteilung von Schätzern und Testgrößen in kleinen Stichproben (3 Teilprojekte)
- Entwicklung einer ORACLE-Datenbank für wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Zeitreihen
- Entwicklung und Evaluation computergestützter Systeme für die Grundausbildung in Statistik (4 Teilprojekte)
- Analyse von Mehrebenen- und Paneldaten
- Finanzmarktkonometrie (6 Teilprojekte)

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Analyse deutscher Aktien- und Optionsscheine mittels ARCH-Modellen unter besonderer Berücksichtigung von Verteilungen der robusten Statistik

Bearbeiter: Dr. Gunnar Bönte

Projektstart: 01.01.1995

Projektende: 31.05.1997

Charakterisierung: siehe 4.

3.2 Schätzung der Lohnkurve - Ein Vergleich von Panel- und Mehrebenenanalyse

Kooperationspartner: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit

Bearbeiterin: cand. rer. pol. Katja Wolff

Projektstart und -ende: Oktober 1996 / Juli 1997

Charakterisierung: Nach dem „Gesetz“ der Lohnkurve von Blanchflower und Oswald wird ein negativer Zusammenhang zwischen der regionalen Arbeitslosenquote und dem

Lohnsatz postuliert. Zahlreiche internationale empirische Studien belegen dieses ökonomische Gesetz. Für Deutschland sind allerdings unterschiedliche Ergebnisse erzielt worden. Gründe dafür können die verschiedenen Datenbasen aber auch differenzierende statisch - ökonometrische Modellansätze und Schätz-Methoden sein. Es werden deshalb die Ursachen dieser unterschiedlichen Ergebnisse untersucht, um zu einem abschließenden Urteil über die Existenz der Lohnkurve für die Bundesrepublik zu gelangen.

4. Bericht von einem ausgewähltem Forschungsprojekt:

Analyse deutscher Aktien- und Optionsscheine mittels ARCH-Modellen unter besonderer Berücksichtigung von Verteilung der robusten Statistik

Bearbeiter: Dr. Gunnar Bönte

Projektstart und -ende Januar 1995 / Mai 1997

Forschungskontext, Ziel

Das Projekt beschäftigt sich mit einem ausgesprochenen Modegebiet der Ökonometrie - der Analyse von Finanzmarktdaten. Betrachtet man die Preisänderungs- oder Renditeentwicklung von Finanzmarkttiteln, so sind seit langem die folgenden sog. „stylized facts“ bekannt:

- Zwar sind die Zeitreihenwerte der Renditen selbst unkorreliert, die Quadrate zeigen aber eine deutliche zeitliche Abhängigkeit.
- Die Verteilung der Renditen folgt keiner Normalverteilung. Insbesondere ist die Verteilung in den Rändern deutlich schwerer und im Zentrum deutlich spitzer als die Normalverteilung.
- Die Zeitreihen besitzen ein typisches Schwankungsmuster. Extreme Ausschläge führen zu starken Korrekturen, so daß große Schwankungen - Volatilität genannt - nicht sofort wieder abgebaut werden, sondern eine gewisse zeitliche Dauer besitzen.

Es hat sich gezeigt, daß Reihen, die solche typischen Muster aufweisen, insbesondere als Realisationen von stochastischen Prozessen erzeugt werden können, deren bedingter Mittelwert und bedingte Varianz eine Zeitabhängigkeit zulassen. Die Bedingung bezieht sich darauf, daß Mittelwert und Varianz für eine gegebene Prozeßvergangenheit, d. h. unter Berücksichtigung der gesamten Vergangenheitsinformation, berechnet werden. Da die bedingte Varianz zumeist autoregressiv modelliert wird und eine Zeitabhängigkeit der Varianz als Heteroskedastie bezeichnet wird, spricht man von einem ARCH-Modell. „ARCH“ steht für „Autoregressive Conditional Heteroskedastic“.

Da für die Probleme der Nicht-Normalität und der extremen Beobachtungen sog. robuste statistische Methoden entwickelt wurden, nimmt es Wunder, daß bislang die Brücke von den robusten Verfahren zu den ARCH-Modellen noch nicht geschlagen wurde. Böntes Arbeit soll diese Lücke schließen und überprüfen, ob die Anwendung robuster Verfahren auf Finanzmarktdaten u. U. eine Verbesserung der Modellanpassung der Prognose, insbesondere der Volatilitäten, liefern kann.

Erkenntnisse:

Die Arbeit gliedert sich in fünf Kapitel. Das erste Kapitel gibt einen kurzen Überblick der wichtigsten Aktien und Optionen betreffenden Sachverhalte. Im einzelnen geht Bönte auf Aktien und Optionsscheine ein, nennt Verfahren zu deren Bewertung und gibt schließlich einen kurzen Überblick der gängigen Modelle, mit denen die Verteilung von Renditen von Finanzmarkttiteln zumeist analysiert wird.

Das zweite Kapitel beschäftigt sich auf traditionelle Weise mit den ARCH-Prozessen. Es werden zunächst wiederum überblicksartig die wichtigsten Konzepte der Theorie stationärer stochastischer Prozesse bereitgestellt. Anschließend werden ARCH- und als Verallgemeinerung GARCH-Modelle eingeführt. Es wird gezeigt, wie ausgehend von einer Verteilungsannahme über die bedingte Verteilung der Renditen die Likelihoodfunktion aussieht, deren Maximierung zu Schätzwerten für die Parameter des ARCH- bzw. GARCH-Modells führt. Ein statistischer Test auf das Vorliegen von ARCH-Effekten wird genannt. Dabei steht zunächst die Normalverteilung als bedingte Renditeverteilung im Vordergrund. Diese trägt bereits den eingangs genannten „stylized facts“ Rechnung, folgt doch die unbedingte Verteilung keiner Normalverteilung mehr und besitzt eine deutlich größere Varianz und Wölbung und auch sehr viel stärker belegte Ränder als die bedingte Normalverteilung. Trotzdem hat man in der Literatur andere bedingte Verteilungen untersucht. Zum einen, weil es keinen zwingenden sachlichen Grund gibt, um sich auf die Normalverteilung zu beschränken, und zum anderen, weil die extreme Wölbung und das extreme Tailverhalten der unbedingten Verteilung mit der Normalverteilung als bedingter Verteilung noch nicht ausreichend erfaßt wird. Dem trägt z. B. die t-Verteilung Rechnung. Da eine symmetrische bedingte Verteilung notwendigerweise zu einer symmetrischen unbedingten Verteilung führt, wurde insbesondere auch die Gamma-Verteilung untersucht. Bönte berücksichtigt noch die nicht-symmetrische Loggamma-Verteilung.

Im dritten Kapitel wendet sich Bönte den robusten statistischen Verfahren zu. Er skizziert zu nächst grob die wichtigsten Tatbestände. Kernpunkt ist die Dualität von modifizierten Kleinst- Quadrat-Kriterien und der Maximum-Likelihood-Schätzung. So ist insbesondere für die Schätzung von Mittelwertparametern das Kleinst-Quadrat-Kriterium äquivalent zu einer Maximum-Likelihood-Schätzung, wenn diese von der Normalverteilung ausgeht. Robuste Schätzer erhält man, indem bei der Kleinst-Quadrat-Schätzung extreme Beobachtungen heruntergewichtet werden. Es läßt sich aber zeigen, daß es immer eine Verteilungsannahme gibt, so daß sich diese Gewichtung auch über eine Maximum-Likelihood-Schätzung einstellt. Die z. B. von Huber vorgeschlagene Modifikation des KQ- Kriteriums setzt extreme quadratische Abweichungen ab einer fixierten Größenordnung konstant. Die zugehörige Verteilung, die zu einer äquivalenten Maximum-Likelihood-Schätzung führt, besitzt eine Normalverteilung im Zentrum und eine doppelte Exponentialverteilung in den Rändern. Bönte nennt diese Verteilung Huber-Verteilung. Er referiert noch weitere aus der Literatur bekannte Modifikationen des KQ-Kriteriums und identifiziert die zugehörige Verteilungsdichte. Die so gewonnenen Verteilungen werden anschließend in einem ARCH-Modell als bedingte Verteilungen aufgenommen. Da die Effizienz dieser komplexen Maximum-Likelihood-Schätzung nicht analytisch angegeben werden kann, wird sie mittels umfangreicher Simulationen untersucht. Exemplarisch findet Bönte für einige Finanzmarkttitel und Verteilungsmodelle Ähnlichkeiten in den Schätzungen und auch Effizienzen. Er versucht deshalb mittels eines Abstandsmaßes die Ähnlichkeit der verwendeten bedingten Verteilungen zu beurteilen. So scheinen eine t-Verteilung mit 7 Freiheitsgra-

den und eine Huber-Verteilung mit Abschneideparameter 1.5 nahe beieinander zu liegen und damit ähnliche ARCH-Schätzungen zu erzeugen.

Im vierten Kapitel greift Bönte ein Konzept auf, das in der adaptiven Statistik diskutiert wird. Es geht um die automatische Modellwahl aufgrund von Kenngrößen. Mittels dieser Kenngrößen werden Entscheidungsregeln entwickelt, wann welches Verteilungsmodell zu wählen ist. Im Kontext der ARCH-Modelle betreffen die Kenngrößen Schiefe und Wölbung der Verteilung. In umfangreichen Simulationsstudien wird teils in der Literatur, teils auch von Bönte selbst die Treffsicherheit dieser Entscheidungsregeln untersucht.

Das fünfte Kapitel ist der empirischen Analysen gewidmet. Diese schließt die Probleme der Modellschätzung, Modellevaluation und der Ergebnisinterpretation ein. Naturgemäß führt die Vielzahl von Datenreihen und Modellen zu einem umfangreichen Ergebnisanhang.

Herauszustellen sind die methodischen Innovationen, die diese Arbeit auszeichnen.

- Es wird im ersten Kapitel trotz der umfangreichen Literatur überblicksartig auch auf hyperbolische Verteilungen eingegangen, die die Basis für eine grundlegende Verallgemeinerung des Modells von Black & Scholes zur Bewertung von Optionen darstellen. Der Bezug dieser Verallgemeinerung zu den ARCH-Modellen ist zur Zeit noch unklar, so daß in der weiteren Arbeit auf die hyperbolischen Verteilungen nicht mehr eingegangen wird.
- Die traditionellen ARCH-Modelle werden im zweiten Kapitel durch die bedingte Loggamma-Verteilung erweitert. Bönte ist damit in der Lage auch nicht-symmetrische Verteilungen zu berücksichtigen, ohne den Nachteil der Gamma-Verteilung, nur positive Renditen zuzulassen, in Kauf nehmen zu müssen. Diese Neuerung wird späterhin allerdings durch das Ergebnis relativiert, daß die meisten Renditeverteilungen annähernd symmetrisch sind.
- Das Kapitel 3 bringt die eigentliche Innovation der Arbeit. Zum traditionellen Kanon der ARCH-Modelle gehört seit längerem die Berücksichtigung bedingt t-verteilter Residuen, um der extremen Wölbung der unbedingten Verteilung der Renditen Rechnung zu tragen. Die t-Verteilung schießt aber etwas über das Ziel hinaus. Sie erlaubt zwar stark belegte Tails der unbedingten Verteilung, führt aber auch zu einer extrem spitzen unbedingten Verteilung im Zentrum. Um diesem Ungleichgewicht zu entgegnen, schlägt Bönte bedingte Verteilungen vor, die im Zentrum die Normalverteilung belassen und lediglich in den Tails andere Verteilungen aufsetzen. Solche Verteilungen sind in der robusten Statistik insbesondere von Huber und Hampel entwickelt worden. Bönte gelingt es mittels komplizierter Variablentransformationen, diese Verteilung so umzuformen, daß sie für die Erweiterung der ARCH-Modelle einsetzbar sind und eine Maximum-Likelihood-Schätzung der Parameter vorgenommen werden kann.
- Im letzten Abschnitt des dritten und im vierten Kapitel führt Bönte zwei Innovationen ein. Zum einen nimmt er Abstandsvergleiche vor, um globale Ähnlichkeiten zwischen den bedingten Verteilungen und damit indirekt zwischen den ARCH-Modellen beurteilen zu können. Zum anderen nutzt er ein Schema, das in der robusten Statistik zur Klassifikation von Verteilungen bezüglich Schiefe und Wölbung benutzt wird. Wenn die Renditen mit extremen Tails verteilt sind und sogar häufig wenige

isolierte Ausreißer vorliegen, überzeichnen die klassischen Schiefe- und Wölbungsmaße - drittes und vieres standardisiertes Moment - wegen ihrer Ausreißersensitivität Schiefe und Wölbung der Verteilung. Es kann deshalb nicht verwundern, wenn Bönte im Gegensatz zur Literatur zumeist symmetrische Renditeverteilungen findet.

- Die empirischen Analysen des fünften Kapitels beeindrucken zunächst durch ihren Umfang. Es werden 28 Finanzmarkttitel - 14 Aktien und 14 Optionsscheine - mit insgesamt 11 verschiedenen Modellen untersucht. Unseres Wissens gibt es in Deutschland keine vergleichbar umfassend angelegte Studie. Umfangreiche statistische Tests führten dazu, daß zumeist AR(1)-Prozesse für die Mittelwertgleichung und immer ARCH-Effekte festgestellt wurden. Gegenüber reinen ARCH-Modellen haben sich GARCH-Modelle, die eine Moving-Average-Struktur der bedingten Varianzen erfassen, als überlegen gezeigt. Wichtig ist aber, daß die eingeführten robusten Verteilungen der bedingten Normalverteilung überlegen sind. Sie sind allerdings gelegentlich der bedingten t-Verteilung unterlegen.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers**Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Wirtschafts- und Entwicklungspolitik****Prof. Werner Lachmann, Ph.D. (Rutgers University)**

Lange Gasse 20

90409 Nürnberg

Tel: 0911 / 5302-232, -488

Fax: 0911 / 5302-419

E-mail: Werner.Lachmann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/we/>**1. 2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls****Forschungsschwerpunkte Prof. Werner Lachmann, Ph.D.**

- Die Bedeutung der Wettbewerbspolitik für das wirtschaftliche Wachstum und für die Wettbewerbsfähigkeit von Entwicklungsländern
- Die Rolle einer unabhängigen Zentralbank und der Geldwertstabilität als ökonomische Voraussetzung für eine erfolgreiche Entwicklung der Entwicklungsländer
- Entwicklungspolitik als sozialpolitische Aufgabe zur Überwindung der Armut in der Dritten Welt
- Die Zusammenhänge zwischen Ethik, Glaube und wirtschaftlicher Entwicklung
- Übertragbarkeit wesentlicher Elemente der wirtschaftspolitischen Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft auf Entwicklungsländer
- Politikversagen, Wirtschaftsethik, Krise der deutschen Wirtschaftspolitik
- Eine Analyse entwicklungspolitischer Strategien erfolgreicher asiatischer Schwellenländer
- Analyse der Geldpolitik Perus im Zeichen der entwicklungspolitischen Neuorientierung

Forschungsschwerpunkte der Mitarbeiter und externen Doktoranden

- Eine Analyse der Wettbewerbsfähigkeit regenerativer Energien in Entwicklungsländern und wirtschaftspolitische Förderungsmaßnahmen, *Birgit Eitel*
- Eine ordnungspolitische Analyse der Entwicklungs- und Wachstumsrichtung Taiwans, *Cheng Fan*
- Zur ökonomischen Theorie des Kündigungsschutzes, *Elke Jahn*

- Zur Relevanz ordnungspolitischer Standortbedingungen für Direktinvestitionen in Entwicklungsländern,
Eckhard Schulz
- Die Notwendigkeit der Geldwertstabilität für das wirtschaftliche Wachstum, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklungsländer, *Kristine Stenner*
- Der Einfluß von Banken auf den Unternehmenswettbewerb, *Claudia Weigand*

2. 3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

2.1 3.1 **Argentinien, Beurteilung einer Fachtagung zum argentinischen Wettbewerbsrecht**

Kooperationspartner: Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung (DSE), Berlin

Bearbeiter: Prof. Werner Lachmann, Ph.D. (Rutgers University)

Projektstart und -ende: 1996/1997

Charakterisierung: Staaten der Dritten Welt benötigen für ihre Wettbewerbsfähigkeit auch eine intern wirksame Wettbewerbspolitik. Das Bundeskartellamt sowie die DSE unterstützen in Zusammenarbeit mit der UNCTAD den Aufbau wettbewerbspolitischer Institutionen. Diese entwicklungspolitische Maßnahme ist vom Lehrstuhl kritisch überprüft und Verbesserungsvorschläge zur stärkeren Effizienz solcher Maßnahmen sind erarbeitet worden.

2.2 3.2 **The development dimension of competition law and policy, Gutachten UNCTAD, Genf 1997**

Kooperationspartner: United Nations Conference on Trade and Development, (UNCTAD), International Trade and Commodities Division, Genf

Bearbeiter: Prof. Werner Lachmann, Ph.D. (Rutgers University)

Projektstart und -ende: 1997

Charakterisierung: Erst wettbewerbsfähige Länder können sich dem internationalen Wettbewerb stellen, wie Friedrich List schon im letzten Jahrhundert herausgearbeitet hat. Diese Arbeit zeigt den Zusammenhang zwischen Handelspolitik und nationaler Wettbewerbspolitik auf, um Entwicklungsländer rascher international wettbewerbsfähig zu machen.

2.3 3.3 **Wettbewerbspolitik in der Dritten Welt**

Kooperationspartner: Hans-Frisch-Stiftung, Nürnberg

Bearbeiter: Andrea Schneider

Projektstart und -ende: 1996/1997

3. Charakterisierung: Die Integration der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung stößt auf binnengärdische Schwierigkeiten, da Industriezweige, die durch die Strategie der Importsubstitution bisher geschützt waren, wettbewerbsmäßig kaum bestehen können. Das zu lange Festhalten an dieser Strategie führte zu ihrem Scheitern, da im Konflikt zwischen Skaleneffizienz

und Wettbewerbseffizienz letztere vernachlässigt wurde. Für eine erfolgreiche Entwicklung ist es notwendig, daß Wettbewerb auch im Inland verwirklicht wird. Nur wer binnengewirtschaftlich Wettbewerb durchsetzt, ist auch international wettbewerbsfähig. Anhand der Länder Jamaika und Korea sind die Schwierigkeiten, Chancen und Grenzen des Aufbaus von wettbewerbspolitischen Institutionen untersucht worden. (Der Lehrstuhl hofft, dieses Projekt weiter fortführen zu können.)

4.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

The development dimension of competition law and policy, Gutachten UNCTAD, Genf 1997

Kooperationspartner: United Nations Conference on Trade and Development, (UNCTAD), International Trade and Commodities Division, Genf

Bearbeiter: Prof. Werner Lachmann, Ph.D. (Rutgers University)

Projektstart und -ende: 1997

Im Auftrag der International Trade and Commodities Division der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) wurde Anfang 1997 eine Studie zum Thema „The development dimension of competition law and policy“ erstellt, die zur Veröffentlichung durch die UNCTAD vorbereitet wird. Ausgangspunkt der Studie war die Beobachtung, daß die erfolgreichen Newly Industrializing Countries (NIC) nicht eine reine Politik des Freihandels verfolgten, sondern der Herausforderung, an der Weltwirtschaft teilzunehmen, mit einem gewissen wohldosierten Maß an Protektion der eigenen Wirtschaft begegneten. Dahingegen weisen die Länder, die den Anschluß an den internationalen Wettbewerb nicht gefunden haben, lange Phasen einer Politik der Importsubstitution und der Protektion auf.

Aus den Erfahrungen dieser Länder kann die These abgeleitet werden, daß langfristig gesehen eine Teilnahme am Welthandel die Wettbewerbsfähigkeit und das Wirtschaftswachstum der Länder fördert, während kurzfristig gesehen der Schutz der heimischen Industrie durch protektionistische Maßnahmen einen entscheidenden Beitrag für die Erlangung der nationalen und internationalen Wettbewerbsfähigkeit leisten kann. Dies verweist auf die Bedeutung der nationalen Wettbewerbspolitik und des Wettbewerbsrechts.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß der Wirtschafts- und Wettbewerbspolitik der Länder der Dritten Welt u.a. die enorme Aufgabe zukommt, die nötigen Voraussetzungen für das Funktionieren des freien Wettbewerbs zu schaffen. Dies beinhaltet beispielsweise das Abschaffen staatlicher Preiskontrollen, die den Preismechanismus außer Kraft setzen.

Im Zuge der Globalisierung bedarf es neben einer nationalen auch eine effiziente internationale Wettbewerbspolitik und -gesetzgebung, um den internationalen Wettbewerb zu schützen. In diesem Zusammenhang wurde darauf hingewiesen, daß die von der UNCTAD entwickelten Empfehlungen im Rahmen des „Set of Multilaterally Agreed Equitable Principles and Rules for the Control of Restrictive Business Practices“ die Grundlage für einen internationalen Vertrag bilden könnten.

Angesichts des Rückstandes der Entwicklungsländer gegenüber der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und ihrer erheblich schlechteren Ausgangsbedingungen stellt sich die Frage, inwieweit eine internationale Regelung des Wettbewerbs diesen Tatbeständen nicht Geltung verleihen müßte. Dieser Forderung würde durch wettbewerbliche Ausnahmeregelungen innerhalb eines internationalen Wettbewerbsrechts entsprochen werden, die es den Entwicklungsländern ermöglichen, langfristig als ernstzunehmende Handelspartner am internationalen Wettbewerb teilzunehmen und so an den Gewinnen des Freihandels teilzuhaben. Gerade in Anbetracht des neoprotektionistischen Verhaltens der Industrieländer können derartige Ausnahmeregelungen auch als eine Art Kompensation verzerrter Wettbewerbsbedingungen betrachtet werden.

Damit der Nutzen protektionistischer Regelungen deren Kosten übersteigt, bedarf es freilich einer sorgfältigen Prüfung der möglichen Ausgestaltung. Die Studie spricht sich eher für die Nutzung zeitlich limitierter und selektiv zu gewährender Subventionen aus, denn für Zölle, Quoten oder nicht-tarifäre Handelshemmnisse. Auch hier entscheidet in hohem Maße die Verteilung von Subventionen zugrundeliegenden Prinzipien über deren Erfolg oder Mißerfolg. Daher wird versucht einer Reihe von Politikempfehlungen auszusprechen, die z.B. Anreize und Sanktionen betreffen.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, daß in einer Welt des unvollkommenen Wettbewerbs Regierungen in der Lage sein müssen kurzfristige, degressiv gestaltete, begrenzte wettbewerbliche Ausnahmeregelungen, z.B. in Form von Subventionen der heimischen Industrien, zu erlassen, um auf nationaler und internationaler Ebene wettbewerbsfähig werden zu können. Angesichts von Korruption, Lobbyismus, begrenzter Verwaltungskapazitäten etc. bleiben solche Regelungen gegenüber dem Freihandel freilich second best Lösungen und bedürfen einer ständigen Kontrolle und Revision. In der Erfahrung einiger Länder haben sie sich jedoch bereits als langfristig erfolgreich erwiesen.

5. 5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Lachmann, W.: Einführung in die Volkswirtschaftslehre, Band 1: Grundlagen, Heidelberg u.a., 3. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage 1997.

Lachmann, W.: Entwicklungspolitik, Bd. II: Binnenwirtschaftliche Aspekte, München 1997.

Lachmann, W.: Gutachten für die UNCTAD: The development dimension of competition law and policy, Nürnberg 1997

Jahn, E.; T. Wagner: Marktmacht am Arbeitsmarkt, Wirtschaftsstudium, Jg. 26, 1997.

Jahn, E.; Kiefer, D.: Macroeconomic Policy and Public Choice, in: Kyklos, Vol. 50, 1997, S. 428 - 429.

Wagner, T.; E. Jahn: Neue Arbeitsmarkttheorien, Düsseldorf 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insb. Wirtschaftstheorie

Prof. Dr. Manfred Neumann

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302-224

Fax.: 0911 / 5302-168

E-mail: manfred.neumann@wiso.uni-erlangen.de

URL.: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/VWI/v1/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Industrieökonomik
(Innovation und Marktstruktur, Wettbewerb und Industrieevolution, Einkaufsmacht, Wettbewerbs- und Industriepolitik)
- Makroökonomik
(Geldpolitik und Beschäftigung, Säkulare Wirtschaftsentwicklung)
- Alterssicherung und Kapitalbildung

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Dissertation: Die Finanzierung von Innovationen

Bearbeiter: Diplom-Kaufmann Arno Stratmann

Das Projekt wurde 1992 begonnen und 1997 mit der Dissertation "Die Finanzierung von Innovationen" abgeschlossen. Die empirische Untersuchung, für die u.a. Datenmaterial des Stifterverbandes genutzt werden konnte, zeigt, daß in Deutschland Finanzierungsrestriktionen für Investitionen in tangibles und intangibles Kapital bestehen.

3.2 Forschungsprojekt: Geldpolitik

Bearbeiter: Professor Dr. Manfred Neumann, Dr. Jürgen Weigand

Das Projekt läuft seit 1992. Veröffentlicht wurde 1997 die Studie "Geldpolitik und Konjunktur" (*ifo-Studien* 43, Heft 2, 1997, S. 195-209), die konjunkturelle Auswirkungen der deutschen Geldpolitik im Zeitraum 1969-1996 untersucht.

3.3 Forschungsprojekt: Marktstrukturen im Medienbereich

Kooperationspartner: Diplom-Kaufmann Erik Lehmann, Universität Rostock

Bearbeiter: Dr. Jürgen Weigand

Das Projekt läuft seit Mai 1997. Der Beitrag "Scale Economies, Market Power, and Pricing Behavior. Evidence from German Newspaper and Magazine Publishing" untersucht theoretisch und empirisch den Zusammenhang zwischen Preisbildung und Marktstruktur auf dem deutschen Zeitschriftenmarkt.

3.4 Forschungsprojekt: Ökonomie des Sports

Kooperationspartner: Diplom-Kaufmann Erik Lehmann, Universität Rostock

Bearbeiter: Dr. Jürgen Weigand

Das Projekt läuft seit Oktober 1995. Veröffentlicht wurde 1997 die empirische Studie "Money Makes the Ball Go Round. Fußball als ökonomisches Phänomen" (*ifo-Studien* 43, Heft 3, 1997, S. 381-410), die sich mit dem Zusammenhang zwischen sportlichem Erfolg und Finanzkraft in der deutschen Fußball-bundesliga befaßt. Die Arbeitspapiere "Wieviel Phantasie braucht die Fußballaktie?" und "Mehr Wettbe-werb im Profifußball? Einige Anmerkungen aus ökonomischer Sicht." sind z.Z. unter Begutachtung bei referierten Zeitschriften.

3.5 Forschungsprojekt: Wettbewerb in der Krankenversicherung

Bearbeiter: Diplom-Kaufmann Johannes Toepffer

Das Projekt wurde 1992 begonnen und 1997 mit der Dissertation "Krankenversicherung im Spannungsfeld von Markt und Staat" abgeschlossen. Im Vergleich mit der Organisation des US-amerikanischen Gesundheitssystems wird die Aufnahme von mehr Wettbewerbslementen in das deutsche System der Krankenversicherung diskutiert.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

Optionen für ein kapitalgedecktes Rentensystem

Bearbeiter: Prof. Dr. Manfred Neumann

Als Folge der voraussichtlichen demographischen Entwicklung in Deutschland wird das durch Umlage finanzierte System der gesetzlichen Rentenversicherung zunehmend in Schwierigkeiten geraten, so daß verbreitet begründete Zweifel an der Sicherheit der Renten entstanden sind. Daraus ergibt sich die Frage, ob es möglich ist, das Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren zu ersetzen oder zu ergänzen, um auf diese Weise das hohe Niveau der Altersversorgung zu erhalten.

Nach den Vorausschätzungen der Bevölkerungsentwicklung durch das Statistische Bundesamt wird die Relation zwischen der Zahl der Rentner zur Zahl der Erwerbstätigen vom Jahre 2015 an kräftig steigen. Der sog. Altenquotient, das ist die Relation zwischen der Zahl derjenigen, die im Rentenalter stehen, zur Zahl der Erwerbsfähigen, wird sich bis 2040 nahezu verdoppeln. Im gegenwärtigen Umlageverfahren müßten deshalb entweder die Beitragssätze erhöht werden, um das bisherige Rentenniveau zu halten, oder das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung muß verringert werden, oder eine Kombination

beider Maßnahmen ist notwendig. Wahrscheinlicher ist freilich, daß das Leistungsniveau allmählich - unter Umständen bis zur Hälfte der heutigen Höhe - abgesenkt wird. Die Alternative zu diesen düsteren Aussichten ist ein Übergang zur Kapitaldeckung.

Überlegenheit des Kapitaldeckungsverfahrens

Im Gegensatz dazu würde im Kapitaldeckungsverfahren der Beitragssatz von der Entwicklung des Altenquotienten unabhängig sein. Ein in den Ruhestand tretender Jahrgang verkauft über die Ruhestandszeit hinweg sukzessive den während der Erwerbstätigkeit aufgebauten - z.B. in Wertpapieren verbrieften - Kapitalstock an nachfolgende Jahrgänge, die damit ihrerseits einen Kapitalstock aufbauen. In jeder Periode findet also ein Austausch von Kaufkraft zwischen Erwerbstätigen und Rentnern statt. Im volkswirtschaftlichen Kreislauf spielen sich also gleichartige Vorgänge ab wie im Umlageverfahren. Dennoch besteht ein wesentlicher Unterschied. Er besteht darin, daß im Kapitaldeckungsverfahren ein realer Kapitalstock vorhanden ist, aus dessen Erträgen Zinszahlungen fließen. Deshalb können die Beitragssätze, die zum Aufbau eines zur Finanzierung künftiger Renten dienenden Kapitalstocks erforderlich sind, wesentlich niedriger sein als im Umlageverfahren. Wenn z.B. bei einer Dauer der Erwerbstätigkeit von 45 Jahren und einer Dauer des Rentenbezugs von 15 Jahren der Zins 4 % beträgt und die Arbeitseinkommen wie auch die Renten mit einer jährlichen Rate von 2 % steigen, ist eine Sparquote, d.h. ein Beitragssatz, von 8,9 % erforderlich. Er ist damit wesentlich niedriger als der gegenwärtige Beitragssatz in der gesetzlichen Rentenversicherung.

Ein Übergang zur Kapitaldeckung ist möglich

Die dem folgenden Vorschlag für eine Ablösung des Umlageverfahrens durch ein Kapitaldeckungsverfahren zugrunde liegende Idee ergibt sich aus der voraussichtlichen Entwicklung des Altenquotienten sowie der dargestellten Überlegenheit des Kapitaldeckungsverfahrens. Gewöhnlich wird gegen die Einführung eines Kapitaldeckungsverfahrens der folgende Einwand erhoben: Für alle diejenigen, die in der Vergangenheit keinen ausreichend großen Kapitalstock aufgebaut haben, muß die Rente durch Umlage finanziert werden. Deshalb hat die gegenwärtig aktive Generation eine doppelte Last zu tragen. Sie muß erstens Beiträge zur Umlagefinanzierung solange leisten, bis das Umlageverfahren vollständig abgelöst ist, und sie muß zweitens einen Kapitalstock zur Finanzierung der eigenen Rente aufbauen. Die Notwendigkeit einer solchen Doppelbelastung wird vielfach als ein unüberwindliches Hindernis für die Einführung eines Kapitaldeckungsverfahrens angesehen.

Dieser Einwand ist jedoch nicht überzeugend. Es sei angenommen, daß ab dem Jahre 2000 alle Beschäftigten damit beginnen, einen Kapitalstock für ihre eigene Altersversorgung aufzubauen. Ab 2001 werden dann für diejenigen, die die Altersgrenze erreicht haben, Renten aus den bisher geleisteten Ersparnissen gezahlt. Diese sind zunächst noch sehr niedrig, weil nur in wenigen Jahren Beiträge geleistet wurden. Gleichwohl muß bei einem gegebenen Niveau der gesamten Rente (aus Umlage und Ersparnissen) ein von Jahr zu Jahr immer geringerer Teil der Rente aus Umlagebeiträgen finanziert werden. Deshalb wird die Last, die sich aus dem Anstieg des Altenquotienten ergibt, immer geringer. Das wird in der folgenden Übersicht demonstriert. Darin wird ein Renteneintrittsalter von 65 Jahren vorausgesetzt, eine

Dauer der Erwerbstätigkeit von 45 und eine Ruhestandsdauer von 15 Jahren, ein Realzins von 4 % und eine Zuwachsrate der Realeinkommen von 2 %.

Entwicklung der Beitragssätze im Umlageverfahren und bei vollständigem Übergang zur Kapitaldeckung

Jahr	2010	2010	2030	2040
Umlageverfahren	0,152	0,168	0,219	0,244
Kapitaldeckung	0,236	0,229	0,229	0,196

Der Anstieg der Beitragssätze, die im Umlageverfahren erforderlich wären, kann fast vollständig vermieden werden. Die Gesamtlast freilich muß steigen, da mit dem Kapitaldeckungsverfahren unter den angenommenen Voraussetzungen ein Beitragssatz von 8,9 % verbunden ist, der zum Umlagebeitrag hinzukommt. Schließlich jedoch, wenn das Umlageverfahren vollständig abgelöst ist, wenn also von denen, die aus Umlage versorgt werden müssen, niemand mehr lebt, beträgt der gesamte Beitragssatz nur noch 8,9 %. Der Umlagebeitragssatz dagegen bleibt unverändert hoch.

Kapitalmarkteffekte

Wird ein Kapitaldeckungsverfahren eingeführt, so wird auf jeden Fall im Laufe der nächsten 40 bis 50 Jahre ein Kapitalstock entstehen, der sich bei vollständigem Übergang zur Kapitaldeckung auf etwa 1/4 des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks belaufen würde. Angesichts dieser Größenordnung könnte damit gerechnet werden, daß sich der Charakter des deutschen Kapitalmarktes drastisch wandelt. Ein viel größeres Gewicht als gegenwärtig würde die Finanzierung der Unternehmen durch Aktien und Schuldverschreibungen erlangen. Die Effizienz der Allokation von Sparkapital könnte sich dadurch entscheidend verbessern.

Aus zwei Gründen würde es nicht ratsam sein, einen solchen Kapitalstock unter der Aegide einer öffentlichen Institution, wie den Trägern der gesetzlichen Rentenversicherung entstehen zu lassen. Erstens würde der Kapitalstock durch die Kurzsichtigkeit von Politikern gefährdet sein, die dazu neigen, das Kapital zur Finanzierung von Zwecken zu verwenden, deren Erfüllung im Augenblick für dringend gehalten wird. Zweitens würde die Herrschaft über ein riesiges Kapital, das in Aktien oder Anleihen privater Unternehmen investiert ist, ökonomische Macht beinhalten, deren Konzentration bei einer einzigen Institution in einer demokratischen Gesellschaft unerwünscht wäre. Deshalb ist es absolut erforderlich, daß der Kapitalstock dezentral gehalten wird, von verschiedenen Institutionen, wie Pensionsfonds und Lebensversicherungen, die miteinander im Wettbewerb stehen. Unter diesen mögen die Sozialversicherungsträger als selbständige Körperschaften die gleiche Rolle wie private Pensionsfonds spielen. Sicher ist, daß auch eine staatliche Regulierung erforderlich ist, und für den nicht völlig ausgeschlossenen Fall des Konkurses eines Pensionsfonds Vorsorge getroffen wird.

Sozialpolitisch erwünscht

Zum Schluß ist auf ein wichtiges sozialpolitisches Argument zugunsten eines Übergangs zum Kapitaldeckungsverfahren hinzuweisen. Die wirtschaftlich engere Verflechtung Europas und darüber hinausgehende Globalisierungstendenzen führen zu einem Druck auf die Löhne in den Industrieländern. Tendenziell ist mit einer Senkung der Lohnquote und einem Anstieg der Kapitaleinkommensquote zu rechnen. Die Arbeitnehmer in den Industrieländern können sich vor den Nachteilen dieser Entwicklung schützen und davon profitieren, wenn uns soweit sie eine Beteiligung am Kapital erlangen. Alle Versuche, dies durch Investivlohnpläne zu erreichen, verblassen vor der Möglichkeit, eine breite Beteiligung am Produktivkapital der Wirtschaft dadurch zu erreichen, daß zur Altersversorgung ein Kapitaldeckungsverfahren eingeführt wird.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

- Haid, A.; Neumann, M.; Weigand, J.:** Arbeitsbuch zur Theoretischen Volkswirtschaftslehre: Mikroökonomik, München: Vahlen 1997 (399 Seiten).
- Neumann, M.:** The Rise and Fall of the Wealth of Nations, Cheltenham/Lyme: Edward Elgar 1997 (171 Seiten).
- Toepffer, J.:** Krankenversicherung im Spannungsfeld von Markt und Staat, Bayreuth: P.C.O. Verlag 1997 (414 Seiten).

Aufsätze in Sammelwerken:

- Neumann, M.:** Vom Umlageverfahren zum Kapitaldeckungsverfahren: Optionen zur Reform der Alterssicherung, in Frankfurter Institut - Stiftung Marktwirtschaft und Politik (Hrsg.): Rentenkrise. Und wie wir sie meistern können, Bad Homburg 1997, S. 87-128.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

- Lehmann, E.; Weigand, J.:** Money Makes the Ball Go Round. Fußball als ökonomisches Phänomen, *ifo-Studien* 43, Heft 3, 1997, S. 381-410.
- Neumann, M.; Weigand, J.:** Geldpolitik und Konjunktur, *ifo-Studien* 43, Heft 2, 1997, S. 195-209.
- Schwiete, M.; Weigand, J.:** Der Einfluß von Bankbeteiligungen auf das Verschuldungsverhalten deutscher Unternehmen, *Kredit und Kapital* 30, Heft 1, 1997, S. 1-34.
- Weigand, J.; Lehmann, E.:** Produktdifferenzierung, *WiSt*, Heft 9, 1997, S. 477-480.

Arbeitspapiere:

- Haid, A.; Weigand, J.:** R&D, Productivity Growth and Corporate Governance Structures, Nürnberg 1997 (32 Seiten).
- Lehmann, E.; Weigand, J.:** Wieviel Phantasie braucht die Fußballaktie?, Thünen-Series of Applied Economic Theory, Working Paper No. 13, Rostock 1997 (26 Seiten).

Lehmann, E.; Weigand, E.: Mehr Wettbewerb im Profifußball? Einige Anmerkungen aus ökonomischer Sicht., Thünen-Series of Applied Economic Theory, Working Paper No. 14, Rostock 1997 (22 Seiten).

Neumann, M.: The Welfare Loss of Monopoly in the Long Run, Nürnberg 1997 (11 Seiten).

Weigand, J.; Lehmann, E.: Does the Governed Corporation Perform Better?, Nürnberg 1997 (30 Seiten).

Weigand, J., Lehmann, E.: Scale Economies, Market Power, and Pricing Behavior. Evidence from German Newspaper and Magazine Publishing, Thünen-Series of Applied Economic Theory, Working Paper No. 12, Rostock 1997 (30 Seiten).

C. Sozialwissenschaftliches Institut

Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Soziologie

Prof. Dr. Johann Bacher (Lehrstuhlvertretung)

Findelgasse 7 - 9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 679

Fax.: 0911 / 5302 - 660

e-Mail: wssla0@wsfg1.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio1/>

1. Forschungsschwerpunkte

- Allgemeine Soziologie und Sozialstrukturanalyse
- Wirtschafts- und Organisationssoziologie
- Methoden der empirischen Sozialforschung
- Kindheits- und Jugendforschung
- Gesundheitsforschung
- Antisemitismusforschung
- Wissenschaftssoziologie

2. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

2.1 Einkommensarmutsgefährdung von Kindern

Bearbeiter Johann Bacher

Projektstart und -ende: 1996-1997

Literatur: Bacher, J. (1997): Einkommensarmutsgefährdung von Kindern in Österreich

Charakterisierung: Ziel des Forschungsprojektes war eine Analyse der Ursachen und der Auswirkungen der zunehmenden Einkommensarmutsgefährdung von Kindern. Als Datenbasis wurde der Österreichische Kindersurvey verwendet. Die Ergebnisse zeigen, daß Kindheit eine neue soziale Ungleichheitsdimension darstellt („Kind zu sein und insbesondere Geschwister zu haben“ bedeutet ein erhöhtes Armutsrisko), Armutgefährdung wird aber nach wie vor auch - primär über Bildungsabschlüsse - sozial vererbt. Im Unterschied zu Forschungsergebnissen der USA lassen sich keine nennenswerten Auswirkungen der Einkommensarmutsgefährdung auf das kindliche Wohlbefinden, das Aktivitätsniveau und personale Kompetenzen feststellen.

2.2 Bedarfs- und situationsgerechte Ausbildung im Bereich der Internationalen Betriebswirtschaft

Kooperationspartner: Interdisziplinäres Forschungsprojekt der Johann Kepler Universität Linz
Bearbeiter: Johann Bacher
Projektstart und -ende: 1996-1997
Literatur: Bacher, J. et al. (1997): Auf dem Weg zu einer bedarfs- und situationsgerechten Ausbildung im Bereich der Internationalen Betriebswirtschaft. In: Auer, M./Leske, S. (Hg.): Personalwirtschaftliche Ausbildung an Universitäten. Grundfragen, Konzepte und Erfahrungen. Sonderband 1997 der Zeitschrift für Personalforschung, München-Mering, S. 183-204
Charakterisierung: Ziel des Projektes war die Entwicklung eines bedarfs- und situationsgerechten Ausbildungskonzeptes im Bereich der Internationalen Betriebswirtschaft auf der Basis empirischer Untersuchungen und internationaler Entwicklungstendenzen. Ausgehend von einer Problemdiagnose wurden Bildungsziele und Ausbildungsdimensionen abgeleitet und deren didaktische und methodische Umsetzung dargestellt.

2.3 Kinder und Jugendliche in Gostenhof

Bearbeiter: Reinhard Wittenberg
Projektstart und -ende: 1995-1997
Charakterisierung: Ziel dieses in Zusammenarbeit mit dem Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg durchgeföhrten Projektes war, einen Beitrag für die Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen in einem strukturell benachteiligten Stadtteil Nürnbergs zu liefern. Zu diesem Zweck wurden rund 600 Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern oder Betreuer über Ernährungsgewohnheiten, Hygieneverhalten, Krankheiten und Beschwerden, Alkohol-, Zigaretten- und Drogenkonsum, Betreuungs-, Schul- und Zukunftsproblemen, Freizeitaktivitäten sowie Handlungsoptionen und -restriktionen befragt.

2.4 Gewalt an Schulen

Bearbeiter: Walter Funk
Projektstart und -ende: 1994-1997
Charakterisierung: In der Studie wurden 1458 Schülerinnen und Schüler der 7., 8. und 9. Jahrgangsstufe in 62 Schulklassen aus 38 Nürnberger Haupt-, Realschulen und Gymnasien des Schuljahres 1993/94 befragt. Neben Einstellungen wie "Gewaltbilligung" und "Gewaltbereitschaft" und Persönlichkeitsvariablen wie "Stimulationsbedarf" erwies sich dabei eindeutig die subjektiv wahrgenommene Qualität der sozialen Beziehungen zu den Eltern, Lehrern, Mitschülern und Freunden als zentrale Determinanten verbaler Aggressionen, physischer Gewalt und Vandalismus.

2.5 Kooperatives Handeln und soziale Institutionen

- Bearbeiter: Bernhard Prosch
- Projektstart und -ende: 1995-1997
- Literatur: Prosch, B. / Petermann, S. 1997: Zuckerbrot und Peitsche für die Hühner - Kooperation durch dezentrale Institutionen, Universität Erl.-Nürnberg / Universität Halle-Wittenberg, eingereicht bei der Competition for Young Sociologists der International Sociological Association.
- Charakterisierung: Kooperatives Handeln ist in zahlreichen sozialen Situationen zwar sozialwünschenswert, aufgrund von individuellen Anreizen aber schwer zu erreichen. Spieltheoretische Analysen zeigen, wie soziale Institutionen aussehen können, die wechselseitige Kooperation unterstützen und absichern. Im Rahmen des Projekts wurden solche theoretischen Ergebnisse experimentell untersucht. 340 Versuchspersonen nahmen an den Experimenten teil.

3. Bericht eines ausgewählten Forschungsprojektes:

„Erwerbsverhältnisse in der Grauzone von selbständiger und abhängiger Erwerbsarbeit - Zur Erfassung „scheinselfständiger“ Erwerbstätiger und deren vertraglicher, beruflicher und sozialer Lage „

- Kooperationspartner: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
- Bearbeiter: Dissertationsprojekt von Hans Dietrich in Verbindung mit dem IAB-Projekt 4-448V „Freie Mitarbeiter und selbständige Einzelunternehmer mit persönlicher und wirtschaftlicher Abhängigkeit“ („IAB-Scheinselfständigen- Studie“),
- Projektstart und -ende: 1994-1996

3.1 Begriffsbildung

Die Abgrenzung zwischen selbständiger und abhängiger Tätigkeit gestaltet sich je nach Fallkonstellation oft schwierig und ist im Arbeits-, Sozialversicherungs-, Steuer- und Gewerberecht nicht immer einheitlich vorzunehmen. Grundsätzlich können viele Erwerbstätigkeiten in rechtlich zulässiger Weise sowohl in selbständiger Tätigkeit als auch in abhängiger Beschäftigung ausgeübt werden. Im Arbeitsrecht ist für die Abgrenzung der Arbeitnehmerbegriff entscheidend, das Sozialrecht stellt auf den Begriff Beschäftigter ab. Da die Abgrenzungskriterien im wesentlichen übereinstimmen, wurde auf eine Differenzierung verzichtet.

Ob eine Tätigkeit rechtlich als selbständige Tätigkeit zu bewerten ist oder ob eine Person abhängige Arbeit leistet und deshalb möglicherweise nur „zum Schein“ selbständig arbeitet, hängt von der Definition des Arbeitnehmerbegriffs (und damit zugleich auch der des Selbständigen) ab. Eine gesetzliche Definition liegt bis heute nicht vor. Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts (BAG) und der überwiegende Teil der rechtswissenschaftlichen Literatur legen eine Abgrenzung zugrunde, die vor allem auf die „persönliche Abhängigkeit“ Bezug nimmt. Für den Regelfall lässt sich die Einteilung auf dieser Grundlage eindeutig vornehmen. Es gibt aber Grenzbereiche, in denen fraglich ist, ob jemand als Arbeitnehmer oder als Selbständiger anzusehen ist. Die Rechtsprechung betont, die Abgrenzung sei eine Sache des Ein-

zelfalles unter Gesamtwürdigung aller Umstände. Eine derart offene Definition lässt sich in dieser Form einer empirischen Erhebung nicht zugrunde legen. Da bisher keine verbindliche gesetzliche Definition vorliegt, wurden dem „BAG-Modell“ im Rahmen der „IAB-Scheinselbständigen-Studie“ zwei andere Modelle an die Seite gestellt („Alternativmodell“; Leitbegriff: Unternehmerrisiko; „Verbandsmodell“; Leitbegriff: Versicherungspflicht), um zu ermitteln, welche Zahlenverhältnisse sich nach dem einen oder dem anderen Modell ergeben.

3.2 Empirische Befunde : Aufkommen von „Scheinselbständigkeit“ auf der Basis von drei Rechtsmodellen

Insgesamt wurden im Rahmen dieser Erhebung hochgerechnet auf die deutschsprachige Wohnbevölkerung im Alter ab 14 Jahre etwa 938.000 Erwerbstätige identifiziert, die bezogen auf ihre Haupterwerbstätigkeit der Grauzone von selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit zuzuordnen sind.

Nach dem BAG-Modell werden dabei 48% (450.000) der befragten Personen hinsichtlich ihrer Haupterwerbstätigkeit als beruflich selbständig eingestuft und 19% (179.000) als abhängig Beschäftigte. 30% (282.000) weisen Merkmale als Selbständige und abhängig Beschäftigte gleichermaßen auf, sie werden der Gruppe der Semiabkömmlinge zugerechnet. Für 3% (27.000) der Befragten verhindern fehlende Informationen eine angemessene Zuordnung (vgl. Übersicht 1 im Anhang).

Das Alternativmodell ordnet demgegenüber 30% (282.000) der Befragten in der Grauzone dem Bereich der Selbständigkeit zu, hingegen werden 44% (410.000) als abhängig Beschäftigte eingestuft. Weitere 24% (226.000) sind nach dem Alternativmodell als „Semiabkömmlinge“ zu beurteilen. 2% (20.000) der Befragten lassen sich nach dem Alternativmodell aufgrund fehlender Werte nicht einstufen (Übersicht 1 im Anhang).

Entsprechend dem Verbandsmodell sind 14% (128.000) der Befragten als Selbständige einzustufen, 46% (431.000) sind als abhängig Beschäftigte zu bewerten (Übersicht 1 im Anhang). Beim Verbandsmodell ist jedoch zu beachten, daß 40% (379.000) der Befragten hinsichtlich der Haupterwerbstätigkeit in diesem Modell nicht eindeutig zuzuordnen sind, da hier das Kriterium „entsprechend der Verkehrsschauung als abhängig Beschäftigte tätig“ empirisch nur näherungsweise operationalisiert werden konnte und nur bei einem Teil der Befragten erhoben werden konnte. In den folgenden Ausführungen wird aufgrund dieser Operationalisierungsprobleme das Verbandsmodell nicht weiter berücksichtigt.

Gegenüber den Haupterwerbstätigen kommen die drei Rechtsmodelle bei den Personen, die aufgrund einer von den Befragten selbst als selbständig oder freiberuflich eingestuften Nebentätigkeit in die Befragung aufgenommen wurden, zu jeweils niedrigeren Selbständigenanteilen und demzufolge zu höheren Anteilen bei den abhängig Beschäftigten.

Das BAG-Modell ordnet 21% aller beobachteten Nebentätigkeiten, die der Grauzone zugeordnet werden, als abhängige Beschäftigungsverhältnisse ein (gegenüber 19% bei der Haupterwerbstätigkeit). Das Alternativmodell bewertet demgegenüber 59% aller hier betrachteten Nebentätigkeiten als eine Form der abhängigen Beschäftigung (Im Vergleich dazu werden von diesem Modell 44% der erfaßten Haupterwerbstätigkeiten als eine Form der abhängigen Beschäftigung identifiziert). Das Verbandsmodell stuft 66% aller hier analysierten Nebentätigkeiten als eine Form der abhängigen Beschäftigung ein, während dies

lediglich 46% der betrachteten Fälle in bezug auf die Haupterwerbstätigkeit waren (vgl. Übersicht 2 im Anhang).

Hochgerechnet etwa 1,5 Mio. Personen werden in bezug auf ihre Nebentätigkeit der Grauzone von selbständiger und abhängiger Erwerbstätigkeit zugeordnet. Darunter finden sich 585.000 Personen, die neben ihrem Haupterwerb als abhängig Beschäftigte einer Nebentätigkeit nachgehen, die in der oben definierten Grauzone anzusiedeln ist. Weitere 954.000 Personen sind als Schüler und Studenten, Hausfrauen, Arbeitslose oder Frührentner eigentlich der Gruppe der Nichterwerbstätigen zuzuordnen, üben jedoch teilweise in beachtlichem Umfang Nebentätigkeiten aus, aufgrund derer sie gleichfalls der oben definierten Grauzone zugeordnet werden.

Übersicht 1: Hochrechnung der Modellbefunde für Haupterwerbstätigkeiten (**Bundesrepublik Deutschland**)

Haupterwerbstätige in der Grauzone	Rechtsstatus nach den drei Modellen				
	selbständig	semi- abhängig	abhängig (=scheinself- ständig)	nicht zuorden- bare Fälle	Insgesamt
in Tsd.* (in Zeilen- %)					
BAG-Modell					
450 (48%)					
282 (30%)					
179 (19%)					
27 (3%)					
938 (100%)					
Alternativmodell					
282 (30%)					
226 (24%)					
410 (44%)					
20 (2%)					
938 (100%)					
Verbandsmodell					
128 (14%)					
x					
431 (46%)					
379 (40%)					
938 (100%)					

x: In diesem Modell nicht gegeben; *: maschinell gerundete Werte.

3.3 Übersicht 2: Hochrechnung der Modellbefunde für Nebentätigkeiten (Bundesrepublik Deutschland)

Personen mit einer Nebentätigkeit in der Grauzone	Rechtsstatus nach den drei Modellen						
	selbständig	semi-abhängig	abhängig (=scheinselbstständig)	nicht zuordnbare Fälle	Insgesamt		
in Tsd.* (in Zeilen-%)							
BAG-Modell							
610 (40%)		573 (37%)		329 (21%)	27 (2%)		
1.539 (100%)							
Alternativmodell							
217 (14%)		403 (26%)		901 (59%)	18 (1%)		
1.539 (100%)							
Verbandsmodell							
26 (2%)		x		1.010 (65%)	503 (33%)		
1.539 (100%)							

x: in diesem Modell nicht gegeben; *: maschinell gerundete Werte.

4. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften (Auswahl):

Bacher, J. et al.: Auf dem Weg zu einer bedarfs- und situationsgerechten Ausbildung im Bereich der Internationalen Betriebswirtschaft. In: Auer, M./Leske, S. (Hg.): Personalwirtschaftliche Ausbildung an Universitäten. Grundfragen, Konzepte und Erfahrungen. Sonderband 1997 der Zeitschrift für Personalforschung, München-Mering, S. 183-204.

Wittenberg, R.: Kinder und Jugendliche in Gostenhof. Ausgewählte Aspekte ihres gesundheitlichen und sozialen Wohlbefinden, hrsg. v. Gesundheitsamt der Stadt Nürnberg (unter Mitarb. v. H. Fleps, B. Kurtz, Th. Rothe & K. Wenzig).

Wittenberg, R.: Aidskenntnisse von Jugendlichen. In: Infektionsepidemiologische Forschung -InfFo-, III/1997, 44-47.

Wittenberg, R.; Bortz, J.; Döring, N.: Forschungsmethoden und Evaluation.2., vollst. überarb. u. aktualisierte Aufl., Berlin: Springer; Diekmann, A., Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek: Rowohlt 1995; Laatz, W. (1993), Empirische Methoden. Ein Lehrbuch für Sozialwissenschaftler. Thun: Harri Deutsch (Sammelbesprechung „Methoden“; Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 49. Jg., S. 375-377.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Romanischsprachige Kulturen)

Prof. Dr. Walther L. Bernecker

Findelgasse 9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 655 - 656

Fax: 0911 / 5302 - 658

e-Mail: bernecker@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/awrom/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik Spaniens
- Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik Mexikos
- Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik Kolumbiens
- Außenbeziehungen Lateinamerikas, Globalisierung und regionale Integration
- Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik Frankreichs
- Geschichte, Wirtschaft, Kultur und Politik Italiens

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Der deutsch-amerikanische Gegensatz in Lateinamerika am Beispiel Mexikos und Kolumbiens von der Unabhängigkeit bis zum Ersten Weltkrieg

Kooperationspartner: DFG

Bearbeiter: Prof. Dr. W. L. Bernecker, Dr. Thomas Fischer

Projektstart und -ende: 1993-1997

Charakterisierung: vgl. den untenstehenden Bericht

3.2 Einheimische Eliten, Staat und ausländische Unternehmen in Lateinamerika in Geschichte und Gegenwart

Kooperationspartner: FORAREA, Lehrstuhl für Geschichte Lateinamerikas in Eichstätt

Bearbeiter: Dr. Thomas Fischer

Projektstart und -ende: 1996/1997

3.3 Geschichte der Industrialisierung Mexikos von der Kolonialzeit bis heute

Kooperationspartner: Universidad Nacional Autónoma de México
Bearbeiter: Prof. Dr. W. L. Bernecker

3.4 Nicht-Wähler in Spanien

Kooperationspartner: Lehrstuhl für Soziologie, gefördert von der Hans-Frisch-Stiftung
Bearbeiter: Dag Oeing

3.5 Wirtschaft und Gesellschaft in der modernen Geschichte Kolumbiens

Kooperationspartner: Ibero-Amerikanisches Institut Preußischer Kulturbesitz in Berlin,
verschiedene ausländische Historiker;
Bearbeiter: Prof. Dr. W. L. Bernecker, Dr. Th. Fischer

3.6 Strukturprobleme der Dritten Welt

Bearbeiter: Prof. Dr. W. L. Bernecker (als Monographie abgeschlossen)

3.7 Föderalismus und Zentralismus: Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell

Kooperationspartner: Institut d'Etudes Politiques, Straßburg/Frankreich
Bearbeiter: Prof. Dr. G. Ammon
Projektstart und -ende: 1995-1997
Charakterisierung: Das Forschungsprojekt untersucht anhand verschiedener Beiträge Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell und geht dabei von Zentralismus und Föderalismus als den prägenden Strukturprinzipien der europäischen Raumordnung aus. Vor diesem Hintergrund wird die aktuelle Föderalismusdiskussion in Spanien, Italien, Tschechien und Rußland verfolgt.

3.8 Arbeitsmarkt und Herrschaftsapparat in Guatemala, 1920-1940

Bearbeiter: Dissertationsprojekt von Peter Fleer
Projektstart und -ende: 1994-1997

4. Bericht über ein ausgewähltes Forschungsprojekt:

„Der deutsch-amerikanische Gegensatz in Lateinamerika am Beispiel Mexikos und Kolumbiens von der Unabhängigkeit bis zum Ersten Weltkrieg“

Kooperationspartner: DFG
Bearbeiter: Prof. Dr. W. L. Bernecker, Dr. Thomas Fischer
Projektstart und -ende: 1993-1997

Von der DFG gefördertes Projekt im Rahmen des interamerikanistischen Gesamtprojekts „Macht und Gegenmacht im Wandel der interamerikanischen Beziehungen: Politik, Ökonomie und Kultur“

Ziel des Projektes ist die Erforschung der Formationsphase der späteren US-Dominanz in lateinamerikanischen Nationalstaaten von der Unabhängigkeit bis zum Ersten Weltkrieg. Die Untersuchung wird exemplarisch anhand zweier lateinamerikanischer Fallstudien (Mexiko und Kolumbien) durchgeführt, die in einem nächsten Schritt miteinander verglichen werden sollen. Die Auswahl der Länderbeispiele Mexiko und Kolumbien ergibt sich aus der Überlegung, daß beide Länder schon früh aus geopolitischen und ökonomischen Erwägungen ins Kalkül der US-Außenpolitik einbezogen wurden. Die geopolitische Komponente resultiert für Mexiko aus der geographischen Nähe zum einige Jahrzehnte zuvor unabhängig gewordenen und schneller konsolidierten Nationalstaat im Norden, für Kolumbien aus der Bedeutung des Isthmus von Panama, über den der Transithandel zwischen der Atlantik- und der Pazifikküste abgewickelt wurde. Wirtschaftlich war Mexiko für die USA wegen seiner Silberbergwerke, aufgrund des von Anfang an intensiven Schmuggelhandels zwischen Nord und Süd und infolge des ständig zunehmenden Handelsvolumens von Bedeutung. Auch in Kolumbien lassen sich früh nordamerikanische Wirtschaftsinteressen feststellen; US-Unternehmen investierten in Eisenbahnen, Straßenbahnen, Bergwerke, Bananenplantagen sowie Telephon- und Telegraphenanlagen.

Die Durchsetzung der wirtschaftlichen Interessen und der geopolitischen Ziele der USA verlief keineswegs ungestört. Ein wichtiges Hindernis bestand in der Rivalität der europäischen Industriestaaten. Unter den Konkurrenten der aufstrebenden Großmacht nahmen die damaligen Industriemächte Großbritannien, Deutschland und Frankreich herausragende Positionen ein. Bereits seit den 1890er Jahren kristallisierte sich jedoch das Deutsche Reich in seinem Expansionsstreben als Hauptrivale heraus. Lateinamerika wurde zum Schauplatz von Investitions-, Handels- und Geokonflikten. Die durch das Ringen um Vorherrschaft geprägte Phase 1890 bis 1914 wurde in der wissenschaftlichen Literatur daher als imperialistische Expansion bezeichnet.

Die Bearbeiter des Forschungsprojektes, Prof. Dr. W. L. Bernecker und sein wissenschaftlicher Mitarbeiter Dr. Thomas Fischer, sind seit dem 1. November 1993 daran, diesen komplexen Sachverhalt anhand der Beispiele Mexiko und Kolumbien zu erforschen. Die US-Position ist zwar von der angelsächsischen Wissenschaft mittlerweile relativ gut untersucht worden; aber bei der Erforschung des deutschen Einflusses bestehen noch erhebliche Lücken. Auf der Auswertung deutscher Archivalien liegt deshalb ein Schwerpunkt. Auch die Kenntnis mexikanischer und kolumbianischer Quellen lässt in vielen Fällen zu wünschen übrig. Die beiden Bearbeiter haben deshalb auch in diesen beiden Ländern ein intensives Aktenstudium betrieben. Dadurch ist es nun möglich, die Perzeption und das Handeln dieser Staaten nachzuzeichnen und zu überprüfen, wie groß (oder klein) ihr Handlungsspielraum tatsächlich war.

Teilergebnisse liegen inzwischen in Form von Aufsätzen vor. Im einzelnen handelt es sich um:

W. L. Bernecker:

Zwischen europäischer und US-amerikanischer Dominanz: Mexikanischer Außenhandel im 19. Jahrhundert. In: Ute Guthunz/Thomas Fischer (Hrsg.): Lateinamerika zwischen Europa und den USA. Frankfurt a. M. 1995, S. 19-55.

La competencia europea por el mercado mexicano en el siglo XIX. In: Bernd Schröter/Karin Schüller (Hrsg.): Tordesillas y sus consecuencias. Frankfurt a. M. 1995, S. 201-225.

Deutsche im Mexiko des 19. Jahrhunderts. In: Hans Hopfinger/Horst Kopp (Hrsg.): Wirkungen von Migrationsbewegungen auf aufnehmende Gesellschaften. Neustadt an der Aisch 1996, S. 231-252.

(Teil-)Ergebnisse zu Mexiko:

Das europäische Verhältnis zu Mexiko war im 19. Jahrhundert zunächst von einem weitgehend erfolgreichen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen gekennzeichnet. Die europäischen Staaten konkurrierten zwar miteinander um den mexikanischen Markt, konnten sich aber gegenüber den ökonomisch noch weit unbedeutenderen USA durchsetzen. Diese Situation sollte sich im letzten Drittel des Jahrhunderts und insbesondere im Vierteljahrhundert vor dem Ersten Weltkrieg ändern. Die wirtschaftlichen Erfolge Europas wurden deutlich reduziert, die USA gewannen an Terrain. Immer deutlicher war die Entschlossenheit der Vereinigten Staaten zu spüren, europäische Einflüsse zurückzudrängen. Washington suchte durch Vorzugszölle eine Vorrangstellung in Mexiko zu erreichen; zugleich wurden europäische Exporte in die USA durch Zölle erschwert. Zweifellos war der Aufbau einer Hegemonialstellung in der "Westlichen Hemisphäre" seit längerem ein Schwerpunkt US-amerikanischer Außen- und Außenwirtschaftspolitik; hierfür spricht auch die wiederholte interpretatorische Ausweitung des bereits 1823 von Präsident Monroe angemeldeten Führungsanspruchs der USA in ganz Amerika. Es ist bezeichnend, daß trotz der britischen Bemühungen um ein Rapprochement mit den Vereinigten Staaten Ende des 19. Jahrhunderts im wirtschaftlichen Bereich eine verstärkte Konkurrenz zwischen London und Washington, allgemein: zwischen den industrialisierten Staaten Europas und den USA bestehen blieb.

Th. Fischer:

El caso Cerruti. Eine Fallstudie zum Verhältnis von staatlicher Autorität und ausländischer Einflußnahme in Kolumbien im ausgehenden 19. Jahrhundert. In: Ute Guthunz/Thomas Fischer (Hrsg.): Lateinamerika zwischen Europa und den USA. Frankfurt a. M. 1995, S. 57-85.

Deutsche Handelshäuser und Import-/Exportwirtschaft in Kolumbien, 1850-1914. In: Boris Barth/Jochen Meißner (Hrsg.): Grenzenlose Märkte? Münster 1995, S. 63-87.

Empresas extranjeras en el sector del oro y de la plata en Colombia, 1870-1914: la *free-standing company* como modelo aplicado por inversionistas extranjeros. In: Boletín Cultural y Bibliográfico, Bd. XXXII, Nr. 39, Santafé de Bogotá 1995 [1996 erschienen], S. 61-84.

Craftsmen, Merchants, and Violence in Colombia. The *Sucesos de Bucaramanga*. In: Itinerario, Bd. XX, Nr. 1, Leiden 1996, S. 79-99.

Desarrollo hacia afuera y guerras civiles en Colombia, 1850-1910. Desarrollo económico y actividad empresarial desde una perspectiva institucionalista. In: INNOVAR, Nr. 10, 1997, S. 129-159.

Die Anfänge des Massenkonsums in Kolumbien, 1850-1910. In: Hannes Siegrist/Beatrice Veyrassat (Hrsg.): Die Entwicklung der Konsumgesellschaft. Zürich 1997, S. 271-296.

Im Druck:

Entre control informal e intervención abierta: el arbitraje internacional de reclamaciones extranjeras contra Colombia, 1890-1914 (erscheint in: AHILA-Kongreß Liverpool, Tagungsband)

(Teil-)Ergebnisse zu Kolumbien:

Folgende allgemeine Ergebnisse lassen sich aus den bisher publizierten Aufsätzen ablesen: In der Phase zwischen 1850 und 1914 beschränkte sich die kolumbianische Diplomatie im wesentlichen auf Entschädigungsverhandlungen mit ausländischen Repräsentanten wegen Eigentumsverlusten in Bürgerkriegen. Die kolumbianischen Politiker, die sich die Einmischung ausländischer Mächte strikt verboten, gaben der Souveränität nationaler Gerichte Priorität. Dieses Ansinnen hatte meist wenig Erfolg, weil die ausländischen Kläger, die auf die sachliche Inkompetenz, Parteilichkeit und Korruption kolumbianischer Gerichte und Verwaltungsstellen hinwiesen, durch ihre Repräsentanten Druck ausübten und Entschädigungsverhandlungen auf einer zwischenstaatlichen Ebene verlangten. Aber auch diese Verhandlungen verliefen nicht immer im Sinne der Reklamanten, da die kolumbianischen Delegierten alles daran setzten, die definitive Schuldnerkennung hinauszuzögern. Die Repräsentanten der Industriestaaten verzichteten deshalb zumeist auf die Durchsetzung von Maximalforderungen. Die Folge der häufigen Bürgerkriege und der Schwierigkeit, verlorenes Eigentum zurückerstattet zu bekommen, war ein genereller Reputationsverlust des Andenlandes im Ausland. Dies erschwerte das Ziel kolumbianischer Regierungen, ausländisches Kapital zur Modernisierung des Landes anzulocken. Unter den ausländischen Unternehmungen in Kolumbien ragten deutsche Handelshäuser und Dampfschiffahrtgesellschaften sowie britische Minenunternehmen und Eisenbahngesellschaften hervor. Nennenswerte US-amerikanische Investitionen gab es lediglich im Infrastrukturbereich sowie im Bananensektor. Ein zweiter Schwerpunkt der kolumbianischen Diplomatie bestand in Verhandlungen über den Bau des Panama-Kanals. Kolumbianische Regierungen wollten aus ihrer geographischen Sonderstellung Nutzen ziehen und die Rechte für den Bau

und den Betrieb des Transportes über den Isthmus möglichst teuer verkaufen. Das rein fiskalistische Verhältnis des Zentralstaates zum Isthmus von Panama sowie dessen notorische Schwäche rächten sich jedoch insofern, als dadurch sowohl der US-amerikanische Interventionismus als auch regionalistische Bewegungen begünstigt wurden. Beides waren schließlich wichtige Gründe für die erfolgreiche Separation Panamas im Jahr 1903. Mit der Abtrennung des Isthmusdepartements vom übrigen Staatsgebiet demonstrierten die USA, daß sie im Falle Kolumbiens geopolitischen Erwägungen eindeutig Priorität einräumten. Dafür, daß sie nun die alleinige Kontrolle über die begehrte Verbindung zwischen dem Atlantik und dem Pazifik innehatten, nahmen sie in Kauf, daß sich die Beziehungen zum Andenland verschlechterten. Weder Kolumbien noch einer der europäischen Rivalen des "Kolosse im Norden" vermochten es, dem US-amerikanischen Imperialismus wirksam entgegenzutreten.

Gemeinsame Publikation

Nach Abschluß der Vorbereitungsarbeiten planen beide Bearbeiter eine gemeinsame Publikation, in der die Einflußnahme Europas und der USA in Mexiko bzw. Kolumbien sowie der jeweilige Souveränitätsgrad beider lateinamerikanischer Staaten untersucht werden soll.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997:

Bücher

Ammon, G. (Hrsg., zusammen mit Fischer, M.; Hickmann, T.; Stemmermann, K.): Föderalismus und Zentralismus: Europas Zukunft zwischen dem deutschen und dem französischen Modell. Baden-Baden 1997.

Ammon, G.: Der französische Wirtschaftsstil: Eine Bestandsaufnahme nach zwölf Jahren Liberalisierung, in: Rainer Klump (Hrsg.): Wirtschaftskultur, Wirtschaftsstil und Wirtschaftsordnung - Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftskulturforschung. Marburg 1997, S. 125-139.

Oeing, D.: Wahlenthaltung in Spanien. Die Nichtwählerschaft im Strukturwandel? Profil und Motive der spanischen Nicht-Wähler, (Dipl.-Arbeit, Universität Erlangen-Nürnberg 1997).

Aufsätze in Zeitschriften und Sammelbänden:

Bernecker, W. L.: Reiseberichte als historische Quellengattung für Mexiko im 19. Jahrhundert, in: Walther L. Bernecker/Gertrud Krömer (Hrsg.): Die Wiederentdeckung Lateinamerikas. Die Erfahrung des Subkontinents in Reiseberichten des 19. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1997, S. 325-352.

Bernecker, W. L.: Zwischen Widerstand und ethnischen Aufbruch. Indianische Renaissance in Lateinamerika, in: Raimund Allebrand (Hrsg.): Die Erben der Maya. Indianischer Aufbruch in Guatemala. Bad Honnef 1997, S. 11-19.

- Bernecker, W. L.:** ¿Punto de partida hacia la modernidad? América Latina a finales de la Segunda Guerra Mundial, in: *Studia Historica. Historia Contemporánea* Bd. 13/14, Jg. 1995-1996 [1997], S. 149-166.
- Bernecker, W. L.:** Simón Bolívar. Befreier oder erster Diktator Südamerikas?, in: Helmut Altrichter (Hrsg.): *Persönlichkeit und Geschichte*. Erlangen 1997, S. 127-146.
- Bernecker, W. L.:** Neuere Tendenzen in der Erforschung des Spanischen Bürgerkriegs, in: *Geschichte und Gesellschaft* Heft 3, 1997, S. 446-474 (wieder abgedruckt in: Marita Lühning/Gabriele Reich (Hrsg.): *60 Jahre Spanischer Bürgerkrieg. Dokumentation zum Fachtag des WIS am 11. November 1996. Bremen 1998*, S. 120-151).
- Bernecker, W. L.:** (Zus. mit Thomas Fischer) *Introducción a "Economía y Sociedad en la historia moderna de Colombia"*, in: *Ibero-Amerikanisches Archiv* Heft 1/2, 1997, S. 47-60.
- Bernecker, W. L.:** Juan Carlos I., in: Walther L. Bernecker (Hrsg. u.a.): *Die spanischen Könige. 18 historische Porträts vom Mittelalter bis zur Gegenwart*. München 1997, S. 281-302.
- Bernecker, W. L.:** Ethnischer Nationalismus im Baskenland, in: Robert Hettlage (Hrsg. u.a.): *Kollektive Identität in Krisen. Ethnizität in Region, Nation, Europa*. Opladen 1997, S. 123-141.
- Bernecker, W. L.:** Siedlungskolonien und Elitenwanderung. Deutsche in Lateinamerika: das 19. Jahrhundert, in: *Matices. Zeitschrift zu Lateinamerika, Spanien und Portugal* Nr. 15, 4. Jg., Herbst 1997, S. 18-22.
- Bernecker, W. L.:** Spaniens jüngste Vergangenheit: Transition und sozialistische Regierung, Extremismus und demokratische Konsolidierung, in: *neue politische literatur* Jg. 42, Nr. 2, 1997, S. 310-329.
- Bernecker, W. L.:** La industria mexicana en el siglo XIX. Las condiciones-marco de la industrialización en el siglo XIX., in: Ma. Eugenia Romero Sotelo (Hrsg.): *La industria mexicana y su historia. Siglos XVIII, XIX y XX*. México 1997, S. 87-171.
- Bernecker, W. L.:** Between European and American Dominance. Mexican Foreign Trade in the Nineteenth Century, in: *Itinerario* (Leiden), Bd. XXI, Nr. 3, 1997, S. 115-141.
- Fischer, Th.:** Die Anfänge des Massenkonsums in Kolumbien, 1850-1910, in: Hannes Siegrist/Beatrice Veyrassat (Hrsg.): *Die Entwicklung der Konsumgesellschaft*. Zürich 1997, S. 271-296.
- Fischer, Th.:** Die Indianervölker Kolumbiens, in: Werner Altmann/Thomas Fischer/Klaus Zimmermann (Hrsg.): *Kolumbien heute. Politik - Wirtschaft - Kultur*. Frankfurt a. M. 1997, S. 59-88.
- Fischer, Th.:** Kolumbiens Außenbeziehungen, in: Werner Altmann/Thomas Fischer/Klaus Zimmermann (Hrsg.): *Kolumbien heute. Politik - Wirtschaft - Kultur*. Frankfurt a. M. 1997, S. 149-174.

Fischer, Th.: Desarrollo hacia afuera y guerras civiles en Colombia, 1850-1910. Desarrollo económico y actividad empresarial desde una perspectiva institucionalista, in: INNOVAR Nr. 10, 1997, S. 129-159.

Fischer, Th.: Lebensstile und „Distinktionen“ in der städtischen Gesellschaft Bogotás des 19. Jahrhunderts. Zum Nutzen von Reiseberichten für die Sozialgeschichte Lateinamerikas, in: Walther L. Bernecker/Gertrut Krömer (Hrsg.): Die Wiederentdeckung Lateinamerikas. Die Erfahrung des Subkontinents in Reiseberichten des 19. Jahrhunderts. Frankfurt a. M. 1997, S. 191-238.

Fischer, Th.: Schweizerische Kriegsmaterialausfuhr nach Lateinamerika in der Zwischenkriegszeit und nach dem Ersten Weltkrieg, in: Studien und Quellen Bd. 23, 1997, S. 171-207.

Herausgeberschaften:

Bernecker, W. L.: (Hrsg.) Die Schweiz und Lateinamerika im 20. Jahrhundert. Aspekte ihrer Wirtschafts- und Finanzbeziehungen. Frankfurt am Main 1997.

Bernecker, W. L.: (Hrsg., zus. mit Krömer, G.): Die Wiederentdeckung Lateinamerikas. Die Erfahrung des Subkontinents in Reiseberichten des 19. Jahrhunderts. Frankfurt am Main 1997.

Bernecker, W. L.: Port Harcourt, 10. November 1995. Aufbruch und Elend in der Dritten Welt. München 1997.

Bernecker, W. L.: (Hrsg., zus. mit Fischer, T.): Economía y Sociedad en la historia moderna de Colombia. Frankfurt am Main 1997 (=Ibero-Amerikanisches Archiv, Heft 1/2, 1997).

Bernecker, W. L.: (Hrsg., zus. mit Seidel, C. C. und Hoser, P.) Die spanischen Könige. 18 historische Porträts vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 1997.

Bernecker, W. L.: (Hrsg.) De la Guerra Civil a la Transición: memoria histórica, cambio de valores y conciencia colectiva. Augsburg/Erlangen/Eichstätt 1997 (= MESA REDONDA, NF No. 9).

Fischer, Th.: Die verlorenen Dekaden. „Entwicklung nach außen“ und ausländische Geschäfte, in Kolumbien, 1870-1914. [=Hispano-Americana Bd. 16] Frankfurt a. M. 1997.

Fischer, Th.: (Hrsg., zus. mit Bernecker, W. L.): Economía y Sociedad en la historia moderna de Colombia. Themennummer Ibero-Amerikanisches Archiv, Bd. 23, 1997, Nr. 1-2.

Fischer, Th.: (Hrsg., zus. mit Altmann, W. und Zimmermann, K.): Kolumbien heute. Politik - Wirtschaft - Kultur. Frankfurt a. M. 1997.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Auslandswissenschaft (Englischsprachige Kulturen)

Prof. Dr. Reinhard R. Doerries

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 296

Fax: 0911 / 5302 - 696

e-mail: Doerries@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/awengl/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur der USA
- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur Großbritanniens
- Geschichte von Politik, Wirtschaft und Kultur Kanadas
- Geschichte Irlands
- International Relations, besonders Europa-Nordamerika
- Migration von Europa nach Nordamerika
- Akkulturationsprozesse von ethnischen Minderheiten in Mehrheitsgesellschaften
- Deutsche Außenpolitik gegenüber den USA
- Die Weltkriege und ihre Bedeutung für Europa und die USA
- Das Commonwealth und die ehemaligen britischen Kolonien
- Deutsch-britische Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert
- Geschichte und Politik der Europäischen Integration
- Massenmedien in den USA und Großbritannien
- Nachrichtendienste und Außenpolitik
- Deutsch-amerikanische militärische Beziehungen in der Zwischenkriegszeit
- Nationale Identität und politische Partizipation in den USA, 18. und 19. Jahrhundert
- Öffentlichkeit und politische Prozesse in den USA am Ende des 18. Jahrhunderts
- Kunst im 19. und 20. Jahrhundert

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Edition: Erika von Watzdorf-Bachoff: Im Wandel und in der Verwandlung der Zeit.

Bearbeiter: Prof. Dr. R.R. Doerries
Projektstart und -ende: 1995-1997
Charakterisierung: Edition der Erinnerungen einer Zeitzeugin. Spätes 19. Jahrhundert bis nach dem Zweiten Weltkrieg. Gebiete: Politik und Kultur

3.2 Der Marshallplan und die Genese des Kalten Krieges.

Bearbeiter: PD Dr. Michael Wala
Projektstart und -ende: 1996-1997
Charakterisierung: Die Entwicklung des Marshallplans als Instrument der "politischen Ökonomie im wahrsten Sinne des Wortes" (George F. Kennan) in der beginnenden Auseinandersetzung zwischen UdSSR und USA nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurde untersucht, und die politischen Bedingungen und Ziele wurden herausgearbeitet.

3.3 Die Rolle deutscher multinationaler Unternehmungen im Entwicklungsprozeß der Republik Südafrika.

Bearbeiter: Dr. Jan Cron
Projektstart und -ende: 1994-1997

3.4 Die Rückgabe der britischen Kronkolonie Hong Kong im Spiegelbild wirtschaftspolitischer Interessen Großbritanniens, der Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China.

Bearbeiter: Dr. Tobias Farny
Projektstart und -ende: 1994-1997

3.5 Whisk(e)y von den britischen Inseln. Eine Untersuchung der Produkte, der Industrien und der wirtschaftlichen Bedeutung des Whisk(e)y's für Schottland und Irland.

Bearbeiter: Dr. Klaus Mehrlich
Projektstart und -ende: 1993-1997

3.6 Analyse der Verstaatlichung von Unternehmen in Großbritannien 1945-1995: Die Entstehung der Clause IV der Parteiverfassung der britischen Labour Party und die Bedeutung der Verstaatlichung im wirtschaftspolitischen Konzept der britischen Sozialisten.

Bearbeiter: Dr. Nello Paduano
Projektstart und -ende: 1992-1997

3.7 Safe for Democracy? Deutsch-amerikanische Beziehungen aus dem Tätigkeitsfeld des Kaiserlichen Geheimrats Heinrich F. Albert zwischen 1914 und 1945.

Bearbeiter: Dr. Johannes Reiling

Projektstart und -ende: 1995-1997

3.8 Die Ansiedlung multinationaler Unternehmen und deren Effekte auf die Volkswirtschaft der Republik Irland.

Bearbeiter: Dr. Arndt Roller

Projektstart und -ende 1994-1997

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:**„Die Beeinflussung der deutsch-amerikanischen Beziehungen durch die Tätigkeit deutscher Nachrichtendienste in den Vereinigten Staaten von Amerika“**

Bearbeiter: Prof. Dr. R.R. Doerries

Die wissenschaftliche Erforschung der Geheimdienste und ihrer Aktivitäten ist vor allem in Großbritannien und den USA sehr weit fortgeschritten, und die Resultate dieser Forschung haben dazu beigetragen, die Geschichte unseres Jahrhunderts besser zu verstehen. Da der Kriegseintritt der USA auf Seiten der Gegner Deutschlands das Kriegsende wesentlich mitbestimmt hat, ist die Erforschung der deutschen Beziehungen zu den USA vor und in beiden Kriegen von großer Wichtigkeit. Politische Beziehungen zwischen Ländern sind in erheblichem Maße auch abhängig von der Qualität der Informationen, die über das jeweils andere Land zur Verfügung stehen.

In diesem Forschungsprojekt geht es in erster Linie darum, festzustellen, wann, wie und zu welchen Zwecken deutsche Agenten in den USA eingesetzt wurden. Ein weiterer Schritt ist die Aufarbeitung der amerikanischen Reaktionen und Gegenmaßnahmen. Aus der Erforschung von Geheimdienstaktionen und ihren Zielen einerseits und den Reaktionen der amerikanischen Regierung andererseits können dann wichtige Rückschlüsse auf den Stand der Beziehungen zwischen Deutschland und den USA erreicht werden.

Die verdeckten Aktionen (covert actions) der Geheimdienste und die Reaktionen des betroffenen Landes beeinflussen aber nicht nur die bilateralen politischen Beziehungen, sondern es ist wahrscheinlich, daß Geheimdienstaktionen weiterreichende Folgen haben. So ist es zum Beispiel im Ersten und im Zweiten Weltkrieg zu einer engen Kooperation der britischen und amerikanischen Nachrichtendienste gekommen, die messbare Einflüsse auf die Entwicklungen hatte.

Besondere Aspekte der nachrichtendienstlichen Tätigkeit sind der Einsatz von "umgedrehten" oder Doppelagenten und die Anwendung der sogenannten "Propaganda der Tat", bzw. der Sabotage. In beiden Weltkriegen ist es zur Verwendung von Doppelagenten gekommen, und in beiden Kriegen sind von Deutschland Sabotagetruppen in die USA entsandt worden. Die Klärung der Einsätze von Doppelagenten ist oft schwierig, und die Forschung ist sich uneinig über die Erfolge solcher Agenten. Die Entsendung

von Sabotageexperten, bzw. ihre Aufdeckung, hat dagegen nachweislich zu schwerwiegenden Reaktionen in der öffentlichen Meinung in den USA geführt und dadurch die amerikanische Position gegen Deutschland gestärkt.

Als Resultat der Erforschung der nachrichtendienstlichen Tätigkeit und ihrer Konsequenzen erscheinen somit häufig die internationalen Beziehungen in ganz neuem Licht.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Doerries, R. R. (Hrsg.); von Watzdorf-Bachoff, E.: Im Wandel und in der Verwandlung der Zeit, Stuttgart: Franz Steiner Verlag 1997.

Cron, J. C.: Deutsche Unternehmen im Entwicklungsprozeß Südafrikas, Wiesbaden: Deutscher-Universitäts-Verlag (Gabler/Bertelsmann) 1997.

Farny, T.: Die Rückgabe Hong Kongs an die VR China, Wiesbaden: Deutscher-Universitäts-Verlag (Gabler/Bertelsmann) 1997.

Lehnert, I.: Unternehmensübernahmen in den USA in den 80er Jahren, Wiesbaden: Deutscher-Universitäts-Verlag (Gabler/Bertelsmann) 1997.

Reiling, J.: Safe for Democracy?, Stuttgart: Franz Steiner Verlag, 1997.

Beiträge in Sammelwerken:

Doerries, R. R.; Rintelen, F.: German Agent in the Neutral United States, in: Wesley Wark, ed., The Dark Invader by Captain Franz von Rintelen, London 1997. (Classics of Espionage, Volume 4).

Herausgeberschaft:

Doerries, R. R. (Hrsg.): American Studies: A Monograph Series. Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter.

Doerries, R. R. (Hrsg.): Amerikastudien/American Studies. A Quarterly. Heidelberg: Universitätsverlag C. Winter.

Doerries, R. R. (Hrsg.): Perspectives in Intelligence History. Edinburgh: University of Edinburgh Press.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Wirtschafts-, Sozial- und Unternehmensgeschichte

Prof. Dr. W. Feldenkirchen

Findelgasse 7

90402 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 608

Fax.: 0911 / 5302 - 616

e-mail: Feldenkirchen@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/gesch/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts
- Geschichte des wirtschaftlichen Strukturwandels
- Industrie- und Branchengeschichte
- Banken- und Sparkassengeschichte (Herausbildung einzelner Funktionen, Institutionen und Typen von Banken, hist. Kapitalmarktforschung)
- Versicherungsgeschichte (Struktur, Bedeutung und Probleme der Versicherungswirtschaft)
- Aspekte der Wirtschafts- und Handelspolitik (Fragen der Agrarpolitik, langfristiger Wandel sozialpolitischer Ordnungssysteme)
- Unternehmer- und Unternehmensgeschichte (Anwendung mikroökonomischer Theorien in historischer Perspektive, Entwicklung einzelner Unternehmensbereiche, Konzentrations- und Kartellierungsvorgänge, historisch determinierte Aspekte der Corporate Identity und Unternehmenskultur, international vergleichende Unternehmensgeschichte)
- Entwicklung von Verbandsorganisationen und Interessengruppen

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert

Betreuer: Prof. Dr. W. Feldenkirchen

Bearbeiterin: Dr. S. Hilger

Projektstart und -ende: 1992–1997

Charakterisierung: Die deutsche Wirtschaft im 20. Jahrhundert ist durch zahlreiche Brüche und Zäsuren gekennzeichnet, die sich vom Ersten Weltkrieg, Inflation und Weltwirtschaftskrise, über die nationalsozialistische Rüstungswirtschaft und den

Zusammenbruch von 1945, bis hin zu Währungsreform und „Wirtschaftswunder“, Rezession und Wiedervereinigungsboom erstrecken. In der Studie ging es darum die wesentlichen Indikatoren des wirtschaftlichen Strukturwandels der vergangenen hundert Jahre (Bevölkerungswachstum, sektorales Wachstum etc.), die z.T. bis heute die Befindlichkeiten der deutschen Wirtschaft beeinflussen, überblicksartig zu beleuchten.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Aspekte der langfristigen Unternehmensentwicklung am Beispiel der Siemens AG“

Kooperationspartner: Siemens AG, München

Betreuer: Prof. Dr. W. Feldenkirchen

Projektstart und -ende: 1993–1997

Die durchschnittliche Lebenserwartung von Unternehmen in Westeuropa und den USA beträgt weniger als 20 Jahre. Nur wenige Großunternehmen haben, wie eine jüngst im Harvard Business Review veröffentlichte Untersuchung bestätigt, das damit schon fast archaisch anmutende Alter von 100 Jahren überschritten. Während von den fünfzig größten deutschen Industrieunternehmen des Jahres 1913 nur zehn bis heute überlebt haben, sind von den 20 heute im DAX vertretenen Industrieunternehmen elf vor mehr als hundert Jahren gegründet worden. Zu diesen Unternehmen gehört die 1847 als Telegraphen-Bauanstalt von Siemens & Halske gegründete heutige Siemens AG.

Vor diesem Hintergrund beschäftigte sich das anzugebende Forschungsprojekt mit den Voraussetzungen, die gegeben sein müssen, damit ein Unternehmen über einen langen Zeitraum hinweg erfolgreich sein kann. Am Beispiel der Firma Siemens wurden die Faktoren geprüft, die notwendig waren – und noch notwendig sind –, damit sich das Unternehmen von einem kleinen Werkstattbetrieb mit zehn Beschäftigten zu einem der größten Konzerne der Elektroindustrie mit heute fast 380.000 Mitarbeitern und einem Umsatz von nahezu 100 Mrd. DM entwickeln konnte.

Zu diesem Zweck orientiert sich die Arbeit an der obengenannten Harvard Studie, indem sie die dort genannten Charakteristika (etwa eine konservative Finanzpolitik, eine hohe Lernfähigkeit und Aufgeschlossenheit gegenüber neuen Ideen, eine ausgeprägte Unternehmenskultur sowie das Vorhandensein von strategischen „Visionen“) als Untersuchungsraster verwendet. Als methodische Ergänzung kann auf eine Untersuchung der Stanford University verwiesen werden, die die vergleichsweise geringe Anzahl von Unternehmensleitern (die fast immer intern rekrutiert werden) sowie die Bewahrung von „core values“, also unternehmerischen Grundwerten, die auch von den Trends und Moden der Managementliteratur nicht beeinträchtigt werden, als Indikatoren für langfristig erfolgreiche Unternehmen anführt. Zudem kann nach Peters and Waterman auch die Politik des „Stick to the Knitting“ als ein wesentliches Prinzip langfristigen Unternehmenserfolgs angesehen werden, betrachteten doch fast alle Unternehmen die Maximie-

rung des Gewinns nie als ein überragendes, sondern immer nur als eines von mehreren Unternehmenszielen.

Das Beispiel der Firma Siemens macht deutlich, daß an erster Stelle die technische Leistungsfähigkeit verbunden mit einer hohen Innovationsbereitschaft von herausragendem Einfluß für den Aufstieg des Unternehmens waren. Seit den Anfängen bilden zukunftsweisende, innovative Erfindungen die Basis des Unternehmenserfolgs. Den Grundstein für diese Entwicklung legte Werner von Siemens mit der Konstruktion des Zeigertelegraphen im Jahr 1847 und dem Bau der Telegraphenstrecke von Frankfurt a. Main nach Berlin – der damals längsten Telegraphenlinie des europäischen Kontinents. Dies war ein Vorhaben, das in der modernen Managementliteratur – ähnlich wie die in den 1860er Jahren durchgeföhrten, höchst risikoreichen Seekabelverbindungen nach Amerika und die Indo-Europäische Telegraphenlinie – als BHAG – „Big Hairy Audacious Goal“ bezeichnet wurde. Vorausschauende, „visionäre“ Unternehmen haben überall auf der Welt diese Herausforderungen angenommen, die auf den ersten Blick vor allem für außerhalb des Unternehmens Stehende unvernünftig und zu risikoreich erscheinen mußten. Nach dem Tod des Firmengründers folgte das Unternehmen der von ihm vorgezeichneten Linie: Von technischen Überlegungen ausgehend wurden einzelne Unternehmensbereiche kontinuierlich weiterzuentwickelt: Licht, Medizintechnik, drahtlose Nachrichtenübermittlung und dem Einstieg in die Hausgerätefertigung in den 1920er Jahre folgten nach dem Zweiten Weltkrieg die Bauelemente-Fertigung, Datentechnik, Automobiltechnik oder Halbleiter-Produktion. Heute reicht das Produktspektrum von Siemens und seinen konsolidierten Beteiligungsgesellschaften vom Microchip bis zum Kraftwerk, von der Glühlampe über komplekte Bahnsysteme bis zur Verfahrensleittechnik von Großanlagen. Elektrohausgeräte gehören ebenso „zur Familie“ wie Informationstechnik, Telekommunikation und die elektromedizinische Technik, die Elektrizitätserzeugung und -verteilung oder die Vielfalt der Maß-, Steuer- und Regeltechnik.

Neben strukturellen Voraussetzungen, die sich etwa im Investitionsaufwand für Forschung und Entwicklung niederschlagen, sind es im wesentlichen die Fähigkeiten und Verhaltensweisen der Mitarbeiter, die zum Erfolg des Unternehmens beitragen. Dies hat bereits Werner von Siemens erkannt, als er mit einer zeitgemäßen betrieblichen Sozialpolitik (1872 Gründung einer Pensionskasse, Einräumung von Mitwirkungsrechten und Gewinnbeteiligung) die Interessen der Mitarbeiter mit den Zielen des Unternehmens verbinden wollte.

Das Stichwort Internationalität charakterisiert ein weiteres Kennzeichen der Unternehmensentwicklung von Siemens und ist heute wie damals gekennzeichnet durch weltweite Geschäftstätigkeit. Bereits für Unternehmensgründer Werner von Siemens war der Weltmarkt der „relevante Markt“. Dementsprechend engagierte sich das noch junge Unternehmen in Rußland und Übersee. Die indo-europäische Telegraphenlinie und die Kabelverlegungen zwischen Europa und der Neuen Welt haben den Ruf der Firma Siemens nachhaltig beeinflußt.

Eine vergleichsweise vorsichtige Finanz- und Beteiligungspolitik ist ebenfalls ein charakteristisches Element der Unternehmensentwicklung, die bis zum Firmengründer zurückreichen. Werner von Siemens traf finanzpolitische Entscheidungen unter den Maximen Sicherheit, Liquidität und Unabhängigkeit. Die Ent-

wicklung von Siemens ist daher seit langem durch eine Finanzpolitik gekennzeichnet, die weniger auf eine Rentabilitäts- als vielmehr auf eine sicherheitsorientierte Liquiditätsvorsorge zielte und auf die Bewahrung der unternehmerischen Unabhängigkeit gerichtet war.

Ein weiteres Siemens-Spezifikum ist die über lange Zeit herausragende Rolle der Familie. Carl Friedrich von Siemens folgte der Leitvorstellung seines Vaters von der „Einheit des Hauses Siemens“. Auch heute noch konzentriert sich das Unternehmen auf die Elektrotechnik in ihrer gesamten Bandbreite, indem es einzelne Arbeitsgebiete an spezialisierte Tochter- und Beteiligungsgesellschaften überträgt („outsourcing“).

Damit wird entscheidend eine Unternehmenskultur geprägt, die als Kultur des Hauses Siemens die Einheit des Ganzen bei einer Vielfalt von Einzelfirmen symbolisiert. So ist denn auch das Vorhandensein einer ausgeprägten und starken Unternehmenskultur, also der intern geltenden, identifikationsstiftenden Normen und Werte, ein ganz wesentliches Merkmal, das die Firma Siemens auszeichnet. Die wesentlichen Elemente der Siemens'schen Unternehmenskultur lassen sich ausgehend von der überragenden Gründerpersönlichkeit Werner von Siemens über die Präsenz der Familie im Unternehmen, der hohen technologischen Leistungsfähigkeit und Innovationsbereitschaft, der früh gewonnenen Internationalität, der konservativen Finanzpolitik und der betrieblichen Sozialpolitik bis hin zum relativ konsistent gewachsenen Corporate Design historisch ableiten. Sie wurde in den vergangenen 150 Jahren zeitgemäß weiterentwickelt und wird auch den Herausforderungen der Zukunft (etwa durch Globalisierung und Durchbruch der Informationsgesellschaft) angepaßt.

Wie das Beispiel der Firma Siemens zeigt, sind somit insbesondere eine hohe Lernbereitschaft sowie ein flexibler Umgang mit neuen Ideen die Schlüsselqualifikationen für eine lebendige und anpassungsfähige Unternehmens- und Veränderungskultur – und damit die Basis für einen langfristigen unternehmerischen Erfolg.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Feldenkirchen, W.: 150 Jahre Siemens: das Unternehmen von 1847 bis 1997, München 1997.

Feldenkirchen, W.: 150 Years of Siemens: the Company from 1847 to 1997, Munich 1997.

Feldenkirchen, W.: Siemens von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München 1997.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Feldenkirchen, W.: Agrarpolitik im Nachkriegsdeutschland: Leitbilder und Ziele deutscher Politiker, Parteien und Interessenvertretungen, in: Hans-Jürgen Gerhard (Hrsg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 266-291.

Feldenkirchen, W.: Business Groups in the German Electrical Industry, in: Takao Shiba/Masahiro Shimotani (Eds.): Beyond the Firm. Business Groups in International and Historical Perspective (= Fuji Business History Series), Oxford 1997, pp. 135-166.

Feldenkirchen, W.: Corporate Identity und Unternehmensgeschichte, in: Sparen-Investieren-Finanzieren. Gedenkschrift für Herrn Prof. Dr. Dr. Josef Wysocki (= Sparkasse in der Geschichte, Abteilung 3, Band 13), Stuttgart 1997, S. 321-354.

Feldenkirchen, W.: Die Finanzierung des Wiederaufbaus im Hauses Siemens nach 1945, in: Horst A. Wessel (Hrsg.), Demontage – Enteignung – Wiederaufbau, Teil 1: Die elektrotechnische Industrie nach 1945 (= Geschichte der Elektrotechnik 15), Berlin/Offenbach 1997, S. 105-134.

Feldenkirchen, W.: Competition and Cooperation of Enterprises on National and International Markets (= VSWG-Beiheft 136), Stuttgart 1997, S. 13-34.

Feldenkirchen, W.: Werner von Siemens, in: Menschen, die die Welt bewegten, Stuttgart u.a. 1997, S. 367-467.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Soziologie und Sozialanthropologie

Prof. Dr. H. Kreutz

Findelgasse 9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911/5302-690

Fax.: 0911/5302-692

E-mail: wssa01@wsfg1.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozio2/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Hauptsächliche wissenschaftliche Arbeitsgebiete:

- *Methoden der empirischen Sozialforschung und Evaluationsforschung*
- Spezielle Erhebungstechniken: Beobachtungsverfahren: SYMLOG.
- *Pragmatische Soziologie*: Relationale Logik und Abduktion, Entwicklung von Modellen für Mikrosimulation.
- *Finanzsoziologie*: v. a. Mikro- und Mesoebene, Strategien von Banken und Versicherungen in Relation zu Verhalten von Sparern und Konsumenten.
- *Determinanten wirtschaftlicher Leistung* in unterschiedlichen Wertkontexten. Betriebsneugründungen und ihr Erfolg, Interferenz von Leistungs- und Machtbedürfnissen
- *Entwicklungssoziologie und Sozialanthropologie*: kulturelle Faktoren der wirtschaftlichen Entwicklung. Regionale Schwerpunkte GUS:
 - 1) Ostmitteleuropa (Transformationsforschung), 2) Ostasien, Pazifischer Raum.

2.2 Wichtigste aktuelle Forschungsthemen:

- Evaluation der Lehre in Universitäten.
- Die Finanzkrise des Staates und die Entwicklung der Universitäten
- Auswirkungen der wirtschaftlichen Krisenerscheinungen und der staatlichen Sparmaßnahmen auf die Studienabsichten und das Studienverhalten. Finanzsoziologie als neues Schwerpunkt fach.
- Entwicklung und Implementation eines neuen Curriculums für die Ausbildung von Ökonomen und Soziologen.
- Die Beteiligung bei politischen Wahlen. Die Typen und Formen des Nichtwählers. Heterogenität der Ursachen eines einheitlich erscheinenden Phänomens.

- Methodologische Arbeiten (Symlog, relationale Logik als Instrument für die Inhaltsanalyse von Bildmaterial).

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls im Zeitraum 1997

Thematik	Art des Projektes	Drittmittelgeber	Bewilligungszeitraum	Gesamtfördersumme in DM
1. Methoden der Evaluation der Lehre	Einzelvorhaben	ÖBMWV	1994-97	90.000
2. Lehrevaluation der WISO-Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg	Einzelvorhaben	a) Spenden b) RCDS	1996-97	25.000
3. Visualisierung von sozialwissenschaftlichen Forschungsergebnissen im Rahmen von künstlerischen Ausstellungen	Einzelvorhaben	a) Museo Pecci, Prato b) Österreich. Bundeskanzleramt c) Akademie für Bildende Kunst, Wien	1996-97	40.000

1. & 2. Methoden der Evaluation der Lehre/Lehrevaluation an der WISO

Im Jahr 1997 wurde eine Netzwerkanalyse der gleichzeitigen vergleichenden Bewertungen von mehreren Veranstaltungen durch die gleichen Studierenden durchgeführt. Im Ergebnis zeigt sich, daß dieser Zugang durchaus praktikabel ist, sehr valide Daten liefert und in dieser Hinsicht herkömmlichen Verfahren überlegen ist. Über das Untersuchungsdesign der Studie wurde in der Methodensektion der Deutschen Gesellschaft für Soziologie berichtet. Das Referat wurde intensiv diskutiert und stieß auf großes Interesse.

3. In zwei großen internationalen Ausstellungen (1. Biennale Florenz & Kunsthakademie Wien im Semper - Depot) wurde das Problem der Gestaltung des menschlichen Lebensablaufes insbesondere im Hinblick auf die Probleme der Generationsspannungen und der sozialen Desintegration alter Menschen thematisiert. Der Titel der Ausstellungen war: „The Cyborg and the Cult of Eternal Youth“. Die Konsequenzen des verfehlten Jugendkults auf Wirtschaft und Gesellschaft wurden ebenso thematisiert wie die Vereinsamung und Entwertung älterer Menschen. Die Konzeption der Ausstellung und die dargestellten Einzelbefunde wurden in einer Broschüre zusammengefaßt. Teile der Ausstellungen wurden auch bei der Documenta in Kassel präsentiert.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Determinanten des Erfolges neugegründeter Betriebe: Ein empirisches Forschungsprojekt in der Konzeptionsphase“

Projektbetreuer: Univ. Prof. Dr. H. Kreutz, Dipl. Sozw. J. Schmidt

Kooperationspartner: Mittelständische Unternehmen

Projektbeginn, -dauer: 1997-1999

Ein funktionierender *Mittelstand* spielt für die Stabilität insbesondere der deutschen Gesellschaft eine wesentliche Rolle. Entscheidend ist dabei zum einen die Schaffung von Arbeitsplätzen und somit der *Abbau von Arbeitslosigkeit*, zum anderen stellen diese Unternehmen *vier Fünftel aller Ausbildungsplätze* bereit. Insbesondere die katholische Soziallehre hat die gesellschaftsstabilisierende Funktion des Mittelstandes hervorgehoben. Mittelständische Unternehmen sind überschaubare Kommunikationszusammenhänge. In ihnen treten sich bisher Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht so anonym wie in Großbetrieben gegenüber. Dies trägt dazu bei, daß eine Polarisierung der Gesellschaft weitgehend vermieden wird.

Unter diesen Vorzeichen ist auch die sogenannte Münchner Gründerstudie aus dem Jahr 1990 zu betrachten. Sie behandelt kleine und mittlere Unternehmen unter dem Aspekt der Determinanten des Erfolges im Rahmen ihrer Neugründung. Ziel war dabei, Aufschlüsse zu gewinnen über die *Hemmnisse betrieblicher Entfaltung auf Wettbewerbsmärkten*. Das Nürnberger Forschungsprojekt hat zum Ziel, dieselbe Fragestellung auf die Stadt Nürnberg zu beziehen, also eine „*Nürnberger Gründerstudie*“ in Gang zu bringen. Die grundlegende theoretische Perspektive folgt dabei dem interaktionistischen Ansatz von *Georg Simmel* und verbindet diese mit der Theorie von *Talcott Parsons*. In einem zweiten Schritt werden personen-, betriebs- und umfeldbezogene Ansätze auf ihre Relevanz hinsichtlich der Gründungsforschung überprüft.

Die Theorie von *Georg Simmel* hat dreierlei Vorteile: zum einen dynamisiert sie die soziologische Theoriebildung, indem sie den *Prozeß der „Vergesellschaftung“* in den Mittelpunkt stellt. Zweitens beinhaltet sie eine *Analyse der Wechselwirkungsformen* des Handelns wie etwa „*Hierarchie*“, „*Konkurrenz*“ oder „*Stellvertretung*“. Interessant ist dieses Konzept, weil diese Formen des Handelns sich als eine Art „*sozialer Grammatik*“ auch in der betrieblichen Handlungswelt wiederfinden lassen. Führt man eine bestimmte Handlungsform zu Beginn einer Unternehmensneugründung ein, wird diese tendenziell in der Folge als selbstverständlich angesehen, obwohl sie eigentlich in einer späteren Phase der Behauptung auf dem Markt schon unbrauchbar sein kann. Die Forschung soll diese Formen der Wechselwirkung herausarbeiten. Weiterhin hat *Simmel* eine *Theorie der Emotionen* entwickelt. Er unterscheidet emotionale Grundformen wie z.B. „*Dankbarkeit*“, oder „*Treue*“. Die Thematisierung der Emotionen ist für den Bereich der Neugründung von Unternehmen deshalb so wichtig, weil gerade in der Anfangsphase einer Neugründung eine relativ große Flexibilität im Betrieb vorhanden sein muß (ungeregelte Arbeitszeit, keine genaue Abgrenzung der Tätigkeiten und Mitarbeiter bzw. Ansprechpartner), die nur mit einem ausgewogenen Verhältnis von emotionalem und rationalem Handeln ertragen werden kann.

Diese Theorie der Beziehungsformen von *Simmel* wird in einem nächsten Schritt mit dem funktionalistischen Ansatz von *Talcott Parsons* verbunden. Im Rahmen einer dreijährigen Längsschnittstudie (1986-1989) hat unser Lehrstuhl neugegründete Betriebe auf ihren Erfolg hin empirisch untersucht, wobei die spezifischen Lernprozesse und ihre Organisation sich als eminent wichtig erwiesen haben (vgl. H. Kreutz & G. Fröhlich, 1986 sowie H. Kreutz, J. Bacher & G. Fröhlich, 1989). Es zeigte sich dabei, daß nur jene Betriebe, die ihre internen Lernprozesse in der AGIL-Abfolge (adaption-goal attainment-integration-latency) organisieren konnten, sich als überlebensfähig erwiesen.

Auch in der erwähnten Münchner Gründungsstudie wirkte ein früherer Mitarbeiter unseres Lehrstuhls, Herr Prof. Preisendorfer, entscheidend mit.

Die empirische Datenerhebung im begonnenen Projekt soll zweistufig verlaufen: in einem ersten Schritt wird versucht, mittels wenig strukturierter Leitfadeninterviews in einigen ausgewählten Unternehmen „werktaiges Wissen“ (*Schelling*) über das Forschungsfeld zu erhalten. In einem zweiten Schritt soll dieses Wissen in die Gestaltung eines Fragebogens einfließen. In der ersten Jahreshälfte 98' wird mit der eigentlichen Erhebungsphase begonnen werden. Hierzu wird eine repräsentative Stichprobe auf der Grundlage der Gewerbeanmeldedaten der Jahre 1990 und 1991 gezogen. Dabei werden nur Betriebe betrachtet, die rechtlich und wirtschaftlich selbstständig sind.

In einer späteren Phase des Forschungsprojektes sollen dann die Erkenntnisse aus der Betriebsanmeldung mit einer empirischen Untersuchung der Fähigkeiten und Intentionen von Universitätsabsolventen und Studierenden in der Phase der Formulierung ihrer Abschlußarbeiten konfrontiert werden.

Zusammenfassung:

Pragmatische Fragestellung: Welche Faktoren beeinflussen das Überleben neugegründeter Betriebe?

Räumliche Eingrenzung: Großraum Nürnberg

Zeitliche Eingrenzung: Neugründungen von Betrieben in den Jahren 1992 und 1993 und die Entwicklung ihrer wirtschaftlichen Situation bis zum Jahr 1998

Sachliche Eingrenzung: Rechtlich und wirtschaftlich unabhängige Betriebe

Theoretischer Bezugsrahmen: Georg Simmels formale Soziologie sowie die funktionalistische Systemtheorie von Talcott Parsons

Bereichsbezogene Theorien: Personenzentrierte, betriebszentrierte und umfeldzentrierte Ansätze

Methode: Ziehung einer Zufallsstichprobe auf der Grundlage der Gewerbeanmeldedaten sowie der Daten der IHK Mittelfranken und des Wirtschaftsreferates der Stadt Nürnberg. Mündliche, qualitative und quantitative Befragung in den Betrieben.

Literatur:

Peter Preisendorfer, 1993, Erfolgs- und Überlebenschancen neugegründeter Betriebe, München

Henrik Kreutz, Johann Bacher, Gerhard Fröhlich, 1989, Alternative Projekte zwischen Fortschritt und Anpassung. Eine Längsschnittstudie in zwei Großstadtregionen, Nürnberg, IAB, BeitrAB 122

Talcott Parsons, 1968, Sozialstruktur und Persönlichkeit, Frankfurt/M.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Karsten, F.: Die Politik der Studentenbewegung. Ursachen und Folgen der Kulturrevolution in der Zeit der Studentenunruhen. Nürnberger Nachwuchsarbeiten zur Sozialökonomik, Bd. 3, S. 210.

Tamás, M.: Soziologie als Sozial-, Moral- und Kulturwissenschaft. Untersuchung zum Gegenstandsbereich, zur Aufgabe und zur Methode der Soziologie auf der Grundlage Karl Poppers evolutionärer Erkenntnistheorie, Habilitation, eingereicht an der Sozial- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Leopold-Franzens Universität Innsbruck (Gutachter: Prof. Dr. Henrik Kreutz und Univ. Prof. Dr. Max Preglau).

Tamás, M.; Friso D. H. (Hrsg.): Die Wissenschaftslehre Karl Raimund Poppers und die Entwicklung der Sozialwissenschaften, Angewandte Sozialforschung, Jg. 20, Heft 3/4.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Kreutz H.: „Trau' keinem über 30!“ - 1998: Am Ziel des langen Marsches durch die Institutionen, in, Karsten Floren, a.a.o., S.III-VIII.

Kreutz, H.: A korupció természet rajzáról - zsákutcábav a demokácia? (Die Naturgeschichte der Korruption - Demokratie in der Sackgasse?), Magyar Napló, Jg. 10, S. 35 - 40.

Kreutz, H.: Vernunft oder Verdrängung? Krieg und Massenmord: situationslogische Ausprägungen“ nationalen Handelns“, Angewandte Sozialforschung, Jg. 20 S. 65-82.

Kreutz, H.: The Cyborg and the Cult of Eternal Youth. A Scientific Concept for a Exhibition, 90 p., Kurzform veröffentlicht in: Dei cyborg e del culto dell' eterna giovinezza. Dell' inventare un nuovo habitus - la necessità di innovazioni culturali fondamentali, in: Biennale di Firenze, Habitus, Abito, Arbitare, Firenze, S. 84-87.

Meleghy, T.; Poppers, K.: Logik der Sozialwissenschaften. Eine wertimmanente Rekonstruktion, in T. Meleghy & F.D. Heyt, a.a.o. S. 95-108.

Arbeitspapiere:

Kohlweg, K.: Participatory Evaluation and Democracy. Paper presented at the Conference of the European Evaluation Society, 3.- 5.3.1997.

Kreutz, H. et al: Ästethische Urteile, Medieneinfluß und sozioökonomische Lage. Das Publikum der Oper „Lear“ von Aribert Reimann, Nürnberg - Wien.

- Kreutz, H.:** Wähler und Nichtwähler. Die politische Willensbildung in einer Gemeinde, Ergebnisse der Haushaltsbefragung in Rückersdorf.
- Kreutz, H.:** Design, Methoden und Forschungstechniken der Evaluation der Lehre. Untersuchung 'Prüfen den Prof' durchgeführt in Kooperation mit dem RCDS, Nürnberg.
- Kreutz, H.:** Entwicklung einer Konzeption von Verfahrensweisen zur Evaluation und Metaevaluation von Universitäten, Wien - Nürnberg.
- Kreutz, H.:** Korruption und Korruptionsbekämpfung in der Situation der Europäischen Integration. Eine soziologische Diagnose. Korruption als Form der Anomie. Eine Anwendung der Parsons'schen Theorie der Tauschmedien auf ein aktuelles Problem der Transformation der Gesellschaften. Vortrag an der Wirtschaftsuniversität Budapest 1997.
- Kreutz, H.:** Financial Sociology: an new key discipline. Paper presented at the Workshop on Financial Sociology, November 1997.
- Kreutz, H.:** Projekt Publikumsentwicklung: die zeitgenössische Oper findet ihr Publikum. Wege und Irrwege - mehr als ein Lernen durch Versuch und Irrtum, Vortrag gehalten beim 15. Österreichischen Kongreß für Soziologie, Graz 6. -8.12.1997.
- Kreutz, H.:** Analyse von Texten auf der Basis der relationalen Logik von Charles S. Peirce, Referat beim 15. Österreichischen Kongreß für Soziologie, Graz 6. - 8.12.1997.
- Kreutz, H.:** European Transformation Processes and the Implication for Social Theory presented at the 2nd Convention of „The European Association for the Advancement of Social Sciences“, Cyprus, 19th - 23rd March 1997.
- Kreutz, H.:** Relationale Logik und pragmatische Analyse der sogenannten Revolution in Rumänien. Referat beim 20. Internationalen Wittgenstein Symposium Kirchberg am Wechsel, 10. 16.8.1997.
- Kreutz, H.:** Eine Theorie der Korruption Vortrag gehalten an der Eötvös Lóránd Universität Budapest, am 21.11.1997.
- Kreutz, H.; Till, M.:** Die sozioökonomische Lage der Studierenden und die differentiellen Auswirkungen von Reformen und Sparmaßnahmen, Wien - Nürnberg, 2 Bde.
- Marx, C.:** Die Situation der 2. Generation von jüdischen Holocaust-Überlebenden in Israel und in der Bundesrepublik Deutschland.
- Schmidt, J.:** Hindernisse bei der Einführung von Gruppenarbeiten aus soziologischer Sicht.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Wirtschafts- und Sozialgeographie

Prof. Dr. Wigand Ritter

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 347

Fax: 0911 / 5302 - 409

E-mail: wsgg00@wsrz2.wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/wsgeo/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Im Jahre 1997 waren neben den weiterlaufenden Forschungen zu den Themengruppen

- Tourismus und Erholung,
- Verkehr und Transportwesen,
- Arabische Länder

Im besonderen Maße die geographischen Aspekte des Welthandels und der Globalisierung Gegenstand der Arbeiten des Lehrstuhls. Damit verbunden waren auch zahlreiche Vorträge an auswärtigen Standorten. Die Arbeiten zu den bayerischen / deutschen Wirtschaftsformationen (industrial districts) werden weitergeführt., z. T. in Zusammenarbeit mit J.P. Houssel (Universität Lyon). Die Beschäftigung mit Mittelfranken umfaßte heuer ein kleineres Projekt in Markt Erlbach, wogegen für eine Zusammenarbeit mit der Stadt Nürnberg über ein Hauptseminar wieder ein Stock möglicher Interessenten aufgebaut wird.

In der allgemeinen Forschung ging es um den besseren Kontakt zur Dienstleistungsgeographie, weshalb Prof. Staudacher aus Wien als Gastdozent in Nürnberg weilte.

3. Beendete Forschungsprojekte im Zeitraum 1997

3.1 Projektseminar in Markt Erlbach

Kooperationspartner: Gemeinde Markt Erlbach

Bearbeiter: Dr. Markus Exler

Projektstart und -ende: Februar bis Oktober 1997

Charakterisierung: Allgemeines Interesse der Gemeinde Markt Erlbach an einer Kenntnis der Chancen und eventuellen Hemmnisse für Betriebsansiedlungen. Im Rahmen eines Projektseminars wurden im Sommersemester 1997 die Be standsaufnahmen von einer Studentengruppe durchgeführt und die Ergebnisse im Herbst präsentiert. Ein Kurzbericht liegt vor.

3.2 Touristische Entwicklungsplanung in Nordsinai

Kooperationspartner: Gouvernat El Arish und GTZ Eschborn
Bearbeiter: Prof. Dr. Wigand Ritter
Projektstart und -ende: Februar bis Mai 1997
Charakterisierung: Das Projekt umfaßte die Prüfung eines größeren Tourismusprojekts und eine Beurteilung der aktuellen Entwicklung in Ägypten, die zu einer rapiden Verbauung der Küstenstreifen führt. Im Ergebnis können dem Projekt eines großen Zentrums für den internationalen Badetourismus keine großen Chancen gegeben werden, da der Südsinai selbst im Hochsommer wesentlich attraktiver ist.

3.3 Dissertation: Die Ausschaltung der Irrationalen im kommunalen Entscheidungsprozeß

Bearbeiter: Michael Herbert
Betreuer: Prof. Dr. Wigand RITTER
Projektstart und -ende: 1995 bis Dezember 1997
Charakterisierung: Der Frage, warum so viele Planungsentscheidungen irrational gefällt werden, weicht man gerne aus. Herbert schafft sich zunächst ein operationales Verständnis von rationaler Entscheidung und legt dann die potentiellen Störfaktoren samt verdeckten Fehlerquellen bei der Entscheidungsfindung dar. Ein Katalog von Maßnahmen zu deren Ausschaltung schließt die Arbeit ab.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Kreuzfahrten - Die touristische Eroberung der Ozeane“

Projekttyp: Dissertation
Bearbeiter: Christian Schäfer
Betreuer: Prof. Dr. Wigand Ritter
Projektstart und -ende: 1995 bis Dezember 1997

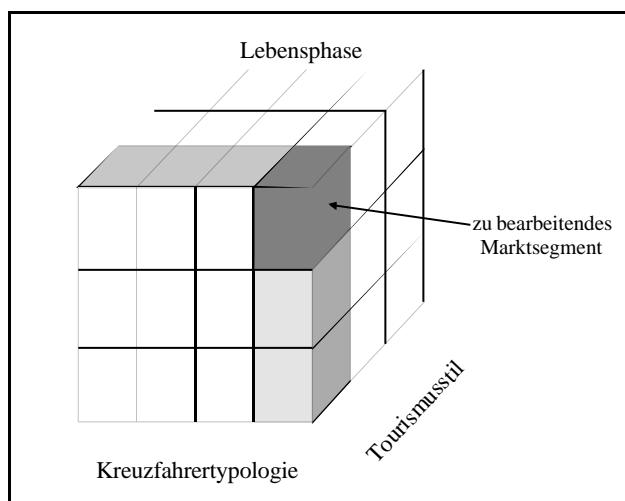
Dieses Thema ruft bei vielen zunächst ein verschmitztes Lächeln hervor, denkt man dabei doch spontan an Sonne, Strand, Meer, schönes Wetter und gutes Essen - an Urlaub und Erholung eben. Bei solchen Vorstellungen fällt es recht schwer, sich hierunter eine sowohl sinnvolle als auch ernsthafte wissenschaftliche Themenstellung vorzustellen. Berücksichtigt man allerdings, daß es sich bei Kreuzfahrten um eines der komplexesten und logistisch aufwendigsten Systemgefüge innerhalb des Tourismus und mit einem Jahresumsatz von mittlerweile über 13 Mrd. US\$ um den vielleicht schnellst wachsenden Bereich der Fremdenverkehrsbranche überhaupt handelt, so wundert man sich, warum eine eingehende Untersuchung dieser Thematik bisher weitgehend ausgeblieben ist. Die vorliegende Studie versucht, diese Lücke zu schließen, die sich auch im bisherigen Forschungsprogramm des Lehrstuhls ergeben hatte. Sie beschäftigt sich neben einer allgemeinen Analyse des Kreuzfahrtmarktes vor allem mit der Erarbeitung

einer „Geographie des Kreuzfahrttourismus“ sowie der Untersuchung der Entwicklungspotentiale und -hemmnisse dieser Fremdenverkehrsart.

Kreuzfahrten lassen sich als eine touristische Innovation charakterisieren. Wenn ihre Ursprünge sich auch bis ins letzte Jahrhundert zurückverfolgen lassen, so entwickelte sich diese Art der Seereise erst seit Ende der 60er Jahre infolge der Verdrängung des Passagierschiffs durch das Flugzeug auf der Nordatlantikroute zu einer eigenen Tourismusart i. S. Posers. Heute werben fast 90 Reedereien mit weit über 200 Schiffen um die Gunst der Passagiere. Dabei hinken Europa und insbesondere auch Deutschland der boomhaften Entwicklung in Nordamerika weit hinterher. Obwohl sich dort die „Cruises“, wie Kreuzfahrten im Fachjargon bezeichnet werden, schon lange als völlig normale und auch preislich attraktive Urlaubsform etabliert haben, leiden sie in der Alten Welt noch immer unter ihrem Image als „schwimmendes Altersheim“, als „Kalorienarche“ und als „Luxusprodukt“. Gründe hierfür liegen vor allem im einseitig angebotsorientierten, konventionellen und wenig innovativen Kreuzfahrtmarketing.

Daher war das Aufzeigen von Entwicklungspotentialen eines der Ziele dieser Studie. Dabei ragen insbesondere zwei erfolgsversprechende Perspektiven heraus: Zum einen kreuzfahrtspezifische Segmentierung des Seereisemarktes und zum anderen der in letzter Zeit viel diskutierte Aspekt der „Nachhaltigkeit“ oder „Sustainability“ des Fremdenverkehrs. In Hinsicht auf die Erfolgsaussichten einer Segmentierung des Kreuzfahrtmarktes reicht ein Blick auf die derzeitige Situation. Obwohl die amerikanischen Cruise-Lines jedes Jahr mehrere Millionen unterschiedlichster Passagiere aus Nordamerika gerade für ihre sog. „Contemporary Cruises“ begeistern, verzeichnen sie nur geringe Erfolge in Europa. Die Europäer wiederum erreichen mit ihrem vor allem an „klassischen Kreuzfahrten“ orientierten Angebot vor allem eine ältere Klientel. Beide haben bisher noch Angst, sich an den Wachstumsregionen in Asien die Finger zu verbrennen. Die Gestaltung eines erheblich breiteren, marktsegmentgerechten Angebots (z. B. nach dem Vorbild der internationalen Hotelketten) erscheint daher die größte Herausforderung für die Anbieter. Hierfür bieten sich als Segmentierungskriterien Lebensphase, Kreuzfahrertypologie und regionaler Tourismusstil an, wie es der Marktsegmentierungswürfel der Kreuzfahrtindustrie in Abb. 1 verdeutlicht.

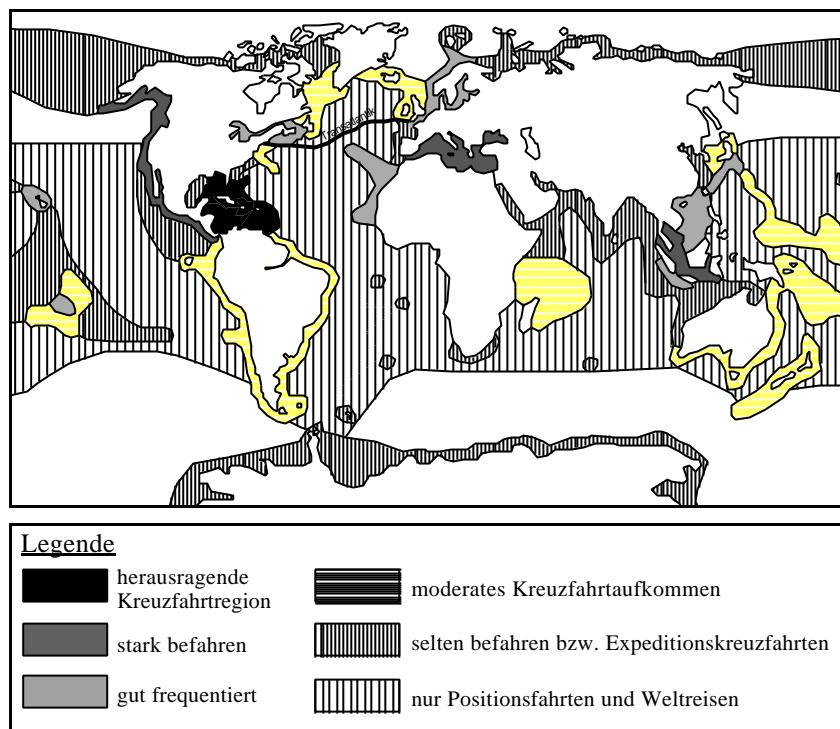
Abb. 1: Marktsegmentierungswürfel der Kreuzfahrtindustrie



Der zweite Aspekt ist die Frage der Nachhaltigkeit. In der wissenschaftlichen Diskussion wird sie durch intellektuellen Hochmut oftmals völlig verdreht. Dabei ist es doch offensichtlich eine Illusion, man könne die Entwicklung des Massentourismus der letzten Jahrzehnte tatsächlich noch einmal zurückdrehen. Weder die Mehrheit der Reisenden, noch die der Bereisten ließe sich davon überzeugen. Deshalb kann es nur das Ziel einer ernsthaften Tourismusforschung sein, nach besseren i. S. von weniger belasteten Tourismusformen zu suchen. Ein Vergleich von Kreuzfahrten mit anderen Fremdenverkehrsarten in ökonomischer, sozio-kultureller und ökologischer Hinsicht macht deutlich, welch große Vorteile diese Urlaubsform hier aufweist. Insbesondere in Hinblick auf die ökologische Verträglichkeit wird mit Hilfe einer Lebenszyklusbetrachtung deutlich wie sehr Kreuzfahrten gerade im Entstehungs- und Entsorgungszyklus anderen Alternativen überlegen sind. Zudem fallen aufgrund der Geschlossenheit und der mittlerweile erfolgten ökologischen Optimierung des Systems Kreuzfahrtschiff auch während der Marktphase wesentlich geringere Belastungen an. Gerade vor dem Hintergrund der Diskussionen um den Dritt Welttourismus zeigen Kreuzfahrten damit einen der wenigen nachhaltigen und tatsächlich gangbaren Wege auf.

Der Versuch zu einer „Geographie des Kreuzfahrttourismus“ zerfällt in zwei Teile: die Routenplanung und die Analyse der Kreuzfahrtregionen. Die Planung von Kreuzfahrttrouten orientiert sich an den bekannten logistischen Optimierungsaufgaben des Travelling Salesman-Problems bei geschlossenen und Paul Reverb's Ride bei offenen Ketten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Passagiere sich von einer Kreuzfahrt einen gewissen Erlebniswert versprechen. Dem sind viele Seetage abträglich. Vielmehr erwarten die Kunden i. d. R. tagsüber im Hafen zu liegen und nachts unterwegs zu sein. Um diese Erwartungen in die Analyse einfließen zu lassen, wurde im Rahmen dieser Arbeit der Nachrand-Ansatz entwickelt, der die vor diesem Hintergrund maximal geeignete Distanz zwischen zwei Anlaufhäfen beschreibt. Diese liegt bei ca. 210sm (= 390km). Eine in dieser Hinsicht unternommene Untersuchung ergibt, daß nur die Karibik und das Mittelmeer ein ausreichend dichtes Nachrand-Netz aufweisen. Neben dieser Überlegung spielen aber noch andere Faktoren eine entscheidende Rolle bei der Beurteilung der Eignung von Kreuzfahrtregionen: das Klima, Strände, Landschaft, Flora und Fauna, Sehenswürdigkeiten, Shoppingmöglichkeiten und Image, aber auch Sicherheit, politische Stabilität sowie die Entfernung zu den Quellgebieten der Touristen. Dabei erweist sich die klimatische Eignung als der entscheidende Faktor, denn auch die bestgeeignete Region wird bei widrigen klimatischen Verhältnissen nicht bereist. Bei der Analyse all dieser Faktoren erweist sich ausschließlich die Karibik als ideal geeignetes Fahrtgebiet. Dies wirkt sich auch in der Praxis auf die Passagierzahlen aus: 50% der gesamten Passagiertage des weltweiten Kreuzfahrttourismus entfallen allein auf die Karibik, in einzelnen Monaten sind es sogar über 70%. Weit dahinter folgen mit 15% das Mittelmeer, mit 9% Südostasien und überraschenderweise mit 7% die ausschließlich als Sommerfahrtgebiet geeignete Region „Alaska und Westküste Kanadas“.

Abb. 2: „Weltkarte“ der Kreuzfahrttourismus



Vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen jahreszeitlichen Eignung und Änderungen im Nachfragerverhalten erweisen sich Kreuzfahrtschiffe stationären Tourismusformen als ökonomisch überlegen, da sie bei Bedarf das Kreuzfahrtgebiet jederzeit wechseln können. Bei der Festlegung des sog. „Block-outs“ im Rahmen der Planung eines Kreuzfahrtkalenders sind solche Wechsel allerdings aufgrund der oft notwendigen, vermarktungstechnisch aber unattraktiven Positionsfahrten mit ihren vielen Seetagen als kritisches Element zu bewerten. In Hinblick auf die Planungskomplexität nehmen die legendären Weltreisen eine Sonderstellung ein; sie kann man noch heute als die „Königsdisziplin“ des Kreuzfahrttourismus bezeichnen.

Die Ergebnisse dieser Studie stießen nicht nur auf Seiten der Kreuzfahrtbranche auf reges Interesse, sondern eignen sich auch für die Bewertung der Chancen einzelner Regionen und Häfen als Destinationen des Kreuzfahrttourismus, wie sich derzeit anhand erster Praxisprojekte zeigt.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Ritter, W.; Frowein, M.: Reiseverkehrsgeographie, 5. ergänzte und aktualisierte Auflage, Max Gehlen Verlag, Bad Homburg.

Bräse, P.: Standorte deutscher Wirtschaftsprüfungsgesellschaften, Gabler Verlag Wiesbaden, Ed. Wissenschaft, mit Geleitwort von W. Ritter.

Glania, G.: Das Welthandelsgut Kaffee, Peter Lang, Frankfurt, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Bd. 2130.

Zeuzem, V.: Erfolgsfaktoren in der Natursteinindustrie, Peter Lang, Frankfurt, Europäische Hochschulschriften, Reihe V, Bd. 2179.

Aufsätze in Sammelbänden:

Ritter, W.: Zeitzonenkarte der Welt, Neuer Konzenn Atlas, Ed. Hölzel, Wien, S. 176

Ritter, W.: Welthandel - eine vergessene Dimension der Wirtschaftsgeographie, Vorwort zu Guido Glania (s. o.), S. V-VII.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Exler; M.: Containerverkehr - Subsystem der Weltwirtschaft, Geographische Rundschau, Heft 12/97, S. 743 - 746.

Exler; M.: Containerlandbrücken - Ergänzungen oder Substitution von Überseetransporten? Zeitschrift für den Erdkundeunterricht (in Druck).

Ritter, W.: Mit nassen Füßen auf unserer Türschwelle, Zeitschrift für den Erdkundeunterricht, Heft 10/97, S. 384 - 385.

Ritter, W.: Die Wirtschaftskarten im neuen Konzenn Atlas, GW-Unterricht, 66/97, S. 57 - 62.

Arbeitspapiere

Ritter, W.: Tourism Potential in North Sinai - situational analysis and prospects for development. Gourvernante of North Sinai and GTZ Eschborn, 46 S., englische und arabische Ausgabe.

Exler, M.; Ritter, W.: Markt Erlbach, Bericht zum Projektseminar, S. 11.

1. Bezeichnung der Professur und des Professurinhabers

Professur für Sozialpolitik

Prof. Dr. Hermann Scherl

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg,

Tel.: 0911 / 5302 - 640

Fax: 0911 / 5302 - 636

E-mail: scherl@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/sozpol/>

2. Forschungsschwerpunkte

- Reformbedarf und Reformmöglichkeiten bei der **Sozialen Sicherung**, insb. bei der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung, der Arbeitslosenversicherung und bei der Sozialhilfe.
- Arbeitsmarktpolitik:** Ziele, Instrumente und Wirkungen, insb. Analysen zur Zweckmäßigkeit der Ausgestaltung arbeitsmarktpolitischer Instrumente nach dem Arbeitsförderungsreformgesetz von 1997 bzw. nach dem neuen dritten Buch des Sozialgesetzbuches (Arbeitsförderung).
- Betriebliche Arbeits- und Personalpolitik**, insb. Arbeitszeitgestaltung, Entgeltpolitik, Personalauswahl und -entwicklung, Arbeitsorganisation.

3. Beendete Forschungsprojekte (1997)

3.1 Reform der Sozialen Sicherung

Kooperationspartner: Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler der „Arbeitsgemeinschaft Soziale Ordnungspolitik“ (ASOP), im Rahmen des Gesamtprojekts „Ordnungspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts“.

Bearbeiter: Prof. Dr. Hermann Scherl

Projektstart und -ende: November 1995 bis April 1997

Charakterisierung: Darlegung von Herausforderungen und Ausarbeitung von Leitlinien für eine Neuordnung der Sozialen Sicherung, verbunden mit Vorschlägen zu Reformen in der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Krankenversicherung und in der Arbeitslosensicherung und Arbeitsförderung.

3.2 Praxisbezogenes Projekt: Auswahl von Auszubildenden in einem Großunternehmen

Kooperationspartner: Diehl GmbH & Co, Hauptverwaltung Nürnberg

Bearbeiterin: Manuela Grätz (Diplomarbeit)

Projektstart und -ende: März 1997 bis: September 1997

Charakterisierung: Evaluation der bisherigen Verfahren zur Auswahl von Auszubildenden beim Kooperationspartner und Empfehlungen zu einer Reform (die mittlerweile überwiegend umgesetzt wurden).

3.3 Empirische Analyse zur Lohnkurve in der Bundesrepublik Deutschland

Kooperationspartner: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
 Bearbeiterin: Anita Mederer (Diplomarbeit)
 Projektstart: Juli 1996 bis Januar 1997
 Charakterisierung: Der Anfang der 90er Jahre entdeckte und mittlerweile verbreitet als neues „empirisches Gesetz“ betrachtete inverse Zusammenhang von regionaler Arbeitslosigkeit und regionalem Lohnniveau („Lohnkurve“) wird anhand von Daten aus der repräsentativen IAB-Beschäftigtenstichprobe für 1989 (55.000 Beschäftigungsfälle) mittels einer Mehrebenenanalyse überprüft und spezifiziert. Es zeigt sich u.a., daß die „Lohnkurve“ hier flacher verläuft, als es in anderen Studien, insb. für andere Länder, dargestellt wird.

3.4 Übergänge von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den Rentenbezug

Kooperationspartner: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
 Bearbeiterin: Christina Wübbeke (studentische Hilfskraft - Diplomarbeit)
 Projektstart: Mai 1997 bis Dezember 1997
 Charakterisierung: Aufbereitung und Auswertung von Individualdaten aus der Beschäftigtenstichprobe des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zur Art und Verteilung der Übergänge aus Beschäftigung in Rente nach Altersklassen während des Zeitraumes von 1975 bis 1990 und ökonometrische Prüfung zweier konkurrierender Erklärungsansätze - siehe den nachfolgenden ausführlichen Bericht (unter 4.)

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Übergänge von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in den Rentenbezug“

Kooperationspartner: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg
 Bearbeiterin: Christina Wübbeke
 Projektstart und -ende Mai 1997 bis Dezember 1997

Ein Lösungsansatz zur Entschärfung der absehbaren langfristigen Finanzierungsprobleme in der Rentenversicherung wird vielfach darin gesehen, durch Änderungen des Rentenrechts, insb. durch Anhebung

der Altersgrenzen für Rentenbezug in Verbindung mit Rentenminderungen bei vorzeitigem Renteneintritt und Rentenzuschlägen bei verspätetem Renteneintritt, besondere Anreize zur Verlängerung der Erwerbsphase zu schaffen. Darauf wurden bereits mehrfache Änderung des Rentenrechts ausgerichtet, so bei der Rentenreform 1992, im Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz von 1996 sowie im Rentenreformgesetz für 1999.

Fraglich und strittig ist dazu, ob sich die Wirkung solcher rentenrechtlicher Änderungen allein auf eine Absenkung der Rentenhöhen bei weiterhin vielfach vorzeitig in Anspruch genommenen Renten beschränkt, oder ob damit auch eine Erhöhung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters und damit eine Verlängerung der durchschnittlichen Beitragsdauer und eine Verkürzung der durchschnittlichen Rentenlaufzeit erreicht wird.

Zu dieser Frage ergeben sich aus zwei unterschiedlichen theoretischen Ansätzen zur Erklärung des durchschnittlichen Renteneintrittsalters unterschiedliche Antworten. In „Pull“-Ansätzen werden die individuellen Entscheidungen über den Zeitpunkt des Überganges in den Ruhestand hauptsächlich von individuellen Faktoren (Präferenzen) und von der Ausgestaltung des Sozialrechts (Anreizwirkung) bezüglich Renteneintrittsmöglichkeiten und Rentenhöhe sowie bezüglich der Sicherung bei übergangsweiser Arbeitslosigkeit bestimmt. In „Push“-Ansätzen ist hingegen die Anreizgestaltung des Sozialrechts eher zweitrangig, vorrangig wirksam ist der von der jeweiligen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage ausgehende „Druck“ auf ältere Arbeitnehmer zum Auscheiden aus dem Arbeitsmarkt (u.a. über betriebliche Kündigungen oder einvernehmliche Auflösungen von Arbeitsverhältnissen, oft mit übergangsweiser Arbeitslosigkeit). „Pull“-Ansätze unterstellen den Arbeitnehmern überwiegend die Initiative zu freiwillig angestrebtem Übergang in den Ruhestand, „Push“-Ansätze hingegen mehr ein Reagieren bei eher unfreiwilligem Rückzug aus dem Arbeitsmarkt.

Anhand von Individualdaten aus der repräsentativen IAB-Beschäftigtenstichprobe (Paneldaten zu Erwerbsverläufen von 1975-1990) über die Beendigung der Erwerbsphasen bei männlichen Arbeitnehmern aus den Geburtsjahrgängen von 1920 bis 1925 während des Beobachtungszeitraums von 1975 bis 1990 (insgesamt 11.657 Fälle) wurde mit ökonometrischen Methoden untersucht, inwieweit sich die erfaßten endgültigen Austritte aus Beschäftigung oder Arbeitslosigkeit durch Pull- oder Push-Faktoren erklären lassen. Dazu wurden zwei statistische Verfahren angewandt, zum einen ein ereignisanalytischer Ansatz mit einem „Peacewise Constant Exponential Model“ und zum anderen eine „logistische Regressionsanalyse“. Dafür mußten die beiden theoretischen Ansätze passend zu den statistischen Verfahren und zu den verfügbaren Individualdaten operational spezifiziert werden, wobei für theoretisch bedeutsame Variablen erst geeignete Indikatoren zu suchen waren.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, daß die mit der Beschäftigungslage verbundenen Push-Faktoren auf das Erwerbsaustritts- bzw. Renteneintrittsgeschehen während des betrachteten Zeitraumes einen dominanten Einfluß hatten. Der schon in diesem Zeitraum feststellbare und danach noch stärker in Erscheinung tretende Trend zu zunehmend früherer Beendigung der Erwerbsphase und zu frühzeitigeren Übergängen in den Rentenbezug ist demnach hauptsächlich mit den seit 1975 eingetretenen Verschlechterungen der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktlage in etlichen Beschäftigungsbereichen (Branchen) zu erklären.

Im Lichte dieses Befundes ist gegenüber Hoffnungen, daß sich das durchschnittliche Renteneintrittsalter durch rentenrechtliche Änderungen wieder erhöhen ließe, erhebliche Skepsis angebracht, zumindest für den Fall, daß sich die Arbeitsmarktlage nicht wesentlich verbessert. Die Rentenpolitik kann zwar vorzeitige Rentenzugänge vor der politisch festgesetzten Regelaltersgrenze erheblich erschweren und durch Rentenabschläge unattraktiver machen, aber bei weiter ungünstiger Arbeitsmarktlage in etlichen Beschäftigungsbereichen ist damit zu rechnen, daß viele vorzeitig aus Beschäftigung ausscheidende ältere Arbeitnehmer dann übergangsweise länger und stärker auf Arbeitslosenhilfe und/oder Sozialhilfe angewiesen wären.

Publikationen zu dieser Untersuchung sind für 1998 geplant.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Falk, W. (Wissenschaftlicher Mitarbeiter bis Juli 1996): Wohnen im Lebenslauf - Die Wirkungen der deutschen Wohnungspolitik, Amsterdam 1997 (Dissertation 1996, ausgezeichnet mit einem Wissenschaftspreis des Verbandes der privaten Bausparkassen).

Peter, J.: Betriebswirtschaftliche und sozialpolitische Aspekte neuer Konzepte der Gruppenarbeit im Rahmen von Lean-Management, Regensburg 1997 (Dissertation 1996).

Aufsätze in Sammelbänden:

Scherl, H.: Herausforderungen, Leitlinien und Ansatzpunkte zur Neuordnung der Sozialen Sicherung in: Schlotter, H.G. (Hrsg), Ordnungspolitik an der Schwelle des 21. Jahrhunderts, Baden-Baden, 1997, S. 73-127.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft

Prof. Dr. Winfried Schulz

Findelgasse 7/9

90402 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 674

Fax: 0911 / 5302 - 659

E-mail: Winfried.Schulz@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Sozw/kommpol/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

- *Nutzung und Wirkung der Massenmedien*

Untersuchungen darüber, wer welche Zeitungen und Zeitschriften liest, Radiosender hört und Fernsehsender sieht, wieviel Zeit den einzelnen Medien gewidmet wird, in welchem Lebenszusammenhang und aus welchen Motiven die verschiedenen Medien genutzt werden; Untersuchungen über die Folgen der Mediennutzung, z.B. über Veränderungen des Verhaltens (in Freizeit, Familie), von Wissen und Vorstellungen, Emotionen und Einstellungen; Untersuchungen über die Leistungen der Medien als Werbeträger.

- *Kampagnen-, PR-Forschung*

Untersuchungen über die Konzeption und Planung, über Implementation und Erfolg von Kampagnen zur Beeinflussung der Öffentlichkeit (Wahlkampagnen, Public Relations-Kampagnen, Social Marketing-Kampagnen), Resonanzanalysen.

- *Inhalte der Medien und ihre Entstehung*

Untersuchungen über die Arbeitsweise der Medien, Einflüsse auf die Nachrichtenproduktion, Inhaltsstruktur von Presse, Radio, Fernsehen und Nachrichtenagenturen, über die Qualität der Berichterstattung und Unterhaltungsbeiträge; inhaltsanalytische Methodenentwicklung.

- *Medienökonomie*

Untersuchungen zur Struktur und Dynamik der Medien- und Werbewirtschaft aus sektoraler und marktbezogener Perspektive, Interdependenzen mit gesellschaftlichen bzw. politischen Entwicklungen

3. Beendete Forschungsprojekte 1997

3.1 Internet und Online-Dienste als Quelle politischer Information

Kooperationspartner: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung
Bearbeiter: Prof. Dr. Winfried Schulz, Dr. Lutz M. Hagen, Dipl.-Sozw. Harald Berens,
Dipl.-Sozw. Daniela Leidner, Martin Rieß, M.A., Dipl.-Sozw. Reimar Zeh
Projektstart und -ende: Februar 1996 bis September 1997
Charakterisierung: Die Studie geht der Frage empirisch nach, von wem und wie Internet und Online-Medien als Informationsquelle über politische Sachverhalte genutzt werden. Mittels repräsentativer Redaktions- und Bevölkerungsumfragen wird die professionelle Nutzung durch publizistische Medien zum einen, die private und berufliche Nutzung durch die einzelnen Bürger zum anderen untersucht.

3.2 Die Wahlberichterstattung zur tschechischen Parlamentswahl 1996 im öffentlichen-rechtlichen und privaten Fernsehen

Kooperationspartner: Lehrstuhl für Massenkommunikation der Karls-Universität Prag
Bearbeiter: Prof. Dr. Winfried Schulz, Dr. Lutz M. Hagen, Mgr. Irena Reifova, Dipl.-Sozw. Daniela Leidner
Projektstart und -ende: Mai 1996 bis Mai 1997
Charakterisierung: Die Berichterstattung im tschechischen Fernsehen zur Parlamentswahl 1996 wurde im Hinblick auf Qualitätsmerkmale und die Darstellung der Parteien und ihrer Spitzenkandidaten untersucht. Es handelte sich um die erste Wahl nach der Etablierung eines dualen Rundfunksystems und nach der Trennung in die Tschechische und Slowakische Republik.

3.3 Der Kampf um Castor in den Medien. Konfliktbewertung, Nachrichtenresonanz und journalistische Qualität

Kooperationspartner: Konrad-Adenauer-Stiftung
Bearbeiter: Prof. Dr. Winfried Schulz, Dipl.-Sozw. Harald Berens, Dipl.-Sozw. Reimar Zeh
Projektstart und -ende: Juni bis November 1997
Charakterisierung: Die Berichterstattung von dpa, Presse und Fernsehen über die Castor-Transporte nach Gorleben im Frühjahr 1997 wurde im Hinblick auf Determinanten der Nachrichtenresonanz, politische Einseitigkeit und die Qualität der Berichterstattung analysiert (ausführliche Charakterisierung unten)

3.4 Virtuelle Realitäten als Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Bearbeiter: Torsten Ambs
Projektstart und -ende: August 1993 - Februar 1997
Charakterisierung: Unter dem Oberbegriff des „technologischen Wandels“ geht die Studie der Frage nach, welche realen Wirkungen sich durch computergestützte Informationsbereitstellung und -verarbeitung ergeben können. Im Zentrum der Arbeit steht dabei die Schaffung computergestützter virtueller Realitäten und ihr Nutzungs- und Wirkungspotential in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

3.5 Die deutsch-französischen Gipfeltreffen der Ära Kohl-Mitterand 1982-1994: Medienspektakel oder Führungsinstrument?

Bearbeiter: Christoph Lind
Projektstart und -ende: Juni 1992 - April 1997
Charakterisierung: Die deutsch-französischen Gipfeltreffen werden im Hinblick auf ihre Gestaltung und ihren primären Nutzen für die beteiligten politischen Akteure untersucht. Dabei wird der Frage nachgegangen, ob sie dauerhaft zur Verbesserung der politischen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich beitragen können.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Der Kampf um Castor in den Medien. Konfliktbewertung, Nachrichtenresonanz und journalistische Qualität“

Hintergrund und Zielsetzung

Die letzte Phase des vorerst letzten von drei heftig umstrittenen Castor-Transporten zum atomaren Zwischenlager in Gorleben begann am 28. Februar 1997 im baden-württembergischen Walheim und endete nach massivem Polizeieinsatz am 5. März um 15.13 Uhr in Gorleben. Der Transport war begleitet von heftigen Demonstrationen und teils passiven, teils gewaltsamen Behinderungen.

Wie Fernsehen und Presse den Castor-Konflikt darstellten, untersuchten Professor Schulz und seine Mitarbeiter am Lehrstuhl für Kommunikations- und Politikwissenschaft der WiSo-Fakultät. Die Studie wurde von der Konrad-Adenauer-Stiftung gefördert.

Die Berichterstattung der Massenmedien ist nicht nur für die Bürger, sondern auch für Politiker eine wichtige Grundlage ihrer Meinungsbildung. Sie liefert den Schlüssel zum Verständnis der öffentlichen Meinung wie auch der politischen Entscheidungen in der Kernenergie-Kontroverse. An Inhalt und Form der Berichterstattung lässt sich die journalistische Qualität der Nachrichtenmedien ermessen. Sie ist auch gut als Lackmustest geeignet, um den redaktionellen Standort verschiedener Medien zu bestimmen.

Untersucht wurden die bedeutenden meinungsbildenden Zeitungen, die tagesaktuellen Informationssendungen im Fernsehen und der Basisdienst der Deutschen Presse-Agentur (dpa).

Ergebnisse

In allen meinungsbildenden Zeitungen waren die am Castor-Konflikt beteiligten Politiker ein besonders häufiges Objekt der *Kommentierung*. Ihr Verhalten wurde ganz überwiegend kritisch gesehen. Die Presse vermittelte fast einhellig den Eindruck von Politikversagen. Am moderatesten war dabei die Frankfurter Allgemeine, am entschiedensten kritisch die Süddeutsche Zeitung. Auch die Polizei wurde in allen meinungsbildenden Zeitungen vorwiegend negativ bewertet, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen: von den linksorientierten Zeitungen wegen ihres als zu hart empfundenen Einsatzes, von den konservativen wegen ihrer zu großen Zurückhaltung.

An den politischen Positionen der Zeitungen läßt sich die Haltung der Fernsehsender "justieren". Eine Anti-Haltung im Castor-Konflikt, wie sie kennzeichnend ist für die linksorientierten Zeitungen, bezogen auch die Nachrichtensendungen von ARD, Pro7 und RTL. Die für die konservativen Zeitungen typische Pro-Haltung nahmen das ZDF und SAT1 ein. An diesem Befund zeigt sich, daß nicht nur - wie oft kritisiert - die öffentlich-rechtlichen Sender ihren Standort im parteipolitischen Spektrum haben. Auch die privaten Sender lassen sich problemlos verorten.

Die Strukturen der *Nachrichten* über den Castor-Konflikt richteten sich nach der von den Journalisten vertretenen Meinungsposition. Je nach ihrer redaktionellen Linie ließ sich bei den Medien eine unterschiedliche Instrumentalisierung des Castor-Konflikts feststellen. In den links-orientierten Zeitungen - taz (die tageszeitung), Frankfurter Rundschau und Süddeutsche Zeitung - hatte der Castor-Konflikt eine größere Nachrichtenresonanz als in den konservativen Zeitungen Frankfurter Allgemeine und Welt. In den konservativen Blättern war dabei der Tenor weniger negativ als in den links-orientierten (und im öffentlich-rechtlichen Fernsehen weniger als bei den Privatsendern).

Wie üblich - besonders bei scharfen politischen Kontroversen - enthielten die Nachrichten eine Vielzahl zitiert oder referierter Bewertungen. Es waren Äußerungen in der öffentlichen Diskussion über den Castor-Konflikt, die von den Medien berichtet wurden. Wenn man diese Bewertungen zu den Urteilen in Beziehung setzt, die von den Journalisten stammen, zeigen sich verblüffende Übereinstimmungen. Die Tendenz der berichteten Urteile stimmt bei allen Medien mehr oder weniger stark mit ihrer redaktionellen Linie im Castor-Konflikt überein. Alle haben die öffentliche Diskussion selektiv wiedergegeben und dabei die Positionen bevorzugt, die mit ihrer eigenen Linie übereinstimmen, und die Gegenpositionen vernachlässigt.

Diese Art von Übereinstimmung zwischen Meinung und Nachricht ist ein Qualitätsmangel des Journalismus. Nach allgemeinem Verständnis von gutem Journalismus ist den Medien zwar zugestanden, in ihren Kommentaren eigene Meinungen zu äußern. Aber die damit artikulierte redaktionelle Linie soll nicht auf den Nachrichtenteil durchschlagen. Alle untersuchten Medien haben im Castor-Konflikt gegen diese Norm verstoßen, einige weniger, einige mehr. Noch an einem anderen Ergebnis werden Verstöße gegen das Gebot der Trennung von Nachricht und Kommentar deutlich. In beträchtlicher Anzahl finden sich Meinungsäußerungen von Journalisten in Nachrichtenbeiträgen. Am häufigsten ist das bei der taz und der Frankfurter Allgemeinen sowie bei den privaten Fernsehsendern der Fall.

Das Ausmaß der Betonung von Negativismus und Dramatik kann als ein weiteres Qualitätsmerkmal angesehen werden. Von den Zeitungen sind die *taz* und die *Bild-Zeitung* in dieser Hinsicht besonders auffällig, von den Fernsehsendern die privaten Kanäle. Die Fernsehberichterstattung weist allgemein im Vergleich mit der seriösen Presse Qualitätsmängel auf. Sie war themenarm, auf Aktion und Konfrontation fixiert, teils sensationalistisch aufgebauscht. Das gilt mehr für die privaten Sender als für die öffentlich-rechtlichen.

Gorleben und Castor sind typische Beispiele für politische Auseinandersetzungen, bei denen die provokante Aktion das rationale Argument ersetzt. Bei diesen Ereignissen vermischt sich oft friedlicher Bürgerprotest mit politischer Gewalt durch extremistische Gruppen. Die provokanten, spektakulären Aktionen erhalten ihre politische Stoßkraft in dem Maße, indem sie Medienresonanz erreichen. Mediенresonanz soll Prozesse in der öffentlichen Meinung in Gang setzen, die dem eigentlichen politischen Ziel dienen.

Nicht immer ist Medienresonanz erst Folge oder Begleiterscheinung des Protests, mitunter geht sie diesem schon voraus. Durch ihre Erwartungen und Prognosen bereiten die Medien die Ereignisse selbst vor, über die sie später berichten. Dies ließ sich auch beim Castor-Konflikt beobachten. Die meisten Medien beachteten das Thema schon relativ stark in den Wochen vor dem eigentlichen Transport, am umfangreichsten die linksorientierten Zeitungen und - vom Fernsehen - die Sendungen der ARD. Die Art der vorausgehenden Medienbeachtung wirkte sich - teils direkt, teils indirekt - auf den späteren Ablauf der Ereignisse aus.

Die Resonanz des Castor-Themas in der Berichterstattung hatte schon seit 1995 meist negative Vorzeichen. Dabei war der Tenor nicht nur bei Berichten über Protestaktionen negativ, sondern überwiegend auch bei den Meldungen über staatliches Handeln. Die Vorthematisierung unter negativen Vorzeichen hat den Erwartungsrahmen für den Transport nach Gorleben im Frühjahr 1997 bestimmt. Dazu trugen auch Protestankündigungen und Anschläge der Kernkraftgegner bei, ferner rechtliche Maßnahmen und Äußerungen von Politikern, insbesondere bei der Bundestagsdebatte am 27. Februar 1997. Diese Ereignisse hatten relativ starke Medienresonanz und verstärkten damit noch einmal den negativen Charakter der Vorthematisierung.

Tenor und Inhalt der Kontroverse unter Politikern waren ihrerseits beeinflußt von den Ereignissen vor dem Transport und deren Medienresonanz. Das galt vor allem für den enormen Aufwand zur Sicherung des Transports, der als größter Polizeieinsatz in der Geschichte der Bundesrepublik bezeichnet wurde. Dieser Sicherungsaufwand wiederum nährte die Erwartung dramatischer Konflikte.

Die Dynamik des Castor-Konflikts lässt sehr gut erkennen, wie Medien und das Handeln der verschiedenen Akteure aufeinander bezogen sind und sich wechselseitig beeinflussen.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Bücher:

Hagen, L. M. (Hrsg.): Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.

Scherer, H.: Medienrealität und Rezipientenhandeln. Zur Entstehung handlungsleitender Vorstellungen. Wiesbaden: Deutscher Universitätsverlag, 1997.

Schulz, W.: Politische Kommunikation. Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung zur Rolle der Massenmedien in der Politik. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.

Aufsätze in Sammelbänden:

Berens, H.; Hagen, L. M.: Der Fall Brent Spar in Hauptnachrichtensendungen. Ansätze zur Operationalisierung von Qualitätskriterien für die Bildberichterstattung. In: Bentele, Günter/Haller, Michael (Hrsg.) Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure, - Strukturen - Veränderungen. Konstanz: UVK, 1997, DGPuK-Schriftenreihe, Band 24, S. 539-549.

Berens, H.; Hagen, L. M.; Leidner, D.; Rieß, M.; Scherer, H.; Schulz,W.; Spott, M.; Zeh, R. und Zipfel, T., in: **Hagen, Lutz M. (Hrsg.)**: Online-Medien als Quellen politischer Information. Empirische Untersuchungen zur Nutzung von Internet und Online-Diensten. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.

Leidner, D.; Scherer, Vorschulkinder und Fernsehwerbung. In: Helmut Scherer/Hans-Bernd Brosius (Hrsg.), Zielgruppen, Publikumssegmente, Nutzergruppen. Beiträge aus der Rezeptionsforschung. München: Fischer 1997, S. 141-163.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften:

Berens, H.; Kiefer, M.L., Meder, A: Spezialisierung der Mediennutzung im dualen Rundfunksystem. Sonderauswertungen zur Langzeitstudie Massenkommunikation. In: Media Perspektiven, 2 (1997), S. 80-91.

Hagen, L. M.: Semantische Struktur- und Inhaltsanalyse und Qualitätsanalyse von Nachrichtenagen- turen. In: Medien Journal, 21 (1997) 3, S. 20-31.

Hagen, L. M.: The transformation of the media system of the former German Democratic Republic after the reunification and its Effects on the Political Content of Newspapers. In: European Journal of Communication 12 (1997) 1, S. 5-26.

Leidner, D.; Reifova, I.; Hagen, L. M.: The Czech election campaign of 1996 on public and private television. A Czech-German cooperative content analysis. In: The Global Network 1996/97, 6-7, S.23-45.

Scherer, H.; Schulz, W.; Zipfel, T.; Berens,H.: Die Darstellung von Politik in Ost- und Westdeutschen Tageszeitungen. Ein inhaltsanalytischer Vergleich. In: Publizistik 42 (1997) H. 4, S. 413-438.

Schulz, W.: Changes of the mass media and the public sphere.In: Javnost - The Public 2 (1997), S. 59-69

Schulz, W.: Neue Medien - Chancen und Risiken. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wo- chenzeitung Das Parlament vom 10. Oktober 1997, B 42/97, S. 3-12.

- Schulz, W.**: Political communication scholarship in Germany. In: Political Communication 14 (1997), S. 113-146.
- Schulz, W.**: Probleme der Medienexpansion als Forschungsthema: Umwertung der Nachrichtenwerte, Fragmentierung der Nutzung und Wirklichkeitsverlust. In: Publizistik 42 (1997), S. 83-89.
- Schulz, W.**: Vielseher im dualen Rundfunksystem. Sekundäranalyse zur Langzeitstudie Massenkommunikation. In: Media Perspektiven (1997), Nr. 2, S. 92-102.

Arbeitspapiere:

- Hagen, L. M.; Leidner,D.**: Public and private television's coverage of the Czech election campaign of 1996. Paper presented at the international Symposion on „Influence of Foreign Capital on the Media of Eastern and Central Europe“, Press Research Centre of the Jagiellonian University, Cracow, Poland November 28/29 1997
- Hagen, L. M.**: Akzeptanz und Nutzung von Online-Medien durch Journalisten. Vortrag bei der Bundestagung der AG der Hochschul-Pressestellen in Deutschland, Universität Augsburg 17.-19. September
- Hagen, L. M.**: Ausländische Berichterstattung über Deutschland. Erste Ergebnisse der „Foreign News-Studie“ über Umfang und Themen von Nachrichten über Deutschland in verschiedenen Ländern. Vortrag auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Gießen 8./9. Mai 1997
- Hagen, L. M.**: Informationsqualität von Fernsehnachrichten. Theoretische Konzepte, empirische Messung. Vortrag auf der Jahrestagung „Medienwissenschaft und Medienwertung“ des DFG Sonderforschungsbereiches 240 (Bildschirmmedien), Siegen, 8.-9. Dezember 1997.
- Schulz, W.**: Die Studie "Massenkommunikation" - Ein Modell zur Langzeitforschung für die Lesemedien? Vortrag auf dem Symposium der Stiftung Lesen Frankfurt a.M., 28. Juni 1997.
- Schulz, W.**: In der expandierenden Medienöffentlichkeit verdüstert sich das Bild der Politik. Folgen der Informationsnutzung unter Vielkanalbedingungen. Vortrag auf dem Symposium "Öffentlichkeit unter Vielkanalbedingungen" des Hans-Bredow-Instituts an der Universität Hamburg, 17. Januar 1997.
- Schulz, W.**: Neue Medien - neue Wirklichkeit. Beitrag zu den 9. Ettersburger Gesprächen, Jena 14./15. November 1997.
- Schulz, W.; Berens, H.; Zeh, R.**: Der Kampf um Castor in den Medien. Konfliktbewertung, Nachrichtenresonanz und journalistische Qualität. Bericht für die Konrad-Adenauer-Stiftung. Nürnberg, November 1997.

D. Institut für Wirtschaftsrecht

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Privat- und Wirtschaftsrecht

Prof. Dr. Harald Herrmann

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Telefon: 0911 / 5302 - 267

Telefax: 0911 / 5302 - 177

E-mail: herrmann@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/pre/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Schwerpunktmaßig lassen sich 5 Forschungsgebiete des Lehrstuhlinhabers voneinander unterscheiden:

- Kartell- und wettbewerbliche Grundlagen des bürgerlichen Vertrags- und Deliktsrechts;
- Kartellrecht intermediärer Einrichtungen und auf Telekommunikationsmärkten;
- Recht freier Berufe;
- Recht der Unternehmensfinanzierung und Kapitalmarktrecht und
- Versicherungsprivatrecht und Versicherungskartellrecht.

In Zukunft wird ein weiteres Schwerpunkt auf das Versicherungsrecht gelegt werden. Alle Forschungsarbeiten und -projekte werden international vergleichend und mit Blick auf die wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Grundlagen angegangen. Beim Rechtsvergleich stand bereits von Anfang an das amerikanische Recht im Vordergrund. Neuerdings treten Vergleichsuntersuchungen zum englischen, österreichischen, niederländischen und französischen Recht hinzu. Näheres zu den Forschungsinhalten der Vergangenheit kann dem Veröffentlichungsverzeichnis im Internet (www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/pre) entnommen werden.

3. Forschungsprojekte des Lehrstuhls in 1997

3.1 Möglichkeiten und Grenzen der Berücksichtigung von Umweltschutzz Zielen in den Vertragstexten der Welthandelsorganisation (Dissertation)

Kooperationspartner: Universität St. Gallen, Hochschule für Wirtschafts-, Rechts- und Sozialwissenschaften, Dufourstrasse 50, CH-9000 St. Gallen

Bearbeiter: Dr. iur. Frank Altemöller, Diplom-Finanzwirt

Projektstart und -ende: WS 1994/95 bis WS 1997/98

Charakterisierung: Die Untersuchung geht der Frage nach, welchen Freiraum die WTO-Vertragstexte und insbesondere das GATT den einzelnen Staaten zur Verwirklichung ihrer Umweltschutzpolitik belassen. Ergebnis: Einzelstaatliche um-

weltpolitische Maßnahmen erscheinen weiterhin möglich, ohne aber "grünem Protektionismus" Tür und Tor zu öffnen.

3.2 Haftung von Arbeitnehmern und Unternehmern für Schäden bei der Beförderung von Gütern im In- und Ausland (Dissertation)

- Kooperationspartner: Juristische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, zahlreiche ausländische und nationale Organisationen und Vereinigungen aus dem Bereich des Transportwesens sowie verschiedene Ministerien
- Bearbeiter: Dr. jur. Michael Hübsch
- Projektstart und -ende: WS 1993/94 bis WS 1996/97
- Charakterisierung: Die Haftung von Frachtführern, Spediteuren und deren Personal für Güterschäden bei der Beförderung oder Lagerung von Gütern unter Berücksichtigung der Arbeitsteiligkeit des Beförderungsvorgangs (Näheres s. u. zu 4.).

3.3 Die Partnerschaftsgesellschaft im internationalen Wettbewerb. Zur Entwicklung eines wettbewerbskonformen Freiberufsrecht

- Kooperationspartner: Prof. Berger, Universität Münster, Juristische Fakultät
- Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
- Projektstart und -ende: Januar 1996 bis März 1997
- Charakterisierung: Kritische Analyse des neuen Partnerschaftsgesellschaftsgesetzes, insbes. unter dem Aspekt des Gesetzgebungszweckes, die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Freiberuflern zu fördern.

3.4 Haftungskonzentration und Haftungsdurchgriff im neuen Gesellschaftsrecht für freie Berufe

- Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
- Projektstart und -ende: Oktober 1996 bis April 1997
- Charakterisierung: Die neue Rechtsform der Partnerschaftsgesellschaft gibt die Haftungskonzentration als neue Form der Haftungsbeschränkung. Ihre Reichweite wird in Gegenüberstellung zum Haftungsdurchgriff untersucht und das Ergebnis mit der traditionellen Haftungsbeschränkung in der GmbH verglichen.

3.5 Deregulierung und richterliche Rechtsfortbildung. Zur Neuorientierung des Verbraucher- und Mittelstandsschutzes im Wettbewerbs- und Privatrecht.

- Kooperationspartner: Prof. Dr. Neumann/Bodendorf/Diller im Hause
- Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
- Projektstart und -ende: Juli 1996 bis Februar 1997
- Charakterisierung: Beitrag zum Symposium über Deregulierung zu Ehren Ludwig Erhards. Es werden wichtige Gegenstandsbereiche des Privat- und Wirtschaftsrechts untersucht, in denen richterliche Rechtsrückbildung feststellbar ist. Methoden richterlicher Rechtsrückbildung werden entwickelt.

3.6 Europäisches Privatrecht im Wandel. Das Beispiel der versicherungsrechtlichen Deregulierung

Kooperationspartner: Institut für Versicherungswissenschaften an der Universität Erlangen-Nürnberg
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Mai 1996 bis August 1997
Charakterisierung: Antrittsvorlesung und Aufsatzfassung zu Kernfragen des Versicherungsvertragsrechts, das seit der EU-Deregulierung mehr als bisher nach Wettbewerbszwecken auszulegen ist.

3.7 Die Versicherung für fremde Rechnung in der Schadensversicherung

Kooperationspartner: Prof. Dr. H. Honsell, Zürich; Verein zur Förderung der Versicherungswissenschaft e.V., Berlin; Deutscher Verein für Versicherungswissenschaften e.V., Berlin
Bearbeiter: Dr. jur. Michael Hübsch
Projektstart und -ende: Juni 1997 bis Dezember 1997
Charakterisierung: Kommentierung der §§ 74 bis 80 des Versicherungsvertragsgesetzes für den Berliner Kommentar zum VVG

3.8 Freiberufsrecht und gesetzliche Krankenkasse

Kooperationspartner: Forum Freiheitliche Medizin, München
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Mai - Nov.. 1997
Charakterisierung: Analyse der Neuerungen zum Krankenversicherungsrecht im SGB V v. Juni 1997 mit Kritik und Verbesserungsvorschlägen zur Abstimmung mit dem Freiberufsrecht für Ärzte und Psychologen.

3.9 Call Center und Verbraucherschutz - rechtliche Situation bei elektronischen Märkten

Kooperationspartner: Management Center of Computers, Düsseldorf
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Juli 97 - März 98
Charakterisierung: Überblick über die Neuerungen zum Einsatz des Internet beim Betrieb von Call Centers in der Versicherungswirtschaft. Exemplarische Untersuchung zusammenhängender Probleme des Privat-, Wettbewerbs- und Kartellrechts.

3.10 "Staatlich gebundene" Freiberufe

Kooperationspartner: Forschungsinstitut für Freie Berufe der Universität Lüneburg; Institut für Freie Berufe der FAU; Prof. Backhaus, Universität Maastricht, Niederlande.
Bearbeiter: Prof. Dr. H. Herrmann
Projektstart und -ende: Juni 1996-Dez. 1997

Charakterisierung: Aufsatz und Symposium mit 16 Beiträgen zur Deregulierung im Recht staatsnah tätiger Freiberufe, insbes. der Notare und Öffentlich bestellten Vermessingenieure.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Haftung von Unternehmern und Arbeitnehmern für Schäden bei der Beförderung von Gütern im In- und Ausland“

Kooperationspartner: Zwischenstaatliche Organisation für den Internationalen Eisenbahnverkehr (OTIF), Bern; BAHNTRANS GmbH, Nürnberg; Bundesministerium für Justiz, Berlin; Bundesministerium für Post und Telekommunikation, Bonn; Verein für europäische Binnenschifffahrt und Wasserstraßen e. V., Duisburg; Deutsche Gesellschaft für Transportrecht (DGTR), Hamburg

Betreuer: Dr. jur. M. Hübsch

Projektstart und -ende: WS 1993/94 bis WS 1996/97

Bericht

Forschungskontext, Vorgehen und Ziel des Projekts

Die Haftung der Spediteure, Frachtführer, Lagerhalter, Eisenbahnen, Verfrachter und der Post für **Transportgüterschäden** ist in Deutschland im **Handelsgesetzbuch** (Viertes und Fünftes Buch des HGB) geregelt. Diese gesetzlichen Bestimmungen finden in der Praxis jedoch zumeist keine Anwendung. Sie werden nämlich in den verschiedenen Transportrechtsgebieten durch zahlreiche **internationale Übereinkommen, nationale Gesetze und Verordnungen** sowie durch eine Vielzahl von **Allgemeinen Geschäftsbedingungen** verdrängt. Das Haftungsrecht bei Luftbeförderung ist zudem international im sog. Warschauer Abkommen und für innerdeutsche Transporte im Luftverkehrsgesetz geregelt.

Während all diese Regelungen die Haftung der Güterbeförderer betreffen, welche die Transporte als Unternehmer oder Subunternehmer durchführen, kann die Frage, ob auch das jeweilige Personal des Unternehmers für Güterschäden einzustehen hat, ohne Berücksichtigung arbeitsrechtlicher Besonderheiten nicht beantwortet werden.

Ziel des Projekts war es, einen Überblick über das Recht der **Arbeitnehmerhaftung** und die **transportrechtliche Haftung für Güterschäden** unter Berücksichtigung internationaler Rechtsquellen zu geben. Dabei wurden die Haftungsgrundsätze herausgearbeitet und bestehende Besonderheiten bei den einzelnen Beförderungsarten hervorgehoben. Die Ergebnisse bieten eine komprimierte Darstellung des geltenden Transport- und Arbeitnehmerhaftungsrechts, können als Leitlinien für die bevorstehende Reform des deutschen Transportrechts im HGB und bei der Auslegung der internationalen Abkommen und des künftigen deutschen Rechts verwendet werden.

Erkenntnisse

a) Der Inhalt der **Arbeitnehmerhaftung** wird in Deutschland im wesentlichen durch die Gerichte bestimmt. Danach muß ein Arbeitnehmer gegenüber seinem Arbeitgeber, wenn ihm nur leichteste Fahrlässigkeit zur Last fällt überhaupt nicht, im Falle normaler und grober Fahrlässigkeit in der Regel nur anteilig und bei vorsätzlichem Handeln voll haften. Gegenüber dem Absender des Transportgutes muß der Arbeitnehmer den Schaden grundsätzlich voll tragen (siehe aber unter b). Er kann in diesen Fällen von seinem Arbeitgeber Freistellung von der Schuld im Umfang der für das Arbeitsverhältnis geltenden Grundsätze verlangen. Zum Teil kommt dem Personal eine vom Arbeitgeber abgeschlossene Versicherung zugute.

Für die Haftung der **Transportunternehmer** bestehen sowohl international als auch national für die einzelnen Verkehrsträger unterschiedliche Haftungsausschlüsse und -beschränkungen, von denen insbesondere die **gewichtsabhängigen Haftungshöchstsummen** und die **Verjährungsregelungen** eine bedeutende Stellung einnehmen. Haftungsfreizeichnungen in Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) sind dabei nur zulässig, wenn weder dem Verwender der AGB noch seinen leitenden Angestellten der Vorwurf grober Fahrlässigkeit - auch nicht in Form des sog. Organisationsverschuldens - gemacht werden kann und keine Verletzung sog. vertragswesentlicher Pflichten (Kardinalpflichten) vorliegt. Zu beachten ist, daß die Rechtsprechung teilweise neben der beschränkten vertraglichen Haftung eine unbeschränkte deliktische Haftung des Güterbeförderers zuläßt. Soweit Haftungseinschränkungen des Unternehmers greifen, kann sich auch dessen Personal auf sie berufen.

b) Sind an der Beförderung des Gutes mehrere Unternehmer beteiligt, kommt es für die Haftung des Einzelnen aufgrund der Zersplitterung des Transportrechts in zahlreiche nationale und internationale Regelungen auf

- die Art des verwendeten **Beförderungsmittels** (Kfz, Eisenbahn, Schiff, Flugzeug),
- die Art der **Strecke**, über die das Transportgut befördert wird (grenzüberschreitend bzw. im Inland im Straßengüterfern- oder -nahverkehr, auf Binnengewässern oder zur See, im innerdeutschen oder im internationalen Luft- oder Eisenbahnverkehr),
- die Art des zu transportierenden **Gutes** (z. B. Umzugsgut oder Handelsmöbel) und
- die Art des **Transportunternehmers** (Spediteur, Frachtführer) an.

Die bevorstehende **Reform des deutschen Transportrechts**, die mit ihren Entwürfen im vorliegenden Projekt bereits berücksichtigt wurde, versucht, die unübersichtliche Rechtslage für das nationale Recht mit Ausnahme des Luftfrachtrechts zu beseitigen.

Die Beantwortung der Frage, inwieweit **Subunternehmer** für den von ihnen verursachten Schaden am Transportgut gegenüber dem ursprünglichen Absender oder ihrem direkten Auftraggeber einzustehen haben, wirft schwierige Rechtsfragen auf, da hierzu unterschiedliche Regelungen in den internationalen Übereinkommen bestehen, die wiederum mit verschiedenen nationalen Rechtsinstituten konkurrieren.

Für Deutschland wird hierdurch vor allem die Frage nach dem Anwendungsbereich der Drittschadensliquidation im Transportrecht, der Anwendbarkeit von Haftungserleichterungen zugunsten und zu Lasten Dritter und der Außenwirkung der arbeitsrechtlichen Haftungsgrundsätze unter Berücksichtigung der sich aus dem Eigentümer-Besitzer-Verhältnis ergebenden Wertungen berührt.

- c) Als **Ergebnis** kann festgehalten werden: Für die Haftung im Gütertransportrecht lassen sich nach der derzeitigen Rechtslage nicht ausnahmslos allgemein gültige Haftungsprinzipien feststellen. Die unterschiedliche Ausgestaltung nationaler und internationaler Regelungen macht zum Teil eine differenziertere Betrachtungsweise notwendig. Da sich auch das Recht der Arbeitnehmerhaftung in den letzten Jahren vor allem im Bereich der Haftung bei grober Fahrlässigkeit gewandelt hat, bleibt es bis auf weiteres bei der Erkenntnis: Haftungsfragen im Transport- und Arbeitsrecht bleiben eine spannende und komplizierte Materie.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhles in 1997

Bücher:

Herrmann, Berger, Wackerbart (Hrsg.): Bank- und Wirtschaftsrecht im Wandel internationalen Wirtschaftslebens, Freundesgabe für Norbert Horn, de Gruyter 1997.

Herrmann, H.: BGB - Allgemeiner Teil, NOMOS 1997.

Hübsch, M.: Haftung des Güterbeförderers und seiner selbständigen und unselbständigen Hilfspersonen für Güterschäden, Luchterhand, 1997, 404 Seiten.

Wissenschaftliche Veröffentlichungen in Zeitschriften und Festschriften:

Herrmann, H.: Die Partnerschaftsgesellschaft im internationalen Wettbewerb. - Zur Entwicklung eines wettbewerbskonformen Freiberufsrechts, in Freundesgabe Horn, aaO. (5.1.1), S. 392 ff.

Hübsch, M.: Vertragliche Wirkungen zu Lasten Dritter im Gütertransportrecht, in: Versicherungsrecht (VersR) 1997, S. 799 - 808.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Deutsches und Internationales Steuerrecht, Finanz- und Haushaltrecht

Prof. Dr. Wolfram Reiß

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 496

Fax: 0911 / 5302 - 165

E-mail: reiss@wiso.uni-erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/ire/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

2.1 Umsatzbesteuerung im Europäischen Binnenmarkt

Die gegenwärtige Umsatzbesteuerung in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft entspricht nach allgemeiner Überzeugung nicht den Erfordernissen des Binnenmarktes. Nach wie vor bestehen erhebliche Unterschiede in der Behandlung rein innerstaatlicher Umsätze und der Behandlung sogenannter innergemeinschaftlicher Umsätze.

Die Kommission hat in Erkenntnis der Unzulänglichkeiten des gegenwärtigen Übergangssystems ein Arbeitsprogramm zur Umgestaltung der Umsatzsteuer vorgelegt (Com 328 (96)), das auf eine vollständige Beseitigung aller Hemmnisse für den innergemeinschaftlichen Handels- und Dienstleistungsverkehr abzielt. Sie schlägt einen vollständigen Übergang zum sogenannten Ursprungslandprinzip vor.

Die Vorschläge der Kommission werden sich zumindest kurzfristig nicht umsetzen lassen. Sie bedeuten einen tiefen Einschnitt in die Steuersouveränität der Mitgliedstaaten, denen praktisch jede Kompetenz zur Rechtsetzung auf dem Gebiet der Umsatzsteuer genommen wird.

Die Vorschläge der Kommission entsprechen nicht dem gegenwärtigen Stand der europaverfassungsrechtlichen Vorgaben. Die Kommissionsvorschläge können daher erst umgesetzt werden, wenn dafür durch Änderung des EG-Vertrages die entsprechenden Kompetenzen der Gemeinschaft auf dem Gebiet der Steuern geschaffen worden sind. Bis dahin aber ist es die Pflicht der Kommission, auf der Basis der gegenwärtigen europaverfassungsrechtlichen Grundlagen für eine Beseitigung der von der Umsatzsteuer ausgehenden Handelshemmnisse im Binnenmarkt zu sorgen.

Ausgangspunkt dafür kann - bei Beachtung des Subsidiaritätsprinzips und der prinzipiellen Steuerhoheit der Mitgliedstaaten - nur die Besteuerung nach dem Bestimmungslandprinzip sein. Allerdings ist den Besonderheiten des Binnenmarktes dadurch Rechnung zu tragen, daß verfahrensrechtlich das Sitzortprinzip eingeführt wird. Jeder Unternehmer muß an seinem Sitzort gegenüber seinen heimatlichen Finanzbehörden alle Erklärungs- und Zahlungspflichten gegenüber allen europäischen Fisci erfüllen können. Diese untereinander haben sich insoweit Amts- und Rechtshilfe zu leisten und jeweils auch für den anderen Staat Zahlungen entgegenzunehmen, bzw. für ihn zu leisten (Vorsteuerüberhang).

2.2 Besteuerung und Bilanzierung bei Personengesellschaften

Nach wie vor bereiten sowohl handels- als auch steuerrechtliche Bilanzierungsfragen im Zusammenhang mit Personengesellschaften besondere Schwierigkeiten. Insbesondere scheint der Grundsatz der Maßgeblichkeit der Handelsbilanz für die Steuerbilanz im Zusammenhang mit der Bilanzierung von Beteiligungen an Personengesellschaften und der Bilanzierung der Vereinnahmung von Beteiligungserträgen außer Kraft gesetzt zu sein. Dasselbe gilt für die Sonder- und Ergänzungsbilanzen, die angeblich nur von steuerlicher Bedeutung sind. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch die Entwicklung auf europäischer Ebene.

Die hier bestehenden Zweifelsfragen lassen sich letztlich nur aufgrund von Detailuntersuchungen beheben.

Hinsichtlich der Vereinnahmung von Beteiligungserträgen und der Berücksichtigung von Beteiligungsverlusten gehen Steuerrecht und Handelsrecht vermeintlich völlig getrennte Wege. Während steuerrechtlich dem Gesellschafter einer Personengesellschaft sein Anteil am Gewinn und Verlust der Gesellschaft gemäß § 15 EStG unabhängig von einer Thesaurierung oder Ausschüttung zugerechnet wird, soll handelsrechtlich eine Gewinnzurechnung nur möglich sein, wenn individualisierte Auszahlungssansprüche bestehen. Im Ergebnis wird die Beteiligung an einer Personengesellschaft handelsbilanziell wie die Beteiligung an einer Kapitalgesellschaft behandelt. Damit ist der Maßgeblichkeitsgrundsatz außer Kraft gesetzt. Nach dem Tomberger Urteil des EuGH ist die Frage nach der Realisation von Beteiligungserträgen aber neu zu überdenken. Eine Bewertung at equity verstößt jedenfalls nicht gegen das Realisationsprinzip, wie es auf europäischer Ebene verstanden wird. Sie könnte daher vom Gesetzgeber zugelassen werden. Für die handelsbilanzielle Behandlung von Beteiligungen an Personengesellschaften eröffnet dies die Möglichkeit, in der als Einheitsbilanz verwendeten Steuerbilanz die Beteiligung an einer Personengesellschaft uneingeschränkt nach der sogenannten Spiegelbildmethode zu bilanzieren, obwohl dies nach der Stellungnahme des IdW völlig unzulässig sein soll.

3. Beendete Forschungsprojekte des Lehrstuhls

3.1 Dissertationsschrift: Die Handels - und Steuerbilanz einer OHG nach Ausscheiden des Gesellschafters bei Abfindung über Buchwert

Bearbeiter: Alexander Höhn

Charakterisierung: Bei der Abfindung eines ausscheidenden Gesellschafters über Buchwert stellt sich sowohl handelsbilanziell als auch steuerbilanziell die Frage, wie die Mehrabfindung in der Bilanz der Gesellschaft zu erfassen ist. Dafür kommen letztlich drei Möglichkeiten in Betracht: a) die zunächst erfolgsneutrale Aktivierung, b) die aufwandswirksame Verrechnung zu Lasten des Gewinnes der Gesellschaft und c) die erfolgsneutrale Minderung des Kapitals der Gesellschaft. Steuerlich geht die ganz herrschende Meinung von der Lösung unter a) aus. Sie behandelt im Endergebnis die Mehrzahlung als oder wie nachträgliche Anschaffungskosten. Handelsrechtlich bestehen unter dem Gesichtspunkt des

Anschaffungskostenprinzips, des Vorsichtsprinzips und des Realisationsprinzip erhebliche Zweifel, ob diese Behandlung zulässig ist. Auf der anderen Seite vermag aber auch die Behandlung als erfolgswirksamer Aufwand nicht zu befriedigen. Die abweichende steuerliche Behandlung läßt sich gegebenenfalls unter dem Gesichtspunkt rechtfertigen, daß letztlich die Gesellschafter die Steuersubjekte sind, auf deren Leistungsfähigkeit es ankommt.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Hochschultage für das Umsatzsteuerrecht (Umsatzsteuerkongreß)“

Der Lehrstuhlinhaber wie auch die Mitarbeiter waren intensiv in die Vorbereitung und Durchführung der Hochschultage für das Umsatzsteuerrecht in Zusammenarbeit mit dem Verein zur wissenschaftlichen Pflege des Umsatzsteuerrechtes eingebunden, die im Oktober 1997 an der TU Darmstadt stattfanden. Thematisch stand im Mittelpunkt die Fortentwicklung des Umsatzsteuerrechtes im Binnenmarkt. Dazu referierten Mitarbeiter der Kommission, des EUGH und Richter am Umsatzsteuersenat des BFH sowie Hochschullehrer. Die Ergebnisse des Kongresses werden in einem Tagungsband zusammengefaßt werden, dessen Herausgabe vom Lehrstuhl besorgt werden wird (Erscheinung Frühjahr 1998).

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

Reiß, W.: Umsatzsteuerrecht, 6. Aufl. 1997, Alpmann/O.Schmidt.

Reiß, W.: Phasengleiche Gewinnrealisierung bei Beteiligungen an Personengesellschaften, in: Europäisierung des Bilanzrechts, hrsg. von Herzig, Köln 1997, 117 f.

Reiß, W.: Kommentierung zu § 15 EStG, in: Kirchhof/Söhn, Kommentar zum EStG, 1996 und 1997.

Reiß, W.: Umsatzsteuer und Grunderwerbsteuer beim Unternehmenskauf, in: Unternehmenskauf im Steuerrecht, hrsg. von Schaumburg, Stuttgart 1997, 231 f.

Reiß, W.: Thesen zur Umsatzbesteuerung im Binnenmarkt, UR 1997, 22 f.

1. Bezeichnung des Lehrstuhls und des Lehrstuhlinhabers

Lehrstuhl für Öffentliches Recht

Professor Dr. iur. Karl Albrecht Schachtschneider

Lange Gasse 20

90403 Nürnberg

Tel.: 0911 / 5302 - 329 - 311

Fax: 0911 / 5302 - 297

e-Mail: WSRO01@WSRZ2.WiSo.Uni-Erlangen.de

URL: <http://www.wiso.uni-erlangen.de/WiSo/Wirecht/oere/>

2. Forschungsschwerpunkte des Lehrstuhls

Das Forschungsgebiet des Lehrstuhls für Öffentliches Recht an der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät ist das **gesamte Öffentliche Recht einschließlich des Europarechts**. Die wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Ausrichtung der Forschung lässt keine wesentliche Einschränkung des rechtswissenschaftlichen Gegenstandes zu, zumal auch das Sozialrecht zum Aufgabenbereich des Lehrstuhls gehört. Vor allem sind die Grundlagen des Rechts für die Wirtschafts- und Sozialordnung wesentlich. Die Forschungsgebiete sind demgemäß z. Z. die Freiheits-, Rechts- und Staatsphilosophie, das nationale Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht, das europäische Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht, welches wegen des Einflusses des Gemeinschaftsrechts auf das nationale Recht auch privatrechtliche Rechtsgebiete einzubeziehen gebietet, das Staatsunternehmensrecht, das Arbeitsverfassungsrecht, das Geld- und Währungsrecht, das Stabilitätsrecht (im übrigen), das Umweltrecht, das Technikrecht, das Gewerberecht, das Medienrecht und wesentlich auch das Sozialrecht. Zunehmend wird das Weltrecht (weltrechtliche Menschenrechte und Weltwirtschaftsordnung) einbezogen.

In allen genannten Gebieten gibt es zahlreiche Veröffentlichungen des Lehrstuhls, des Lehrstuhlinhabers, aber auch der wissenschaftlichen Mitarbeiter und Doktoranden.

Wichtigste aktuelle Forschungsthemen:

- Freiheits-, Rechts- und Staatslehre, Grundlagen (2. Auflage von *Res publica res populi* 1994), 1300 Seiten
- Das Verfassungsprinzip der berufsständischen Selbstverwaltung (Grundlegung), 350 Seiten
- Verfassungsrecht der Europäischen Union, Weiterentwicklung des Skripts zu einem Lehrbuch, 1000 Seiten
- Europäische Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, insbes. Währungsunion (Aufsätze, Prozeß)
- Verschiedene Privatisierungsprobleme, insbes. Vermessingenieur
- Berufsständische Probleme der Ärzteschaft

- Öffentliche Unternehmen in Europa und Deutschland

3. Beendete Forschungsprojekte im Zeitraum 1997

Gemäß den unter 2. aufgezeigten Forschungsschwerpunkten des Lehrstuhls fand im Berichtszeitraum eine Vielfalt von "Projekten" ihren wissenschaftsgemäßen Abschluß in Veröffentlichungen. Hierüber gibt die Veröffentlichungsliste unter 5. Aufschluß. Sie weist eine vertiefte Befassung vorrangig mit Fragen des Gemeinschafts(verfassungs)rechts, hier insbesondere grundsätzlichen Rechtsproblemen der Wirtschafts- und Währungsunion, des Rechts der berufsständischen Selbstverwaltung und der Privatisierung öffentlicher Unternehmen in Deutschland und Europa nach.

3.1 Dissertation: Der Grundrechtsschutz negativer Freiheitsrechte

Bearbeiter: Dipl.-VW. Michaela Schuhmann
Projektstart: Beginn 1995
Charakterisierung: Diskussion der Anerkennung und Reichweite negativer Freiheitsrechte unter besonderer Berücksichtigung der negativen Koalitionsfreiheit.

3.2 Dissertation: Technische Normen in Europa

Bearbeiter: Dipl.-WIng. Thomas Zubke
Projektstart: Beginn 1991
Charakterisierung: Ein Beitrag zur Organisation der technischen Normung sowie zu Rechtsnatur und staatlicher Rezeption technischer Normen in Deutschland, anderer europäischer Staaten, der Europäischen Union und auf internationaler Ebene.

4. Bericht von einem ausgewählten Forschungsprojekt:

„Das Verfassungsprinzip der berufsständischen Selbstverwaltung“

Bearbeiter: Prof. Dr. K. A. Schachtschneider, wissenschaftliche Mitarbeiter
Projektstart: 1997

Forschungskontext, Vorgehen, Ziel, bisherige Ergebnisse:

Das Projekt bezweckt eine rechtswissenschaftliche Grundlegung eines Verfassungsprinzips der berufsständischen Selbstverwaltung, welche bisher nicht geleistet ist. Das Verfassungsrecht berufsständischer Selbstverwaltung ist geradezu in Not, wie ein Blick in das Kammerwesen und auf die sonstigen berufsständischen Körperschaften zeigt. Ein Verfassungsprinzip berufsständischer Selbstverwaltung würde vor allem das Recht der freien Berufe wesentlich beeinflussen und die Rechte der freien Berufe erheblich stärken. Die Schrift soll in etwa 350 Seiten betragen. Im Berichtszeitraum wurden wesentliche Vorarbeiten geleistet. Ein Aufsatz wird in der Zeitschrift DIE VERWALTUNG veröffentlicht (1998, S.139 - 165). Der verfolgte Ansatz ist gänzlich neu. Er beruht auf meiner republikanischen Freiheits-, Rechts- und Staatslehre. Er ist auf großes Interesse in Kreisen der freien Berufe gestoßen. Er hat erhebliche Praxisrelevanz.

Das Projekt erfordert intensive Auseinandersetzung mit Grundsatzfragen rechtswissenschaftlicher, aber auch sozialwissenschaftlicher Art. Auch die europarechtlichen Implikationen müssen berücksichtigt werden.

5. Veröffentlichungen des Lehrstuhls in 1997

- Beyer, C. W.:** Gemeinschaftsrecht und Umweltschutz nach Maastricht, Juristische Schulung (JuS) 1997, S. 294 - 298.
- Beyer, C. W.:** Zehn Fragen zur europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, JuS 1997, L14 - L 16.
- Beyer, C. W.:** Fallbesprechung zum Wirtschaftsverwaltungsrecht, JuS 1997, L 84 - L 88.
- Emmerich-Fritzsche, A.:** Grundgesetzliche Rechtsprobleme der Europäischen Währungsunion, mit K. A. Schachtschneider, DSWR 7/97, S. 172 - 177.
- Kläver, M.:** Rezension zu Hanspeter Benz: Die Beleihung einer AG mit Dienstherrenbefugnissen, Zeitschrift für öffentliche und gemeinwirtschaftliche Unternehmen, 1997, S. 367 - 369.
- Kläver, M.; Schachtschneider, K. A.:** Der versorgungsrechtliche Besitzstand der Postbetriebsärzte nach der Postneuordnung, telekom praxis 12/97, S. 28 - 34.
- Schachtschneider, K. A.:** Die Republik der Völker Europas, ARSP-Beiheft 71, 1997, S. 153 - 177.
- Schachtschneider, K. A.:** Grundgesetzliche Rechtsprobleme der Europäischen Währungsunion, DSWR 7/97, S. 172-177, mit A. Emmerich-Fritzsche.
- Schachtschneider, K. A.:** Die freiberufliche Selbstverwaltung unter dem Grundgesetz, Workshop Potsdam 1997, 28 Seiten.
- Schachtschneider, K. A.:** Zur Verfassungsmäßigkeit des für Vertrags(zahn)ärzte geltenden Zulassungs- und Praxisübergaberechts, in: Arbeitsgemeinschaft Rechtsanwälte im Medizinrecht e. V. (Hrsg.), Zulassung und Praxisverkauf, 1997, S. 139 - 151, mit H. Soda.
- Schachtschneider, K. A.:** Republikanische Freiheit, in: B. Ziemske, Th. Langheid, H. Wilms, G. Haverkate (Hrsg.), Festschrift für Martin Kriele, 1997, S. 829 - 857.
- Schachtschneider, K. A.:** Die Republik Europas, Drei an Kants Friedensschrift orientierte Integrationsmodelle nach dem Maastricht-Urteil, in: Aufklärung und Kritik 2, 1997, S. 66 - 83.
- Schachtschneider, K. A.:** Verbände, Parteien und Medien in der Republik des Grundgesetzes, in: XII. Erlanger Medientage, 1997, S. 81 - 111.
- Schachtschneider, K. A.:** Die Euro-Klage, in H.-D. Jörges (Hrsg.), Der Kampf um den Euro. Wie riskant ist die Währungsunion, campe paperback, 1998, S. 312 - 325.
- Schachtschneider, K. A.:** Die Euro-Klage, rororo aktuell, 1998, mit W. Hankel, W. Nölling, J. Starbatty.
- Schachtschneider, K. A.:** Grundgesetzliche Aspekte der freiberuflichen Selbstverwaltung, Die Verwaltung, 1998, S. 139 - 165.